



Haushaltssatzung 2017

7. Fortschreibung Haushaltssicherungskonzept 2010 – 2017

Band I und II



• Inhaltsverzeichnis	
• Haushaltssatzung	1 - 20
• Vorbericht	21 - 51
• 6. Fortschreibung Haushaltssicherungskonzept 2010 - 2017	52 - 65
<u>Anlagen zum Haushaltssicherungskonzept</u>	
• Freiwillige ergebniswirksame Leistungen	66 - 88
• Personalwirtschaftskonzept	89 - 123
• Anlagen zum Haushaltsplan	124
• Schlussbilanz zum 31.12.2013	125
• Schlussbilanz zum 31.12.2014	126
• Stellenplan	127 - 138
• Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten	139
• Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen	140
• Zuwendungen an Fraktionen	141 - 148
• NKF-Nutzungstabelle für Vermögensgegenstände der Stadt Eschweiler	149 - 158
• Mehrheitsbeteiligungen	159
Betreuungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche der Stadt Eschweiler, AöR	160 - 169
Strukturförderungsgesellschaft Eschweiler mbH & Co. KG Eschweiler	170 - 175
Strukturförderung Eschweiler Verwaltungs GmbH Eschweiler	176 - 177
Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH	178 - 190
Gewerbe-Technologie-Center Eschweiler GmbH	191 - 198
Wirtschaftsbetriebe Eschweiler GmbH	199 - 205

• Inhaltsverzeichnis	
• Gesamtergebnisplan	
• Gesamtfinanzplan	
• Teilpläne nach Produktbereichen	
• Teilpläne nach Produkten	
• Investitionsübersicht	

Haushaltssatzung der Stadt Eschweiler für das Haushaltsjahr 2017

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666 ff), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.11.2016 (GV. NRW, S. 966), hat der Rat der Stadt Eschweiler mit Beschluss vom 13.12.2016 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Stadt Eschweiler voraussichtlich erzielbaren Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Ergebnisplan mit

dem Gesamtbetrag der Erträge auf	171.892.950 €
dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	170.274.400 €

im Finanzplan mit

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit auf	164.953.500 €
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit auf	154.869.150 €

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	7.515.950 €
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	13.821.450 €

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	5.855.500 €
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	3.423.200 €

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der **Kredite**, deren Aufnahme **für Investitionen** erforderlich ist, wird auf **5.855.500 €** festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der **Verpflichtungsermächtigungen**, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf **983.350 €** festgesetzt.

§ 4

Eine Inanspruchnahme des Eigenkapitals soll nicht erfolgen.

§ 5

Der Höchstbetrag der **Kredite**, die **zur Liquiditätssicherung** in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf **100.000.000 €** festgesetzt.

§ 6

Die **Steuersätze** für die **Gemeindesteuern** werden für das Haushaltsjahr 2017 wie folgt festgesetzt:

1.	Grundsteuer	
1.1	für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf	310 v.H.
1.2	für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	520 v.H.
2.	Gewerbsteuer auf	490 v.H.

Da eine besondere Hebesatzsatzung erlassen wird, haben die Steuersätze nur deklaratorischen Charakter.

§ 7

Nach dem Haushaltssicherungskonzept ist der Haushaltsausgleich im Jahre 2017 wieder hergestellt. Die im Haushaltssicherungskonzept enthaltenen Konsolidierungsmaßnahmen sind bei der Ausführung des Haushaltsplans umzusetzen.

§ 8

Im Stellenplan sind verschiedene Stellen als „künftig wegfallend“ (kw) oder als „künftig umzuwandeln“ (ku) ausgewiesen.

Hieraus ergeben sich nachstehende Rechtsfolgen:

Kw-Vermerk: Die Stelle kommt bei dem Ausscheiden des Stelleninhabers in Fortfall.

Ku-Vermerk: Die Stelle ist nach dem Ausscheiden des Stelleninhabers in eine Planstelle einer niedrigeren Besoldungs- bzw. Entgeltgruppe umzuwandeln.

Beamte können mit Rückwirkung von höchstens drei Monaten in die höhere Planstelle eingewiesen werden, soweit sie während dieser Zeit die Obliegenheiten des verliehenen oder eines gleichartigen Amtes tatsächlich wahrgenommen haben und die Planstellen, in die sie eingewiesen werden, besetzbar waren.

Beschäftigte können auf Beamtenplanstellen ebenso wie Beamte auf Beschäftigtenplanstellen geführt werden.

Im Rahmen der Umsetzung der Entgeltordnung kann der Stellenplan entsprechend der Tarifautomatik angepasst werden, ohne dass es hierfür eines Nachtrags des Stellenplans bedarf.

§ 9

1. Budgetbildung

Zur flexiblen Haushaltsbewirtschaftung werden Erträge/ Einzahlungen und Aufwendungen/ Auszahlungen zu Budgets verbunden (Anlage 1 zur Haushaltssatzung).

Innerhalb der Budgets werden Erträge und Aufwendungen der laufenden Verwaltungstätigkeit zusammengefasst.

Die Personal- und Versorgungsaufwendungen/-auszahlungen, die Produkte der kostenrechnenden Einrichtungen sowie die bilanziellen Abschreibungen werden jeweils zu separaten Budgets zusammengefasst.

In den Budgets sind die Summe der Erträge/ Einzahlungen und die Summe der Aufwendungen/ Auszahlungen für die Haushaltsausführung verbindlich. Erzielte Mehrerträge während der Haushaltsausführungsphase sind grundsätzlich zur Haushaltskonsolidierung und somit zur Reduzierung der negativen Jahresabschlussergebnisse einzusetzen. Hiervon ausgenommen sind zweckgebundene Erträge (Anlage 2 zur Haushaltssatzung).

Bei vorliegender Zweckbindung erhöhen Mehrerträge/ -einzahlungen die Ermächtigung für die entsprechenden Aufwendungen/ Auszahlungen.

Bei Mindererträgen/ -einzahlungen vermindern sich die entsprechenden Ermächtigungen für Aufwendungen/ Auszahlungen.

Haushaltsansätze und Verpflichtungsermächtigungen für Maßnahmen, für die Zuschüsse des Bundes, des Landes, der StädteRegion oder sonstiger Dritter zur Finanzierung haushaltsrechtlich vorgesehen sind, dürfen erst nach Vorliegen der jeweiligen Bewilligungsbescheide, Abschluss von Vereinbarungen oder nach Bewilligung eines förderunschädlichen vorzeitigen Maßnahmenbeginns in Anspruch genommen werden.

Unter die Budgets gemäß Anlage 1 werden ebenfalls Budgets für Investitionstätigkeit gebildet. Hierunter fallen die jeweiligen Investitionsnummern. Innerhalb der Investitionsbudgets werden die Einzahlungen und Auszahlungen zusammengefasst.

Die vorgenannten Regelungen gelten für Einzahlungen und Auszahlungen für Investitionen unterhalb der vom Rat festgelegten Wertgrenze.

Von den Regelungen sind ausgenommen:

- Aufwendungen/ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen
- Erträge aus der Auflösung von Sonderposten
- Sonstige kalkulatorische Aufwendungen und Erträge

2. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Sinne des § 83 Abs. 2 GO NRW gelten als erheblich, wenn sie im Einzelfall den jeweiligen Ansatz um mehr als 50.000 Euro überschreiten. Sie bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates.

Die Entscheidung über die Leistung nicht erheblicher über- und außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen wird bis zu einem Betrag von 25.000 Euro dem Verantwortlichen für die Finanzbuchhaltung übertragen; darüber hinaus entscheidet der Kämmerer bis zu einem Betrag von 50.000 Euro. Nicht erhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen sind dem Rat vierteljährlich zur Kenntnis zu bringen.

Die vorstehenden Regelungen gelten für über- und außerplanmäßige **Verpflichtungsermächtigungen** im Sinne des § 85 Abs. 1 GO NRW entsprechend.

Mehraufwendungen und -auszahlungen, die den Haushalt nicht belasten (durchlaufende Gelder, Verrechnungsbuchungen o.ä.) sowie Jahresabschlussbuchungen einschließlich der Zuführungen zu Gebührenausgleichsrücklagen fallen nicht unter diese Regelungen.

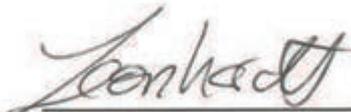
3. Nachtragssatzung

Eine Nachtragssatzung ist unverzüglich zu erlassen, wenn

- a) ein erheblicher Jahresfehlbetrag bzw. ein erheblich höherer Jahresfehlbetrag entstehen wird. Als erheblich im Sinne des § 81 Abs. 2 Nr. 1 a und b GO NRW gilt ein Jahresfehlbetrag, der 5 % der Gesamtaufwendungen des Ergebnisplanes des laufenden Haushaltsjahres übersteigt.
- b) bisher nicht veranschlagte oder zusätzliche Aufwendungen bei einzelnen Haushaltspositionen im Einzelfall 2 % der Gesamtaufwendungen des Ergebnisplanes des laufenden Haushaltsjahres übersteigen. Das gleiche gilt für Mehrauszahlungen in Bezug auf die Gesamtauszahlungen des Finanzplanes.
- c) Auszahlungen für bisher nicht veranschlagte Investitionen den Gesamtbetrag von 1.000.000 € übersteigen.

Eschweiler, 13.12.2016


Bürgermeister


Ratsmitglied


Schriftführer

Anlage 1 zur Haushaltssatzung 2017 der Stadt Eschweiler

Übersicht Budgetbildung

Budget 01 – Politische Gremien/ Verwaltungsführung

Budgetverantwortung: Herr Rehahn

Produkte: 01 111 01 01 – Politische Gremien
 01 111 01 02 – Verwaltungsführung

Budget 01.1

Dieses Budget umfasst die Sachkonten zu sämtlichen Ergebnisplanpositionen des betreffenden Bereiches mit Ausnahme der Position 13 Sach- und Dienstleistungen und den Positionen des Budgets 23.

Budget 01.2

Dieses Budget umfasst für den Bereich die Sachkonten der Ergebnisplanposition 13 (Sach- und Dienstleistungen). Die jeweiligen Unterbudgets für die Sach- und Dienstleistungen sind gegenseitig deckungsfähig.

Budget 02 – Gleichstellung

Budgetverantwortung: Frau Harzheim

Produkt: 01 111 01 03 – Gleichstellung von Frau und Mann

Budget 02.1

Dieses Budget umfasst die Sachkonten zu sämtlichen Ergebnisplanpositionen des betreffenden Bereiches mit Ausnahme der Position 13 Sach- und Dienstleistungen und den Positionen des Budgets 23.

Budget 02.2

Dieses Budget umfasst für den Bereich die Sachkonten der Ergebnisplanposition 13 (Sach- und Dienstleistungen). Die jeweiligen Unterbudgets für die Sach- und Dienstleistungen sind gegenseitig deckungsfähig.

Budget 03 – Personalrat

Budgetverantwortung: Frau Hunscheidt-Fink

Produkt: 01 111 01 04 – Beschäftigtenvertretung

Budget 03.1

Dieses Budget umfasst die Sachkonten zu sämtlichen Ergebnisplanpositionen des betreffenden Bereiches mit Ausnahme der Position 13 Sach- und Dienstleistungen und den Positionen des Budgets 23.

Budget 03.2

Dieses Budget umfasst für den Bereich die Sachkonten der Ergebnisplanposition 13 (Sach- und Dienstleistungen). Die jeweiligen Unterbudgets für die Sach- und Dienstleistungen sind gegenseitig deckungsfähig.

Budget 04 – Rechnungsprüfung

Budgetverantwortung: Herr Breuer

Produkt: 01 111 05 01 – Rechnungsprüfung

Budget 04.1

Dieses Budget umfasst die Sachkonten zu sämtlichen Ergebnisplanpositionen des betreffenden Bereiches mit Ausnahme der Position 13 Sach- und Dienstleistungen und den Positionen des Budgets 23.

Budget 04.2

Dieses Budget umfasst für den Bereich die Sachkonten der Ergebnisplanposition 13 (Sach- und Dienstleistungen). Die jeweiligen Unterbudgets für die Sach- und Dienstleistungen sind gegenseitig deckungsfähig.

Budget 05 – Organisation und Wahlen

Budgetverantwortung: Herr Rehahn

Produkte: 01 111 06 01 – Zentrale Servicedienste für den allgemeinen Dienstbetrieb der
Gesamtverwaltung
01 111 07 01 – Öffentlichkeitsarbeit
01 111 10 01 – Organisationsangelegenheiten
01 111 10 02 – EDV-Dienste und Datentechnik
02 121 14 01 – Wahlen
02 121 14 02 – Statistik

Budget 05.1

Dieses Budget umfasst die Sachkonten zu sämtlichen Ergebnisplanpositionen des betreffenden Bereiches mit Ausnahme der Position 13 Sach- und Dienstleistungen sowie den Positionen des Budgets 23.

Folgendes Produktsachkonto wird ebenfalls innerhalb des Budgets 05.1 bewirtschaftet:

155730102 – 46510000 (Gewinnanteile aus verbundenen Unternehmen und Beteiligungen)

Budget 05.2

Dieses Budget umfasst für den Bereich die Sachkonten der Ergebnisplanposition 13 (Sach- und Dienstleistungen). Die jeweiligen Unterbudgets für die Sach- und Dienstleistungen sind gegenseitig deckungsfähig.

Folgende Produktsachkonten werden ebenfalls innerhalb des Budgets 05.2 bewirtschaftet:

021261501 – 52112100 (Unterhaltung Netztechnik)

042710101 – 52112100 (Unterhaltung Netztechnik)

105210401 – 52550000 (Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens)

Folgendes Produktsachkonto ist von der Deckungsfähigkeit innerhalb des Budgets 05.2 ausgeschlossen:

011110601 – 52350000 (Erstattungen von Aufwendungen von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen)

Budget 06 - Personal

Budgetverantwortung: Herr Rehahn

Produkte: 01 111 08 01 – Personaldienste
01 111 08 02 – Betriebliche Gesundheitsberatung

Budget 06.1

Dieses Budget umfasst die Sachkonten zu sämtlichen Ergebnisplanpositionen des betreffenden Bereiches mit Ausnahme der Position 13 Sach- und Dienstleistungen, den Positionen des Budgets 23 sowie des nachfolgend aufgelisteten Produktsachkontos:
011110801 – 54120800 (Aufwendungen für Fortbildung NKF)

Budget 06.2

Dieses Budget umfasst für den Bereich die Sachkonten der Ergebnisplanposition 13 (Sach- und Dienstleistungen). Die jeweiligen Unterbudgets für die Sach- und Dienstleistungen sind gegenseitig deckungsfähig.
Folgendes Produktsachkonto wird ebenfalls innerhalb des Budgets 06.2 bewirtschaftet:
095110201 – 52910110 (Aufwendungen für Vermessungsdienstleistungen)

Budget 07 – Finanzmanagement und Rechnungswesen

Budgetverantwortung: Frau Merx

Produkte: 01 111 09 01 – Finanzmanagement
 01 111 09 03 – Zahlungsabwicklung
 01 111 09 05 – Vollstreckung
 01 111 09 06 – Steuern und sonstige Abgaben

Budget 07.1

Dieses Budget umfasst die Sachkonten zu sämtlichen Ergebnisplanpositionen des betreffenden Bereiches mit Ausnahme der Position 13 Sach- und Dienstleistungen, den Positionen des Budgets 23 sowie des nachfolgend aufgelisteten Produktsachkontos:
011110905 – 54160800 (Aufwendungen für Dienst- und Schutzkleidung)

Budget 07.2

Dieses Budget umfasst für den Bereich die Sachkonten der Ergebnisplanposition 13 (Sach- und Dienstleistungen). Die jeweiligen Unterbudgets für die Sach- und Dienstleistungen sind gegenseitig deckungsfähig.

Budget 08 –Wirtschaftsförderung, Liegenschaften und Tourismus

Budgetverantwortung: Herr Kamp

Produkte: 01 111 12 02 – Grundstücks- und Gebäudeverwaltung
 15 571 01 01 – Wirtschaftsförderung
 15 575 01 01 – Tourismus und Freizeit

Budget 08.1

Dieses Budget umfasst die Sachkonten zu sämtlichen Ergebnisplanpositionen des betreffenden Bereiches mit Ausnahme der Position 13 Sach- und Dienstleistungen und den Positionen des Budgets 23.

Folgende Produktsachkonten werden ebenfalls innerhalb des Budgets 08.1 bewirtschaftet:

135550101 – 44110600 (Jagdpacht)
115380201 – 55180000 (Zinsaufwendungen KV Verkeskopf (Kanal))
125410101 – 55180000 (Zinsaufwendungen KV Verkeskopf (Straße))
115380201 – 78520000 – IV08KAN001 (Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen)
115380201 – 78590000 – IV08AIB089 (Auszahlungen für Baumaßnahmen)

Budget 08.2

Dieses Budget umfasst für den Bereich die Sachkonten der Ergebnisplanposition 13 (Sach- und Dienstleistungen). Die jeweiligen Unterbudgets für die Sach- und Dienstleistungen sind gegenseitig deckungsfähig.

Folgendes Produktsachkonto ist von der Deckungsfähigkeit innerhalb des Budgets 08.2 ausgeschlossen:

011111202 – 52419580 (Unterhaltung Grünflächen und Aufbauten Festhallen)

Budget 09 – Recht und Versicherungen

Budgetverantwortung: Frau Breil

Produkt: 01 111 11 01 – Rechts- und Versicherungsangelegenheiten

Budget 09.1

Dieses Budget umfasst die Sachkonten zu sämtlichen Ergebnisplanpositionen des betreffenden Bereiches mit Ausnahme der Position 13 Sach- und Dienstleistungen und den Positionen des Budgets 23.

Budget 09.2

Dieses Budget umfasst für den Bereich die Sachkonten der Ergebnisplanposition 13 (Sach- und Dienstleistungen). Die jeweiligen Unterbudgets für die Sach- und Dienstleistungen sind gegenseitig deckungsfähig.

Budget 10 – Ordnung

Budgetverantwortung: Herr Müller

Produkte: 02 122 01 01 – Allgemeine Sicherheit und Ordnung
02 122 02 01 – Gewerbeangelegenheiten
02 122 07 01 – Verkehrsangelegenheiten und Parkraumbewirtschaftung
02 122 10 01 – Einwohnerangelegenheiten
02 122 10 02 – Personenstandswesen
02 126 15 01 – Brandschutz/ Brandbekämpfung
02 126 15 02 – Abwehr von Großschadensereignissen/ Katastrophenschutz

Budget 10.1

Dieses Budget umfasst die Sachkonten zu sämtlichen Ergebnisplanpositionen der vorstehenden Produkte mit Ausnahme der Position 13 Sach- und Dienstleistungen und den Positionen des Budgets 23.

Budget 10.2

Dieses Budget umfasst für die vorgenannten Produkte die Sachkonten der Ergebnisplanposition 13 (Sach- und Dienstleistungen). Die jeweiligen Unterbudgets für die Sach- und Dienstleistungen sind gegenseitig deckungsfähig.

Folgende Produktsachkonten sind von der Deckungsfähigkeit innerhalb des Budgets 10.2 ausgeschlossen:

021261501 – 52112100 (Unterhaltung Netztechnik)

021261501 – 52419600 (Unterhaltung Grünflächen und Aufbauten)

Budget 10.3

Produkt: 02 127 17 07 – Kranken- und Rettungstransportdienst

Dieses Budget umfasst die Sachkonten zu sämtlichen Ergebnisplanpositionen des vorstehenden Produktes mit Ausnahme der Positionen des Budgets 23.

Budget 11 – Schulen

Budgetverantwortung: Frau Seeger

Produkte: 03 211 01 01 Grundschulen
 03 212 01 01 Hauptschulen
 03 215 01 01 Realschule
 03 217 01 01 Gymnasium
 03 218 01 01 Gesamtschule
 03 221 01 01 Willi – Fährmann – Schule
 03 241 01 01 Schülerbeförderung
 03 242 01 01 Fördermaßnahmen für Schüler
 03 243 01 01 Sonstige schulische Aufgaben

Budget 11.1

Dieses Budget umfasst die Sachkonten zu sämtlichen Ergebnisplanpositionen des betreffenden Bereiches mit Ausnahme der Position 13 Sach- und Dienstleistungen und den Positionen des Budgets 23.

Budget 11.2

Dieses Budget umfasst für den Bereich die Sachkonten der Ergebnisplanposition 13 (Sach- und Dienstleistungen). Die jeweiligen Unterbudgets für die Sach- und Dienstleistungen sind gegenseitig deckungsfähig.

Folgende Produktsachkonten sind von der Deckungsfähigkeit innerhalb des Budgets 11.2 ausgeschlossen:

032110101 – 52419600 (Unterhaltung Grünflächen und Aufbauten)
032110101 – 52340100 (Kostenerstattung für die Benutzung der Bäder)
032120101 – 52419600 (Unterhaltung Grünflächen und Aufbauten)
032120101 – 52340100 (Kostenerstattung für die Benutzung der Bäder)
032150101 – 52419600 (Unterhaltung Grünflächen und Aufbauten)
032150101 – 52340100 (Kostenerstattung für die Benutzung der Bäder)
032170101 – 52419600 (Unterhaltung Grünflächen und Aufbauten)
032170101 – 52340100 (Kostenerstattung für die Benutzung der Bäder)
032180101 – 52419600 (Unterhaltung Grünflächen und Aufbauten)
032180101 – 52340100 (Kostenerstattung für die Benutzung der Bäder)
032210101 – 52419600 (Unterhaltung Grünflächen und Aufbauten)
032210101 – 52340100 (Kostenerstattung für die Benutzung der Bäder)
032210101 – 52340100 (Kostenerstattung für die Benutzung der Bäder)
032430101 – 52340100 (Kostenerstattung für die Benutzung der Bäder)

Budget 12 –Kultur

Budgetverantwortung: Frau Seeger

Produkte: 04 263 01 01 Musikschule
 04 272 01 01 Bibliothek
 04 281 01 01 Kulturveranstaltungen und -förderungen

Budget 12.1

Dieses Budget umfasst die Sachkonten zu sämtlichen Ergebnisplanpositionen des betreffenden Bereiches mit Ausnahme der Position 13 Sach- und Dienstleistungen und den Positionen des Budgets 23.

Budget 12.2

Dieses Budget umfasst für den Bereich die Sachkonten der Ergebnisplanposition 13 (Sach- und Dienstleistungen). Die jeweiligen Unterbudgets für die Sach- und Dienstleistungen sind gegenseitig deckungsfähig.

Budget 13 –Sport

Budgetverantwortung: Frau Seeger

Produkte: 08 421 01 01 – Förderung des Sports
08 424 01 01 - Sportstätten
08 424 01 02 - Öffentliche Bäder

Budget 13.1

Dieses Budget umfasst die Sachkonten zu sämtlichen Ergebnisplanpositionen des betreffenden Bereiches mit Ausnahme der Position 13 Sach- und Dienstleistungen, den Positionen des Budgets 23 sowie des nachfolgend aufgelisteten Produktsachkontos:

084240102 – 44872100 (Erstattung für die Benutzung der Bäder)

Budget 13.2

Dieses Budget umfasst für den Bereich die Sachkonten der Ergebnisplanposition 13 (Sach- und Dienstleistungen). Die jeweiligen Unterbudgets für die Sach- und Dienstleistungen sind gegenseitig deckungsfähig.

Folgendes Produktsachkonto ist von der Deckungsfähigkeit innerhalb des Budgets 13.2 ausgeschlossen:

084210101 – 52340100 (Kostenerstattung für die Benutzung der Bäder)

Budget 14 – VHS

Budgetverantwortung: Frau Hannemann

Produkt: 04 271 01 01 VHS

Budget 14.1

Dieses Budget umfasst die Sachkonten zu sämtlichen Ergebnisplanpositionen des betreffenden Bereiches mit Ausnahme der Position 13 Sach- und Dienstleistungen und den Positionen des Budgets 23.

Budget 14.2

Dieses Budget umfasst für den Bereich die Sachkonten der Ergebnisplanposition 13 (Sach- und Dienstleistungen). Die jeweiligen Unterbudgets für die Sach- und Dienstleistungen sind gegenseitig deckungsfähig.

Folgendes Produktsachkonto ist von der Deckungsfähigkeit innerhalb des Budgets 14.2 ausgeschlossen:

042710101 – 52112100 (Unterhaltung Netztechnik)

Budget 15– Soziales

Budgetverantwortung: Herr Rombach

Produkte: 05 311 01 02 – Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen
05 313 01 01 – Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte
05 351 01 01 – Sonstige soziale Angelegenheiten
05 351 01 02 – Unterstützende Seniorenarbeit
10 522 01 01 – Subjektbezogene Förderung für Wohnraum
10 522 01 02 – Wohnraumsicherung und –versorgung
10 522 01 03 – Hilfen bei Wohnproblemen

Budget 15.1

Dieses Budget umfasst die Sachkonten zu sämtlichen Ergebnisplanpositionen des betreffenden Bereiches mit Ausnahme der Position 13 Sach- und Dienstleistungen und den Positionen des Budgets 23.

Budget 15.2

Dieses Budget umfasst für den Bereich die Sachkonten der Ergebnisplanposition 13 (Sach- und Dienstleistungen). Die jeweiligen Unterbudgets für die Sach- und Dienstleistungen sind gegenseitig deckungsfähig.

Folgendes Produktsachkonto ist von der Deckungsfähigkeit innerhalb des Budgets 15.2 ausgeschlossen:

053510102 – 52419600 (Unterhaltung Grünflächen und Aufbauten)

Budget 16– Jugend

Budgetverantwortung: Herr Termath

Produkte: 05 341 01 01 - Unterhaltsvorschussleistungen (Budget 16.1 und 16.2)
 06 361 01 01 – Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege
 06 362 01 01 – Kinder- und Jugendarbeit
 06 363 01 01 – Hilfen für junge Menschen und ihre Familien

Budget 16.1

Dieses Budget umfasst die Sachkonten zu sämtlichen Ergebnisplanpositionen des betreffenden Bereichs mit Ausnahme der Positionen 13 „Sach- und Dienstleistungen“ und 15 „Transferaufwendungen“ sowie den Positionen des Budgets 23.

Budget 16.2

Dieses Budget umfasst für den Bereich die Sachkonten der Ergebnisplanposition 13 (Sach- und Dienstleistungen). Die jeweiligen Unterbudgets für die Sach- und Dienstleistungen sind gegenseitig deckungsfähig.

Folgende Produktsachkonten sind von der Deckungsfähigkeit innerhalb des Budgets 16.2 ausgeschlossen:

063610101 – 52340100 (Kostenerstattung für die Benutzung der Bäder)

063620101 – 52340100 (Kostenerstattung für die Benutzung der Bäder)

Budget 17 – Bauverwaltung

Budgetverantwortung: Herr Gühsgen

Produkte: 01 111 06 02 – Zentrale Beschaffungen und Vergaben für die Gesamtverwaltung
 01 111 12 01 – Infrastrukturelles/ kaufmännisches Gebäudemanagement

Budget 17.1

Dieses Budget umfasst die Sachkonten zu sämtlichen Ergebnisplanpositionen des betreffenden Bereiches mit Ausnahme der Position 13 Sach- und Dienstleistungen und den Positionen des Budgets 23.

Folgende Produktsachkonten werden ebenfalls innerhalb des Budgets 17.1 bewirtschaftet:

011110905 – 54160800 (Aufwendungen für Dienst- und Schutzkleidung)

135550101 – 43211600 (Entgelte f. die Benutzung von Grillplätzen / Grillhütten)

125410101 – 45620000 (Säumniszuschläge)

125410101 – 37400402 – diverse Investitionsnummern (Zugang Gebuchte Erschließungsbeiträge)

125410101 – 37400302 – diverse Investitionsnummern (Zugang gebuchte KAG Beiträge)

Budget 17.2

Dieses Budget umfasst für den Bereich die Sachkonten der Ergebnisplanposition 13 (Sach- und Dienstleistungen). Die jeweiligen Unterbudgets für die Sach- und Dienstleistungen sind gegenseitig deckungsfähig.

Folgendes Produktsachkonto wird ebenfalls innerhalb des Budgets 17.2 bewirtschaftet:

155730101 – 52416600 (Grundbesitzabgaben Blaustein-See)

Budget 18 – Hochbau/ Gebäudewirtschaft

Budgetverantwortung: Herr Gühsgen

Produkte: 01 111 12 03 - Technisches Gebäudemanagement
15 573 01 01 - Blaustein-See

Budget 18.1

Dieses Budget umfasst die Sachkonten zu sämtlichen Ergebnisplanpositionen des betreffenden Bereiches mit Ausnahme der Position 13 Sach- und Dienstleistungen und den Positionen des Budgets 23.

Budget 18.2

Dieses Budget umfasst für den Bereich die Sachkonten der Ergebnisplanposition 13 (Sach- und Dienstleistungen). Die jeweiligen Unterbudgets für die Sach- und Dienstleistungen sind gegenseitig deckungsfähig.

Folgendes Produktsachkonto ist von der Deckungsfähigkeit innerhalb des Budgets 18.2 ausgeschlossen:

155730101 – 52416600 (Grundbesitzabgaben Blaustein-See)

Budget 19 – Planung und Vermessung

Budgetverantwortung: Herr Dr. Hartlich

Produkte: 09 511 01 01 – Räumliche Planung und Entwicklung
09 511 02 01 – Vermessung und Erfassung von Geobasisdaten
10 521 01 01 – Grundstücksbezogene Basisinformationen
10 521 01 02 – Grundstücksordnung und -wertermittlung
15 573 01 03 – Inland

Budget 19.1

Dieses Budget umfasst die Sachkonten zu sämtlichen Ergebnisplanpositionen der vorstehenden Produkte mit Ausnahme der Position 13 Sach- und Dienstleistungen und den Positionen des Budgets 23.

Budget 19.2

Dieses Budget umfasst für die vorstehenden Produkte die Sachkonten der Ergebnisplanposition 13 (Sach- und Dienstleistungen). Die jeweiligen Unterbudgets für die Sach- und Dienstleistungen sind gegenseitig deckungsfähig.

Folgendes Produktsachkonto ist von der Deckungsfähigkeit innerhalb des Budgets 19.2 ausgeschlossen:

095110201 – 52910110 (Aufwendungen für Vermessungsdienstleistungen)

Budget 19.3

Produkte: 11 537 01 01 – Abfallwirtschaft
11 538 02 01 – Entwässerung und Abwasserbeseitigung
12 545 01 01 – Straßenreinigung und Winterdienst

Jeweils sämtliche Ergebnisplanpositionen der vorstehenden Produkte mit Ausnahme der Positionen des Budgets 23 bilden ein Budget.

Budget 20 – Bauordnung und Umwelt

Budgetverantwortung: Herr Jopke

Produkte: 10 521 04 01 – Maßnahmen der Bauaufsicht
10 523 01 01 – Denkmalschutz und Denkmalpflege
14 561 01 03 – Schutz vor alllastenbedingten Gefahren

Budget 20.1

Dieses Budget umfasst die Sachkonten zu sämtlichen Ergebnisplanpositionen der vorstehenden Produkte mit Ausnahme der Position 13 Sach- und Dienstleistungen und den Positionen des Budgets 23.

Folgendes Produktsachkonto wird ebenfalls innerhalb des Budgets 20.1 bewirtschaftet:

125460101 – 37400002 – IV00STR001 (Zugang Erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten)

Budget 20.2

Dieses Budget umfasst für die vorstehenden Produkte die Sachkonten der Ergebnisplanposition 13 (Sach- und Dienstleistungen). Die jeweiligen Unterbudgets für die Sach- und Dienstleistungen sind gegenseitig deckungsfähig.

Folgendes Produktsachkonto ist von der Deckungsfähigkeit innerhalb des Budgets 20.2 ausgeschlossen:

105210401 – 52550000 (Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens)

Budget 20.3

Produkt: 13 553 01 01 – Friedhöfe

Jeweils sämtliche Ergebnisplanpositionen des vorstehenden Produktes mit Ausnahme der Positionen des Budgets 23 bilden ein Budget.

Budget 21 – Tiefbau und Grünflächen

Budgetverantwortung - Herr Dr. Hartlich

Produkte: 12 541 01 01 – Gemeindestraßen
12 541 01 02 – Verkehrliche Planung
12 541 01 03 – Verkehrsanlagen
12 542 01 01 – Kreisstraßen
12 543 01 03 – Landesstraßen
12 544 01 04 – Bundesstraßen
12 546 01 01 – Parkplätze / Parkhäuser
13 551 01 01 – Öffentliches Grün
13 554 01 01 – Natur und Landschaft
13 555 01 01 – Wald, Forstwirtschaft
13 552 01 01 – Wasser und Wasserbau
14 561 01 01 – Umweltschutz

Budget 21.1

Dieses Budget umfasst die Sachkonten zu sämtlichen Ergebnisplanpositionen des betreffenden Bereiches mit Ausnahme der Position 13 Sach- und Dienstleistungen, den Positionen des Budgets 23 sowie der nachfolgend aufgelisteten Produktsachkonten:

- 125410101 – 45620000 (Säumniszuschläge)
- 125410101 – 55180000 (Zinsaufwendungen KV Verkeskopf (Straße))
- 125410101 – 37400402 – diverse Investitionsnummern (Zugang gebuchte Erschließungsbeiträge)
- 125410101 – 37400302 – diverse Investitionsnummern (Zugang gebuchte KAG Beiträge)
- 125460101 – 37400002 – IV00STR001 (Zugang Erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten)
- 135550101 – 43211600 (Entgelte für die Benutzung von Grillplätzen / Grillhütten)
- 135550101 – 44110600 (Jagdpacht)

Budget 21.2

Dieses Budget umfasst für den Bereich die Sachkonten der Ergebnisplanposition 13 (Sach- und Dienstleistungen). Die jeweiligen Unterbudgets für die Sach- und Dienstleistungen sind gegenseitig deckungsfähig.

Folgende Produktsachkonten werden ebenfalls innerhalb des Budgets 21.2 bewirtschaftet:

- 011111202 – 52419580 (Unterhaltung Grünflächen und Aufbauten Festhallen)
- 021261501 – 52419600 (Unterhaltung Grünflächen und Aufbauten)
- 032110101 – 52419600 (Unterhaltung Grünflächen und Aufbauten)
- 032120101 – 52419600 (Unterhaltung Grünflächen und Aufbauten)
- 032150101 – 52419600 (Unterhaltung Grünflächen und Aufbauten)
- 032170101 – 52419600 (Unterhaltung Grünflächen und Aufbauten)
- 032180101 – 52419600 (Unterhaltung Grünflächen und Aufbauten)
- 032210101 – 52419600 (Unterhaltung Grünflächen und Aufbauten)
- 053510102 – 52419600 (Unterhaltung Grünflächen und Aufbauten)

Budget 22 – Finanzwirtschaft

Budgetverantwortung – Frau Merx

- Produkte:
- 11 530 01 01 – Energie- und Wasserversorgung
 - 15 573 01 02 – Verwaltung der wirtschaftlichen Unternehmen
 - 16 611 01 01 – Allgemeine Finanzwirtschaft
 - 17 700 01 01 – Stiftungen

Budget 22.1

Dieses Budget umfasst die Sachkonten zu sämtlichen Ergebnisplanpositionen des betreffenden Bereiches mit Ausnahme der Position 13 Sach- und Dienstleistungen und den Positionen des Budgets 23.

Folgende Produktsachkonten werden ebenfalls innerhalb des Budgets 22.1 bewirtschaftet:

- 011110801 – 54120800 (Aufwendungen für Fortbildung NKF)
- 084240102 – 46140000 (Zinserträge v. sonstigen öffentl. Bereich)
- 084240102 – 44872100 (Erstattung für die Benutzung der Bäder)

Budget 22.2

Dieses Budget umfasst für den Bereich die Sachkonten der Ergebnisplanposition 13 (Sach- und Dienstleistungen). Die jeweiligen Unterbudgets für die Sach- und Dienstleistungen sind gegenseitig deckungsfähig.

Folgende Produktsachkonten werden ebenfalls innerhalb des Budgets 22.2 bewirtschaftet:

- 032110101 – 52340100 (Kostenerstattung für die Benutzung der Bäder)
- 032120101 – 52340100 (Kostenerstattung für die Benutzung der Bäder)
- 032150101 – 52340100 (Kostenerstattung für die Benutzung der Bäder)
- 032170101 – 52340100 (Kostenerstattung für die Benutzung der Bäder)
- 032180101 – 52340100 (Kostenerstattung für die Benutzung der Bäder)
- 032210101 – 52340100 (Kostenerstattung für die Benutzung der Bäder)
- 032430101 – 52340100 (Kostenerstattung für die Benutzung der Bäder)
- 063610101 – 52340100 (Kostenerstattung für die Benutzung der Bäder)
- 063620101 – 52340100 (Kostenerstattung für die Benutzung der Bäder)

084210101 – 52340100 (Kostenerstattung für die Benutzung der Bäder)
011110601 – 52350000 (Erstattungen von Aufwendungen von verbundenen Unternehmen,
Beteiligungen und Sondervermögen)

Budget 23 – Personal- und Versorgungsaufwendungen

Budgetverantwortung – Herr Rehahn

Dieses Budget umfasst die Produktsachkonten der Kontengruppen 50 und 51 sowie das Sachkonto 52911500 (Verwaltungskostenanteil RVK).
Die Produktsachkonten der Kontenart 5019 sind von der Deckungsfähigkeit innerhalb des Budgets ausgeschlossen.

Budget 24 – Bilanzielle Abschreibungen

Budgetverantwortung – Frau Merx

Dieses Budget umfasst sämtliche Produktsachkonten der Kontengruppe 57.

Anlage 2 zur Haushaltssatzung der Stadt Eschweiler

Zweckbindung von Erträgen und Einzahlungen nach § 22 Abs. 3 GemHVO

Bei folgenden Konten werden die jeweiligen Erträge und Einzahlungen für zweckgebunden zu den entsprechenden Aufwendungen und Auszahlungen erklärt:

01 111 11 01 Rechts- und Versicherungsangelegenheiten

4487 1100	6487 1100	Erstattung Ausgleich Abgeltung Bagatellschäden
5441 3000	7441 3000	Aufwendungen Schadensfälle

01 111 12 01 Infrastrukturelles/ kaufmännisches Gebäudemanagement

4487 2400	6487 2400	Rückerstattungen EWV
5241 0100	7241 0100	Beleuchtung und Strom
5241 0200	7241 0200	Heizung
5241 0300	7241 0300	Wasserversorgung
5241 0700	7241 0700	Stromversorgung Straßenbeleuchtung
5241 0900	7241 0900	Heizzentrale Rathaus
5241 2100	7241 2100	Strom Bäder
5241 2200	7241 2200	Heizung Bäder
5241 2300	7241 2300	Wasserverbrauch Bäder
5241 3200	7241 3200	Heizung Festhallen

01 111 12 03 Technisches Gebäudemanagement

4488 0000	6488 0000	Erstattungen übrige Bereiche
5241 9220	7241 9220	Unterhaltung allgemeines Grundvermögen
5241 9240	7241 9240	Unterhaltung Rathaus
5241 9250	7241 9250	Unterhaltung Feuer- und Rettungswache, Feuerwehrgerätehäuser
5241 9270	7241 9270	Unterhaltung Grundschulen
5241 9280	7241 9280	Unterhaltung Hauptschulen
5241 9290	7241 9290	Unterhaltung Realschule
5241 9300	7241 9300	Unterhaltung Gesamtschule
5241 9310	7241 9310	Unterhaltung Gymnasium
5241 9320	7241 9320	Unterhaltung Willi-Fährmann-Schule
5241 9330	7241 9330	Unterhaltung Kultureinrichtungen
5241 9340	7241 9340	Unterhaltung Volkshochschule
5241 9350	7241 9350	Unterhaltung Asyl- und Aussiedlerheime
5241 9360	7241 9360	Unterhaltung Altentagesstätten
5241 9370	7241 9370	Unterhaltung Kinder- und Jugendeinrichtungen
5241 9380	7241 9380	Unterhaltung Bäder
5241 9390	7241 9390	Unterhaltung Festhallen
5241 9410	7241 9410	Unterhaltung Hauptbahnhof
5241 9430	7241 9430	Unterhaltung Märkte und Kirmessen
5241 9440	7241 9440	Unterhaltung GeTeCe
5241 9450	7241 9450	Unterhaltung forstwirtschaftliche Unternehmen
5241 9460	7241 9460	Unterhaltung Sporthallen
5241 9470	7241 9470	Unterhaltung Seezentrum
5242 1600	7242 1600	Unterhaltung Sportstätten
5242 1620	7242 1620	Unterhaltung Leichenhallen

02 122 10 02 Personenstandswesen

4291 1000	6291 1000	Sonstiger Transferertrag Trauungen im Zisterzienserinnenkloster St. Jöris
5291 0000	7291 0000	Aufwendungen sonstige Dienstleistungen
4488 1900	6488 1900	Erstattung Familienstambücher
5431 0000	7431 0000	Geschäftsaufwendungen

02 126 15 01 Brandschutz/ Brandbekämpfung

4321 0400	6321 0400	Teilnehmerentgelte
5416 0810	7416 0810	Beschaffung von Dienst- und Schutzkleidung

03 211 01 01 Grundschulen

4141 0000	6141 0000	Zuweisungen und Zuschüsse vom Land für laufende Zwecke
5019 0200	7019 0200	Honorare Betreuung Schüler nach Unterricht
4141 0200	6141 0200	Zuweisungen und Zuschüsse vom Land für offene Ganztagschulen
5019 0000	7019 0000	Aufwendungen sonstige Beschäftigte
4321 2500	6321 2500	Elternbeiträge Offene Ganztagschule
5019 0000	7019 0000	Aufwendungen sonstige Beschäftigte

03 212 01 01 Hauptschulen

4141 0300	6141 0300	Zuweisungen und Zuschüsse vom Land für Landesprogramm Geld oder Stelle
5019 0200	7019 0200	Honorare Betreuung Schüler nach Unterricht
4421 0400	6421 0400	Rückerstattung Kochunterrichtsmaterial (Tischgelder)
5281 0900	7281 0900	Material hauswirtschaftlicher Unterricht

03 215 01 01 Realschule

4141 0000	6141 0000	Zuweisungen und Zuschüsse vom Land für laufende Zwecke
5019 0200	7019 0200	Honorare Betreuung Schüler nach Unterricht
4421 0400	6421 0400	Rückerstattung Kochunterrichtsmaterial (Tischgelder)
5281 0900	7281 0900	Material hauswirtschaftlicher Unterricht

03 217 01 01 Gymnasium

4141 0000	6141 0000	Zuweisungen und Zuschüsse vom Land für laufende Zwecke
5019 0200	7019 0200	Honorare Betreuung Schüler nach Unterricht

03 218 01 01 Gesamtschule

4421 0400	6421 0400	Rückerstattung Kochunterrichtsmaterial (Tischgelder)
5281 0900	7281 0900	Material hauswirtschaftlicher Unterricht

03 221 01 01 Schule für Lernbehinderte

4141 0000	6141 0000	Zuweisungen und Zuschüsse vom Land für laufende Zwecke
5019 0200	7019 0200	Honorare Betreuung Schüler nach Unterricht
4141 0200	6141 0200	Zuweisungen und Zuschüsse vom Land für offene Ganztagschulen
5019 0000	7019 0000	Aufwendungen sonstige Beschäftigte
4421 0400	6421 0400	Rückerstattung Kochunterrichtsmaterial (Tischgelder)
5281 0900	7281 0900	Material hauswirtschaftlicher Unterricht

03 243 01 01 Sonstige schulische Aufgaben

4141 3500	6141 3500	Zuweisungen und Zuschüsse vom Land für Landesprogramm Alle Kinder essen mit
5339 0700	7339 0700	Leistungen Bildung und Teilhabegesetz
4142 0300	6142 0300	Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden
5291 0000	7291 0000	Aufwendungen sonstige Dienstleistungen
5339 0700	7339 0700	Leistungen Bildung und Teilhabegesetz
4148 0100	6148 0100	Spenden von übrigen Bereichen
5339 0100	7339 0100	Verwendung Spenden für soziale Zwecke
4421 0300	6421 0300	Abgabe von Verpflegung
5291 1400	7291 1400	Verpflegung durch Dritte
5339 0700	7339 0700	Leistungen Bildung und Teilhabegesetz
4481 0000	6481 0000	Erstattung vom Land
5412 0100	7412 0100	Aufwendungen Aus- und Fortbildung

04 263 01 01 Musikschule

4141 0000	6141 0000	Zuweisungen und Zuschüsse vom Land für laufende Zwecke
5284 0300	7284 0300	Geräte, Ausstattung, Lizenzen unter 410 € netto
4321 3200	6321 3200	Unterrichtsentgelt für musikalische Früherziehung
5019 2100	7019 2100	Dozentenhonoreare

04 271 01 01 Volkshochschule

4148 0000	6148 0000	Zuweisungen von übrigen Bereichen
5019 2100	7019 2100	Dozentenonorare
5019 2300	7019 2300	Sonstige Honorarkräfte
5431 2310	7431 2310	Geschäftsaufwendungen Lehr- und Lernmittel Volkshochschule
5281 1500	7281 1500	Lehr- und Lernmittel Volkshochschule
4321 0400	6321 0400	Teilnehmerentgelte
5019 2100	7019 2100	Dozentenonorare
4321 2700	6321 2700	Entgelte Firmenschulungen
5019 2100	7019 2100	Dozentenonorare
4321 2800	6321 2800	Entgelte Seminare für städtische Fortbildung
5019 2100	7019 2100	Dozentenonorare
4461 1000	6461 1000	Kursnebenkosten (sonstige private Leistungsentgelte)
5019 2100	7019 2100	Dozentenonorare
5281 1500	7281 1500	Lehr- und Lernmittel Volkshochschule
5422 0900	7422 0900	Softwareaufwand
5431 2310	7431 2310	Geschäftsaufwendungen Lehr- und Lernmittel Volkshochschule
4480 0100	6480 0100	Fahrtkostenerstattung Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
5291 9400	7291 9400	Weiterleitung Fahrtkosten Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
4421 0200	6421 0200	Erträge aus Verkauf von Werbemittel
5283 0200	7283 0200	Aufwendungen Werbung und Öffentlichkeitsarbeit

04 272 01 01 Bibliothek

4141 0000	6141 0000	Zuweisungen und Zuschüsse vom Land für laufende Zwecke
5401 0000	7401 0000	Sonstige ordentliche Aufwendungen
4321 2600	6321 2600	Benutzungsentgelte auswärtiger Leihverkehr
5238 0000	7238 0000	Erstattungen übrige Bereiche
4488 0000	6488 0000	Erstattungen übrige Bereiche
5281 2200	7281 2200	Büchereiausstattung
4488 2400	6488 2400	Wertersatz nicht zurückgebrachter Bücher
5281 2200	7281 2200	Büchereiausstattung

04 281 01 01 Kulturveranstaltungen und -förderungen

4321 0100	6321 0100	Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte
5281 1100	7281 1100	Aufwendungen Veranstaltungen
4487 0300	6487 0300	Erstattung Versicherungsbeiträge
5441 2000	7441 2000	Versicherungen

05 351 01 01 Sonstige soziale Angelegenheiten

4481 0900	6481 0900	Erstattung Land Schwangerschaftskonfliktberatung
5429 0100	7429 0100	Aufwendungen Schwangerschaftskonfliktberatung

05 313 01 01 Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte

4140 0200	6140 0200	Erträge Dienstleistungen Förderprogramm Xenos-Zirkel
5291 0130	7291 0130	Aufwendungen Dienstleistungen Förderprogramm Xenos-Zirkel
4144 0000	6144 0000	Zuweisungen des sonstigen öffentlichen Bereiches
5311 8350	7311 8350	Zuschüsse Förderprogramme und Projekte
4481 0100	6481 0100	Erstattung vom Land Leistungspauschale FlüAG
5338 0400	7338 0400	Sach- und Geldleistungen gemäß § 3 AsylbLG

06 361 01 01 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege

4141 0000	6141 0000	Zuweisungen und Zuschüsse vom Land für laufende Zwecke
5311 8000	7311 8000	Zuwendungen und Zuschüsse an übrige Bereiche für laufende Zwecke
5311 9100	7311 9100	Zuweisungen und Zuschüsse U3-Förderung
4141 0010	6141 0010	Zuweisungen und Zuschüsse vom Land für Kindertagespflege
5332 0100	7332 0100	Tagespflege gemäß § 23 SGB VIII
4141 3000	6141 3000	Zuweisungen und Zuschüsse vom Land für Betriebskosten Kindergarten
5311 8180	7311 8180	Betriebskostenzuschüsse freie Träger Kindertagesstätten
5311 8230	7311 8230	Weiterleitung Landeszuschüsse Familienzentren
5311 8340	7311 8340	Betriebskostenzuschüsse an die AÖR-Kindergärten
4141 3100	6141 3100	Zuweisungen und Zuschüsse vom Land für Sprachförderkurse Kindergärten
5311 8240	7311 8240	Weiterleitung Landeszuschüsse Sprachförderung
4141 3400	6141 3400	Zuweisungen und Zuschüsse vom Land für Familienzentren
5311 8230	7311 8230	Weiterleitung Landeszuschüsse Familienzentren
4142 0300	6142 0300	Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden
5339 0700	7339 0700	Leistungen Bildung und Teilhabegesetz
4211 0310	6211 0310	Elternbeiträge gemäß § 23 SGB VIII
5332 0100	7332 0100	Tagespflege gemäß § 23 SGB VIII
4321 2400	6321 2400	Elternbeiträge Kindergärten freie Träger
5311 8180	7311 8180	Betriebskostenzuschüsse freie Träger Kindertagesstätten
4321 2410	6321 2410	Elternbeiträge städtische Kindergärten
5311 8340	7311 8340	Betriebskostenzuschüsse AÖR-Kindergärten

06 362 01 01 Kinder- und Jugendarbeit

4141 0400	6141 0400	Zuweisungen und Zuschüsse vom Land für Jugendtreff CheckIn
5311 8290	7311 8290	Weiterleitung Landeszuschüsse Jugendfreizeitheime freier Träger
4141 0500	6141 0500	Zuweisungen und Zuschüsse vom Land für Jugendfreizeitheime freier Träger
5311 8290	7311 8290	Weiterleitung Landeszuschüsse Jugendfreizeitheime freier Träger

06 363 01 01 Hilfen für junge Menschen und ihre Familien

4141 0000	6141 0000	Zuweisungen und Zuschüsse vom Land für laufende Zwecke
5311 9000	7311 9000	Zuwendungen und Zuschüsse an sonstige öffentliche Bereiche für laufende Zwecke
4148 0100	6148 0100	Spenden von übrigen Bereichen
5281 1900	7281 1900	Sonstige Sachleistungen Projekte
4221 1201	6221 1201	Kostenbeiträge unbegleitete minderjährige Flüchtling
4482 1101	6482 1101	Erstattung Jugendhilfeträger unbegleitete minderjährige Flüchtling
5332 0800	7332 0800	Aufwendungen unbegleitete minderjährige Flüchtling

08 424 01 02 Öffentliche Bäder

4487 2100	6487 2100	Erstattung Benutzung Bäder
5234 0100	7234 0100	Kostenerstattung Benutzung Bäder (Produkt 03 211 01 01 - Grundschulen)
5234 0100	7234 0100	Kostenerstattung Benutzung Bäder (Produkt 03 212 01 01 - Hauptschulen)
5234 0100	7234 0100	Kostenerstattung Benutzung Bäder (Produkt 03 215 01 01 - Realschule)
5234 0100	7234 0100	Kostenerstattung Benutzung Bäder (Produkt 03 217 01 01 - Gymnasium)
5234 0100	7234 0100	Kostenerstattung Benutzung Bäder (Produkt 03 218 01 01 - Gesamtschule)
5234 0100	7234 0100	Kostenerstattung Benutzung Bäder (Produkt 03 221 01 01 - Willi Fähmann Schule)
5234 0100	7234 0100	Kostenerstattung Benutzung Bäder (Produkt 03 243 01 01 - Sonstige schulische Aufgaben)
5234 0100	7234 0100	Kostenerstattung Benutzung Bäder (Produkt 06 361 01 01 - Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen)
5234 0100	7234 0100	Kostenerstattung Benutzung Bäder (Produkt 06 362 01 01 - Kinder- und Jugendarbeit)
5234 0100	7234 0100	Kostenerstattung Benutzung Bäder (Produkt 08 421 01 01 - Förderung des Sports)
4651 1010	6651 1010	Gewinnanteile und Dividende WBE GmbH
4651 1020	6651 1020	Gewinnanteile und Dividende EWV GmbH
4651 1030	6651 1030	Gewinnanteile und Dividende städtisches Wasserwerk
4651 1040	6651 1040	Gewinnanteile und Dividende RWE AG
4651 2000	6651 2000	Dividende Wohnungsgenossenschaft Eschweiler eG
4651 3000	6651 3000	Anteiliger Bilanzgewinn Sparkasse Aachen
5441 1010	7441 1010	Kapitalertragsteuern

09 511 01 01 Räumliche Planung und Entwicklung

4141 0000	6141 0000	Zuweisungen und Zuschüsse vom Land für laufende Zwecke (in Höhe der Mittel für KWK-Kommune)
4148 0000	6148 0000	Zuweisungen von übrigen Bereichen (in Höhe der Mittel für KWK-Kommune)
5291 0000	7291 0000	Aufwendungen sonstige Dienstleistungen (in Höhe der Mittel für KWK-Kommune)
4141 2760	6141 2760	Zuweisungen und Zuschüsse vom Land für nördliche Innenstadt
5291 0840	7291 0840	Nördliche Innenstadt

09 511 02 01 Vermessung und Erfassung von Geobasisdaten

4461 0000	6461 0000	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte
5291 0000	7291 0000	Aufwendungen sonstige Dienstleistungen

10 522 01 01 Subjektbezogene Förderung für Wohnraum

4487 0000	6487 0000	Erstattung private Unternehmen
5311 8000	7311 8000	Zuwendungen und Zuschüsse an übrige Bereiche für laufende Zwecke

10 523 01 01 Denkmalschutz und Denkmalpflege

4141 0000	6141 0000	Zuweisungen und Zuschüsse vom Land für laufende Zwecke (in Höhe der Mittel für KWK-Kommune)
5311 8000	7311 8000	Zuwendungen und Zuschüsse an übrige Bereiche für laufende Zwecke

11 538 02 01 Entwässerung und Abwasserbeseitigung

4321 1210	6321 1210	Gebühren Kanalhausanschlüsse
5235 0100	7235 0100	Kostenerstattung Kanalhausanschlüsse

12 541 01 01 Gemeindestraßen

4148 0000	6148 0000	Zuweisungen von übrigen Bereichen
5242 0100	7242 0100	Unterhaltung Straßen, Wege, Plätze (Bushaltestellen)

13 551 01 01 Öffentliches Grün

4141 0000	6141 0000	Zuweisungen und Zuschüsse vom Land für laufende Zwecke (in Höhe der Mittel für KWK-Kommune)
5215 9670	7215 9670	Instandhaltung sonstige Grünflächen und Aufbauten

13 554 01 01 Natur und Landschaft

4142 0300	6142 0300	Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden
5242 0170	7242 0170	Unterhaltung Reitwege
4487 2900	6487 2900	Erstattungen Ausgleichsmaßnahmen allgemein
5241 9650	7241 9650	Ausgleichsmaßnahmen

15 573 01 02 Verwaltung der wirtschaftlichen Unternehmen

4651 1010	6651 1010	Gewinnanteile und Dividende WBE GmbH
4651 1020	6651 1020	Gewinnanteile und Dividende EWW GmbH
4651 1030	6651 1030	Gewinnanteile und Dividende städtisches Wasserwerk
4651 1040	6651 1040	Gewinnanteile und Dividende RWE AG
4651 2000	6651 2000	Dividende Wohnungsgenossenschaft Eschweiler eG
4651 3000	6651 3000	Anteiliger Bilanzgewinn Sparkasse Aachen
4651 4000	6651 4000	Erstattung Kapitalertragsteuer
4651 5000	6651 5000	Dividende Raiffeisenbank Eschweiler eG
5441 1010	7441 1010	Kapitalertragsteuern

16 611 01 01 Allgemeine Finanzwirtschaft

4013 0000	6013 0000	Gewerbsteuer
5341 0000	7341 0000	Gewerbsteuerumlage
5342 0000	7342 0000	Finanzierungsbeitrag Fonds Deutsche Einheit
4521 2000	6521 2000	Verzinsung Gewerbesteuer nach § 233 a AO
5401 1000	7401 1000	Verzinsung Gewerbesteuer nach § 233 a AO

17 700 01 01 Stiftung

4617 0100	6617 0100	Zinserträge Johanna-Neuman-Stiftung
5401 0100	7401 0100	Ertragsverwendung Peter-Lersch-Stiftung
4617 0200	6617 0200	Zinserträge Peter-Lersch-Stiftung
5401 0100	7401 0100	Ertragsverwendung Peter-Lersch-Stiftung
4617 0300	6617 0300	Zinserträge Pacht Liesenstiftung
5401 0200	7401 0200	Ertragsverwendung Liesenstiftung



Haushaltssatzung 2017

7. Fortschreibung Haushaltssicherungskonzept 2010 – 2017

Vorbericht



Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeines	23
2	Darstellung der Ausgangssituation.....	23
3	Erläuterungen zu den Werten der Schlussbilanz 2015.....	25
3.1	Vermögensstruktur der Jahresabschlussbilanz (Aktivseite)	26
3.1.1	Anlagevermögen.....	26
3.1.2	Umlaufvermögen	27
3.1.3	Aktive Rechnungsabgrenzung	27
3.2	Vermögensstruktur der Jahresabschlussbilanz (Passivseite).....	27
3.2.1	Eigenkapital	28
3.2.2	Sonderposten	28
3.2.3	Rückstellungen	29
3.2.4	Verbindlichkeiten	30
3.2.5	Passive Rechnungsabgrenzung	30
4	Übersicht über die voraussichtliche Entwicklung des Eigenkapitals	31
5	Haushaltsausgleich.....	31
6	Ergebnisplan.....	32
6.1	Allgemeines	32
6.2.1	Steuern und ähnliche Abgaben.....	34
6.2.2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen.....	36
6.2.3	Sonstige Transfererträge	36
6.2.4	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	37
6.2.5	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	38
6.2.6	Sonstige ordentliche Erträge.....	39
6.3	Aufwendungen.....	40
6.3.1	Personalaufwendungen	41
6.3.2	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	42
6.3.3	Bilanzielle Abschreibungen.....	43
6.3.4	Transferaufwendungen.....	43
6.4	Kennzahlen zu den Erträgen und Aufwendungen	45
7	Bedeutende Investitionsmaßnahmen.....	47
8	Schuldenstand/ pro-Kopfverschuldung.....	48
9	Liquide Mittel.....	49
10	Entwicklung des Eigenkapitals	49
11	Risikoberichterstattung	51

1 Allgemeines

Gemäß § 1 Abs. 2 der Gemeindehaushaltsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GemHVO NRW) ist dem Haushaltsplan u.a. ein Vorbericht beizufügen. Nach § 7 GemHVO NRW soll der Vorbericht einen Überblick über die Eckpunkte des Haushaltsplanes geben.

Damit stellt der Vorbericht eine bedeutende Informationsquelle für die politischen Gremien, die Öffentlichkeit sowie für die Aufsichtsbehörde zur Beurteilung der wirtschaftlichen Situation der Gemeinde dar. Im Vorbericht sind die Ertrags-, Vermögens-, Schulden- und Finanzsituation sowie die wesentlichen Ziele der Gemeinde darzustellen und zu erläutern. Der zeitliche Rahmen des Vorberichts beschränkt sich dabei nicht nur auf das Haushaltsjahr, sondern erstreckt sich auch auf die Entwicklung in den Folgejahren.

Der Vorbericht enthält Erläuterungen zu den Eckdaten des Haushaltsplans sowie zu deren Planungsgrundlagen und stellt Zusammenhänge und Wechselbeziehungen dar. Insbesondere sind die Rahmenbedingungen und die Risiken der Haushaltsplanung sowie ggf. im Haushaltsjahr entstehende Verpflichtungen, die sich auch auf Folgejahre auswirken, darzustellen und zu erläutern. Darüber hinaus sind die grundsätzlichen haushaltswirtschaftlichen Ziele anzugeben, die die Gemeinde mit den Feststellungen des Haushaltsplanes verfolgt.

Der Vorbericht soll es ermöglichen, sich ein Gesamtbild über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Gemeinde zu machen und in der Folge Rückschlüsse auf die zukünftigen Handlungs- und Gestaltungsspielräume zulassen. Aus diesem Grunde werden die Eckdaten textlich und tabellarisch mit folgenden Informationen wiedergegeben und erläutert

- die wesentlichen Ertrags- und Aufwandspositionen (Ergebnisplan),
- die wesentlichen Einzahlungs- und Auszahlungspositionen (Finanzplan),
- bedeutende Investitionsmaßnahmen,
- die Entwicklung der Vermögens- und Schuldensituation einschließlich der Entwicklung des Haushaltsausgleichs und des Eigenkapitals sowie
- die Entwicklung der Liquiditätssituation unter Einbeziehung von Investitions- und Liquiditätssicherungskrediten.

2 Darstellung der Ausgangssituation

Im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung für das **Haushaltsjahr 2010** ergab sich für die Stadt Eschweiler nach den gesetzlichen Vorschriften zum dritten Mal die Verpflichtung, ein Haushaltssicherungskonzept (HSK) aufzustellen. In 2010 war erstmals der Tatbestand des § 76 Abs. 1 Nr. 2 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) erfüllt, da in zwei aufeinander folgenden Haushaltsjahren (2010/ 2011) geplant war, den Ansatz der Allgemeinen Rücklage jeweils um mehr als Zwanzigstel zu verringern.

Die vom Rat der Stadt Eschweiler in seiner Sitzung am 30.06.2010 beschlossene Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2010 mit ihren Anlagen sowie das HSK 2010-2013 wurden der Aufsichtsbehörde gemäß § 75 Abs. 4 sowie § 76 Abs. 2 GO NRW zur Genehmigung vorgelegt.

Mit Verfügung vom 10.11.2010 wurde seitens der Aufsichtsbehörde mitgeteilt, dass zur Genehmigungsfähigkeit des HSK weitere Konkretisierungen erforderlich sind. Aus zeitlichen Gründen wurde mit der Kommunalaufsicht vereinbart, diese Konkretisierungen im Rahmen des Haushaltsaufstellungsverfahrens 2011 vorzunehmen.

Wenngleich durch die fehlende Haushaltsgenehmigung der Aufsichtsbehörde das Stamm-Haushaltssicherungskonzept (HSK) 2010-2016 keine Bestandskraft erlangte, wurde in 2010 der Grundstein für die Haushaltskonsolidierung bis einschließlich 2016 gelegt.

Die im Stadtrat am 04.05.2011 beschlossene **Haushaltssatzung 2011** einschließlich der 1. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes genehmigte der Städteregionsrat der StädteRegion Aachen als untere staatliche Verwaltungsbehörde mit Verfügung vom 22.11.2011. Die verfügbaren Auflagen und Hinweise wurden vom Rat mit Beitrittsbeschluss vom 30.11.2011 sanktioniert. Zur zeitlichen Darstellung des Haushaltsausgleiches konnte der zwischenzeitlich auf 10 Jahre ausgeweitete Konsolidierungszeitraum in Anspruch genommen und schließlich für das Haushaltsjahr 2016 dokumentiert werden.

Die **Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2012** mit ihren Anlagen sowie die 2. Fortschreibung des HSK 2010 - 2016 wurde vom Rat der Stadt Eschweiler in seiner Sitzung am 28.03.2012 beschlossen und anschließend der Aufsichtsbehörde gemäß § 75 Abs. 4 i.V.m. § 76 Abs. 2 GO NRW zur Genehmigung vorgelegt.

Dabei konnte die zur Genehmigung vorgelegte Satzung die Mehraufwendungen, die sich aus den Tarifvereinbarungen 2012 ergeben haben, noch nicht berücksichtigen. Hierzu war im Rahmen des Genehmigungsverfahrens noch weiteres Konsolidierungspotenzial aufzuzeigen, ohne dabei die Zielsetzung, im Haushaltsjahr 2016 den Haushaltsausgleich zu erreichen, zu gefährden.

Dieser zusätzliche Kraftakt ist letztlich auch gelungen, sodass nach entsprechender Berichterstattung die Kommunalaufsicht die Haushaltssatzung 2012 sowie die 2. Fortschreibung des HSK am 22.06.2012 genehmigte.

Die Beschlussfassung des Stadtrates über die **Haushaltssatzung 2013** erfolgte am 19.12.2012. Über den Finanzplanungszeitraum hinweg ergab sich nach dieser Planung insgesamt eine kontinuierliche Absenkung der geplanten Fehlbedarfe (2013 - 2015). Der Ergebnisplan schloss im letzten Jahr der mittelfristigen Planung (2016) gemäß § 84 GO NRW mit einem Jahresüberschuss von 339.250 € ab.

Während bei der 2. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes keinerlei Steuererhöhungen in Betracht gezogen wurden, konnte der Haushaltsausgleich im Rahmen der 3. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes bei weiterer stringenter Fortführung des Konsolidierungsprozesses nur unter Berücksichtigung von Hebesatzerhöhungen der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer realistisch dargestellt werden. Dies erklärte sich hauptsächlich durch die Notwendigkeit, der Höhe nach nicht zu realisierende Konsolidierungspotenziale im Bereich der Transferaufwendungen anderweitig zu kompensieren. Die aufsichtsbehördliche Genehmigung der Haushaltssatzung 2013 sowie der 3. Fortschreibung des HSK 2010 - 2016 erfolgte mit Verfügung vom 04.03.2013.

Die **Haushaltssatzung 2014** mit ihren Anlagen sowie die 4. Fortschreibung des HSK schloss im letzten Jahr der mittelfristigen Ergebnisplanung mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 1.308.950 € ab. Dabei waren die bereits im Rahmen der 3. HSK-Fortschreibung beschlossenen weiteren Erhöhungen des Hebesatzes der Grundsteuer B sowie die Anhebung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer in 2015 berücksichtigt worden.

Die aufsichtsbehördliche Genehmigung der Haushaltssatzung 2014 sowie der 4. Fortschreibung des HSK 2010-2016 erfolgte mit Verfügung vom 17.03.2014.

Der aufgestellte **Haushalt 2015** mit der 5. Fortschreibung HSK wies ab 2016 eine ausgeglichene Ergebnisplanung aus. Insbesondere Aufwandssteigerungen im Bereich der Personal- und Transferaufwendungen führten Haushaltsverschlechterungen. Allein die, auf Grundlage des vom Städteregionsrat mit Schreiben vom 01.09.2014 eingeleiteten Benehmensherstellungsverfahrens, ermittelten Ansätze zur Allgemeinen Regionsumlage

fürten im Vergleich zur 4. Fortschreibung HSK in den Jahren 2015 - 2017 zu Mehraufwendungen in Höhe von rd. 7,44 Mio. Euro.

Die aufsichtsbehördliche Genehmigung entsprechend des § 75 Abs. 4 GO NRW sowie des § 76 Abs. 2 GO NRW erfolgte am 06.03.2015 mit Verfügung des Städteregionsrates der Städteregion Aachen als untere staatliche Verwaltungsbehörde.

Nachdem der Rat der Stadt Eschweiler in seiner Sitzung am 11.03.2015 den verfügbaren Anlagen mehrheitlich beigetreten ist, konnte die Haushaltssatzung am 19.03.2015 öffentlich bekannt gemacht werden.

Der aufgestellte **Haushalt 2016** mit der 6. Fortschreibung HSK wies einen Fehlbedarf von 9.436.150 € aus. Der ursprünglich vorgesehene Haushaltsausgleich für 2016 konnte nicht erreicht werden. Ursächlich hierfür sind ausschließlich erhebliche Gewerbesteuernachzahlungen in 2015.

Bedingt durch die Finanzierungssystematik des Gemeindefinanzierungsgesetz -GFG NW- wirkte sich die im Jahr 2015 - und zwar im Referenzzeitraum 01.07.2014 - 30.06.2015 für das GFG 2016 - geflossene Gewerbesteuernachzahlung insbesondere auf die Schlüsselzuweisungen des Landes NW an die Stadt aus.

Insgesamt ergab sich eine Haushaltsverschlechterung in Höhe von 11.175.000 € als unmittelbare Auswirkung der Steuernachzahlung 2015.

Mit Vorlage des Haushaltes 2016 sowie der 6. Fortschreibung des HSK wurde daher mit Bezug auf den Erlass des Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen vom 07.03.2013 zu § 76 GO NRW eine Ausweitung des vom Rat der Stadt Eschweiler beschlossenen Konsolidierungszeitraumes bis 2017 beantragt.

Dieser beantragten Ausweitung des Konsolidierungszeitraumes wurde mit der Genehmigungsverfügung des Städteregionsrates Aachen als Untere Kommunalaufsicht vom 22.02.2016 entsprochen.

Der aufgestellte und beschlossene **Haushalt 2017** mit der 7. Fortschreibung HSK weist ab 2017 eine ausgeglichene Ergebnisplanung aus. Im Rahmen der Aufstellung waren hier -im Vergleich zur Finanzplanung der 6. Fortschreibung- erhebliche negative Einflussfaktoren zusätzlich zu kompensieren. Neben zu verzeichnenden Aufwandssteigerungen im Personalbereich blieben auch die Schlüsselzuweisungen hinter den auf Basis der Orientierungsdaten 2016 ff. begründeten Erwartungen zurück.

Wenngleich mit der vorliegenden Planung die Zielsetzung des HSK erreicht wird, werden in den Folgejahren die Fortführung der strengen Haushaltsdisziplin sowie die konsequente Überprüfung sämtlicher Aufwendungen und Investitionen auf ihre zwingende Notwendigkeit erforderlich bleiben.

3 Erläuterungen zu den Werten der Schlussbilanz 2015

Nach § 95 GO NRW muss der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde vermitteln und ist zu erläutern.

Die Verwaltung hat den prüffähigen Entwurf des Jahresabschlusses 2015 zum Bilanzstichtag 31.12.2015 in die Sitzung des Stadtrates am 15.03.2016 eingebracht. Die Prüfung des Jahresabschlusses 2015 wurde mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk abgeschlossen. Die Feststellung des Jahresabschlusses erfolgte in der Sitzung des Stadtrates am 28.09.2016t. Dem Bürgermeister wurde gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW Entlastung erteilt. Für Einzelheiten wird auf den Jahresabschluss 2015 verwiesen.

3.1 Vermögensstruktur der Jahresabschlussbilanz (Aktivseite)

Auf der Aktivseite der Bilanz ist die kommunale Vermögensstruktur bzw. die Mittelverwendung aufgeteilt auf verschiedene Vermögensarten abgebildet.

3.1.1 Anlagevermögen

In der Jahresabschlussbilanz 2015 der Stadt Eschweiler stellt das Anlagevermögen mit einer Summe von insgesamt 413.200.450,22 € die größte Teilsumme der Bilanz dar. Entsprechend der gesetzlich vorgegebenen Bilanzstruktur unterteilt sich das Anlagevermögen in drei Blöcke:

	31.12.2014	31.12.2015
Immaterielle Vermögensgegenstände	143.744,42 €	104.848,72 €
Sachanlagen	364.150.655,51 €	361.662.682,26 €
Finanzanlagen	55.522.868,93 €	51.432.919,24 €
Summe Anlagevermögen	419.817.268,86 €	413.200.450,22 €

Die Reduzierung im Bereich der **Immateriellen Vermögensgegenstände** ergibt sich hauptsächlich aus der Abschreibung von Software und Lizenzen.

Die **Sachanlagen** umfassen zum 31.12.2015 84,93 % der gesamten Bilanzsumme (425.831.998,97 €), also des gesamten städtischen Vermögens. Dieser hohe Vermögenswert hat jedoch nur eine relative Aussagekraft, da er nur eingeschränkt veräußerbar ist. Demgegenüber belastet er mit den hieraus resultierenden Abschreibungen jedoch in voller Höhe die für den jährlichen Haushaltsausgleich maßgebliche Ergebnisrechnung.

Bei den **Finanzanlagen** handelt es sich im Wesentlichen um die Werte der städtischen Gesellschaften (verbundene Unternehmen wie z.B. die Städtische Wasserwerk Eschweiler GmbH) und die Werte aus den sonstigen Beteiligungen/ Wertpapieren des Anlagevermögens/ Ausleihungen (wie z.B. Energie- und Wasserversorgung GmbH, Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen mbH, RWE AG, RW Holding AG).

	31.12.2014	31.12.2015
Anteile an verbundenen Unternehmen	9.409.687,30 €	9.409.687,30 €
Beteiligungen	31.738.318,00 €	31.738.318,00 €
Sondervermögen	0,00 €	0,00 €
Wertpapiere des Anlagevermögens	12.134.245,67 €	8.041.239,67 €
Ausleihungen	2.240.617,96 €	2.243.674,27 €

Eine wesentliche Veränderung gab es im Bereich „Wertpapiere des Anlagevermögens“. Nach § 35 Abs. 5 GemHVO NRW war unter Berücksichtigung der Entwicklung für die RWE-Aktien eine Abwertung vorzunehmen. Diese Wertveränderung konnte direkt gegen die Allgemeine Rücklage gebucht werden.

3.1.2 Umlaufvermögen

Das Umlaufvermögen zum 31.12.2015 i.H.v. 7.676.533,08 € macht 1,80 % der Bilanzsumme aus. Im Einzelnen setzt es sich wie folgt zusammen:

	31.12.2014	31.12.2015
Vorräte	1.192.906,51 €	725.687,13 €
Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	5.212.009,55 €	5.333.144,90 €
Privatrechtliche Forderungen	244.637,94 €	217.879,32 €
Sonstige Vermögensgegenstände	84.105,53 €	214.028,16 €
Liquide Mittel	3.125.217,83 €	1.185.793,57 €

Im Bereich der Forderungen wurden die gesamten Forderungen erfasst. Diese werden unterjährig ggfs. wertkorrigiert durch Niederschlagung oder Erlass. Am Ende eines Jahres sind dann noch weitere Wertberichtigungen vorzunehmen. Diese Wertberichtigung auf Forderungen erfolgt getrennt nach Einzel- und Pauschalwertberichtigungen.

Danach waren zum Stichtag 31.12.2015 Einzel- und Pauschalwertberichtigungen in Höhe von insgesamt 1.688.836,94 € aufwandswirksam zu verbuchen. Unter Berücksichtigung der entsprechenden Wertberichtigungen zum Stichtag des Vorjahres i.H.v. 2.277.881,05 € ergibt sich eine ergebniswirksame Verbesserung i.H.v. 589.044,11 €.

3.1.3 Aktive Rechnungsabgrenzung

Bei der aktiven Rechnungsabgrenzung handelt es sich im Wesentlichen um

- die Dienstbezüge der Beamten für Januar 2015
- die Versorgungskassenbeiträge der Beamten für Januar 2015 und
- die Abgrenzung von verschiedenen jahresübergreifenden Auszahlungen.

3.2 Vermögensstruktur der Jahresabschlussbilanz (Passivseite)

Die Passivseite der Bilanz zeigt auf, wie das kommunale Vermögen finanziert wurde. Im Vergleich zur Privatwirtschaft hat jedoch das Eigenkapital im NKF eine andere Bedeutung. Während im Bereich der Privatwirtschaft das Eigenkapital eines Unternehmens maßgeblich für die Kreditwürdigkeit dieses Unternehmens ist, wird das Eigenkapital im NKF durch die Aufsichtsbehörden für die Beurteilung des Haushaltsausgleichs und der Finanzlage einer Kommune herangezogen.

3.2.1 Eigenkapital

Das Eigenkapital der Stadt Eschweiler beläuft sich zum Stand 31.12.2015 auf insgesamt 32.539.523,60 €. Es setzt sich aus den nachfolgenden drei Positionen zusammen:

	31.12.2014	31.12.2015
Allgemeine Rücklage	55.602.413,15 €	47.683.151,84 €
Ausgleichsrücklage	0,00 €	0,00 €
Jahresfehlbetrag	- 3.192.167,67 €	- 15.143.628,24 €

Die allgemeine Rücklage ist eine rechnerische Größe aus der Summe des gesamten Vermögens (Aktiva) abzüglich des Fremdkapitals (Sonderposten, Rückstellungen, Verbindlichkeiten und passive Rechnungsabgrenzung); es handelt sich hierbei nicht um Finanzmittel bzw. Werte im Sinne der handelsrechtlichen Bilanz.

Bereits mit dem Jahresabschluss 2011 wurde die Ausgleichsrücklage vollständig aufgezehrt, sodass der Jahresfehlbetrag 2012 in Höhe von 21.888.238,40 € zu einer enormen Verringerung der Allgemeinen Rücklage führte. Auch der Jahresfehlbetrag 2013 (3.973.204,31 €), der Jahresfehlbetrag 2014 (3.192.167,67 €) sowie der Jahresfehlbetrag 2015 (15.143.628,24 €) schmälern erneut die Allgemeine Rücklage.

Darüber hinaus resultiert aus den Wertberichtigungsbedarfen bei RWE-Aktienvermögen in den Jahren 2012, 2013 und 2015 insgesamt eine Reduzierung der Allgemeinen Rücklage in Höhe von 19.609.066 Euro.

3.2.2 Sonderposten

Die Sonderposten zum 31.12.2015 i.H.v. insgesamt 117.985.911,51 € unterteilen sich wie folgt:

	31.12.2014	31.12.2015
für Zuwendungen	86.779.664,76 €	90.516.428,49 €
für Beiträge	21.031.015,52 €	20.281.266,32 €
für den Gebührenaussgleich	1.393.739,39 €	1.176.394,52 €
Sonstige Sonderposten	4.585.732,84 €	6.011.822,18 €

Bei den Sonderposten handelt es sich im Wesentlichen um in der Vergangenheit erhaltene Zuweisungen und Beiträge für getätigte Investitionen. Nach der Systematik des NKF werden diese Sonderposten entsprechend der Nutzungszeit des damit finanzierten Investitionsgutes aufgelöst und mindern insofern die belastende Wirkung der Abschreibungen für das jeweilige Investitionsgut in der Ergebnisrechnung.

Bei den Beiträgen für den Gebührenaussgleich handelt es sich um in den Gebührenhaushalten in den vergangenen Jahren erwirtschaftete Überschüsse, die den Gebührenpflichtigen nach den Bestimmungen des Kommunalen Abgabengesetzes NRW wieder zugutekommen müssen.

In der Schlussbilanz 2015 beläuft sich der Anteil der Sonderposten an der Bilanzsumme auf 27.71 %.

3.2.3 Rückstellungen

Die Bildung von Rückstellungen ist ein wesentlicher Bestandteil des Ressourcenverbrauchskonzeptes im NKF. Rückstellungen werden gebildet für Verpflichtungen in der Zukunft, welche in den vergangenen Rechnungsperioden begründet sind und deren Eintritt dem Grunde nach zu erwarten ist, deren Höhe und Zeitpunkt der tatsächlichen Fälligkeit jedoch noch ungewiss sind. Hierdurch werden die Aufwendungen der Verursachungsperiode zugerechnet in der sie angefallen sind, obwohl die Leistung (Auszahlung) erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgt. Es werden also die kommenden Ergebnisrechnungen nicht belastet, wobei jedoch zu beachten ist, dass in der Finanzplanung zukünftiger Jahre die entsprechende Liquidität bereitzustellen ist.

Die Schlussbilanz 2015 enthält folgende Rückstellungen mit einer Gesamtsumme von 94.898.079,31 €:

	31.12.2014	31.12.2015
Pensionsrückstellungen	60.873.020,00 €	62.797.055,00 €
Instandhaltungsrückstellungen	8.384.002,27 €	5.367.847,56 €
Sonstige Rückstellungen (§36 Abs. 4 und 5 GemHVO NRW)	8.024.974,66 €	26.733.176,75 €

Der Anstieg im Bereich der Sonstigen Rückstellungen ist insbesondere auf die Bildung einer Drohverlustrückstellung i.H.v. 20 Mio. € für den möglichen Rückzahlungsanspruch von Gewerbesteuer nachzahlungen zurückzuführen.

Der Anteil der Rückstellungen an der Gesamtbilanzsumme beläuft sich auf 22,29 %. Bezüglich der Einzelerläuterung zu den Rückstellungen wird auf den Anhang zur Schlussbilanz verwiesen.

3.2.4 Verbindlichkeiten

Im Gegensatz zu den Rückstellungen, sind Verpflichtungen gegenüber Dritten, deren Grund und Höhe feststehen, in der Bilanz als Verbindlichkeiten auszuweisen. Die in der Schlussbilanz 2015 ausgewiesenen Verbindlichkeiten i.H.v. 170.043.977,93 € (39,93 % der Bilanzsumme) setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2014	31.12.2015
Anleihen	0,00 €	0,00 €
Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	77.377.467,08 €	80.982.637,57 €
Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	85.964.000,00 €	78.151.000,00 €
Verbindlichkeiten die Kreditaufnahmen gleichkommen	497.475,73 €	503.800,72 €
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.204.483,97 €	1.919.437,34 €
Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	4.551.004,21 €	5.014.470,81 €
Sonstige Verbindlichkeiten	7.308.053,87 €	1.316.930,99 €
Erhaltene Anzahlungen	0,00 €	2.155.700,50 €

Die bisher unter der Position „Sonstige Verbindlichkeiten“ ausgewiesenen Zuweisungen und Zuschüsse sowie KAG- und Erschließungsbeiträge für laufende Baumaßnahmen wurden ab 2015 separat unter der Bilanzposition Erhaltene Anzahlungen ausgewiesen.

3.2.5 Passive Rechnungsabgrenzung

Als passive Rechnungsabgrenzungsposten wurden in der Schlussbilanz eingegangene Einzahlungen, soweit sie einen Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen, angesetzt. Sie dienen der periodengerechten Abgrenzung des Ertrages. Hierunter zählen insbesondere Grabgebühren, die für die gesamte Ruhezeit im Voraus bezahlt werden. Sie sind mit ihrem Anteil jährlich ertragswirksam aufzulösen.

4 Übersicht über die voraussichtliche Entwicklung des Eigenkapitals

Der Eigenkapitalausstattung kommt eine besondere Bedeutung zu. Da das Eigenkapital auch Auswirkungen auf den Haushaltsausgleich hat und die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung in den Haushaltsplan einbezogen wurde, ist die voraussichtliche Entwicklung des Eigenkapitals aufzuzeigen, wenn in der Haushaltssatzung eine Festsetzung nach § 78 Abs. 2 Nr. 2 GO NRW enthalten ist.

Das Eigenkapital entwickelt sich entsprechend den Haushaltsansätzen wie folgt:

in T€	Allgemeine Rücklage	Sonder-rücklage	Ausgleichs-rücklage	Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	Summe Eigenkapital
Ergebnis 2007	111.137	0	21.756	+ 944	133.837
Ergebnis 2008	115.886	0	21.756	- 11.761	125.881
Ergebnis 2009	113.984	0	9.995	- 4.814	119.165
Ergebnis 2010	113.793	0	5.181	- 952	118.022
Ergebnis 2011	114.337	0	4.229	- 23.019	95.547
Ergebnis 2012	82.352	0	0	- 21.888	60.464
Ergebnis 2013	59.214	0	0	- 3.973	55.241
Ergebnis 2014	55.602	0	0	- 3.192	52.410
Ergebnis 2015	47.683	0	0	- 15.144	32.539
Ansatz 2016	32.539	0	0	- 9.436	23.103
Ansatz 2017	23.103	0	0	+ 1.619	24.722
Ansatz 2018	24.722	0	0	+ 4.262	28.984
Ansatz 2019	28.984	0	0	+ 8.748	37.732
Ansatz 2020	37.732	0	0	+ 13.701	51.433

5 Haushaltsausgleich

Die vorliegende Haushaltsplanung weist in der Zeitreihe bis 2020 folgende kalkulierte Jahresergebnisse aus:

2015 (endgültig)	- 15.143.628,24 €
2016	- 9.436.150,00 €
2017	+ 1.618.550,00 €
2018	+ 4.262.150,00 €
2019	+ 8.747.800,00 €
2020	+ 13.701.400,00 €

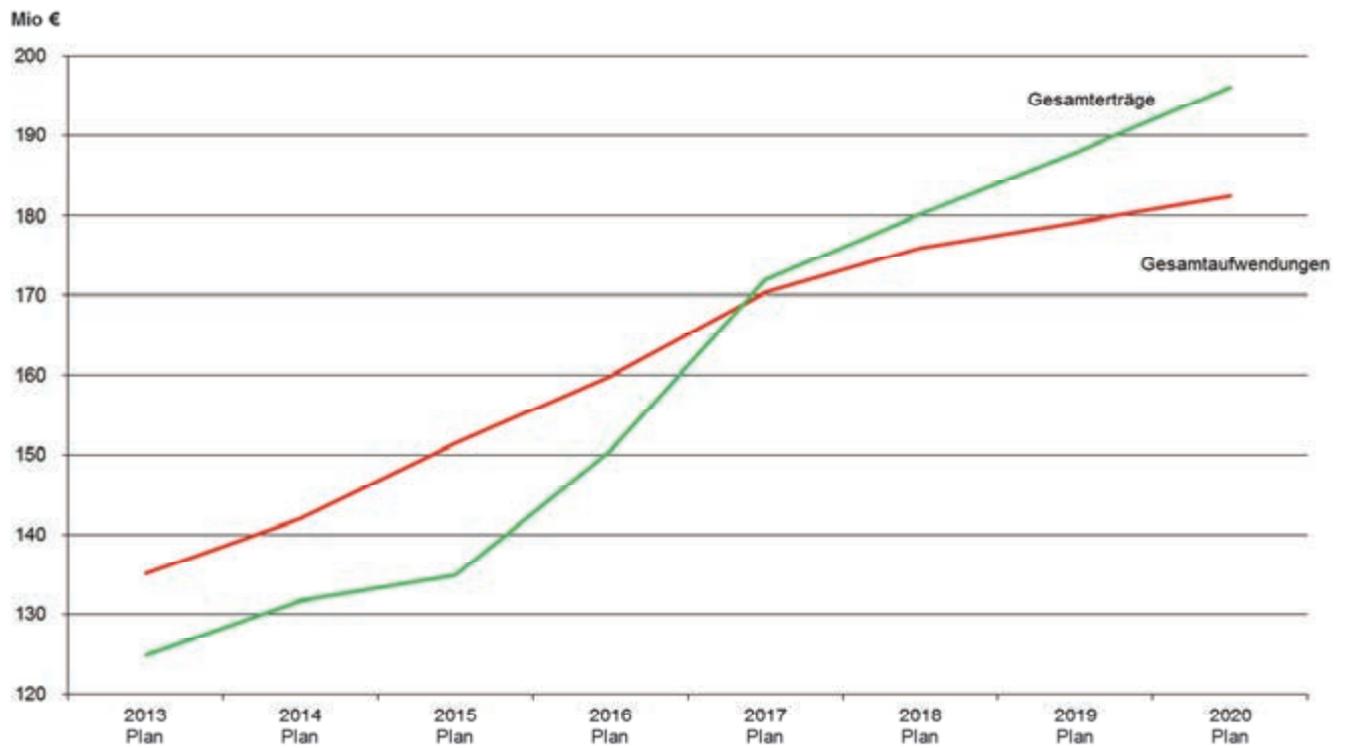
Inhaltlich wird weiter auf die Ausführungen im Rahmen der beigelegten Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2010 – 2017 verwiesen.

6 Ergebnisplan

6.1 Allgemeines

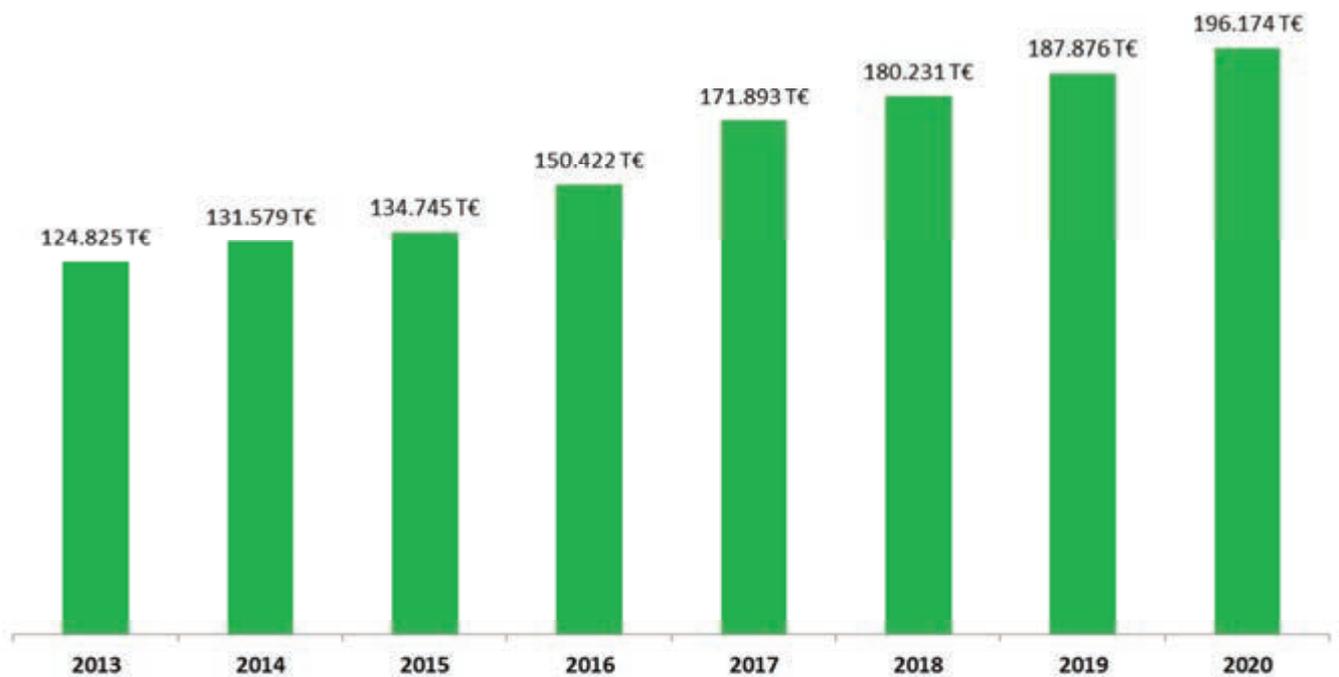
Im Ergebnisplan sind mindestens die in § 2 GemHVO NRW aufgeführten ordentlichen Erträge und Aufwendungen als einzelne Positionen auszuweisen.

Insgesamt stellt sich die Entwicklung der Aufwendungen und Erträge wie folgt dar:



6.2 Erträge

Die im Haushaltsjahr 2017 und in der mittelfristigen Planung bis 2020 veranschlagten Erträge wurden unter Berücksichtigung der Grundsätze der Finanzmittelbeschaffung nach § 77 Abs. 2 GO NRW ermittelt. Diese besagen, dass zunächst die zur Aufgabenerfüllung erforderlichen Finanzmittel aus speziellen Entgelten für seitens der Gemeinde erbrachte Leistungen und erst nachrangig durch die Erhebung von Steuern zu realisieren sind.



Insgesamt ergibt sich im Zeitraum von 2013 bis 2020 eine kontinuierliche Steigerung der Erträge. Diese positive Tendenz resultiert neben den steigenden Steuererträgen (siehe hierzu 6.2.1) auch aus steigenden Schlüsselzuweisungen.

Nachfolgend werden die wesentlichen Erträge - gemessen an der Höhe des Gesamtvolumens - detaillierter aufgezeigt:

- Steuern und ähnliche Abgaben
- Zuwendungen und allgemeine Umlagen
- Sonstige Transfererträge
- öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte
- Kostenerstattungen und Kostenumlagen
- Sonstige ordentliche Erträge

6.2.1 Steuern und ähnliche Abgaben

Bei diesen Erträgen handelt es sich im Wesentlichen um Erträge aus der Gewerbesteuer, der Grundsteuer A und B, dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer.

Die 7. Fortschreibung beinhaltet die im Rahmen der 6. Fortschreibung beschlossenen Hebesätze:

Grundsteuer B:	310 v.H.
Grundsteuer B:	520 v.H.
Gewerbesteuer:	490 v.H.

Die mittelfristige Planung erfolgte auf der Grundlage der mitgeteilten Orientierungsdaten.

Insgesamt beläuft sich der Ansatz der Realsteuern für das Haushaltsjahr 2017 auf 39.459.650 € und liegt damit rund 1,48 Mio. € über dem Haushaltsansatz 2016. Die in der mittelfristigen Haushaltsplanung veranschlagten Ansätze bedingen die weitere Fortsetzung eines positiven Konjunkturverlaufes. Von wesentlicher Bedeutung ist - neben den Erträgen aus Gewerbesteuer - der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Das Aufkommen an der Einkommensteuer wird als sogenannte Gemeinschaftsteuer auf die Gebietskörperschaften aufgeteilt. Bund und Länder erhalten jeweils 42,5 % des Steueraufkommens an der veranlagten Lohn- und Einkommensteuer. Auf die Gemeinden entfällt ein Anteil von 15 %.

Die Werte der mittelfristigen Planung wurden für die Anteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer unter Berücksichtigung der Orientierungsdaten und auf Basis der Ergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ des Landes NRW vom Juli 2016 berechnet.

Der Ansatz des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer steigt gegenüber dem Ansatz 2016 um rd. 0,85 Mio. € auf 23,12 Mio. €.

Der Ansatz des Anteils an der Umsatzsteuer steigt um rd. 0,69 Mio. € auf 3.545.500 €. Die Kommunen sollen ab dem Jahr 2018 im Rahmen der Verabschiedung eines Gesetzes zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration und zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen im Umfang von 5 Mrd. Euro/ Jahr entlastet werden. Im Vorgriff auf diese dauerhafte Entlastung ab 2018 wurde bereits ab dem Jahr 2015 mit einer jährlichen Entlastung der Kommunen in Höhe von einer Milliarde Euro (sog. Zwischen- bzw. Übergangsmilliarde) begonnen.

Die Entlastungswirkung erfolgt jeweils hälftig über eine Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft (KdU) sowie über eine Aufstockung des Gemeindeanteiles an der Umsatzsteuer. Im Jahr 2017 erfolgt die Entlastung zu 1 Mrd. Euro über eine Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Leistungen für Unterkunft (KdU) und zu 1,5 Mrd. Euro über eine Erhöhung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer.

Im Juni 2016 hat sich die Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder auf einen Weg zur Verteilung der jährlich 5 Mrd. Euro ab 2018 verständigt, mit den die kommunalen Haushalte ab 2018 entlastet werden sollen. Demnach sollen die Bundesmittel mit 2,4 Mrd. Euro auf den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer, mit 1,6 Mrd. über eine Aufstockung der Beteiligung des Bundes an den KdU und mit 1 Mrd. Euro über eine Erhöhung des Länderanteils an der Umsatzsteuer verteilt werden, die vom jeweiligen Land an die Kommunen weitergeleitet werden soll. Gemäß Kabinettsbeschluss der Landesregierung NRW vom 05. Juli 2016 ist beabsichtigt, diese Mittel

in Nordrhein-Westfalen zur Verstärkung der Schlüsselmasse des Gemeindefinanzierungsgesetzes ab dem Jahr 2018 zu verwenden (NRW-Anteil an 1 Mrd. Euro = 217 Mio. Euro).

Nach dem Planungserlass des Ministeriums für Inneres und Kommunales vom 14.07.2016 ist für Eschweiler von einer Gesamtentlastung in Höhe von 1,433 Mio. Euro auszugehen. Im mittelfristigen Planungszeitraum ergeben sich nach den Orientierungsdaten jährliche Steigerungen von 17,6 % im Jahr 2018, sowie 2,3 % für 2019 und 2020.

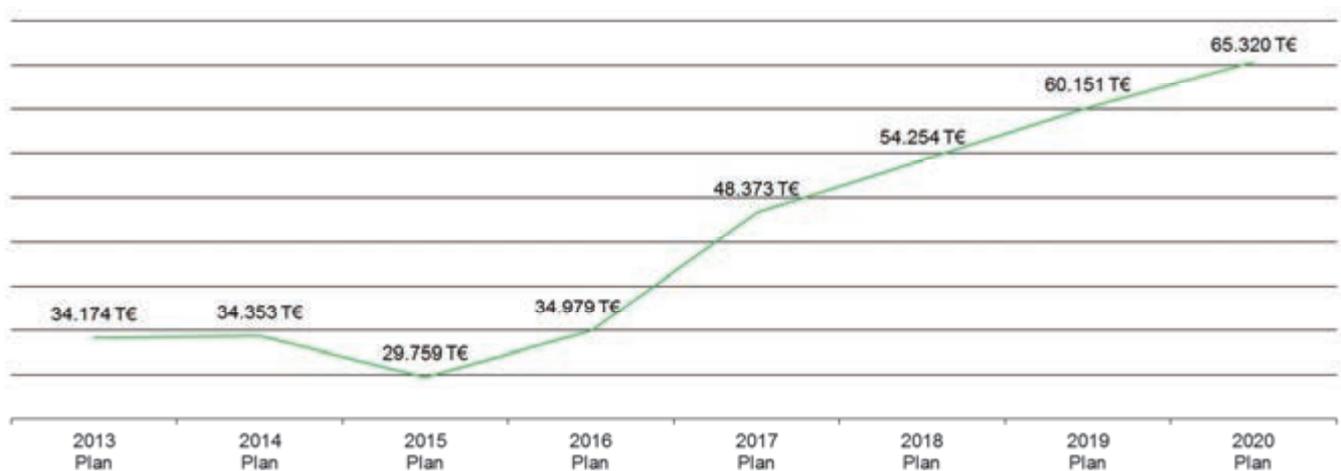
Zwischenzeitlich sieht der Gesetzesentwurf für das Jahr 2018 eine - im Vergleich zu den Beschlüssen vom 16.06.2016 - modifizierte Regelung vor. Danach sollen im Jahr 2018 der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer um 2,76 Mrd. € und die Beteiligung des Bundes an der KdU um 1,24 Mrd. € seitens den Bundes aufgestockt werden. Die vorliegende Haushaltsplanung berücksichtigt für das Jahr 2018 jedoch die Werte des Planungserlasses.

Die Entwicklung der Erträge aus Steuern und ähnlichen Abgaben stellt sich wie folgt dar:



6.2.2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Neben projektbezogenen Zuweisungen zählen hierzu vor allem die Schlüsselzuweisungen vom Land. Der im Haushalt eingestellte Ansatz ergibt sich u.a. aus der Berücksichtigung der Orientierungsdaten, der aktuellen Entwicklung der Steuererträge sowie der Modellrechnung des Landes zum GFG 2017 vom 27.10.2016. Der Einbruch beim Ansatz der Schlüsselzuweisungen in 2016 ist als unmittelbare Auswirkung auf erhebliche Steuernachzahlungen in 2015 zurückzuführen.



6.2.3 Sonstige Transfererträge

Unter den sonstigen Transfererträgen werden ab dem Haushaltsjahr 2017 aus dem Förderprogramm für die kommunale Schulinfrastruktur „Gute Schule 2020“ 1,1 Mio. Euro jährlich als Schuldendiensthilfe des Landes berücksichtigt.

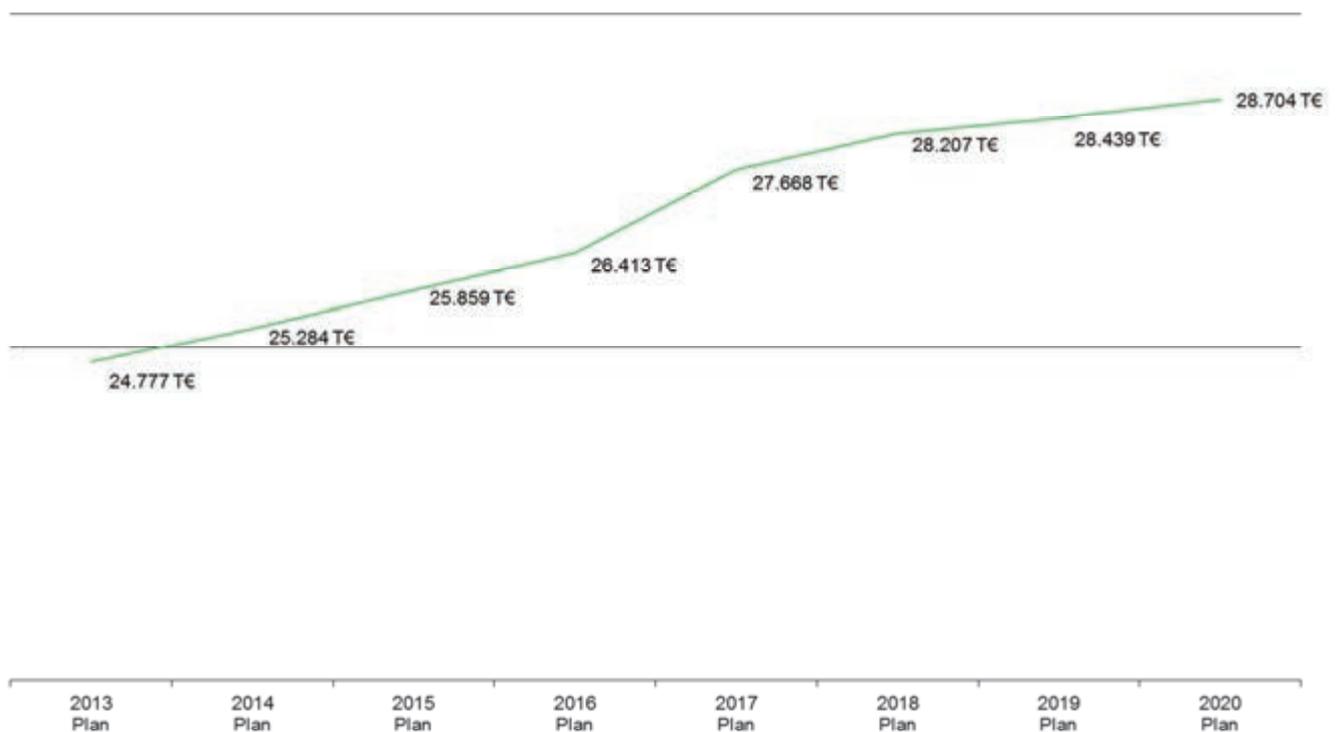
Entsprechend der Beschlussfassung des Stadtrates vom 13.12.2016 werden -u.a. zur weiteren Konsolidierung des Haushaltes- zunächst ausschließlich konsumtive Maßnahmen aus Mitteln dieses Programmes finanziert.

Die Fördermittel werden veranschlagt bei Produkt 03 243 0101 - Sonstige schulische Aufgaben-, Sachkonto 4231 0000 - Schuldendiensthilfe vom Land.

6.2.4 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Zur Finanzierung der städtischen Leistungen werden in bestimmten Aufgabenbereichen Leistungsentgelte erhoben. Besonders hervorzuheben sind hier die klassischen kosten-rechnenden Einrichtungen (Abwasserbeseitigung, Abfallbeseitigung, Straßenreinigung und Winterdienst, Rettungs- und Krankentransporte) die sich grundsätzlich kostendeckend über öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte finanzieren.

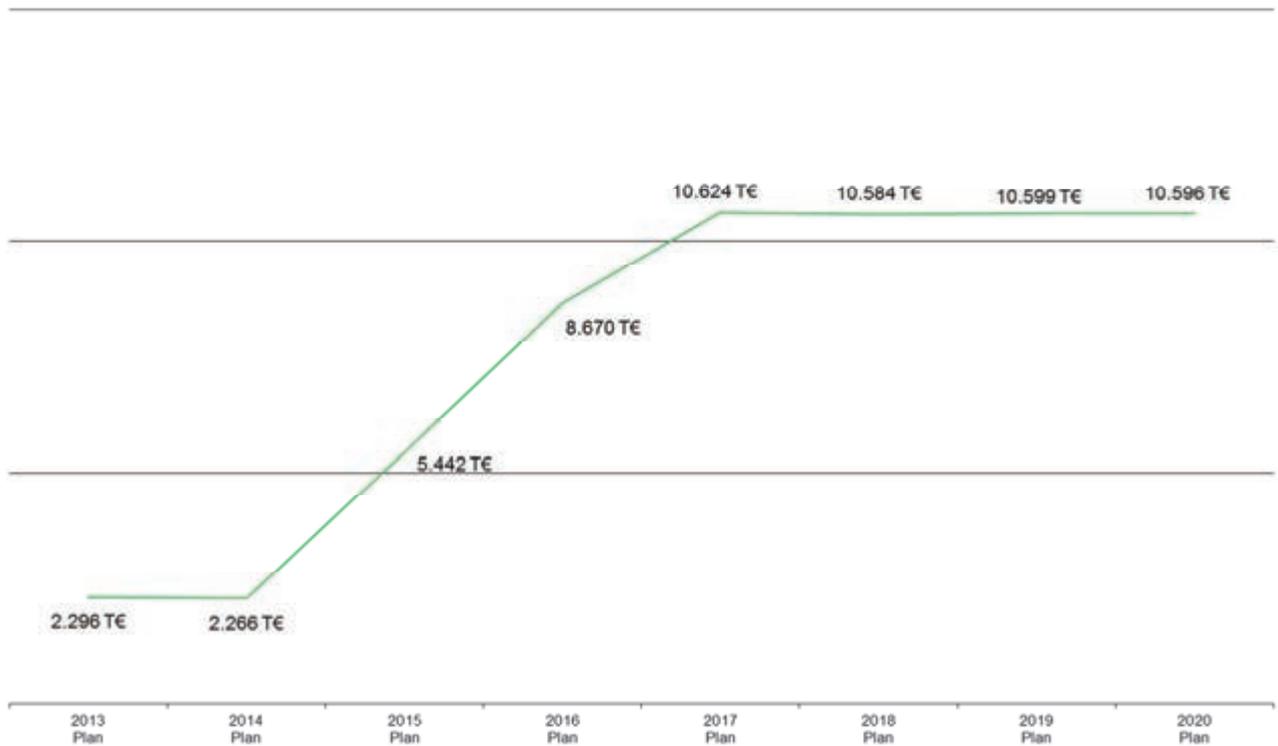
Die Entwicklung des Gebührenaufkommens ist im Wesentlichen abhängig von der Kostenentwicklung in den einzelnen Einrichtungen. Die stetigen Steigerungen sind zum einen durch allgemeine Preisanpassungen und zum anderen aus den schwankenden Instandhaltungsaufwendungen im Abwasserbeseitigungsbereich geprägt. Insgesamt steigen die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte im Finanzplanungszeitraum 2017-2020 recht moderat.



6.2.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Im Vergleich zu 2016 steigen die Erträge im Bereich der Kostenerstattungen und Kostenumlagen um 1,95 Mio. € auf 10.624.150 €.

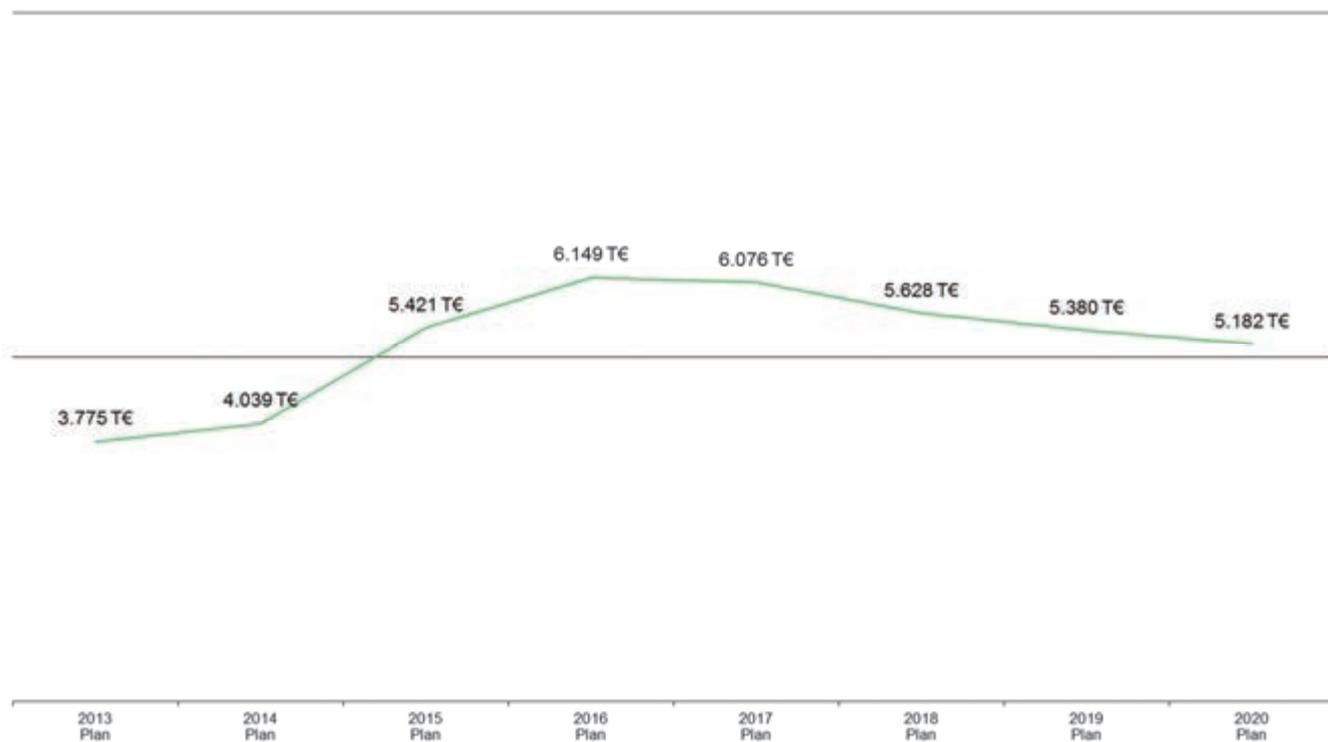
Die größten Einzelpositionen im o.g. Bereich sind die Erstattungen vom Land für Unterhaltssicherung und der Flüchtlingsaufnahme (FlüAG), Erstattungen vom Land für Unterhaltsvorschussleistungen, Kostenerstattungen Jugendhilfeträger (§§ 89 ff SGB VIII), Kostenerstattungen Jugendhilfeträger im Bereich der unbegleiteten minderjährigen Ausländer, Erstattungen der BKJ für die Inanspruchnahmen von Personalleistungen der Stadt und Erstattungen für die Benutzung der Bäder.



6.2.6 Sonstige ordentliche Erträge

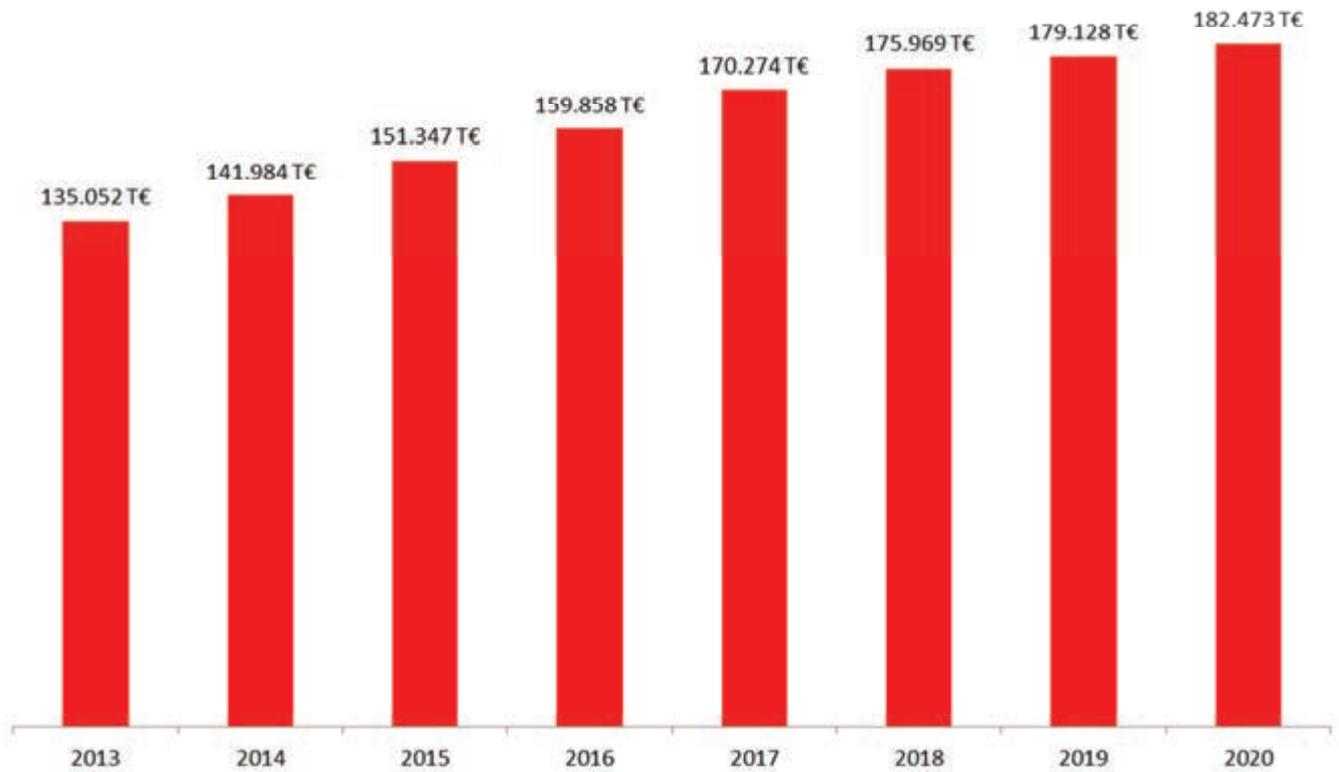
Im Planungszeitraum 2017-2020 bleiben die sonstigen ordentlichen Erträge nahezu konstant. Die größten Einzelpositionen stellen die Konzessionsabgaben dar.

Der Anstieg der sonstigen ordentlichen Erträge von 2013 bis 2015 resultiert hauptsächlich aus Umsatzsteuererstattungen, Grundstücksverkäufen, gestiegenen Konzessionsabgaben und dem Abbau von Rückstellungen im Personalbereich.



6.3 Aufwendungen

Die Gesamtaufwendungen 2013 bis 2020 stellen sich wie folgt dar:



Die in 2017 zu verzeichnende Steigerung der Gesamtaufwendungen im Vergleich zu 2016 ist in den nachfolgenden Ausführungen zu den jeweiligen Aufwandarten erläutert.

Die wesentlichen **Aufwendungen** werden für folgende Positionen ausgewiesen:

- Personalaufwendungen
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
- Bilanzielle Abschreibungen
- Transferaufwendungen

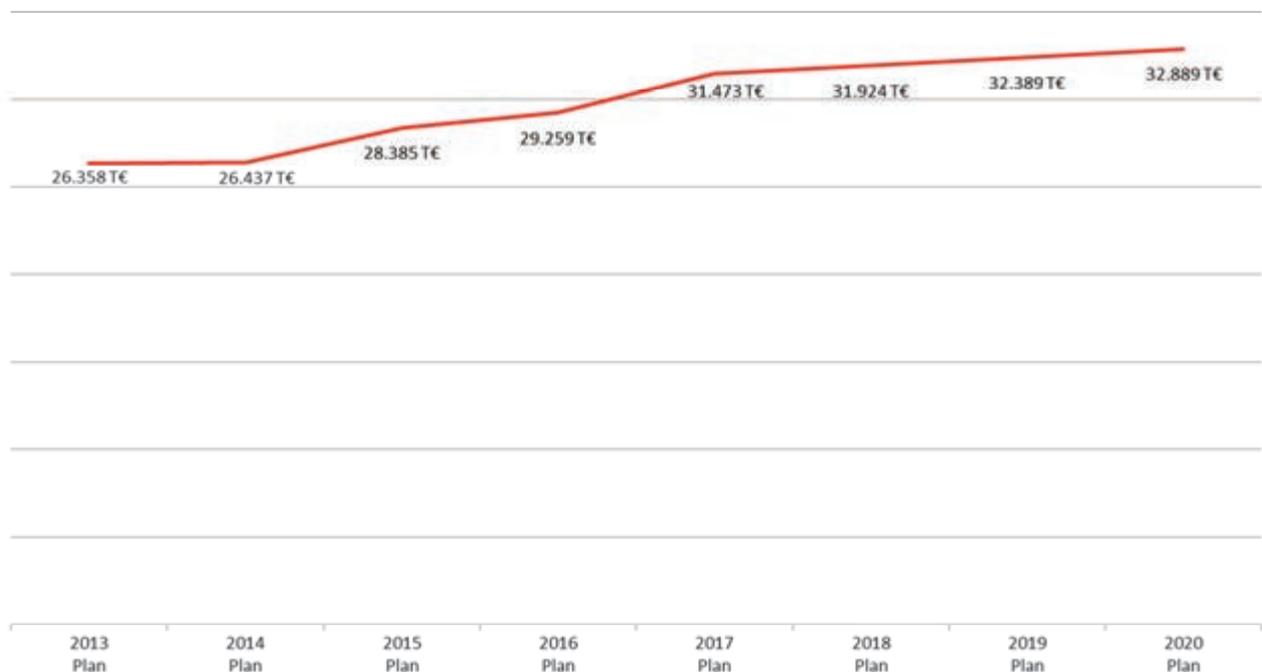
6.3.1 Personalaufwendungen

Grundlage für die Ermittlung der Personalaufwendungen des Haushaltsjahres 2017 ff. war der tatsächliche Personalstand im April/ Mai 2016.

Die Ansätze beinhalten die derzeit bestehenden gesetzlichen Vorgaben bzw. Vereinbarungen der Tarifvertragsparteien einschl. der Umstellung des Tarifvertrages für den Sozial- und Erziehungsdienst aus dem Frühjahr 2016. Für das Haushaltsjahr 2017 wurde der Tarifabschluss 2016/ 2017 zum 01.03.2016 in Höhe von 2,4 % bzw. zum 01.03.2017 von weiteren 2,35 % berücksichtigt. Ab 2018 ff. erfolgte eine weitere Fortschreibung abweichend von den Orientierungsdaten mit 2 %.

Da im Beamtenbereich keine konkreten Erkenntnisse bzgl. etwaiger Besoldungserhöhungen vorliegen, wurde ab dem Haushaltsjahr 2017 eine Besoldungserhöhung in Höhe von 2 % eingeplant.

Im Übrigen wird auf die Anlage 2 im HSK hingewiesen.



Ergänzend wird an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass die Stadt Eschweiler seit 2007 freiwillige Zuführungen in den Kommunalen Versorgungsrücklagen Fonds leistet. Unter Berücksichtigung des anhaltend niedrigen Zinsniveaus bei den Liquiditätssicherungskrediten beinhaltet auch der vorliegende Haushalt im Finanzplanungszeitraum entsprechende Zuführungen in Höhe von jährlich 450.000 Euro. Zur Sicherstellung der Finanzierung der künftigen Versorgungsbezüge wird von Seiten der Rheinischen Versorgungskassen nachdrücklich empfohlen, bisher angespartes Kapital im KVR-Fonds zu belassen und möglichst weiter freiwillig aufzustocken. Diese Empfehlung wird im Übrigen vom Ministerium für Inneres und Kommunales unterstützt.

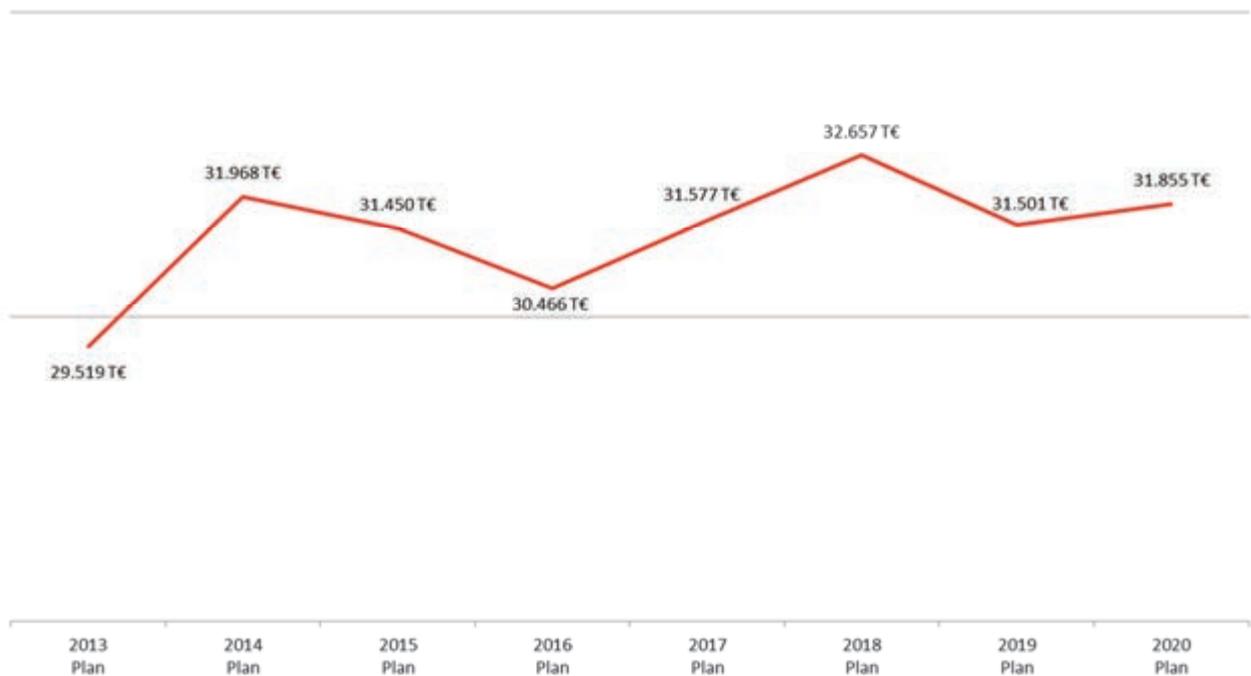
6.3.2 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen werden regelmäßig, sowohl bei den pflichtigen als auch bei den freiwilligen Aufgaben, auf mögliche Kosteneinsparungen hin überprüft. Bei diesen Überprüfungen werden auch organisatorische Veränderungen und Optimierungen des Anlagevermögens berücksichtigt.

Zu den Sach- und Dienstleistungen gehören die laufenden Kosten für die Unterhaltung von Grundstücken und baulichen Anlagen, die Straßenbeleuchtung, die Bewirtschaftung der Grundstücke (Strom, Wasser), Haltung von Fahrzeugen, Lernmittel für Schüler, Schülerbeförderungskosten, Verwaltungs- und Betriebsaufwand, um nur einige Aufwandsarten beispielhaft aufzuführen.

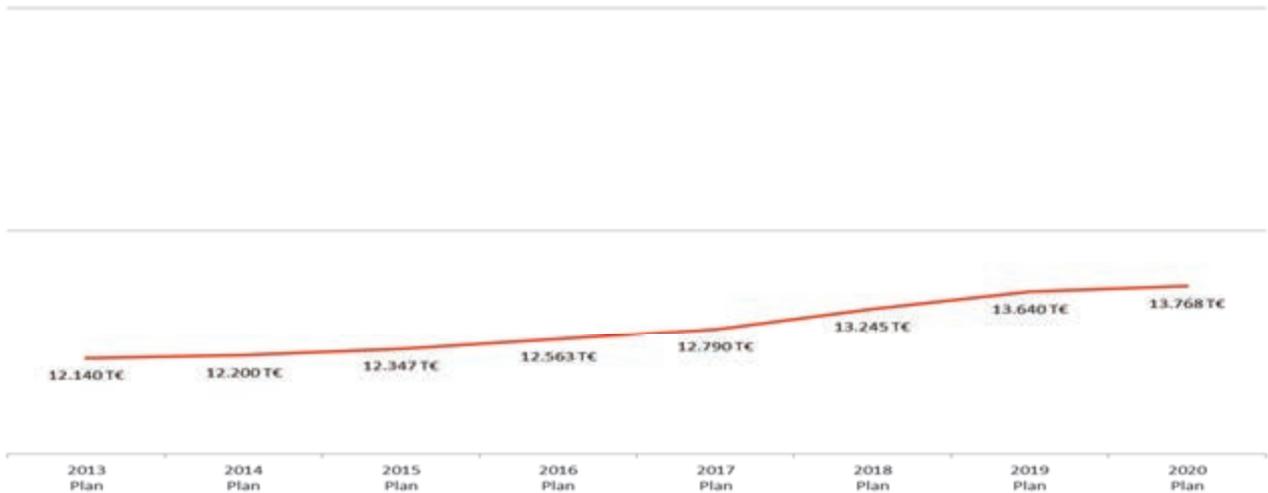
Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen für das Jahr 2017 sind mit 31.576.550 € veranschlagt. Dies bedeutet zwar eine Steigerung von rund 1,1 Mio. € gegenüber dem Planansatz 2016, im Vergleich zur mittelfristigen Finanzplanung aus 2016 ergibt sich in 2017 jedoch eine Senkung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen von rund 0,94 Mio. €.

An dieser Stelle wird auf die detaillierten Ausführungen zu den Konsolidierungsmaßnahmen im Rahmen der Einzelbeschlüsse zur HSK-Fortschreibung verwiesen.



6.3.3 Bilanzielle Abschreibungen

Die geplante Summe der Aufwendungen für Abschreibungen beläuft sich im Jahr 2017 auf insgesamt 12.790.250 €. Für die Jahre 2018 bis 2020 steigt dieser Betrag in Folge der durchgeführten Investitionsmaßnahmen stetig an (2020: 13.768.100 €). Der Belastungsanteil 2016 der Abschreibungen macht gemessen an der Summe der ordentlichen Aufwendungen einen Anteil von 7,63 % aus.



6.3.4 Transferaufwendungen

Auch bei den pflichtigen Transferaufwendungen ist die Stadt unter Beachtung der Haushaltsgrundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit bestrebt, alle Möglichkeiten einer Reduzierung auszuschöpfen.

Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke werden ebenso wie vertraglich vereinbarte Zuschussregelungen mit dem Ziel einer Anpassung an die schwierigen Finanzverhältnisse kontinuierlich auf Konsolidierungspotenzial hin überprüft. Gleichzeitig werden durch eine aufgabengerechte und wirtschaftliche Organisation der Leistungsbearbeitung sowie ein wirtschaftliches Controlling der Abrechnung mit anderen oder übergeordneten Leistungsträgern deutlich stärkere Aufwandsteigerungen vermieden. Zur Bewältigung dieser Kontrollaufgaben ist im Jugendhilfebereich als aufwandstärkstes Aufgabenfeld bei den Transferaufwendungen eine personelle Aufstockung vorgenommen worden.

Die sich aus der beabsichtigten Ausweitung des Unterhaltsvorschusses ergebenden Veränderungen wurden nach den bisherigen Erkenntnissen hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf den Haushalt 2017 bzw. die mittelfristige Finanzplanung berücksichtigt. Bei den Transferaufwendungen führt dies zu einer Aufwandssteigerung von rd. 1,1 Mio. Euro/ Jahr.

Unter Berücksichtigung von Ertragssteigerungen an anderer Stelle, insbesondere durch eine verbesserte Rückholquote, wird derzeit von einer Netto-Mehrbelastung von rund 485.000 Euro ausgegangen, wobei die Auswirkungen der absehbar erforderlich werdenden Bereitstellung zusätzlicher personeller Ressourcen im Bereich des Unterhaltsvorschusses noch nicht berücksichtigt sind.

Die Transferaufwendungen stellen mit 83.299.950 € auch in 2017 die größte Aufwandsart dar. Neben der Allgemeinen Regionsumlage zählen hierzu z.B. auch die Gewerbesteuerumlage und die Finanzierungsbeteiligung Fonds Deutsche Einheit.

Bei der abzuführenden Regionsumlage wurde in 2017 ein Umlagesatz von 45,5 % zugrunde gelegt. Unter Berücksichtigung der aktuellen Umlagegrundlagen gemäß der ersten Modellrechnung des Landes zum GFG 2017 vom 27.10.2016 führt dies im kommenden Jahr zu einer zu zahlenden **Regionsumlage in Höhe von 38.699.000 €**. Gegenüber der im städtischen Haushalt 2016 veranschlagten Umlage in Höhe von 36.250.000 € bedeutet dies eine Steigerung von rd. 2,45 Mio. €.

Das Benehmensherstellungsverfahren mit den regionsangehörigen Kommunen zur Festsetzung der Regionsumlage wurde am 09.12.2016 eingeleitet. Aus den bisher vorliegenden Eckdaten zur Entwicklung des städteregionalen Haushaltes ergibt sich für das Haushaltsjahr 2017 aktuell ein Umlagesatz von 45,558 %.

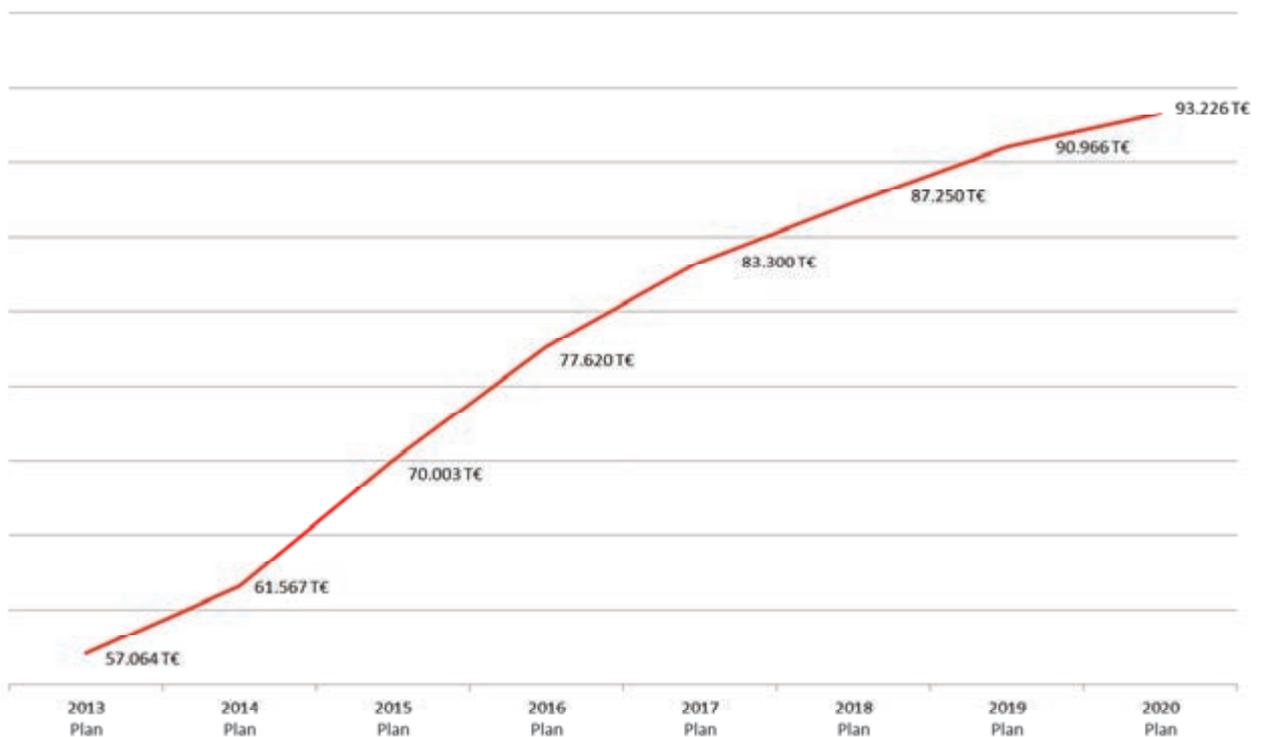
Darüber hinaus zahlt die Stadt eine **Regionsumlage-Mehrbelastung für die Kosten des ÖPNV (ÖPNV-Umlage) in der Größenordnung von 2.480.000 €**. Gegenüber dem Ansatz 2016 in Höhe von 2.243.000 € bedeutet dies eine Steigerung um 237.000 €.

Insgesamt kommt damit auf die Stadt Eschweiler im Haushaltsjahr 2017 eine Gesamtmehrbelastung Allgemeine Regionsumlage und ÖPNV-Umlage in Höhe von 2.686.000 € gegenüber den in der 6. Fortschreibung des HSK 2016 geplanten Ansätzen für 2016 zu.

Die mit dem Wirtschaftsplan der BKJ korrespondierende Position „**Fehlbedarfsabdeckung**“ wurde auf der Grundlage des Wirtschaftsplanes 2017 der BKJ übernommen. Erwirtschaftete Jahresüberschüsse werden seit 2015 zur Reduzierung der Fehlbedarfsabdeckung in Anspruch genommen.

Zudem wirkt sich bei den Transferaufwendungen auch die Aufgabenübernahme der Unbegleiteten Minderjährigen Ausländer (UMA) sowie der Flüchtlingsaufnahme (FlüAG), wie bereits unter Punkt 6.2.5 aufgeführt, aus.

Die Transferaufwendungen steigen insgesamt kontinuierlich bis 2020 auf 93,23 Mio. € an.



6.4 Kennzahlen zu den Erträgen und Aufwendungen

Im Folgenden werden die wichtigsten Kennzahlen zum Ergebnisplan aufgeführt und erläutert.

$$1) \text{ Abschreibungsintensität} = \frac{\text{Bil. Abschreibungen auf Anlagevermögen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$$

2015	2016	2017	2018	2019	2020
8,32 %	8,01 %	7,63 %	7,64 %	7,72 %	7,64 %

Die Abschreibungsintensität gibt an, in welchem Umfang die Stadt Eschweiler durch die Abnutzung des Anlagevermögens belastet wird.

$$2) \text{ Abschreibungslastquote} = \frac{\text{Bil. Abschreibungen auf Anlagevermögen} \times 100}{\text{Erträge aus der Auflösung von Sonderposten}}$$

2015	2016	2017	2018	2019	2020
260,15 %	253,88 %	251,76 %	259,02 %	265,37 %	266,39 %

Die Kennzahl Abschreibungslastquote zeigt das Verhältnis zwischen den bilanziellen Abschreibungen und den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten im Haushaltsjahr an. Die Kennzahl unterstützt die Bewertung der tatsächlichen Aufwendungen aus der Nutzung des vorhandenen Vermögens.

$$3) \text{ Zinslastquote} = \frac{\text{Finanzaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$$

2015	2016	2017	2018	2019	2020
2,04 %	1,91 %	1,59 %	1,45 %	1,34 %	1,29 %

Die Zinslastquote zeigt auf, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den (ordentlichen) Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit besteht.

$$4) \text{ Zinsdeckungsquote} = \frac{\text{Finanzaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Erträge}}$$

2015	2016	2017	2018	2019	2020
2,31 %	2,05 %	1,58 %	1,42 %	1,28 %	1,20 %

Die Zinsdeckungsquote ist eine weitere Verhältniszahl und gibt an, in welchem Umfang die (ordentlichen) Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit von den Finanzaufwendungen aufgezehrt werden.

$$5) \text{ Zinssteuerquote} = \frac{\text{Zinsaufwendungen} \times 100}{\text{Steuererträge}}$$

2015	2016	2017	2018	2019	2020
4,98 %	4,53 %	3,82 %	3,49 %	3,19 %	3,02 %

Die Zinssteuerquote ist eine zusätzliche Verhältniszahl und stellt wie die Zinsdeckungsquote ein Verhältnis zwischen den Zinsaufwendungen und den Erträgen her. Sie gibt aber durch den Bezug zu den Steuererträgen an, in welchem Umfang die kommunal beeinflussbaren Steuern zur „Deckung“ der Zinsaufwendungen aufgezehrt werden.

$$6) \text{ Zuwendungsquote} = \frac{\text{Erträge aus Zuwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Erträge}}$$

2015	2016	2017	2018	2019	2020
22,79 %	23,86 %	28,68 %	30,66 %	32,58 %	33,94 %

Die Zuwendungsquote gibt einen Hinweis darauf, inwieweit die Stadt Eschweiler von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter abhängig ist.

$$7) \text{ Personalintensität I} = \frac{\text{Personalaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$$

2015	2016	2017	2018	2019	2020
19,14 %	18,65 %	18,78 %	18,41 %	18,32 %	18,26 %

Die Personalintensität gibt an, welchen Anteil die Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen ausmachen.

$$8) \text{ Personalintensität II} = \frac{\text{Personalaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Erträge}}$$

2015	2016	2017	2018	2019	2020
21,73 %	19,96 %	18,66 %	18,04 %	17,54 %	17,09 %

Die Personalintensität II gibt an, in welchem Umfang die ordentlichen Erträge von den Personalaufwendungen aufgezehrt werden. Die Personalintensität II setzt stärker auf eine wirtschaftliche Betrachtung als die Personalintensität I, da Aufwendungen ins Verhältnis zu den „erwirtschafteten“ Erträgen gesetzt werden. Es steht also – anders als bei der Personalintensität I – im interkommunalen Vergleich die Frage im Mittelpunkt, in welchem Umfang die Personalaufwendungen finanzierbar sind.

$$9) \text{ Sach- und Dienstleistungsintensität} = \frac{\text{Aufw. Für Sach- und Dienstleistungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$$

2015	2016	2017	2018	2019	2020
21,20 %	19,42 %	18,84 %	18,83 %	17,82 %	17,68 %

Die Sach- und Dienstleistungsintensität lässt erkennen, in welchem Ausmaß sich eine Gemeinde für die Inanspruchnahme von Leistungen Dritter entschieden hat.

$$10) \text{ Transferaufwandsquote} = \frac{\text{Transferaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$$

2015	2016	2017	2018	2019	2020
47,20 %	49,48 %	49,70 %	50,30 %	51,46 %	51,75 %

Die Transferaufwandsquote stellt einen Bezug zwischen den Transferaufwendungen und den ordentlichen Aufwendungen her.

$$11) \text{ Netto Steuerquote} = \frac{(\text{Steuererträge} - \text{GewSt. Umlage} - \text{Finanzierungsbet. Fonds Dt. Einheit}) \times 100}{\text{Ordentliche Erträge} - \text{GewSt. Umlage} - \text{Finanzierungsbet. Fonds Dt. Einheit}}$$

2015	2016	2017	2018	2019	2020
44,90 %	43,79 %	40,03 %	39,45 %	38,83 %	39,21 %

Die Netto-Steuerquote gibt an, zu welchem Teil sich die Gemeinde „selbst“ finanzieren kann und somit unabhängig von Finanzleistungen Dritter ist.

7 Bedeutende Investitionsmaßnahmen

Nach dem Gesamtf Finanzplan betragen die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit im Haushaltsjahr 2017 rund 13,82 Mio. €. Dem stehen Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von rund 7,52 Mio. € gegenüber.

Entsprechend der Ermittlung des Kreditbedarfs gem. § 86 GO NRW können die Differenzbeträge (nach Abzug der Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen) jeweils über Kredite abgedeckt werden.

Die größten Investitionen ab 2017 ff. stellen sich wie folgt dar:

Produktbereich 01: Innere Verwaltung

- Erwerb von Grund und Boden Ackerflächen
- Erwerb Tennisanlage Dürwiß
- Medienentwicklung Schulen
- Feuerwehrgerätehaus Bohl
- Erweiterung Hauptfeuerwehrwache
- EDV-Ausstattung Rathaus
- Errichtung und Erwerb von Obdachlosenunterkünften

Produktbereich 02: Sicherheit und Ordnung

- Beschaffung Krankentransportwagen/ Rettungswagen
- Beschaffung Löschfahrzeuge
- Beschaffung Einsatzleitwagen
- Beschaffung Abrollbehälter „Sonderlöschmittel“
- Beschaffung Drehleiterwagen

Produktbereich 03: Schulen

- Neueinrichtung naturwissenschaftlicher Räume Gesamtschule

Produktbereich 11: Ver- und Entsorgung (Kanalbaumaßnahmen)

- Akazienhain
- Am Burgfeld

- Antoniusstraße
- Auf der Heide
- Erikaweg
- Erneuerung verschiedener Kanalhaltungen
- Friedhofsweg
- Grünstraße
- Hans-Böckler-Straße
- Heidestraße
- Im Hag
- Jägerspfad
- Jülischer Straße (Teilbereich)
- Sanierung Indesammler
- Sanierung Sammler IGP
- Schwarzer Weg
- Steinstraße/ Franz-Rüth-Straße
- Talstraße
- Wilhelminenstraße
- Wilhelmstraße

Produktbereich 12: Verkehrsflächen und –anlagen, ÖPNV

- Akazienhain/ Schlehdornweg
- Am Burgfeld
- Antoniusstraße
- Eduardstraße
- Erikaweg
- Friedhofsweg
- Hans-Böckler-Straße
- Im Hag
- Jülischer Straße (Ortsdurchfahrt Dürwiß)
- Ringofengelände
- Schwarzer Weg
- Steinstraße
- Wilhelminenstraße
- Wilhelmstraße

8 Schuldenstand/ pro-Kopfverschuldung

Schuldenstand per	Städtischer Haushalt	Kassen-/ Liquiditäts-sicherungs-kredite	Verschuldung insgesamt	statistische Einwohner-zahl (jeweils per 31.12.)	pro-Kopf-Verschuldung Städtischer Haushalt	pro-Kopf-Verschuldung insgesamt
31.12.2005	96.731.033,68 €	19.700.000,00 €	116.431.033,68 €	55.670	1.737,58 €	2.091,45 €
31.12.2006	90.747.236,35 €	23.500.000,00 €	114.247.236,35 €	55.646	1.630,80 €	2.053,11 €
31.12.2007	83.811.930,20 €	27.165.000,00 €	110.976.930,20 €	55.729	1.503,92 €	1.991,37 €
31.12.2008	82.037.400,84 €	44.750.000,00 €	126.787.400,84 €	55.533	1.477,27 €	2.283,10 €
31.12.2009	79.079.945,04 €	50.680.000,00 €	129.759.945,04 €	55.389	1.427,72 €	2.342,70 €
31.12.2010	77.383.811,55 €	47.115.000,00 €	124.498.811,55 €	55.443	1.395,74 €	2.245,53 €
31.12.2011	73.809.561,14 €	69.045.000,00 €	142.854.561,14 €	55.179	1.337,64 €	2.588,93 €
31.12.2012	75.502.612,36 €	87.530.000,00 €	163.032.612,36 €	55.479	1.360,92 €	2.938,64 €
31.12.2013	78.443.930,09 €	83.240.000,00 €	161.683.930,09 €	55.699	1.408,35 €	2.902,82 €
31.12.2014	77.377.467,08 €	85.964.000,00 €	163.341.467,08 €	55.951	1.382,95 €	2.919,37 €
31.12.2015	80.982.637,57 €	78.151.000,00 €	159.133.637,57 €	56.724	1.427,66 €	2.805,40 €

9 Liquide Mittel

Die Zahlungsabwicklung verzeichnet zum Stand 01.01.2017 Liquiditätssicherungskredite in Höhe von 78,11 Mio. €. Die Liquiditätssicherungskredite stellen auch weiterhin den größten Teil der städtischen Verbindlichkeiten dar. Das vorliegende Zahlenwerk der Finanzplanung zeigt dazu nachfolgende weitere Entwicklung auf:

	Liquiditätsplanung 2016 - 2020			
	2017	2018	2019	2020
voraussichtlicher Anfangsbestand				
Liquiditätssicherungskredite	78.106.950	65.590.300	48.362.700	25.330.750
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-10.084.350	-13.530.650	-18.633.400	-23.804.800
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-2.432.300	-3.696.950	-4.398.550	-1.383.950
Endbestand				
Liquiditätssicherungskredite	65.590.300	48.362.700	25.330.750	142.000

Der vorstehenden Übersicht liegen die Planwerte 2016 bzw. die Werte der mittelfristigen Finanzplanung des Haushaltsplanes 2017 zugrunde.

Wie zu erkennen, wird der zurzeit festgesetzte Höchstbetrag der Liquiditätssicherungskredite in Höhe von 100 Mio. Euro im gesamten Finanzplanungszeitraum wesentlich unterschritten und ermöglicht eine kontinuierliche Absenkung.

Für den Haushalt 2017 wird noch ein unveränderter Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung von 100 Mio. € vorgesehen.

10 Entwicklung des Eigenkapitals

Das Eigenkapital der Bilanz der Stadt Eschweiler setzt sich aus den Positionen Allgemeine Rücklage, Ausgleichsrücklage und Jahresüberschuss/ -fehlbetrag zusammen.

Die Allgemeine Rücklage ist eine rechnerische Größe aus der Summe des gesamten Vermögens (Aktiva) abzüglich des Fremdkapitals (Sonderposten, Rückstellungen, Verbindlichkeiten und passive Rechnungsabgrenzung).

Nachfolgend wird die Entwicklung des Eigenkapitals dargestellt:

Eigenkapital Eröffnungsbilanz per 01.01.2007		133.169.310,79
davon Ausgleichsrücklage		21.004.613,00
Jahresüberschuss 2007	+	944.460,98
Bestandsvortrag Eigenkapital 31.12.2007		133.837.003,73
davon Ausgleichsrücklage		21.755.956,00
Jahresfehlbetrag 2008	-	11.761.313,37
Bestandsvortrag Eigenkapital 31.12.2008		125.881.010,29
davon Ausgleichsrücklage		9.994.642,63
Jahresfehlbetrag 2009	-	4.814.430,76
Bestandsvortrag Eigenkapital 31.12.2009		119.164.933,69
davon Ausgleichsrücklage		5.180.211,87
Jahresfehlbetrag 2010	-	951.547,68
Bestandsvortrag Eigenkapital 31.12.2010		118.021.658,19
davon Ausgleichsrücklage		4.228.664,19
Jahresfehlbetrag 2011	-	23.019.048,99
Bestandsvortrag Eigenkapital 31.12.2011		95.547.318,12
davon Ausgleichsrücklage		0,00
Jahresfehlbetrag 2012	-	21.888.238,40
Abwertung Finanzanlagen	-	13.653.426,00
Veränderungen gem. § 43 (3) GemHVO	+	458.155,04
Bestandsvortrag Eigenkapital 31.12.2012		60.463.808,76
davon Ausgleichsrücklage		0,00
Jahresfehlbetrag 2013	-	3.973.204,31
Abwertung Finanzanlagen	-	1.412.634,00
Veränderungen gem. § 43 (3) GemHVO	+	163.167,14
Bestandsvortrag Eigenkapital 31.12.2013		55.241.137,59
davon Ausgleichsrücklage		0,00
Jahresfehlbetrag 2014	-	3.192.167,67
Veränderungen gem. § 43 (3) GemHVO	+	361.275,56
Bestandsvortrag Eigenkapital 31.12.2014		52.410.245,48
davon Ausgleichsrücklage		0,00
Jahresergebnis 2015	-	15.143.628,24
Abwertung Finanzanlagen	-	4.543.006,00
Veränderungen gem. § 43 (3) GemHVO	-	184.087,64
Bestandsvortrag Eigenkapital 31.12.2015		32.539.523,60
davon Ausgleichsrücklage		0,00
Jahresergebnis 2016 (PLAN)	-	9.436.150,00
Bestandsvortrag Eigenkapital 31.12.2016		23.103.373,60
davon Ausgleichsrücklage		0,00
Jahresergebnis 2017 (PLAN)	+	1.618.550,00
Bestandsvortrag Eigenkapital 31.12.2017		24.721.923,60
davon Ausgleichsrücklage		0,00
Jahresergebnis 2018 (PLAN)	+	4.262.150,00
Bestandsvortrag Eigenkapital 31.12.2018		28.984.073,60
davon Ausgleichsrücklage		0,00
Jahresergebnis 2019 (PLAN)	+	8.747.800,00
Bestandsvortrag Eigenkapital 31.12.2019		37.731.873,60
davon Ausgleichsrücklage		0,00
Jahresergebnis 2020 (PLAN)	+	13.701.400,00
Bestandsvortrag Eigenkapital 31.12.2020		51.433.273,60
davon Ausgleichsrücklage		0,00

11 Risikoberichterstattung

Als Risiko bezeichnet man die Möglichkeit, dass ungünstige Ereignisse eintreten, welche die Erreichung von Verwaltungszielen bzw. die Umsetzung der Verwaltungsstrategie beeinträchtigen. Zu den Aufgaben einer Verwaltung gehört es, ihre Risiken zu identifizieren, einzuschätzen und ggf. gegenzusteuern.

Im Rahmen der hierfür notwendigen Prozesse sollen aber auch Chancen erkannt und genutzt werden.

Letztlich sollte das systematische Risikomanagement als aktives Instrument der Risikosteuerung sowie als immanenter Bestandteil der Verwaltungsführung genutzt werden.

Die vorgesehene Dokumentation der Grundsätze des Risikomanagementsystems in einem Handbuch war aufgrund personeller Veränderungen bisher noch nicht leistbar.

Zu Risiken und Chancen bei den beteiligten Unternehmen wird auf die jeweiligen Ausführungen in den Anlagen zum Haushaltsplan verwiesen.



Haushaltssatzung 2017

7. Fortschreibung Haushaltssicherungskonzept 2010 – 2017

Haushaltssicherungskonzept



Inhaltsverzeichnis

1	Gesetzliche Grundlagen	54
2	Notwendigkeit zur Fortschreibung des HSK.....	55
2.1	Ausgangslage	55
2.2	Entwicklung des Haushaltes 2015	57
2.3	Grundsätzliche Feststellungen.....	58
2.3.1	Pflichtaufgaben	58
2.3.2	Freiwillige Aufgaben	58
2.3.3	Ermächtigungsübertragungen.....	58
3	Darstellung der Konsolidierungsmaßnahmen.....	59
3.1	Zeitlich gestaffeltes Einsparkonzept.....	59
3.1.1	Sach- und Dienstleistungen, u.a. auch Bauunterhaltung.....	59
3.1.2	Transferaufwendungen (Produktbereich 06).....	60
3.2	Freiwillige Leistungen	61
3.3	Personalrechtliche Maßnahmen	62
3.4	Hebesatzanpassungen im Bereich Grundsteuer A, B und Gewerbesteuer	64

1 Gesetzliche Grundlagen

Gemäß § 75 Abs. 1 Satz 1 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) haben die Gemeinden ihre Haushaltswirtschaft so zu planen und zu führen, dass die stetige Erfüllung ihrer Aufgaben gesichert ist.

Dies beinhaltet hauptsächlich das Erfordernis eines in Planung und Rechnung ausgeglichenen Haushalts gemäß § 75 Abs. 2 GO NRW. Demnach ist der Haushalt ausgeglichen, wenn der Gesamtbetrag der Erträge die Höhe des Gesamtbetrages der Aufwendungen erreicht oder übersteigt.

Können die Aufwendungen allerdings nicht mehr durch die Erträge gedeckt werden, so entsteht ein Fehlbedarf. Dieser führt durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gemäß § 75 Abs. 3 GO NRW zu einem „fiktiven“ Haushaltsausgleich. Das gesetzliche Erfordernis eines ausgeglichenen Haushalts gilt somit als erfüllt.

Ist die Ausgleichsrücklage allerdings aufgezehrt und kommt es zu einer Verringerung der Allgemeinen Rücklage, so besteht bei Erreichung bestimmter Schwellenwerte die Pflicht, ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen. Ziel ist es, einem Substanzverzehr (Verbrauch des Eigenkapitals) entgegen zu wirken und eine drohende Überschuldung der Gemeinde zu vermeiden.

Dabei ist es unerheblich, ob sich die Aufzehrung des Eigenkapitals im Planungsjahr vollzieht oder innerhalb der mittelfristigen Planung (§ 84 GO NRW).

§ 76 Abs. 1 GO NRW enthält die o.g. Schwellenwerte, die zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzepts führen. Demnach ist ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, wenn sich die Allgemeine Rücklage innerhalb eines Haushaltsjahres um ein Viertel verringert (§ 76 Abs. 1 Nr.1 GO NRW), die Allgemeine Rücklage in zwei aufeinander folgenden Haushaltsjahren um mehr als 1/20 verringert werden soll (§ 76 Abs. 1 Nr. 2 GO NRW) oder die Allgemeine Rücklage innerhalb des Zeitraums der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung aufgebraucht wird. Des Weiteren ist eine Aufstellung des Haushaltssicherungskonzepts unumgänglich, wenn in dem bestätigten Jahresabschluss die Voraussetzungen des § 76 Abs. 1 GO NRW vorliegen oder die Voraussetzungen des § 76 Abs. 1 GO NRW in den Planungsjahren der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung vorliegen.

Dies trägt dem Prinzip Rechnung, dass sowohl eine plötzliche hohe Verringerung des Eigenkapitals, als auch ein „schleichender“ Rückgang der Allgemeinen Rücklage Konsolidierungsmaßnahmen erforderlich machen.

Des Weiteren erstreckt sich die Haushaltssicherung aber nicht nur auf die Ergebnisplanung und -rechnung und die Bilanz. Dadurch, dass § 75 Abs. 6 GO NRW verlangt, dass die Liquidität der Gemeinde einschließlich der Finanzierung der Investitionen sicherzustellen ist, ist auch die Finanzplanung und -rechnung für eine geordnete Haushaltswirtschaft zu beachten.

Die Verpflichtung zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzepts kann bereits im Zeitpunkt der Aufstellung der Haushaltssatzung entstehen, wenn im laufenden Jahr, für das zu planende Haushaltsjahr oder für eines der folgenden drei Planungsjahre ein negatives Jahresergebnis in einer Größenordnung oberhalb der Schwellenwerte geplant wird.

Die dadurch aufgezeigte rasante Verringerung des Eigenkapitals erfordert besonders schnell wirkende Konsolidierungs- bzw. Sanierungsmaßnahmen, um eine drohende Überschuldung zu verhindern und die stetige Aufgabenerfüllung der Gemeinde sicher zu stellen.

Ziel des Haushaltssicherungskonzepts ist es, den Haushalt zum nächstmöglichen Zeitpunkt auszugleichen, um somit die stetige Aufgabenerfüllung sicherzustellen und dem Überschuldungsverbot der Gemeinde nachzukommen.

2 Notwendigkeit zur Fortschreibung des HSK

2.1 Ausgangslage

Die Stadt Eschweiler hat zum 01.01.2007 ihren Haushalt auf NKF umgestellt. Für die Bilanzierung der Jahresabschlüsse 2007 bis 2020 ergeben sich folgende Ergebnisse bzw. Prognosen:

Jahr	Ergebnis
2007 (IST-Ergebnis)	+ 944.460,98 €
2008 (IST-Ergebnis)	- 11.761.313,37 €
2009 (IST-Ergebnis)	- 4.814.430,76 €
2010 (IST-Ergebnis)	- 951.547,68 €
2011 (IST-Ergebnis)	- 23.019.048,99 €
2012 (IST-Ergebnis)	- 21.888.238,40 €
2013 (IST-Ergebnis)	- 3.973.204,31 €
2014 (IST-Ergebnis)	- 3.192.167,67 €
2015 (IST-Ergebnis)	- 15.143.628,24 €
2016 (Planwert)	- 9.436.150,00 €
2017 (Planwert)	+ 1.618.550,00 €
2018 (Planwert)	+ 4.262.150,00 €
2019 (Planwert)	+ 8.747.800,00 €
2020 (Planwert)	+ 13.701.400,00 €

Ein Haushalt gilt gemäß § 75 Abs. 2 GO NRW als ausgeglichen, wenn der Gesamtbetrag der Erträge die Höhe des Gesamtbetrages der Aufwendungen erreicht oder übersteigt. Gemäß diesen gesetzlichen Vorschriften gelten die Haushaltsjahre 2008 bis 2014 sowie die Planjahre 2015 und 2016 als nicht originär ausgeglichen.

Die Fehlbeträge der Haushaltsjahre 2008, 2009 und 2010 konnten gemäß § 75 Abs. 3 GO NRW über die Ausgleichsrücklage in Höhe von insgesamt 21,756 Mio. € aufgefangen werden und gelten damit als fiktiv ausgeglichen (§ 75 Abs. 2 Satz 3 GO NRW).

Für das Haushaltsjahr 2011 ergab sich im Vergleich zum geplanten Fehlbedarf (-24.744.260,00 €) eine Ergebnisverbesserung in Höhe von 1.725.211,01 €. Für den Ausgleich des Fehlbetrages für das Haushaltsjahr 2011 i.H.v. -23.019.048,99 € war neben dem vollständigen Verzehr der Ausgleichsrücklage auch die Inanspruchnahme der Allgemeinen Rücklage erforderlich. Damit war für den Ausgleich der Fehlbeträge für das Haushaltsjahr 2012 bis 2015 die Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage notwendig. Gleichzeitig ist zur Abdeckung des Fehlbedarfs im laufenden Haushaltsjahr 2016 ebenfalls eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage unvermeidbar.

Um das strukturelle Defizit und dem damit einhergehenden Verzehr des Eigenkapitals entgegenzuwirken, ist die Fortsetzung des Konsolidierungsprozesses im Rahmen der 7. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes geboten. Gem. § 76 Abs. 2 GO NRW kann ein Haushaltssicherungskonzept nur genehmigt werden, wenn spätestens im zehnten auf das Haushaltsjahr folgende Jahr der Haushaltsausgleich nach § 75 Abs. 2 GO NRW wieder erreicht wird.

In der 6. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes wurde die bisherige Zielsetzung, den Haushaltsausgleich im Haushaltsjahr 2016 darzustellen, nicht erreicht, sondern vielmehr ein Fehlbedarf von 9.436.150,00 € ausgewiesen. Ursächlich hierfür waren ausschließlich erhebliche Gewerbesteuernachzahlungen in 2015.

Bedingt durch die Finanzierungssystematik des Gemeindefinanzierungsgesetz -GFG NRW- wirkte sich die im Jahr 2015 - und zwar im Referenzzeitraum 01.07.2014 - 30.06.2015 für das GFG 2016 - geflossene Gewerbesteuernachzahlung insbesondere auf die Schlüsselzuweisungen des Landes NRW an die Stadt aus.

Von der erhaltenen Gewerbesteuernachzahlung und der sich daraus ergebenden höheren Steuerkraft waren in 2016 unmittelbar die in der nachfolgenden Übersicht aufgeführten Sachkonten betroffen. Zum Vergleich wurde für diese Sachkonten auch der Ansatz ermittelt, welcher ohne eine Steuernachzahlung in 2016 zu veranschlagen gewesen wäre. Dabei wurden jeweils die zu dem Zeitpunkt aktuellen Orientierungsdaten sowie die Modellrechnung des Landes zum GFG 2016 vom 22.10.2015 berücksichtigt.

Produkt 166110101	Pos.	Ansatz	ohne Nachzahlung	Auswirkung
41110000 Schlüsselzuweisungen vom Land	02	19.409.000	30.030.000	-10.621.000
53720100 Allgemeine Städteregionsumlage	15	36.250.000	35.729.000	-521.000
53720200 Mehrbelastung ÖPNV	15	2.243.000	2.210.000	-33.000
Summe Auswirkung 2016				-11.175.000

Ohne diese Haushaltsverschlechterung in Höhe von 11.175.000,00 Euro als unmittelbare Auswirkung der Steuernachzahlung 2015 hätte die Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 einen Überschuss in Höhe von 1.738.850,00 Euro ausgewiesen. (Vergleich Ergebnis 5. Fortschreibung Haushaltssicherungskonzept 2016: + 289.400,00 Euro).

Nach dem Erlass des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen vom 07. März 2013 zu § 76 GO NRW ist eine Ausweitung des vom Rat der

Stadt Eschweiler bereits in 2011 beschlossenen Konsolidierungszeitraumes 2010 bis 2016 grundsätzlich nicht möglich (kein Herausschieben des Endzeitpunktes). Bei nicht absehbaren und von der Kommune nicht zu beeinflussenden erheblichen Veränderungen der finanziellen Situation der Kommune kann eine Verlängerung des Zeitraumes von der zuständigen Aufsichtsbehörde genehmigt werden.

Ein solcher Tatbestand war - wie vorstehend ausgeführt - aus Sicht der Stadt Eschweiler gegeben. Insoweit wurde mit der Vorlage des Haushaltes 2016 sowie der 6. Fortschreibung des HSK bei der Kommunalaufsicht eine Verlängerung des Konsolidierungszeitraumes bis 2017 beantragt.

Dieser beantragten Ausweitung des Konsolidierungszeitraumes wurde mit der Genehmigungsverfügung des Städteregionsrates Aachen als Untere Kommunalaufsicht vom 22.02.2016 entsprochen.

In der vorliegenden 7. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes wird der Haushaltsausgleich sowohl Planungsjahr 2017 als auch in der mittelfristigen Finanzplanung erreicht.

2.2 Entwicklung des Haushaltes 2016

Mit Verfügung vom 22.02.2016 wurde die Haushaltssatzung der Stadt Eschweiler für das Haushaltsjahr 2016 sowie die 6. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes durch den Städteregionsrat genehmigt.

Mit Bekanntmachung vom 03.03.2016 wurde die Haushaltssatzung 2016 rückwirkend zum 01.01.2016 bestandskräftig. Bis zu diesem Zeitpunkt erfolgte die Bewirtschaftung gemäß § 82 Abs. 3 GO NRW. Dies bedeutet, dass neben den einschlägigen Vorschriften der vorläufigen Haushaltsführung weitere Restriktionen in der Personalbewirtschaftung sowie bei der Kreditgenehmigung zu beachten waren.

Im Bereich der Transferaufwendungen zeichnen sich bei der Betreuungseinrichtung für Kinder & Jugendliche der Stadt Eschweiler (AöR BKJ) sowohl Mehraufwendungen aufgrund erhöhter Betreuungsleistungen im Bereich der Kindertagesstätten ab dem 01.08.2016 (Kita-Jahr 2016/2017), als auch als Auswirkung der Tarifabschlüsse 2015/2016 ab. Die AöR BKJ hat diesbezüglich in der Sitzung des Verwaltungsrates der BKJ am 27.09.2016 einen Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2016 aufgestellt und beschlossen. Derzeit wird davon ausgegangen, dass die damit einhergehende Erhöhung der Fehlbedarfsabdeckung AöR BKJ um 454 TEUR durch Verbesserungen an anderer Stelle kompensiert werden kann.

Insgesamt liegen bisher keine Erkenntnisse über wesentliche (pflichtige) Abweichungen vor, welche nicht durch entsprechende Verbesserungen (Minderaufwendungen) an anderer Stelle kompensiert werden können.

2.3 Grundsätzliche Feststellungen

2.3.1 Pflichtaufgaben

Pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben sind Aufgaben, zu deren Wahrnehmung die Gemeinde durch Gesetz verpflichtet ist, bei denen sie aber die Art und Weise der Aufgabenwahrnehmung gestalten kann (z.B. die Aufgabenwahrnehmung des örtlichen Trägers der Jugendhilfe).

Im Bereich der pflichtigen Aufgaben sind Konsolidierungspotentiale vorhanden, die in erster Linie durch die Reduzierung von Standards erreicht werden können, was zu einer Reduzierung der Aufwendungen für Pflichtaufgaben führt.

Im Rahmen der Umsetzung der Konsolidierungsmaßnahmen „Zeitlich gestaffeltes Einsparkonzept bei den Sach- und Dienstleistungen“ werden zwangsläufig die pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben auf den Prüfstand gestellt und volumenmäßig insgesamt eine deutliche (Standard-) Reduzierung durchgeführt.

2.3.2 Freiwillige Aufgaben

Freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben sind solche Aufgaben, zu deren Wahrnehmung die Gemeinde nicht gesetzlich verpflichtet ist. Bindet sich die Kommune durch Vertrag im Bereich der freiwilligen Aufgaben, ändert dies nicht den Aufgabencharakter.

Um freiwillige Leistungen handelt es sich im Bereich pflichtiger Aufgaben auch, wenn die Gemeinde teilweise oder völlig auf Gebührenerträge verzichtet oder Erstattungen, Zuschüsse und ähnliche Leistungen gewährt, die über den rechtlich festgelegten Rahmen hinaus gehen.

Auf die weiteren Ausführungen im Rahmen der 7. Fortschreibung des HSK (Ziffer 3.2) und den als Anlage 1 zum HSK beigefügten Katalog der ergebniswirksamen freiwilligen Leistungen für die Planungsjahre 2017 bis 2020 wird hingewiesen.

2.3.3 Ermächtigungsübertragungen

Im Rahmen der Konsolidierung ist es erforderlich, von Ermächtigungsübertragungen möglichst gar nicht oder nur sehr zurückhaltend Gebrauch zu machen. Der Rat muss vor dem Hintergrund der zwischenzeitlich schlechteren Finanzlage auch früher beabsichtigte und anfinanzierte Projekte, für die Ermächtigungsübertragungen vorgesehen sind, erneut auf den Prüfstand stellen. Ggf. ist auf eine weitere Realisierung zu verzichten oder es ist die Bildung selbständig nutzungsfähiger kleinerer Abschnitte vorzusehen und andere Abschnitte des Projektes sind zeitlich aufzuschieben.

Noch nicht begonnene Maßnahmen sind zurückzustellen, es sei denn, dass ihre Durchführung auf einer Rechtspflicht beruht.

Sollen dennoch Ermächtigungen übertragen werden, so hat der Rat die ihm vorzulegende Liste der möglichen Ermächtigungsübertragungen kritisch zu überprüfen. Dieser Ratsbeschluss ist der Aufsichtsbehörde unverzüglich vorzulegen. Dabei sind für jede Maßnahme der Rechtsgrund und die finanziellen Auswirkungen der Ermächtigungsübertragung darzustellen.

Die beantragten Ermächtigungsübertragungen für 2016 wurden unter Beachtung dieser Kriterien überprüft. Eine entsprechende Beschlussfassung erfolgte in der Sitzung des Stadtrates am 15.03.2016 (VV 068/16).

Eine Beschlussfassung über evtl. vorzunehmende Ermächtigungsübertragungen für 2017 ist für die erste Sitzung des Stadtrates in 2017 vorgesehen.

3 Darstellung der Konsolidierungsmaßnahmen

3.1 Zeitlich gestaffeltes Einsparkonzept

Zur Wiederherstellung einer geordneten Haushaltswirtschaft bedurfte es für die Haushaltsplanung 2010 eines einschneidenden Sanierungskonzeptes, welches die Handlungsfähigkeit der Stadt wiederherstellt.

Dieses Sanierungskonzept wurde für die Haushaltsplanungen 2011 bis 2013 fortgeschrieben.

Hierbei fokussierten sich die Einsparpotenziale auf die zeitlich gestaffelten Verminderungen der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie der Transferaufwendungen im Bereich Kinder-, Jugend- und Familienhilfe.

Da es sich bei dem Einsparprozess um ein mehrjähriges Verfahren handelt, wurde bzw. wird wie folgt verfahren:

3.1.1 Sach- und Dienstleistungen, u.a. auch Bauunterhaltung

Im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2017 sowie der 7. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes sind die bisher festgesetzten Höchstbeträge bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen für das Jahr 2017 mindestens weiter umzusetzen.

Wenngleich die beschlossenen Einsparquoten für Rat und Verwaltung einen enormen Kraftakt darstellen, verdeutlicht die nachfolgend aufgezeigte Entwicklung, dass die Konsolidierungsmaßnahme erfolgreich umgesetzt wird.

Entwicklung bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

Obergrenzen	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Grund HSK	33.237.050	30.561.850	30.466.450	30.012.250							
1. Fortschreibung HSK		32.231.200	28.752.300	27.518.550	27.284.300	27.034.300	26.784.300				
2. Fortschreibung HSK			31.020.750	29.160.300	28.162.050	27.998.550	27.998.550				
3. Fortschreibung HSK				29.519.050	28.721.950	28.249.700	27.948.250				
4. Fortschreibung HSK					31.967.700	29.512.850	29.145.650	29.144.450			
5. Fortschreibung HSK						31.449.900	29.608.100	29.648.500	30.858.500		
6. Fortschreibung HSK							30.465.750	32.512.500	31.619.500	31.451.400	
7. Fortschreibung HSK								31.576.550	32.656.950	31.500.950	31.854.950
Abweichung 6./ 7. Fortschreibung								-935.950	1.037.450	49.550	
Ergebnisse:	29.854.252,93	32.287.570,15	29.901.491,29	29.700.404,26	30.377.186,69	31.966.101,94					

Im Vergleich zur 6. HSK-Fortschreibung werden die Ansätze für die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in 2017 unterschritten. Dieser Effekt konnte trotz berücksichtigter

- Mehraufwendungen, denen entsprechende Erträge gegenüberstehen bzw.
- der zeitlichen Verschiebung von Maßnahmen erzielt werden.

Gegenüberstehende Erträge								Bemerkung
Amt	Produkt	Sachkonto	2017	2018	2019	2020		
51	05 341 01 01	52310000	201.000	201.000	201.000	201.000	Auswirkung der Ausweitung des Unterhaltsvorschusses; entsprechende Erträge stehen bei SK 42120100 gegenüber.	
60	01 111 12 03	5215 9310	60.500	48.000	105.000	20.000	Instandhaltung Gymnasium (Schulpauschale)	
		5215 9270	40.000	0	0	0	Instandhaltung Grundschule (Schulpauschale)	
66	11 538 02 01	5216 0600	0	150.000	50.000	0	Instandhaltung Abwasserbeseitigungsanlagen (Deckung über Abwassergebühren)	
		5242 0600	0	5.000	5.000	5.000	Unterhaltung Abwasserbeseitigungsanlagen (Deckung über Abwassergebühren)	
		5291 1000	5.000	0	0	0	Gutachten (Deckung durch Abwassergebühren)	
	12 541 01 01	5242 0100	0	507.500	0	400.000	In 2018: Schließung BÜ Jägerspfad (Deckung durch Zuweisungen des Landes und der Deutschen Bahn); tlw. Verschiebung von 2017 nach 2018. In 2020: Verschiebung von 2017 nach 2020; barrierefreier Ausbau der Bushaltestellen (90 % förderung)	
Summe:			306.500	911.500	361.000	626.000		

Ebenso wurden insbesondere auch nachfolgende Mehraufwendungen berücksichtigt, welche bei der 6. Fortschreibung so nicht absehbar waren.

Mehraufwendungen								Bemerkung
Amt	Produkt	Sachkonto	2017	2018	2019	2020		
10	01 111 10 02	5237 0000	0	0	50.000	50.000	Mehraufwendungen für eingesetzte EDV-Verfahren/ Upgrades	
		5241 9420	0	0	10.000	10.000	Zusätzliche Leitungskosten/ Routerservice für geplante Netzanbindung Grundschulen	
66	12 541 01 01	5235 0000	96.800	84.700	72.200	72.200	Mehraufwendungen Unterhaltungspauschale verbundene Unternehmen nach Anpassung der Leistungsbeschreibung.	
Summe:			96.800	84.700	132.200	132.200		

Beschlussfassung 2017

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Ausführungen wird die Obergrenze für das Haushaltsjahr 2017 für den Bereich der Sach- und Dienstleistungen im Rahmen der 7. Fortschreibung wie folgt verbindlich festgeschrieben:

2017: 31.576.550,00 €

Nur in begründeten Ausnahmefällen ist eine Überschreitung von einzelnen Sachkontenansätzen zulässig, sofern durch eine Deckungsmöglichkeit innerhalb des jeweiligen Budgets der Mehraufwand kompensiert werden kann.

3.1.2 Transferaufwendungen (Produktbereich 06)

Nach Durchführung einer Evaluierung des Aufgabenbereiches Transferaufwendungen im Bereich „Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“ im Rahmen eines externen wirkungsorientierten Controlling durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Rödl & Partner war festzustellen, dass die kalkulierten Sparpotenziale mittelfristig nicht zu generieren sind.

Insoweit ist die Konsolidierungsmaßnahme Ziffer 3.1.2 im Rahmen der 3. HSK-Fortschreibung entfallen.

3.2 Freiwillige Leistungen

Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zum Haushalt 2011 bzw. zur 1. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes war der Katalog der freiwilligen ergebniswirksamen Aufwendungen zu überarbeiten.

Neben den bereits vorgenommenen Zuordnungen zu den freiwilligen Aufwendungen waren nach Verfügung der Kommunalaufsicht insbesondere nachfolgende Leistungen grundsätzlich vollständig dem freiwilligen Leistungsbereich zuzuordnen:

Die Ergebnisse der Teilergebnispläne

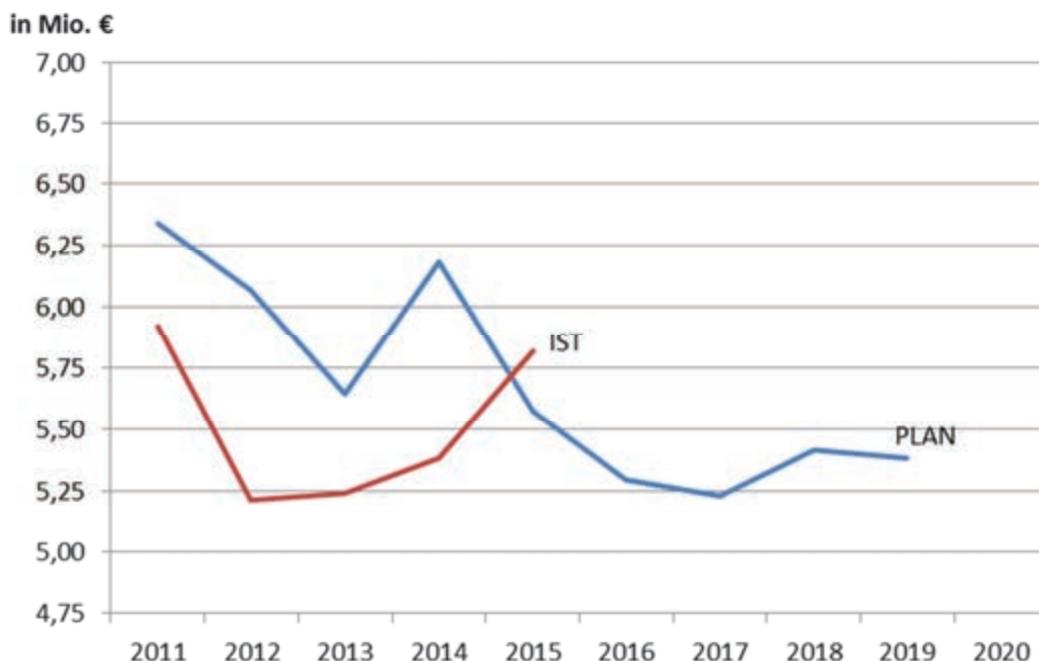
- 04 = Kultur und Wissenschaft (ohne VHS)
- 08 = Förderung des Sports
- 15 = Wirtschaft und Tourismus

Die Ergebnisse der Produkte

- 063620101 = Kinder- und Jugendförderung
- 125460101 = Parkplätze/ Parkhäuser
- 135510101 = Öffentliches Grün
- 135540101 = Natur und Landschaft

Dies bedeutet, dass neben den bisher schon enthaltenen Aufwendungen für die vorgenannten Bereiche insbesondere auch die veranschlagten Personalaufwendungen zu berücksichtigen sind.

Nach Überarbeitung des Kataloges für die Haushaltssatzung 2013 stellt sich die Entwicklung der freiwilligen Leistungen auf der Grundlage der Planung 2017 wie folgt dar:



Freiwillige Leistungen in pflichtigen Produkten

2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
2.888.700,00	2.561.050,00	2.257.900,00	2.668.850,00	1.883.500,00	1.742.550,00	1.658.550,00	1.690.050,00	1.610.550,00	1.655.200,00

Freiwillige Produkte

2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
3.453.750,00	3.507.600,00	3.386.600,00	3.515.050,00	3.692.350,00	3.555.600,00	3.572.250,00	3.726.850,00	3.775.900,00	3.831.900,00

Gesamtsummen

2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
6.342.450,00	6.068.650,00	5.644.500,00	6.183.900,00	5.575.850,00	5.298.150,00	5.230.800,00	5.416.900,00	5.386.450,00	5.487.100,00

Die detaillierte Auflistung der freiwilligen Leistungen kann der Anlage 1 entnommen werden.

Gegenüberstellung und Entwicklung der freiwilligen Leistungen

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Grund HSK	1.857.600	1.774.700	1.766.500							
1. Fortschreibung	1.867.350	1.715.750	1.720.750	1.720.250						
2. Fortschreibung	6.642.450	6.346.250	5.857.250	5.810.100	5.856.200	5.858.350				
3. Fortschreibung	6.642.450	6.091.950	5.658.900	5.506.050	5.523.200	5.517.450				
4. Fortschreibung	6.342.450	6.068.650	5.644.500	6.183.900	5.585.550	5.328.200	5.416.200			
5. Fortschreibung					5.575.850	5.239.700	5.298.900	5.369.450		
6. Fortschreibung						5.298.150	5.370.400	5.349.850	5.416.950	
7. Fortschreibung							5.230.800	5.416.900	5.386.450	5.487.100

Ergebnisse:	5.924.109,68	5.217.487,65	5.242.566,03	5.384.630,35	5.821.137,51					
Entwicklung im Vergleich zur HSK-Vorgabe*	-418.340	-851.162	-401.934	-799.270	245.288	58.450	-139.600	67.050	-30.500	

*Vergleichsergebnisse gerundet

Im Vergleich zur 6. Fortschreibung weist die planmäßige Gesamtentwicklung der ergebniswirksamen freiwilligen Leistungen eine Senkung von 139.600 Euro für 2017 aus.

Diese Entwicklung begründet sich insbesondere mit Einsparungen bei den Energiekosten Bäder in Höhe von 40.000 Euro. Zum anderen spiegelt sich hier die positive Entwicklung im Bereich der Sach- und Dienstleistungen wider. Beispielhaft sind hier zu nennen die Minderaufwendungen bei Gutachterkosten in Höhe von 20.000 Euro im Bereich Räumliche Planung und Entwicklung sowie Einsparungen von 88.000 Euro bei Erstattungen an verbundene Unternehmen im Produkt Öffentliches Grün.

Beschlussfassung 2017

Im Haushaltsjahr 2017 sind die ergebniswirksamen freiwilligen Leistungen weiter restriktiv zu bewirtschaften.

3.3 Personalrechtliche Maßnahmen

Die Personalaufwendungen sind eine der höchsten Aufwandpositionen in den kommunalen Haushalten, welche auch weitere Sachaufwendungen verursachen. Aufgrund ihrer Größendimension stellen die Personalaufwendungen – wie auch dem zwischenzeitlich Außer-Kraft getretenem IM-Leitfaden „Maßnahmen und Verfahren zur Haushalts-

sicherung“ zu entnehmen war, eine wichtige Komponente als Daueraufgabe zur Haushaltskonsolidierungen dar.

Auf Grund der prekären Haushaltslage der Stadt Eschweiler (verstärkt durch die mit dem Tarifabschluss 2012 verbundenen Mehrkosten) wurde in der 448. Sitzung des Verwaltungsvorstandes am 03.04.2012 eine Einstellungs- und Wiederbesetzungssperre beschlossen. Ab diesem Zeitpunkt wird jede einzelne Stelle bezogen auf ihre Notwendigkeit hin sensibel betrachtet, ggf. verwaltungsinterne Verschiebungen geprüft. Über Ausnahmen von der Einstellungs- und Wiederbesetzungssperre entscheidet der Verwaltungsvorstand.

Vor diesem Hintergrund wurde im Jahr 2013 ein Einsparpotenzial für die Jahre 2014 bis 2016 in Höhe von insgesamt 1.034.700 € ermittelt, das erreicht wird, wenn Stellen in diesen Jahren nach Ausscheiden der derzeitigen Stelleninhaber nicht wiederbesetzt werden. Im Rahmen des Haushaltsaufstellungsverfahrens 2017 wurde das Einsparpotenzial auf 500.000 € festgelegt. Diese Ansätze wurden für die Folgejahre mit einer Erhöhung von 2 % p.a. abweichend von den Orientierungsdaten (1 %) fortgeschrieben. Berücksichtigt wurde bei der Ermittlung des Einsparpotenzials, dass Nachbesetzungen in Teilbereichen zur Erfüllung von Pflichtaufgaben erforderlich sind (u.a. Feuerwehr, Jugendamt), wobei über Umstrukturierungsmaßnahmen, zeitversetzte Wiederbesetzungen bzw. Nachbesetzungen aus dem eigenen Personalbestand (z.B. durch Übernahme von Anwärtern und Auszubildenden) eine Kosteneinsparung insgesamt erzielt werden kann.

In 2016 kann das ermittelte Einsparpotential aufgrund aktueller Entwicklungen nicht realisiert werden. So ergeben sich zwingende Personalmaßnahmen aufgrund der Flüchtlings- und Asylbewerbersituation einschließlich der besonderen Aufgabenstellung „UMA - unbegleitete minderjährige Ausländer“ durch den Dienstsitz der Bundespolizei in Eschweiler, im Bereich der Amtsvormundschaften und im technischen Bereich (Stadtplanung, Baukontrolle) sowie Mehrkosten, die auf Besoldungs- und Tarifierhöhungen und erhöhtem Bedarf im Bereich „Beamtenversorgung“ zurückzuführen sind.

Es sollte bei alledem auch nicht unbeachtet bleiben, dass gerade der öffentliche Dienst vor immer neue Herausforderungen gestellt wird und auch hierfür die personellen Ressourcen sicherzustellen sind. Als ein Beispiel hierfür können die infolge des demografischen Wandels entstehenden Handlungsfelder, die sich bereits durch die Planung und den Bau altersgerechten Wohnraums sowie der Einrichtung einer Stelle im Quartiersmanagement abzeichnen, angeführt werden.

Nähere Einzelheiten sind dem als Anlage 2 beigefügten, fortgeschriebenen Personalwirtschaftskonzept zu entnehmen. Die im Konzept angesprochenen Werte zu Personal und Kosten ergeben sich für 2017 aus den festgelegten Werten in der Haushaltssatzung bzw. aus dem Stellenplan. Die im Personalwirtschaftskonzept beleuchteten Maßnahmen beziehen sich neben der Einstellungs- und Wiederbesetzungssperre unter anderem auf die ständige kritische Überprüfung der Notwendigkeit der Aufgabenerfüllung als Stadt bzw. die Überprüfung der Standards, die Intensivierung der interkommunalen Zusammenarbeit bzw. Neuorganisation von Dienststellen, die unterrangige Wiederbesetzung, der Vorzugsweise internen vor der externen Stellenbesetzung und auf sonstige Personalmaßnahmen.

Beschlussfassung 2017

Die Verwaltung wird beauftragt, das ermittelte Einsparpotenzial aus der seit dem 03.04.2012 bestehenden Einstellungs- und Wiederbesetzungssperre in Höhe von insgesamt 500.000 € für das Jahr 2017 umzusetzen. Darüber hinausgehende Konsolidierungspotenziale aus den Festsetzungen im Personalwirtschaftskonzept sind weiter fortzuführen.

3.4 Hebesatzanpassungen im Bereich Grundsteuer A, B und Gewerbesteuer

Die seinerzeit prognostizierte Einsparquote von durchschnittlich 1,5 Mio. € in den Jahren 2014 bis 2016 bei den Transferaufwendungen im Produktbereich 06 ist nicht zu realisieren.

Zur Zielerreichung des im HSK am Ende des Planungszeitraums ausgewiesenen Haushaltsausgleichs wurde daher im Rahmen der 3. HSK-Fortschreibung die nachfolgend aufgeführte Erhöhung der Realsteuerhebesätze als Ersatzkonsolidierung in das Konzept eingestellt.

Verlauf zur Erhöhung der Grundsteuer B:

2013 - Erhöhung des Hebesatzes von 413 v.H. auf 450 v.H.

2015 - Erhöhung des Hebesatzes von 450 v.H. auf 490 v.H.

2016 - Erhöhung des Hebesatzes von 490 v.H. auf 520 v.H.

Verlauf zur Erhöhung der Gewerbesteuer:

2015 - Erhöhung des Hebesatzes von 430 v.H. auf 460 v.H.

2016 - Erhöhung des Hebesatzes von 460 v.H. auf 490 v.H.

Zur Zielerreichung, den Haushaltsausgleich ab 2017 darzustellen, schlägt die Verwaltung die Beibehaltung nachfolgender Hebesätze vor:

	2016	2017	2018	2019	2020
Grundsteuer A	310	310	310	310	310
Grundsteuer B	520	520	520	520	520
Gewerbesteuer	490	490	490	490	490

Der nachfolgenden Übersicht ist zu entnehmen, dass mit den beibehaltenen Hebesteuersätzen das Hebesatzniveau der Stadt Eschweiler im Vergleich zum 2016er Hebesatzniveau der anderen Kommunen aus der Region mindestens noch im Mittelfeld liegen würde. Bereits angekündigte bzw. wahrscheinliche Hebesatzerhöhungen der anderen Kommunen im Haushaltsjahr 2017 sind dabei noch nicht berücksichtigt.

	Hebesatz Grundsteuer A (Haushaltsjahr 2016)
Stolberg	495%
Würselen	437%
Alsdorf	437%
Düren	370%
Langerwehe	340%
Aldenhoven	339%
Herzogenrath	325%
Eschweiler (Plan 2017)	310%
Jülich	307%
Aachen	305%
Baesweiler	250%

	Hebesatz Grundsteuer B (Haushaltsjahr 2016)
Aldenhoven	850%
Alsdorf	695%
Stolberg	595%
Düren	590%
Würselen	575%
Langerwehe	560%
Jülich	535%
Aachen	525%
Eschweiler (Plan 2017)	520%
Herzogenrath	510%
Baesweiler	430%

	Hebesatz Gewerbsteuer (Haushaltsjahr 2016)
Jülich	513%
Stolberg	495%
Würselen	495%
Alsdorf	495%
Langerwehe	493%
Eschweiler (Plan 2017)	490%
Herzogenrath	485%
Aldenhoven	476%
Aachen	475%
Düren	450%
Baesweiler	420%

Beschlussfassung 2017

Der Rat beschließt im Haushaltsjahr 2017 Hebesätze für die

- Grundsteuer A auf 310 v.H.
- Grundsteuer B auf 520 v.H.
- Gewerbesteuer auf 490 v.H.

unverändert zu belassen.



Anlage 1

zum
Haushaltssicherungskonzept

Freiwillige
ergebniswirksame Leistungen



**Freiwillige ergebniswirksame Leistungen
innerhalb pflichtiger Produkte**

Sachkonto	Sachkontobezeichnung	Bezeichnung der freiwilligen Leistungen	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
			Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
01 111 01 01	Politische Gremien									
52810000	Aufwendungen für Sachleistungen	Bewirtung bei Sitzungen der politischen Gremien	7.168,31	7.913,72	8.851,35	7.500,00	7.500,00	9.500,00	9.500,00	9.500,00
01 111 01 02	Verwaltungsführung									
54910000	Verfüungsmittel	Verfüungsmittel des Bürgermeisters	3.796,08	3.800,00	3.800,00	3.800,00	3.800,00	3.800,00	3.800,00	3.800,00
54990200	Mitgliedsbeiträge	Fachverband Kämmerer	18,00	18,00	18,00	200,00	200,00	200,00	200,00	200,00
01 111 05 01	Rechnungsprüfung									
54990200	Mitgliedsbeiträge	Beitrag Vereinigung Leiter Prüfungsämter	15,00	15,00	15,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00
01 111 06 01	Zentrale Servicedienste für den allgemeinen Dienstbetrieb der Gesamtverwaltung									
54220000	Mieten und Pachten	Miete Kaffeeautomat	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54990200	Mitgliedsbeiträge	Eifelverein	30,00	30,00	30,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00
01 111 08 01	Personaldienste									
50195060	Betriebliches Vorschlagswesen	Betriebliches Vorschlagswesen; ab 2015 bei 011111001	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54140000	Aufwendungen für Beschäftigtenbetreuung und Dienstjubiläen	Ehrungen/ Gemeinschaftspflege	2.813,72	4.939,34	6.403,37	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00
54990200	Mitgliedsbeiträge	Kommunaler Arbeitgeberverband (KAV)	2.790,00	2.475,00	2.970,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00
01 111 09 03	Zahlungsabwicklung									
54990200	Mitgliedsbeiträge	Beitrag Fachverband kommunaler Kassenverwalter	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00
01 111 10 01	Organisationsangelegenheiten									
50195060	Betriebliches Vorschlagswesen	Betriebliches Vorschlagswesen; bis 2014 bei 011110801	0,00	0,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00
54220200	Mieten und Pachten	Mietkosten für Mitarbeiterstellplätze im Parkhaus; für MA auf den Außenstellplätzen müssen für die Dauer der Fassadensanierung (2013 - Herbst 2016) zusätzliche Parkplätze angemietet werden.	9.674,70	16.707,60	16.707,60	15.000,00	14.000,00	14.000,00	15.000,00	15.000,00
54990200	Mitgliedsbeiträge	KGST, Volksheimstättenwerk, Regio AC e.V. (bis 2012) ohne Städte- und Gemeindebund NRW (rd. 21 T€)	3.240,23	3.240,23	3.269,92	3.000,00	4.000,00	4.000,00	4.000,00	4.000,00
01 111 10 02	EDV-Dienste und Datentechnik									
54120300	Aufwendungen für Aus- und Fortbildung EDV	Mitarbeiterschulungen, Fachveranstaltungen, Workshops	11.476,42	10.111,80	22.459,90	15.000,00	15.000,00	15.000,00	15.000,00	15.000,00
54990200	Mitgliedsbeiträge	Fördermitgliedschaft Freifunk	0,00	0,00	0,00	500,00	500,00	500,00	500,00	500,00
01 111 11 01	Rechts- und Versicherungsangelegenheiten									
54990200	Mitgliedsbeiträge	Beitrag für die Schiedsleute	529,00	529,00	529,00	600,00	800,00	800,00	800,00	800,00
01 111 12 01	Infrastrukturelles/ kaufmännisches Gebäudemanagement									
52410530	Reinigung öffentlicher WC-Anlage		20.062,26	18.029,26	19.067,27	28.000,00	20.000,00	20.000,00	20.000,00	20.000,00
52412100	Strom Bäder		147.093,91	161.144,81	177.529,08	160.000,00	160.000,00	170.000,00	170.000,00	170.000,00

**Freiwillige ergebniswirksame Leistungen
innerhalb pflichtiger Produkte**

Sachkonto	Sachkontobezeichnung	Bezeichnung der freiwilligen Leistungen	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
			Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
52412200	Heizung Bäder	Energieeinsparung nach Erneuerung der Filtertechnik in 2014	286.305,80	269.071,93	231.275,01	290.000,00	250.000,00	250.000,00	250.000,00	250.000,00
52412300	Wasserverbrauch Bäder	Energieeinsparung nach Erneuerung der Filtertechnik in 2014	51.222,48	47.232,63	47.297,66	40.000,00	40.000,00	45.000,00	45.000,00	45.000,00
52413200	Heizung Festhallen		58.147,72	57.176,42	74.000,00	70.000,00	70.000,00	74.000,00	74.000,00	74.000,00
52415200	Grundbesitzabgaben Kulturzentrum Talbahnhof*		5.333,65	4.701,54	4.812,31	5.300,00	5.300,00	5.300,00	5.300,00	5.300,00
52416200	Grundbesitzabgaben Bäder*	Einsparung aufgrund geringerer Wasserverbräuche nach Erneuerung der Filtertechnik in 2014; Auswirkung bei Abwasser erst in 2016	85.978,39	72.383,57	83.214,75	75.000,00	75.000,00	85.000,00	85.000,00	85.000,00
52416300	Grundbesitzabgaben Festhallen*		25.598,30	25.106,94	26.048,08	28.000,00	28.000,00	28.000,00	28.000,00	28.000,00
52416400	Grundbesitzabgaben Sportstätten*		73.343,40	67.906,03	75.393,06	80.000,00	80.000,00	80.000,00	80.000,00	80.000,00
52419040	Gebäudeversicherung Sportstätten*		36.263,33	37.129,39	17.210,27	17.500,00	20.000,00	20.000,00	20.000,00	20.000,00
52419050	Gebäudeversicherung Bäder*		27.098,75	27.709,44	17.366,66	17.500,00	21.000,00	21.000,00	21.000,00	21.000,00
52419150	Gebäudevers. Kulturzentrum Talbahnhof		4.414,96	4.516,51	2.411,87	2.500,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00
52419190	Gebäudeversicherung Blaustein-See*		3.574,99	5.094,27	2.333,92	2.500,00	2.500,00	2.500,00	2.500,00	2.500,00
52520820	Unterhaltung bew. VM Sporthallen; A 60	u.a. auch schul. Nutzung Dürwiß, Ost, Kaiser- und Jahnstr.	156,10	81,87	0,00	500,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52520830	Unterhaltung bew. VM Sportpark am See; A 60		0,00	0,00	0,00	200,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54160711/	Aufwendungen für Dienst- und Schutzkleidung Großsportanlage		0,00	0,00	0,00	100,00	50,00	50,00	50,00	50,00
54160100	Dürwiß A 60									
54160850/	Dienst- und Schutzkleidung Sporthallen	u.a. auch schul. Nutzung Dürwiß, Ost, Kaiser- und Jahnstr.	0,00	0,00	22,79	300,00	300,00	300,00	300,00	300,00
54160100	Sporthallen									
54230200	Leasing / Lichtcontracting Sporthalle Kaiserstr.	u.a. auch schul. Nutzung	10.901,04	10.901,04	15.581,44	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54230700	Leasing / Lichtcontracting Sporthalle Eichendorffstr.	u.a. auch schul. Nutzung	10.976,04	12.167,18	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
01 111 12 02 Grundstücks- und Gebäudeverwaltung										
52114100/	Unterhaltung Grünflächen und Aufbauten Festhallen	Pflegevertrag, Deponiekosten	2.891,20	3.274,65	3.121,34	3.500,00	3.500,00	3.500,00	3.500,00	3.500,00
52419580	Aufbauten Festhallen									
52830200	Aufwendungen für Werbung u. Öffentlichkeitsarbeit		0,00	4.501,77	87,80	3.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00
52840000	Geräte, Ausstattung unter 60 €	ab 2015 bei 52840300 Geräte, Ausstattung, Lizenzen unter 410 €	583,97	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52840300	Geräte, Ausstattung, Lizenzen unter 410 €	Mehrbedarf aufgrund Neuverpachtung der Festhallen ab 2016	95,08	15,45	11.000,01	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00
52911000	Kosten für Wertermittlung und Gutachten		4.919,30	16.070,34	3.916,54	9.900,00	9.000,00	9.000,00	9.000,00	9.000,00
53118160	Investitionsfördermaßn. Solaranlagen	2013/2014 siehe Produkt 10 522 01 01	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54990200	Mitgliedsbeiträge	Mitgliedsbeitrag Dränverband	184,65	184,65	0,00	200,00	200,00	200,00	200,00	200,00
54221300	Mieten und Pachten Sportstätten		5,11	5,11	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

**Freiwillige ergebniswirksame Leistungen
innerhalb pflichtiger Produkte**

Sachkonto	Sachkontobezeichnung	Bezeichnung der freiwilligen Leistungen	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
			Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
01 111 12 03 Technisches Gebäudemanagement										
52110110/ 52419200	Sanierungsmaßnahmen zur Senkung von Energieverbräuchen	Ausführung von Maßnahmen in städtischen Gebäuden, die sich durch Energieeinsparungen amortisieren.	120.429,35	149.950,37	103.366,62	75.000,00	75.000,00	100.000,00	100.000,00	100.000,00
52111000/ 52419330	Unterhaltung Kultureinrichtungen	Talbahnhof	9.127,17	6.886,39	7.696,77	8.000,00	8.000,00	8.000,00	8.000,00	8.000,00
52111300/ 52419360	Unterhaltung Altagestätten		5.336,92	20.886,22	21.503,74	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00
52111400/ 52419370	Unterhaltung Kinder- und Jugendeinrichtungen	2 Spiel- und Lernstuben, Verkehrskindergarten	579,01	5.153,93	39.369,90	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00
52111500/ 52421600	Unterhaltung Sportstätten		40.398,99	66.363,74	53.464,47	60.000,00	40.000,00	40.000,00	40.000,00	40.000,00
52111600/ 52419380	Unterhaltung Bäder	Erneuerung Filtertechnik im Hallenbad Jahnstraße in 2014; dadurch resultierende Kosteneinsparungen siehe Produkt 011111201	198.999,84	125.829,10	121.948,46	130.000,00	125.000,00	125.000,00	125.000,00	125.000,00
52111700/ 52419390	Unterhaltung Festhallen		95.732,71	36.055,79	202.020,17	65.000,00	65.000,00	65.000,00	65.000,00	65.000,00
52112300/ 52419430	Unterhaltung Märkte/ Kirmessen	ab 2016 Sanierung Trafostationen Marktplatz	0,00	3.452,80	0,00	4.500,00	4.500,00	4.500,00	4.500,00	4.500,00
52112700/ 52419470	Unterhaltung Seezentrum		6.066,08	17.211,53	15.948,22	6.500,00	6.500,00	6.500,00	6.500,00	6.500,00
52112600/ 52419460	Unterhaltung Sporthallen	u.a. auch schul. Nutzung Dürwiß, Ost, Kaiser- und Jahnstr.	31.476,78	46.756,17	77.147,12	60.000,00	50.000,00	50.000,00	50.000,00	50.000,00
02 122 01 01 Allgemeine Sicherheit und Ordnung										
53118000	Zuweisungen u. Zuschüsse f. lfd. Zwecke an übrige Bereiche	Städtischer Zuschuss zu den Bewirtschaftungskosten Tierheim Aachen	17.570,59	21.446,46	21.446,46	22.000,00	25.000,00	25.000,00	25.000,00	25.000,00
02 122 10 01 Einwohnerangelegenheiten										
52830100	Aufwendungen für Gästebewirtung, Repräsentation, Geschenke	Ehrengaben, Altersjubiläen	1.256,60	1.037,20	1.300,80	1.500,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00
02 122 10 02 Personenstandswesen										
52830100	Aufwendungen für Gästebewirtung, Repräsentation, Geschenke	Ehrengaben, Altersjubiläen	6.288,56	4.774,85	4.331,99	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00
54990200	Mitgliedsbeiträge	Fachverband deutscher Standesbeamten	180,00	180,00	180,00	200,00	200,00	200,00	200,00	200,00
02 126 15 01 Brandschutz/ Brandbekämpfung										
52810000	Aufwendungen für sonstige Sachleistungen	Gestaltung und Durchführung der Feierlichkeiten zum 125-jährigen Bestehen der Freiwilligen Feuerwehr Eschweiler in 2014	0,00	577,55	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52910000	Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen		0,00	2.526,51	0,00	100,00	0,00	0,00	0,00	0,00
53118000	Zuwendungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche	Zuschuss Feuerwehr	5.000,00	10.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00

**Freiwillige ergebniswirksame Leistungen
innerhalb pflichtiger Produkte**

Sachkonto	Sachkontobezeichnung	Bezeichnung der freiwilligen Leistungen	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
02 126 15 02	Abwehr von Großschadensereignissen/ Katastrophenschutz									
53118000	Zuwendungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche	Zuschuss Hilfsorganisationen	2.323,60	2.500,00	2.500,00	2.500,00	2.500,00	2.500,00	2.500,00	2.500,00
03 211 01 01	Grundschulen									
53118190	Zuschuss für Vormittagsbetreuung (Eigenanteil Stadt)	Zuschuss für Vormittagsbetreuung	130.000,00	150.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54990200	Mitgliedsbeiträge	Mitgliedsbeitrag Deutsches Jugendherbergswerk, Verkehrswacht	150,00	150,00	180,00	400,00	200,00	200,00	200,00	200,00
03 212 01 01	Hauptschulen									
53118000	Zuwendungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche	Zuschuss an die Schülermitverwaltung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54990200	Mitgliedsbeiträge	Mitgliedsbeitrag an das Deutsche Jugendherbergswerk	30,00	30,00	0,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00
03 215 01 01	Realschule									
53118000	Zuwendungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche	Zuschuss an die Schülermitverwaltung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54220000	Mieten und Pachten	Anmietung Räumlichkeiten für Abschlussfeier	335,00	225,00	225,00	250,00	250,00	250,00	250,00	250,00
03 217 01 01	Gymnasium									
53118000	Zuwendungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche	Zuschuss an die Schülermitverwaltung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54990200	Mitgliedsbeiträge	Mitgliedsbeitrag an das Deutsche Jugendherbergswerk; ANTalive e.V.; Rhein. Direktorenvereinigung	95,00	70,00	40,00	50,00	150,00	150,00	150,00	150,00
03 218 01 01	Gesamtschule									
53118000	Zuwendungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche	Zuschuss an die Schülermitverwaltung	0,00	100,00	100,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54220000	Mieten und Pachten	Übernahme der anfallenden Mietkosten für die Durchführung der Abschlussfeier der 10. Jahrgangsstufe sowie des Abiturjahrganges (Abschlussball)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
03 221 01 01	Willi Fähmann Schule									
53118000	Zuwendungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche	Zuschuss an die Schülermitverwaltung	0,00	0,00	0,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
54990200	Mitgliedsbeiträge	Mitgliedsbeitrag Deutsches Jugendherbergswerk	30,00	30,00	30,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00
03 243 01 01	Sonstige schulische Aufgaben									
52550000	Unterhaltung des beweglichen Vermögens	Jugendverkehrsschule, Reparaturarbeiten an den vorhandenen Fahrrädern	420,53	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52810000	Aufwendungen für sonstige Sachleistungen	Verbrauchsmaterialien für den Betrieb der Jugendverkehrsschule	291,20	0,00	0,00	200,00	0,00	0,00	0,00	0,00

**Freiwillige ergebniswirksame Leistungen
innerhalb pflichtiger Produkte**

Sachkonto	Sachkontobezeichnung	Bezeichnung der freiwilligen Leistungen	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
			Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
53118000	Zuwendungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche	Zuschüsse an Schulen zur Durchführung von Projekten "gegen Rechts" gem. Ratsbeschluss	660,00	2.000,00	2.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
53118320	Zuschuss Schulbücher Hartz IV	Übernahme der Schulbücher für SGB II- und SGB XII-Empfänger, Asylbewerber sowie Pflegekinder	10.884,08	6.930,70	7.212,65	8.000,00	8.000,00	8.000,00	8.000,00	8.000,00
54990200	Mitgliedsbeiträge	Mitgliedsbeitrag Fernuniversität; ANTallive e. V.; Verkehrswacht Monschau	107,00	100,00	185,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
04 271 01 01	VHS									
54990200	Mitgliedsbeiträge	Landesverband VHS	2.751,19	4.128,97	2.740,22	2.800,00	2.800,00	2.800,00	2.800,00	2.800,00
05 313 01 01	Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte									
41440000	Zuweisungen vom sonst. öffentlichen Bereich	Projekt INTERREG IV	0,00	0,00	-10.499,77	-150.000,00	-200.000,00	-140.000,00	0,00	0,00
53114000	Aufwendungen f. Zuweisungen an den sonst. öff. Ber	Projekt MINT	0,00	0,00	37.895,81	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
53118000	Zuwendungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche	Umsetzung Ingegrationskonzept (BKJ-Rucksack-Projekt)	3.052,00	2.975,81	3.228,64	4.000,00	4.000,00	4.000,00	4.000,00	4.000,00
53118350	Förderprogramm INTERREG IV	Projekt INTERREG IV	0,00	0,00	0,00	150.000,00	200.000,00	140.000,00	0,00	0,00
54990200	Mitgliedsbeiträge	Verein für Sozialplanung e.V. (VSOP)	0,00	0,00	0,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
05 351 01 01	Sonstige soziale Angelegenheiten									
53118000	Zuwendungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche	Nachbarschaftshilfe; Eschweiler Tafel e.V.; AWO Ov Eschweiler; Gemeinschaft der Gemeinden; AWO Dürwiß	9.464,85	25.335,50	14.326,38	22.850,00	22.850,00	22.850,00	22.850,00	22.850,00
53118090	Allgemeiner Zuschuss an freie Wohlfahrtsverbände	Sozialdienst Kath. Frauen e.V.; AWO Kreis Aachen-Land e.V.; Sozialverband Deutschland e.V.; Sozialverband VdK; Sozialdienst kath. Männer e.V.; Paritätischer Landesverband; Evang. Kirchengemeinde; AWO OV Eschweiler; Blindenverein StädteRegion	52.300,00	52.300,00	52.300,00	52.300,00	52.300,00	52.300,00	52.300,00	52.300,00
53118140	Zuschuss a.d. "Beratungsstelle für Familienplanung"	AWO Kreis Aachen-Land e.V.	2.100,00	2.100,00	2.100,00	2.100,00	2.100,00	2.100,00	2.100,00	2.100,00
54990200	Mitgliedsbeiträge	Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge	75,80	75,80	313,80	350,00	350,00	350,00	350,00	350,00
05 351 01 02	Unterstützende Seniorenarbeit									
52550000	Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens	Reparatur Elektrogeräte im städt. Seniorenzentrum Marienstr. 7 und der städt. Seniorenstube	242,16	96,19	832,40	800,00	800,00	800,00	800,00	800,00
52810000	Aufwendungen für sonstige Sachleistungen	Einkauf v. Lebensmitteln, Deko, Getränke pp. für das städt. Seniorenzentrum Marienstr. 7 und die städt. Seniorenstube Quellstr. 42. Zuschuss f. Ausflug	1.758,03	2.101,37	1.719,94	2.450,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00

**Freiwillige ergebniswirksame Leistungen
innerhalb pflichtiger Produkte**

Sachkonto	Sachkontobezeichnung	Bezeichnung der freiwilligen Leistungen	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
			Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
52840000	Geräte, Ausstattung unter 60 €	Elektrogeräte; Haushalt pp. (bis 2013)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52840300	Geräte, Ausstattung, Lizenzen unter 410 €	ab 2014 Zusammenfassung der SK 52840000 und 52840300	19,35	229,02	286,42	600,00	600,00	600,00	600,00	600,00
52910000	Aufwendungen f. sonst. Dienstleistungen	Honorar Musiker bei Sonderveranstaltungen im städt. Seniorenzentrum Marienstr. 7	240,00	240,00	160,00	250,00	250,00	250,00	250,00	250,00
52910010	Aufwendungen für Entsorgung	Entsorgung Speiseabfälle; bis 2014 bei 54990900	0,00	329,39	491,48	700,00	700,00	700,00	700,00	700,00
54210000	Aufwendungen für ehrenamtliche und sonstige Tätigkeiten	Die städt. Seniorenstube Quellstr. Wird ausschließlich von ehrenamtl. Kräften bewirtschaftet.	400,40	390,00	332,80	800,00	800,00	800,00	800,00	800,00
54310300/ 54310000	Zeitungen und Fachliteratur	Lesemappen und Tageszeitungen für das städt. Seniorenzentrum und die städt. Seniorenstube	1.257,72	1.292,60	1.115,67	1.350,00	1.350,00	1.350,00	1.350,00	1.350,00
54311500	GEMA-Gebühren	anlässlich der Tanzteeveranstaltungen im städt. Seniorenzentrum	788,19	456,46	631,52	1.100,00	700,00	700,00	700,00	700,00
54990900	Sonstige Beiträge	Entsorgung Speiseabfälle; ab PLAN 2015 bei 52910010	545,54	41,17	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
06 361 01 01	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege									
53118180	Betriebskostenzuschüsse an freie Träger KiGa - Eigentanteil-	Familienzentrum Wunderland (AWO); Familienzentrum im sozialen Brennpunkt	15.000,00	30.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
53118340	Betriebskostenzuschüsse an die AÖR - Eigenanteil -	BKJ Einrichtung Herz Jesu	10.000,00	10.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
06 363 01 01	Hilfen für junge Menschen und ihre Familien									
41480100	Spenden von übrigen Bereichen	Spenden für Projekt "Flügelschlag"	-1.050,00	-11.776,58	-5.250,00	-1.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52811900	Sonstige Sachleistungen Projekte	Sachaufwendungen für Projekt gegen Kinderarmut "Flügelschlag"; Projekt wird aus Spenden finanziert, ab 2014	0,00	10.516,38	4.713,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00
09 511 01 01	Räumliche Planung und Entwicklung									
41410000	Zuweisungen und Zuschüsse vom Land für lfd. Zwecke	EAA in Ergebnis 2013; KWK-Projekt in PLAN	-17.500,00	-5.100,00	-160.363,62	0,00	-5.300,00	-5.300,00	-5.300,00	-5.300,00
41410800	Landeszuweisung für Soziale Stadt Eschweiler-Ost		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
41480000	Spenden von übrigen Bereichen	KWK-Projekt in PLAN 2014	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
41420300	Zuweisungen von Gemeinden und GV	Cambio-Carsharing (Aufwand bei 53119000)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

**Freiwillige ergebniswirksame Leistungen
innerhalb pflichtiger Produkte**

Sachkonto	Sachkontobezeichnung	Bezeichnung der freiwilligen Leistungen	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
			Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
52910000	Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	Gutachten für die Bearbeitung der Bauleitpläne, Planungskosten, Erstellung von Entwicklungskonzeptionen (z.B. Energiekonzept, Zentrenkonzept, usw.), Architektenwettbewerb und Projekt "Faktor X", Ortsteilerneuerungsprojekte Nord-West und Weisweiler etc., Weiterführung des Projektes "Camp CO ₂ Zero" als Standort für regenerative Energien und Umweltschutz in Anwendung, Entwicklung und Demonstration sowie zusätzlich noch KWK-Projekt (allerdings 100 % Förderung)	193.936,08	79.515,04	29.106,27	50.000,00	30.000,00	30.000,00	20.000,00	20.000,00
52910800	Planungskosten Stadterneuerung	Planungskosten im Zusammenhang mit Maßnahmen der Stadterneuerung/nördliche Innenstadt etc.	65,70	0,00	0,00	5.000,00	2.500,00	2.500,00	2.500,00	2.500,00
52910810	Demografische Entwicklung -Kosten für Planung pp.-		2.139,74	516,00	1.725,50	5.000,00	2.500,00	2.500,00	2.500,00	2.500,00
52910820	Nachhaltige Stadtentwicklung Eschweiler 2030	Begleitung und Unterstützung des Strategieprojektes "Nachhaltige Stadtentwicklung Eschweiler 2030" - Mit Energie in die Zukunft	8.211,00	12.376,00	8.211,00	10.000,00	15.000,00	15.000,00	15.000,00	19.150,00
53118000	Zuwendungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche	2010: Gestaltung privater Freiflächen der Strukturförderungsgesellschaft; 2011/2012: Stadteilerneuerung Eschweiler-Ost. Die Maßnahme wird zu 70 % bezuschusst	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
53118050	Zuschüsse an Verbände und Vereine	Citymanagement	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00
53119000	Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke sonstige	Cambio-Carsharing (Ertrag bei 41420300)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54990200	Mitgliedsbeiträge	Citymanagement; Grünmetropole e.V.; Zukunftsinitiative Aachener Raum (bis 2013)	11.417,50	6.551,68	2.470,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00
10 522 01 01	Subjektbezogene Förderung für Wohnraum									
44870000	Erstattungen von privaten Unternehmen	für Kto 53118000	-1.000,00	-500,00	-1.000,00	-2.500,00	-2.500,00	-2.500,00	-2.500,00	-2.500,00
53118000	Zuw.u. Zuschüsse f. lfd. Zwecke an übrige Bereiche	Studentenförderung	500,00	500,00	500,00	2.500,00	2.500,00	2.500,00	2.500,00	2.500,00
53118160	Investitionsfördermaßn. Solaranlagen	2011/2012 und ab 2015 siehe Produkt 01 111 12 02	1.400,00	1.300,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10 523 01 01	Denkmalschutz und Denkmalpflege									
41410000	Zuweisungen und Zuschüsse vom Land für lfd. Zwecke	Aufwendungen bei SK 53118000	0,00	-10.000,00	-8.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52811100	Aufwendungen für Veranstaltungen	Tag des offenen Denkmals	0,00	477,99	0,00	500,00	500,00	500,00	500,00	500,00
53118000	Zuw.u. Zuschüsse f. lfd. Zwecke an übrige Bereiche	Zuschuss zur Förderung kleinerer privater Denkmalpflegetmaßnahmen 50 %iger Ertrag bei Sachkonto 41410000	2.325,00	23.516,45	14.116,61	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

**Freiwillige ergebniswirksame Leistungen
innerhalb pflichtiger Produkte**

Sachkonto	Sachkontobezeichnung	Bezeichnung der freiwilligen Leistungen	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
			Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
11 537 01 01	Abfallwirtschaft									
52380100	Kostenerstattung an übrige Bereiche	Pickergruppe (3.850 € in gebührenrelevanter Anteil)	47.899,98	47.900,00	47.900,00	47.900,00	47.900,00	47.900,00	47.900,00	47.900,00
11 538 02 01	Entwässerung und Abwasserbeseitigung									
54990200	Mitgliedsbeiträge	DWA, KuA, KomNet wird über entspr. Erträge bei den Gebühren gedeckt	13.304,48	13.629,80	5.087,62	5.400,00	5.400,00	5.400,00	5.400,00	5.400,00
12 541 01 01	Gemeindestraßen									
41480000	Spenden von übrigen Bereichen	Förderung Bushaltestellen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-360.000,00
52210000/ 52420000	Unterhaltung d. sonstigen unbeweglichen Vermögens	Ersatz und Reparatur Poller, Bänke, Fahrradbügel etc.; Aufweitung Eisenbahnüberführung Feldenestr. in 2016 200 T€; zeitliche Verschiebung seit 2013; ab 2015 nicht mehr geplant	14.111,05	16.432,14	258.640,24	20.000,00	30.000,00	30.000,00	30.000,00	30.000,00
52420100	Unterhaltung Straßen, Wege, Plätze	2014: Barrierefreier Ausbau der Bushaltestellen; Förderung von 90 % wird beantragt. (Beschluss Haupt- u. Finanzausschuss; VV 313/13); Verschiebung von 2015 nach 2020	0,00	0,00	307.563,25	0,00	0,00	0,00	0,00	400.000,00
52410520	Sonderreinigung im Stadtgebiet	nur Karnevalsreinigung; ab 2014 siehe Produkt 12 545 01 01 / 52410520	37.230,01	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12 542 01 01	Kreisstraßen									
52910000	Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	Eisenbahnüberführung (EÜ) Stich; im 3.HSK bei 52910810; Verschiebung von 2014/2015 nach 2015/2016	0,00	0,00	0,00	95.000,00	95.000,00	70.000,00	0,00	0,00
52910810	Demografische Entwicklung -Kosten für Planung pp.-	Erneuerung EÜ Stich (Verschiebung von 2011/2012 auf 2012/2013)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12 545 01 01	Straßenreinigung und Winterdienst									
52410520	Sonderreinigung im Stadtgebiet	anteiliger Aufwand Karnevalsreinigung	22.344,43	26.375,53	31.191,69	25.000,00	30.000,00	30.000,00	30.000,00	30.000,00
13 553 01 01	Friedhöfe									
52811100	Aufwendungen für Veranstaltungen	Gedenkfeiern an Kriegsgräbern	1.865,22	2.901,41	2.092,30	3.000,00	2.500,00	3.000,00	2.500,00	3.000,00
53118000	Zuwendungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche	Zuschuss Bestattungen Peter und Paul	2.622,57	2.622,57	2.622,57	2.650,00	2.650,00	2.650,00	2.650,00	2.650,00
54990200	Mitgliedsbeiträge	Verband deutscher Kriegsgräberfürsorge	1.278,00	1.278,00	1.278,00	1.300,00	1.300,00	1.300,00	1.300,00	1.300,00
Summe			2.026.616,89	1.931.583,49	2.224.571,11	1.742.550,00	1.658.550,00	1.690.050,00	1.610.550,00	1.655.200,00

Freiwillige Produkte

Sachkonto	Sachkontobezeichnung	Bezeichnung der freiwilligen Leistungen	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
			Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
01 111 07 01 Öffentlichkeitsarbeit										
44210200	Erträge aus Verkauf von Werbemitteln		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
44881300	Sonstige Verwaltungseinnahmen		-3.033,41	-1.319,79	-2.527,95	-500,00	-2.000,00	-2.000,00	-2.000,00	-2.000,00
50110000	Beamten Bezüge		17.948,88	21.677,04	28.294,14	10.850,00	12.550,00	12.700,00	12.850,00	13.000,00
50410000	Beihilfen und Unterstützungsleistungen für Besch.		1.286,92	1.457,81	1.638,15	750,00	800,00	800,00	800,00	800,00
51210000	Beitr. zu Versorgungskassen f. Vers.empf. Beamte		5.212,33	10.403,45	12.987,03	4.600,00	7.150,00	7.150,00	7.150,00	7.150,00
51410000	Beihilfen, Unterstützungsleistungen für Versorgung		1.482,54	1.876,54	3.258,65	1.200,00	1.400,00	1.400,00	1.400,00	1.400,00
52370000	Erst. f. Aufwendungen von priv. Unternehmen		0,00	0,00	30,59	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
52830100	Aufw. f. Gästebewirt., Repräsentation, Geschenke	Bewirtungskosten, Deko für repräsentative Veranstaltungen (Neujahr, Karneval, Volkstrauertag pp.)	5.410,80	5.662,38	8.484,70	8.000,00	8.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00
52830200	Aufwendungen für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit	Internetpräsentation der Stadt, Tourismuspräsentation pp.	2.040,57	1.055,30	3.495,04	2.500,00	2.500,00	4.000,00	4.000,00	4.000,00
52911500	Verwaltungskostenanteil RVK		172,31	374,96	493,98	200,00	200,00	250,00	250,00	250,00
54310000	Geschäftsaufwendungen		2.996,08	1.499,72	1.494,15	1.500,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00
57312000	Abschreibung Forderung Erläss/faktischer Erläss		57,79	0,00	682,16	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
04 263 01 01 Musikschule										
41410000	Zuweisungen u. Zuschüsse vom Land f. lfd. Zwecke		-5.402,25	-5.082,00	-5.016,00	-5.500,00	-5.500,00	-5.500,00	-5.500,00	-5.500,00
41420300	Zuweisungen von Gemeinden und GV		-1.212,75	-1.270,50	0,00	-1.200,00	-1.200,00	-1.200,00	-1.200,00	-1.200,00
41480100	Spenden von übrigen Bereichen		-400,00	-1.900,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
41620000	Erträge aus der Aufw. von SoPo aus ZW vom Land		0,00	0,00	0,00	-100,00	0,00	0,00	0,00	0,00
43110100	Verwaltungsgebühren		0,00	-30,00	-70,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
43213200	Unterr.ent. f. musika. Früher. u. Ant. ausw. Schü.		-223.342,21	-249.757,00	-153.974,40	-250.000,00	-250.000,00	-250.000,00	-250.000,00	-250.000,00
43213300	Entgelte für die Ausleihe von Instrumenten		-321,00	-58,00	70,00	-500,00	-300,00	-300,00	-300,00	-300,00
44210300	Abgabe von Verpflegung		0,00	-53,70	-32,68	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
44880000	Erstattung übrige Bereiche		0,00	-555,22	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
45810000	Erträge Zuschreibung		0,00	-271,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
50120000	Vergütung der tarifl. Beschäftigten		24.351,91	32.824,73	36.687,87	29.650,00	35.550,00	35.900,00	36.250,00	36.600,00
50192100	Dozentenhonore		256.826,85	247.037,22	228.186,33	252.000,00	250.000,00	250.000,00	250.000,00	250.000,00
50220000	Beitr. Versorg.kassen tarifl. Beschäftigten		1.877,41	2.541,38	2.841,50	2.300,00	2.750,00	2.800,00	2.850,00	2.900,00
50320000	gesetzl. Soz.Vers. Tarifl. Beschäftigten AGAnteil		4.855,36	6.530,40	7.342,53	5.800,00	6.900,00	6.950,00	7.000,00	7.050,00

Freiwillige Produkte

Sachkonto	Sachkontobezeichnung	Bezeichnung der freiwilligen Leistungen	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
			Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
50390000	gesetzl. Soz. Vers. Sonstige Beschäftigte AGAnteil		9.746,78	12.946,49	12.739,17	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00
52310000	Kostenerstattung an Land		3.343,08	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52550000	Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens		775,22	698,90	555,75	800,00	700,00	700,00	700,00	700,00
52840300	Geräte, Ausstattung, Lizenzen unter 410 €		296,85	556,90	320,74	700,00	700,00	700,00	700,00	700,00
52910000	Aufwendungen sonstige Dienstleistungen		0,00	296,60	211,68	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54311500	GEMA-Gebühren		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54760000	Wertveränderung Forderung durch Niederschlagung		0,00	234,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
57110000	Abschreibungen auf Sachanlagen		397,07	521,81	646,61	700,00	850,00	950,00	1.050,00	1.150,00
47312000	Abschreibung Forderung/ faktischer Erläss		0,00	0,00	388,50	0,00	-1.400,00	-1.400,00	-1.400,00	-1.400,00
04 272 01 01 Bibliothek										
41410000	Zuweisungen u. Zuschüsse vom Land f. lfd. Zwecke		-7.769,29	-3.022,07	-1.320,00	0,00	-5.000,00	0,00	0,00	0,00
41620000	Erträge aus der Aufl. von SoPo aus ZW vom Land		0,00	0,00	0,00	0,00	-1.400,00	-1.400,00	-1.400,00	-1.400,00
43210100	Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte		-9.747,43	-8.576,22	-8.462,06	-11.000,00	-11.000,00	-11.000,00	-11.000,00	-11.000,00
43210200	Entgelte aus Veranstaltungen		0,00	0,00	-39,00	-500,00	-500,00	-500,00	-500,00	-500,00
43210400	Teilnehmerentgelte		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
43212300	Gebühren für Hilfeleistungen		0,00	-399,77	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
43212600	Benutzungsentgelte für auswärtigen Leihverkehr		-710,50	-1.204,50	-1.017,50	-1.000,00	-1.000,00	-1.000,00	-1.000,00	-1.000,00
44880000	Erstattungen von übrigen Bereichen		-756,64	-771,60	-997,47	-1.000,00	-1.000,00	-1.000,00	-1.000,00	-1.000,00
44882400	Wertersatz nicht zurückgebrachter Bücher		-279,44	-1.864,56	-1.199,07	-1.500,00	-1.500,00	-1.500,00	-1.500,00	-1.500,00
45620000	Säumniszuschläge		-7.657,72	-7.347,93	-7.757,02	-8.100,00	-8.100,00	-8.100,00	-8.100,00	-8.100,00
45810000	Erträge Zuschreibung		0,00	-432,64	-588,15	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
50120000	Vergütung der tarifl. Beschäftigten		187.368,86	193.432,39	202.522,10	210.500,00	216.650,00	218.800,00	221.000,00	223.200,00
50120100	Zuführung Altersteilzeit Angest. Entgelt		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
50220000	Beitr. Versorg.kassen tarifl. Beschäftigten		14.252,05	14.467,14	15.168,89	16.300,00	16.800,00	16.950,00	17.100,00	17.250,00
50220100	Zuführung Altersteilzeit Vers.kassen		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
50320000	gesetzl. Soz. Vers. tarifl. Beschäftigten AGAnteil		37.178,01	38.520,34	40.478,83	41.000,00	42.100,00	42.500,00	42.950,00	43.400,00
50320100	Zuführung Altersteilzeit SV		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52380000	Erst. f. Aufwendungen von übrigen Bereichen	auswärtiger Leihverkehr	234,00	391,50	489,00	500,00	500,00	550,00	550,00	550,00

Freiwillige Produkte

Sachkonto	Sachkontobezeichnung	Bezeichnung der freiwilligen Leistungen	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
			Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
52811100	Aufwendungen für Veranstaltungen	Sommerleseclub sowie diverse Sonderaktionen	3.857,26	4.112,32	5.727,52	6.000,00	5.700,00	5.700,00	5.700,00	5.700,00
52812200	Bücherausstattung	Bücher, Zeitschriften, Tonträger, Einbandmaterialien	42.756,38	41.413,20	43.244,72	44.000,00	47.000,00	46.000,00	46.000,00	46.000,00
52830200	Aufwendungen für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit		1.122,25	974,64	1.167,35	1.200,00	1.200,00	1.200,00	1.200,00	1.200,00
52840300	Geräte, Ausstattung, Lizenzen unter 410 €		441,18	967,41	1.000,00	0,00	0,00	500,00	500,00	500,00
54010000	Sonstige ordentliche Aufwendungen		10.527,55	6.366,92	0,00	0,00	8.350,00	0,00	0,00	0,00
54210000	Aufwendungen für ehrenamtliche und sonstige Tätigk		93,90	0,00	43,20	300,00	300,00	300,00	300,00	300,00
54310000	Geschäftsaufwendungen		132,57	137,43	189,66	200,00	200,00	200,00	200,00	200,00
54310100	Büromaterial		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54760000	Wertveränderung Forderung durch Niederschlagung		0,00	0,00	589,60	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54990000	Übrige weitere sonstige ordentl. Aufwendungen		1.122,78	1.430,96	3.478,98	3.650,00	3.750,00	3.750,00	3.750,00	3.750,00
54990200	Mitgliedsbeiträge	VBNW e.V.	108,90	119,79	131,77	200,00	200,00	200,00	200,00	200,00
57110000	Abschreibungen auf Sachanlagen		2.936,01	3.087,80	3.226,51	3.750,00	6.800,00	7.050,00	7.300,00	7.550,00
57312000	Abschreibung Forderung Erlass/faktischer Erlass		0,00	1.107,56	1.208,66	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
04 281 01 01	Kulturveranstaltungen und -förderungen									
41420300	Zuweisungen von Gemeinden und GV		-3.750,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
41680000	E. a. d. Aufl. v. SoPo aus ZW v. privaten Untern.		-340,80	-340,77	-340,77	-350,00	-350,00	-350,00	-350,00	-350,00
43210100	Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte		0,00	-253,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
43210200	Entgelte aus Veranstaltungen		-1.170,00	-247,00	-1.508,00	-1.300,00	-1.300,00	-1.300,00	-1.300,00	-1.300,00
44110100	Mieten und Pachten		-16.414,44	-16.659,45	-16.414,44	-16.500,00	-16.500,00	-16.500,00	-16.500,00	-16.500,00
44870100	Rückvergütung aus Getränkebezug		-3.909,54	-5.547,91	-4.673,63	-5.500,00	-5.500,00	-5.500,00	-5.500,00	-5.500,00
44870300	Erstattung Versicherungsbeiträge		0,00	0,00	-302,88	0,00	-800,00	-800,00	-800,00	-800,00
44880000	Erstattungen von übrigen Bereichen		0,00	0,00	0,00	-50,00	0,00	0,00	0,00	0,00
50120000	Vergütung der tarifi. Beschäftigten		90.335,28	130.898,22	127.442,34	110.650,00	114.650,00	115.800,00	116.950,00	118.100,00
50192000	Honorar Kulturmanager		45.442,56	45.442,56	45.442,56	45.500,00	45.500,00	45.500,00	45.500,00	45.500,00
50192300	sonstige Honorarkräfte		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
50220000	Beitr. Versorg.kassen tarifi. Beschäftigten		7.032,74	10.198,84	9.993,63	8.600,00	8.900,00	9.000,00	9.100,00	9.200,00
50320000	gesetzl. Soz.Vers. tarifi. Beschäftigten AGAnteil		17.815,55	25.977,15	25.275,30	21.550,00	22.250,00	22.500,00	22.750,00	23.000,00
52350000	Erst. f. Aufw. von verb. Untern., Bet. u. Sonderv.	Erstattungen an WBE und Fachfirmen für Arbeiten anlässlich Kulturveranstaltungen	162,76	0,00	551,09	3.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00
52550000	Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens	Bühne GHS Stadtmitt	117,24	263,19	0,00	700,00	700,00	700,00	700,00	700,00

Freiwillige Produkte

Sachkonto	Sachkontobezeichnung	Bezeichnung der freiwilligen Leistungen	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
			Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
52550500	Unterh.d.sonst.bewegl.Vm (Talbahnhof)		116,18	1.087,08	2.640,27	1.500,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00
52811100	Aufwendungen für Veranstaltungen	Seebühne, Tag des Ehrenamtes	1.993,01	1.953,34	1.992,91	5.000,00	2.500,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00
52811200	Aufwendungen für Städtepartnerschaften	2015: 25-jähriges Jubiläum mit Reigate & Banstead	39,50	0,00	7.802,90	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00
52840300	Geräte, Ausstattung, Lizenzen unter 410 €		36,90	0,00	0,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00
52910000	Aufwendungen sonstige Dienstleistungen		0,00	0,00	78,78	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52911300	Aufwendungen für die Beauftragung von Fremdfirmen	Weihnachtsbeleuchtung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
53118010	Zuschüsse anlässlich der Städtepartnerschaften	laufende Zuschüsse und 2015 25-jähriges Jubiläum mit Reigate & Banstead	5.100,00	5.100,00	10.000,00	5.100,00	5.100,00	5.100,00	5.100,00	5.100,00
53118020	Zuschüsse an Kunstvereine		2.045,00	2.045,00	2.045,00	2.050,00	2.050,00	2.050,00	2.050,00	2.050,00
53118030	Zuschuss an die "Stadt-Musikgesellschaft"		5.900,00	5.900,00	5.900,00	5.900,00	5.900,00	5.900,00	5.900,00	5.900,00
53118040	Zuschuss an die "Kleinkunstinitiative Euregio e.V."		23.008,14	23.008,14	23.008,14	23.050,00	23.050,00	23.050,00	23.050,00	23.050,00
53118050	Zuschüsse an Verbände und Vereine	Karnevalskomitee, Bezirksverband Eschweiler	7.155,00	17.155,00	7.155,00	7.200,00	7.550,00	7.550,00	7.550,00	7.550,00
53118060	Zuschuss an den "Vabw"	durch Trägerschaftswechsel ab 2015 in der Städteregionsumlage	56.533,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
53118100	Zuschüsse an Vereine und Orchester		5.400,96	2.464,00	4.234,81	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00
53118130	Zuschüsse für kulturelle Veranstaltungen		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54412000	Versicherungen	Versicherung für Städt. Kunstsammlung sowie Ausstellungsversicherungen	722,05	862,50	1.434,55	1.200,00	1.200,00	1.200,00	1.200,00	1.200,00
54990200	Mitgliedsbeiträge	Beitrag VaBW	28.266,75	27.935,25	28.063,26	28.500,00	28.500,00	28.500,00	28.500,00	28.500,00
57110000	Abschreibungen auf Sachanlagen		3.219,82	2.151,76	2.886,95	5.050,00	3.100,00	3.200,00	3.300,00	3.400,00
06 362 01 01	Kinder- und Jugendförderung									
41410000	Zuweisungen u. Zuschüsse vom Land f. lfd. Zwecke	Generation Jugend	-4.000,00	0,00	0,00	0,00	-14.000,00	0,00	0,00	0,00
41410400	ZW v. Land (Jugendtreff Checkin)	früher OASE	-34.015,00	-34.016,00	-34.013,00	-34.000,00	-34.000,00	-34.000,00	-34.000,00	-34.000,00
41410500	ZW v. Land -Jugendfreizeitheim freier Träger-		-39.446,00	-39.445,00	-39.448,00	-39.450,00	-39.450,00	-39.450,00	-39.450,00	-39.450,00
41480000	Zuweisung von übrigen Bereichen		0,00	-27.019,88	-6.494,03	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
41480100	Spenden von übrigen Bereichen		0,00	0,00	-2.000,00	0,00	-1.000,00	-1.000,00	-1.000,00	-1.000,00
41630000	Ertr. aus d. Aufl. von SoPo aus ZW von Gem. u. GV		-554,94	-554,96	-554,92	-550,00	-550,00	-550,00	-550,00	-550,00
41680000	E. a. d. Aufl. v. SoPo aus ZW v. privaten Untern.		-4.278,63	-4.278,64	-4.278,65	-4.300,00	-4.300,00	-4.300,00	-4.300,00	-4.300,00
41690000	E. a. d. Aufl. v. SoPo aus ZW v. übrigen Bereichen		-1.166,60	-1.166,60	-1.166,60	-1.150,00	-1.150,00	-1.150,00	-1.150,00	-1.150,00
43210200	Entgelte aus Veranstaltungen		-4.972,00	-5.090,00	-1.174,00	-2.000,00	-2.000,00	-2.000,00	-2.000,00	-2.000,00

Freiwillige Produkte

Sachkonto	Sachkontobezeichnung	Bezeichnung der freiwilligen Leistungen	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
			Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
43210200	Entgelte aus Veranstaltungen		0,00	0,00	-1.787,53	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
44110100	Mieten und Pachten		-403,20	-433,40	-626,80	-200,00	-200,00	-200,00	-200,00	-200,00
44210100	Erträge aus Verkauf	Jugendzeltplatz, Soccer-Anlage, Minigolf	-130,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
44801000	Erstattung vom Bund		0,00	0,00	-2.750,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Bundesfreiwilligendienst									
44870700	Versicherungsentschädigungen		-370,00	-527,06	-637,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
44880000	Erstattungen von übrigen Bereichen		-1.131,89	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
44801000	Erstattung vom Bund (Bundesfreiwilligendienst)		-1.250,00	-3.250,00	0,00	-3.000,00	-3.000,00	-3.000,00	-3.000,00	-3.000,00
50110000	Beamten Bezüge		2.448,31	10.198,26	10.486,68	20.100,00	20.600,00	20.800,00	21.000,00	21.200,00
50120000	Vergütung der tarifi. Beschäftigten		320.732,37	297.978,01	282.386,07	261.300,00	284.900,00	287.750,00	290.650,00	293.550,00
50191100	Aufwendungen f. Bundesfreiwilligendienstler		3.267,35	7.717,68	7.672,11	8.000,00	8.500,00	8.500,00	8.500,00	8.500,00
50191200	Aufwendungen f. sonstige Beschäftigte (Honorare)		29.352,01	18.146,00	18.291,75	12.500,00	12.000,00	12.000,00	12.000,00	12.000,00
50191300	Aufwendungen f. sonstige Beschäftigte (Mobile Jugendarbeit)		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
50191400	Aufw.f.sonst.Beschäftigte(Spiel- u. Lernstube)		2.995,00	2.775,00	2.825,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00
50220000	Beitr. Versorg.kassen tarifi. Beschäftigten		24.724,40	23.009,15	22.843,41	20.250,00	22.100,00	22.350,00	22.600,00	22.850,00
50320000	gesetzl. Soz.Vers. tarifi. Beschäftigten		63.312,10	58.767,42	56.315,90	50.900,00	55.350,00	55.900,00	56.450,00	57.000,00
50410000	Beihilfen und Unterstützungsleistungen für Beschäft		175,54	685,85	607,15	1.400,00	1.300,00	1.300,00	1.300,00	1.300,00
51210000	Beitr. zu Versorgungskassen f. Vers.empf. Beamte		710,99	4.894,44	4.813,40	8.550,00	11.750,00	11.750,00	11.750,00	11.750,00
51410000	Beihilfen, Unterstützungsleistungen für Versorgung		202,23	882,84	1.207,76	2.200,00	2.250,00	2.250,00	2.250,00	2.250,00
52110100	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52340100	Kostenerstattung für die Benutzung der Bäder		0,00	0,00	0,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
52410000	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anl.		555,96	474,79	75,52	500,00	500,00	500,00	500,00	500,00
52111400/ 52419370	Unterhaltung Kinder- und Jugendeinrichtungen		1.045,60	432,93	261,80	500,00	500,00	500,00	500,00	500,00
52510000	Unterhaltung von Fahrzeugen		5.413,36	3.728,56	2.106,33	7.000,00	4.000,00	4.000,00	4.000,00	4.000,00
52550000	Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens		0,00	0,00	272,89	500,00	500,00	500,00	500,00	500,00
52810000	Aufwendungen für sonstige Sachleistungen		1.091,04	1.596,55	867,10	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00
52811700	Sonstige Sachleistungen Spiel- und Lernstube		2.059,91	1.623,04	1.873,22	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00

Freiwillige Produkte

Sachkonto	Sachkontobezeichnung	Bezeichnung der freiwilligen Leistungen	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
			Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
52811800	Sonstige Sachleistungen mobile Jugendarbeit		2.824,98	3.861,02	3.380,12	4.000,00	4.000,00	4.000,00	4.000,00	4.000,00
52811900	Sonstige Sachleistungen Oase		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52812000	Freizeitmaßnahmen		2.862,41	477,53	8.162,70	3.000,00	6.000,00	6.000,00	6.000,00	6.000,00
52812100	Mobile Jugendarbeit		1.700,00	2.400,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00
52812100	Freizeitmaßnahmen Spiel- u. Lernstuben		0,00	2.364,95	403,33	0,00	0,00	500,00	500,00	500,00
52830100	Aufwendungen Gästebewirtung, Repräsentation, Geschenke		3.663,89	2.677,74	1.210,49	5.500,00	3.500,00	3.500,00	3.500,00	3.500,00
52840300	Geräte, Ausstattung, Lizenzen unter 410 €		11.445,62	24.739,45	8.644,52	4.000,00	5.900,00	4.000,00	4.000,00	4.000,00
52910000	Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen		2.550,00	1.420,00	1.103,10	3.000,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00
52910050	Honorare jugendkulturelle Veranstaltungen	Honorare, Gagen, Rock am Pool	2.990,00	2.880,00	2.908,13	3.500,00	3.500,00	3.500,00	3.500,00	3.500,00
52910080	Aufw. f. Dienstleistg., Spiel- u. Lernstube		65,18	397,43	738,42	500,00	500,00	500,00	500,00	500,00
52910090	Aufw. f. Dienstleistg., Mobile Jugendarbeit		23,50	176,40	183,08	350,00	350,00	400,00	400,00	400,00
52911500	Verwaltungskostenanteil RZVK		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52918000	Besondere Jugendpflegerische Maßnahmen in Stadtteilen		29.378,21	27.133,00	23.818,87	35.000,00	35.000,00	35.000,00	35.000,00	35.000,00
53118070	Förderm. f. d. Jugendverbandsarbeit gem. Richtlinien	Verbandsjugendarbeit Richtlinien	37.682,00	50.019,00	53.015,00	58.300,00	58.300,00	58.300,00	58.300,00	58.300,00
53118080	Zuschüsse z.d. Betriebskosten d.Jugendfreizeitheim		10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00
53118110	Kostenzuschuss an den Stadtjugendring	Verbandsjugendarbeit	38.905,00	39.446,00	39.448,00	39.450,00	39.450,00	39.450,00	39.450,00	39.450,00
53118290	Weiterleitung LZW für JFZe freier Träger		2.261,92	2.465,15	1.582,50	1.500,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00
53310600	Maßnahm.d.Jugendsoz.arb.u. d.Kinder-u.Jugendschutze		1.119,30	1.254,79	1.019,26	2.500,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00
53390200	Zusch.Ferien-u.Erholung sozialhilfebezieh.Familien		0,00	112,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
53390700	Leistungen Bildung und Teilhabegesetz		0,00	1.559,50	0,00	500,00	50,00	50,00	50,00	50,00
54200000	Aufwend. f.d. Inanspruchnahme v.Rechten u.Diensten		0,00	0,00	0,00	200,00	200,00	200,00	200,00	200,00
54220000	Mieten und Pachten		394,40	433,94	3.915,62	500,00	2.150,00	2.150,00	2.150,00	2.150,00
54310000	Geschäftsaufwendungen		357,56	0,00	0,00	350,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54310300	Zeitung und Fachliteratur	ab 2017 bei Sachkonto 54310000	0,00	89,85	141,04	150,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54311400	Rundfunk- und Fernsehgebühren	ab 2017 bei Sachkonto 54310000	0,00	559,84	694,53	600,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54311500	GEMA-Gebühren	ab 2017 bei Sachkonto 54310000	517,75	402,70	45,87	250,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54313100	Geschäftsaufwendungen Jugendtreff Checkin	ab 2017 bei Sachkonto 54310000								

Freiwillige Produkte

Sachkonto	Sachkontobezeichnung	Bezeichnung der freiwilligen Leistungen	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
			Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
54313200	Geschäftsaufwendungen Spiel- u. Lernstube	ab 2017 bei Sachkonto 54310000	201,88	47,97	0,00	300,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54990000	Übrige weitere sonstige ordentl. Aufwendungen		146,61	0,00	279,31	300,00	300,00	300,00	300,00	300,00
57110000	Abschreibungen auf Sachanlagen		8.030,33	8.039,84	8.254,34	8.550,00	8.750,00	9.000,00	9.300,00	9.550,00
08 421 01 01 Förderung des Sports										
41610000	Erträge aus der Aufl. von SoPo aus ZW v. Bund		-200,67	-200,67	-200,66	-200,00	-200,00	-200,00	-200,00	-200,00
41690000	E. a. d. Aufl. v. SoPo aus ZW v. übrigen Bereichen		-1.811,56	-1.811,56	-1.811,56	-1.800,00	-1.800,00	-1.800,00	-1.800,00	-1.800,00
50110000	Beamten Bezüge		41.619,85	42.190,95	41.791,83	42.650,00	29.050,00	29.350,00	29.650,00	29.950,00
50110100	Zuführung Altersteilzeit Beamtenbesoldung		0,00	0,00	0,00	0,00	21.550,00	21.800,00	22.000,00	16.650,00
50120000	Vergütung der tarifl. Beschäftigten		10.933,55	0,00	7.111,52	17.200,00	18.500,00	18.700,00	18.900,00	19.100,00
50220000	Beitr. Versorg.-kassen tarifl. Beschäftigten		841,83	0,00	549,84	1.350,00	1.450,00	1.450,00	1.450,00	1.450,00
50320000	gesetzl. Soz. Vers. tarifl. Beschäftigten AG Anteil		2.176,69	0,00	1.429,77	3.350,00	3.600,00	3.650,00	3.700,00	3.750,00
50410000	Beihilfen und Unterstützungsleistungen für Beschäftigte		2.984,12	2.837,40	2.419,63	3.000,00	1.800,00	1.800,00	1.800,00	1.800,00
51210000	Beitr. zu Versorgungskassen f. Vers.empf. Beamte		12.086,36	20.248,67	19.182,49	18.150,00	16.550,00	16.550,00	16.550,00	16.550,00
51410000	Beihilfen, Unterstützungsleistungen für Versorgung		3.437,71	3.652,39	4.813,19	4.650,00	3.200,00	3.200,00	3.200,00	3.200,00
52340100	Kostenerstattung für die Benutzung der Bäder		54.138,24	36.595,20	33.882,24	37.000,00	37.000,00	37.000,00	37.000,00	37.000,00
52910000	Aufwendungen sonstige Dienstleistungen	Aufstellung eines Sportstättenleitplanes	0,00	0,00	0,00	10.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52911500	Verwaltungskostenanteil RZVK		399,55	729,80	729,63	750,00	550,00	550,00	550,00	550,00
53118050	Zuschüsse an Verbände und Vereine	Jugendförderung - Zuschüsse an Vereine	56.976,50	47.475,00	46.254,00	57.000,00	57.000,00	57.000,00	57.000,00	57.000,00
53118170	Investitionsfördermaßn. Sportvereine		3.548,67	1.393,96	2.880,17	4.000,00	4.000,00	4.000,00	4.000,00	4.000,00
54990200	Mitgliedsbeiträge		55,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
57110000	Abschreibungen auf Sachanlagen	DFB-Minispielplatz	3.212,53	3.212,52	3.212,53	3.200,00	3.200,00	3.200,00	3.200,00	3.200,00
57312000	Abschreibung Forderung Erläss/ faktischer Erläss		0,00	258,00	930,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
08 424 01 01 Sportstätten										
41610000	Erträge aus der Aufl. von SoPo aus ZW v. Bund		-190,36	-190,36	-190,36	-200,00	-200,00	-200,00	-200,00	-200,00
41620000	Erträge aus der Aufl. von SoPo aus ZW vom Land		-13.295,66	-22.181,80	-38.370,94	-22.200,00	-38.350,00	-38.350,00	-38.350,00	-38.350,00
41690000	E. a. d. Aufl. v. SoPo aus ZW v. übrigen Bereichen		-4.254,06	-4.458,10	-4.860,77	-4.800,00	-4.850,00	-4.850,00	-4.850,00	-4.850,00
43213400	Entgelte für Sportstättenbenutzung		-51.016,97	-51.980,81	-46.416,45	-70.000,00	-70.000,00	-70.000,00	-70.000,00	-70.000,00

Freiwillige Produkte

Sachkonto	Sachkontobezeichnung	Bezeichnung der freiwilligen Leistungen	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
			Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
44110700	Mieten und Pachten Sportstätten		-368,15	-147,26	-147,26	-1.000,00	-1.000,00	-1.000,00	-1.000,00	-1.000,00
44870700	Versicherungsentschädigungen		0,00	-800,00	-779,79	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
44880000	Erstattungen von übrigen Bereichen		0,00	0,00	0,00	-50,00	-50,00	-50,00	-50,00	-50,00
50120000	Vergütung der tarifl. Beschäftigten		42.176,09	43.471,28	44.905,57	46.050,00	46.050,00	46.500,00	46.950,00	47.400,00
50220000	Beitr. Versorg.kassen tarifl. Beschäftigten		3.243,97	3.358,13	3.468,85	3.550,00	3.550,00	3.600,00	3.650,00	3.700,00
50320000	gesetzl. Soz.Vers. tarifl. Beschäftigten AGAnteil		8.377,25	8.675,78	8.992,95	8.950,00	8.950,00	9.050,00	9.150,00	9.250,00
52115000/	Unterhaltung Grünflächen		73.973,01	70.173,01	69.656,20	68.500,00	68.850,00	68.850,00	68.850,00	68.850,00
52419680	durch Vereine									
52111500/	Unterhaltung Sportstätten		41.293,05	33.131,34	79.071,23	85.500,00	80.000,00	80.000,00	80.000,00	80.000,00
52421600										
52510000	Haltung von Fahrzeugen		4.945,79	5.732,59	3.951,47	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00
52510600	Treibstoffe (nur Kfz)		714,11	793,18	588,08	750,00	750,00	750,00	750,00	750,00
52550000	Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens	Regelwartung Sportgeräte alle 2 Jahre	16.832,32	2.406,55	7.215,48	6.000,00	15.000,00	15.000,00	15.000,00	15.000,00
52810100	Verbrauchsmaterial	Verbrauchsmittel, Kreide, Asche, sonstige Sachleistungen	2.812,31	2.883,84	3.085,98	2.800,00	2.800,00	2.800,00	2.800,00	2.800,00
52810500	Treibstoffe (ohne Kfz)		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52811100	Aufwendungen Veranstaltungen		0,00	0,00	184,45	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52811300	Sportausstattung		200,00	669,97	376,50	1.000,00	500,00	500,00	500,00	500,00
52840300	Geräte, Ausstattung, Lizenzen unter 410 €		5.024,34	2.240,35	2.696,34	12.500,00	3.000,00	8.500,00	3.000,00	3.000,00
52910000	Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen		89,25	216,90	334,75	400,00	400,00	400,00	400,00	400,00
52910010	Aufwendungen für Entsorgung		0,00	0,00	243,95	4.000,00	500,00	500,00	500,00	500,00
54010000	Sonstige ordentliche Aufwendungen		0,00	0,00	2.765,23	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54160800	Aufwendungen für Dienst- und Schutzkleidung		65,56	288,44	274,60	350,00	350,00	350,00	350,00	350,00
54310000	Geschäftsaufwendungen		0,00	15,18	55,00	5.000,00	100,00	100,00	100,00	100,00
57110000	Abschreibungen auf Sachanlagen		33.008,50	42.808,83	60.597,62	46.950,00	63.800,00	64.200,00	64.600,00	65.000,00
57312000	Abschreibung Forderung Erlass/faktischer Erlass		0,00	1.212,00	470,86	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
58110000	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen		751,13	631,96	616,50	700,00	700,00	700,00	700,00	700,00
08 424 01 02	Öffentliche Bäder									
41610000	Erträge aus der Aufl. von SoPo aus ZW v. Bund		-3.515,98	-3.202,61	-3.202,61	-3.200,00	-3.200,00	-3.200,00	-3.200,00	-3.200,00
41620000	Erträge aus der Aufl. von SoPo aus ZW vom Land		0,00	-699,19	-784,55	-700,00	-800,00	-800,00	-800,00	-800,00
41680000	E. a. d. Aufl. v. SoPo aus ZW v. privaten Untern.		-200,00	-200,00	-200,00	-200,00	-200,00	-200,00	-200,00	-200,00
43210100	Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte		-318.926,86	-237.655,91	-301.734,17	-330.000,00	-330.000,00	-330.000,00	-330.000,00	-330.000,00

Freiwillige Produkte

Sachkonto	Sachkontobezeichnung	Bezeichnung der freiwilligen Leistungen	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
			Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
43213400	Entgelte für Sportstättenbenutzung		-9.190,01	-8.799,50	-8.503,09	-9.000,00	-9.000,00	-9.000,00	-9.000,00	-9.000,00
44110100	Mieten und Pachten		-5.150,09	-11.333,41	-4.437,00	-6.000,00	-6.000,00	-6.000,00	-6.000,00	-6.000,00
44872100	Erstattung für die Benutzung der Bäder		-96.823,55	-77.798,97	-75.148,07	-85.100,00	-85.100,00	-85.100,00	-85.100,00	-85.100,00
44880000	Erstattungen von übrigen Bereichen		-2.184,65	0,00	0,00	-50,00	-50,00	-50,00	-50,00	-50,00
44880400	Ersatz von Fernsprechgebühren, Kopierkosten u. a.		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
44881000	Ersatzleistungen Schadensfälle		-68,07	-58,03	-71,43	-400,00	-400,00	-400,00	-400,00	-400,00
44881400	Ersatz von Fernsprecheinahmen		-57,82	-37,42	-33,19	-100,00	-100,00	-100,00	-100,00	-100,00
44881600	Erstattung MwSt von Schwimm-/Wassersport-Vereinen		-2.962,03	-2.218,41	-2.287,13	-3.100,00	-3.100,00	-3.100,00	-3.100,00	-3.100,00
50120000	Vergütung der tarifi. Beschäftigten		564.130,17	569.074,95	589.416,70	584.850,00	614.950,00	621.100,00	627.300,00	633.600,00
50220000	Beitr. Versorg.kassen tarifi. Beschäftigten		42.019,94	41.581,07	43.121,99	45.350,00	47.650,00	48.150,00	48.650,00	49.150,00
50320000	gesetzl. Soz.Vers. tarifi. Beschäftigten AGAnteil		103.701,52	110.226,07	114.461,07	113.900,00	119.450,00	120.650,00	121.850,00	123.100,00
52410540	Reinigung Bäder		5.025,92	9.204,55	7.811,11	13.500,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00
52419670	Unterhaltung sonstige Grünflächen und Aufbauten		0,00	0,00	0,00	0,00	8.000,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00
52550000	Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens		11.231,73	6.677,68	5.572,40	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00
52810000	Aufwendungen für sonstige Sachleistungen		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52810100	Verbrauchsmaterial	Chemikalien, Verbrauchsmittel	26.217,69	26.414,14	25.769,42	30.000,00	30.000,00	30.000,00	30.000,00	30.000,00
52830200	Aufwendungen für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit		57,13	104,45	389,64	600,00	2.000,00	600,00	600,00	600,00
52840300	Geräte, Ausstattung, Lizenzen unter 410 €		1.612,06	2.974,12	3.187,07	5.000,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00
52910000	Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	Wasseruntersuchungen	8.185,48	7.948,06	9.538,49	12.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00
54120100	Aufwendungen für Aus- und Fortbildung		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54160800	Aufwendungen für Dienst- und Schutzkleidung		1.210,15	1.307,79	954,92	1.500,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00
54201000	Aufwendungen für Sonnenbank		435,50	421,56	495,22	800,00	500,00	500,00	500,00	500,00
54220900	Softwareaufwand		0,00	333,20	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54230000	Leasing		5.369,64	7.508,52	8.115,79	7.500,00	7.600,00	7.600,00	7.600,00	7.600,00
54310000	Geschäftsaufwendungen		1.130,05	771,89	1.881,11	1.000,00	1.250,00	1.250,00	1.250,00	1.250,00
54310300	Zeitungen und Fachliteratur		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54311400	Rundfunk- und Fernsehgebühren		181,31	181,31	177,69	250,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54990200	Mitgliedsbeiträge	ab 2017 bei Sachkonto 54310000	350,00	294,12	500,00	550,00	550,00	550,00	550,00	550,00
57010000	Abschreibungen auf immaterielles Vermögen		1.295,00	1.295,00	1.295,00	1.300,00	1.300,00	1.300,00	1.300,00	1.300,00
57110000	Abschreibungen auf Sachanlagen		11.721,19	13.263,65	13.798,98	15.550,00	16.700,00	17.150,00	17.600,00	18.050,00

Freiwillige Produkte

		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Sachkonto	Sachkontobezeichnung	Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
58110000	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	250,76	488,08	239,99	650,00	200,00	200,00	200,00	200,00
12 546 01 01 Parkplätze/ Parkhäuser									
41610000	Erträge aus der Auflf. von SoPo aus ZW v. Bund	-2.636,95	-2.636,94	-2.636,98	-2.650,00	-2.650,00	-2.650,00	-2.650,00	-2.650,00
41620000	Erträge aus der Auflf. von SoPo aus ZW vom Land	-28.651,15	-28.861,00	-31.258,95	-37.500,00	-57.450,00	-57.450,00	-57.450,00	-57.450,00
41630000	Ertr. aus d. Auflf. von SoPo aus ZW von Gem. u. GV	0,00	0,00	0,00	-250,00	0,00	0,00	0,00	0,00
41640000	Ertr. aus d. Auflf. von SoPo aus ZW von Zweckverb.	-232,60	-232,60	-232,60	0,00	-250,00	-250,00	-250,00	-250,00
41680000	Ertr. aus d. Auflf. von SoPo aus ZW v. privaten Untern.	-9.468,35	-9.468,35	-9.680,73	-9.450,00	-9.700,00	-9.700,00	-9.700,00	-9.700,00
43711000	Erträge a. d. Auflösung v. SoPo für KAG-Beiträge	-6.412,75	-6.411,71	-6.382,87	-6.400,00	-6.400,00	-6.400,00	-6.400,00	-6.400,00
43712000	Erträge a. d. Auflösung v. SoPo f. Erschl.Beiträge	-27.918,09	-27.917,08	-27.788,06	-27.900,00	-27.800,00	-27.800,00	-27.800,00	-27.800,00
47110000	Aktiviertete Eigenleistungen	0,00	-1.095,92	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
50120000	Vergütung der tarifl. Beschäftigten	3.053,64	3.154,70	3.439,68	3.600,00	3.650,00	3.700,00	3.750,00	3.800,00
50220000	Beitr. Versorg.kassen tarifl. Beschäftigten	235,41	243,34	265,35	300,00	300,00	300,00	300,00	300,00
50320000	gesetzl. Soz.Vers. tarifl. Beschäftigten AGAnteil	549,84	567,37	609,79	700,00	700,00	700,00	700,00	700,00
52910000	Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
57110000	Abschreibungen auf Sachanlagen	110.605,66	111.364,91	116.158,53	118.900,00	125.050,00	125.050,00	126.050,00	133.950,00
13 551 01 01 Öffentliches Grün									
41410000	Zuweisungen u. Zuschüsse vom Land f. lfd. Zwecke	0,00	0,00	-73.222,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
41620000	Erträge aus der Auflf. von SoPo aus ZW vom Land	-19.857,44	-22.079,52	-22.079,62	-22.100,00	-22.400,00	-22.400,00	-22.400,00	-22.400,00
41630000	Ertr. aus d. Auflf. von SoPo aus ZW von Gem. u. GV	0,00	-396,88	-1.587,50	-400,00	-1.600,00	-1.600,00	-1.600,00	-1.600,00
41650000	Ertr. Aus d. Auflf. v. SoPo aus ZW v. sonst. öff. B.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
41680000	E. a. d. Auflf. v. SoPo aus ZW v. privaten Untern.	-3.042,28	-3.242,26	-4.100,90	-3.250,00	-4.100,00	-4.100,00	-4.100,00	-4.100,00
44880000	Erstattungen von übrigen Bereichen	-4.664,97	-4.350,51	-778,20	-1.000,00	-1.000,00	-1.000,00	-1.000,00	-1.000,00
45830000	Sonstige nicht zahlungswirksame ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
47110000	Aktiviertete Eigenleistung	-23.046,30	-12.795,42	-19.006,68	-4.000,00	-4.000,00	-4.000,00	-4.000,00	-4.000,00
50120000	Vergütung der tarifl. Beschäftigten	89.556,45	90.968,78	95.623,30	99.450,00	100.750,00	101.750,00	102.750,00	103.800,00
50220000	Beitr. Versorg.kassen tarifl. Beschäftigten	6.895,55	7.013,44	7.357,05	7.700,00	7.800,00	7.900,00	8.000,00	8.100,00

Freiwillige Produkte

Sachkonto	Sachkontobezeichnung	Bezeichnung der freiwilligen Leistungen	2013		2014		2015		2016		2017		2018		2019		2020	
			Ergebnis	Plan	Ergebnis	Plan	Ergebnis	Plan	Ergebnis	Plan	Ergebnis	Plan	Ergebnis	Plan	Ergebnis	Plan	Ergebnis	Plan
50320000	gesetzl. Soz. Vers. tarifi. Beschäftigte		17.265,25	19.400,00	17.590,67	19.400,00	18.378,40	19.400,00	19.400,00	19.550,00	19.750,00	19.550,00	19.750,00	19.950,00	19.950,00	20.150,00	20.150,00	
52159670	Instandhaltung sonstige Grünflächen und Aufbauten		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
52350000	Erst. f. Aufw. von verb. Untern., Bet. u. Sonderv.*		775.384,04	832.000,00	771.707,05	832.000,00	1.132.504,04	832.000,00	832.000,00	832.000,00	920.000,00	832.000,00	920.000,00	940.000,00	940.000,00	960.000,00	960.000,00	
52114800/ 52419600	Unterhaltung Grünflächen und Aufbauten*		82.213,41	81.200,00	103.051,32	81.200,00	137.226,19	81.200,00	81.200,00	81.200,00	84.000,00	81.200,00	84.000,00	87.500,00	87.500,00	91.000,00	91.000,00	
52210500/ 52420500	Unterhaltung Kinderspielfläche*		37.027,43	57.500,00	73.357,30	57.500,00	62.180,80	57.500,00	57.500,00	57.500,00	60.500,00	57.500,00	60.500,00	62.000,00	62.000,00	63.500,00	63.500,00	
541160810	Beschaffung von Dienst- und Schutzkleidung		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
54413000	Aufwendungen für Schadensfälle		0,00	1.000,00	1.174,51	1.000,00	452,20	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	
57110000	Abschreibungen auf Sachanlagen		95.375,58	109.350,00	95.687,11	109.350,00	102.916,87	109.350,00	109.350,00	120.600,00	129.600,00	120.600,00	129.600,00	134.600,00	134.600,00	139.600,00	139.600,00	
13 554 01 01 Natur und Landschaft																		
41410000	Zuweisungen u. Zuschüsse von Land f. lfd. Zwecke		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
41411200	LZW Soz. St. E-Ost für WUV Dürerer Str.		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
41420300	Zuweisungen von Gemeinden und GV	Aufwandskonto 52420170	-4.400,00	-9.000,00	-8.764,00	-9.000,00	-7.500,00	-9.000,00	-9.000,00	-9.000,00	-9.000,00	-9.000,00	-9.000,00	-9.000,00	-9.000,00	-9.000,00	-9.000,00	
41620000	Erträge aus der Aufl. von SoPo aus ZW vom Land		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
43211600	Entgeltete Benutzung Grillplätze/ Grillhütten		0,00	0,00	0,00	0,00	-1.421,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
44872900	Erst. f. Ausgleichsmaßnahmen allgemein		-3.506,22	-50,00	-17.441,39	-50,00	-8.529,42	-50,00	-50,00	-50,00	-50,00	-50,00	-50,00	-50,00	-50,00	-50,00	-50,00	
45610000	Bußgelder		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-50,00	-50,00	-50,00	-50,00	-50,00	-50,00	-50,00	-50,00	-50,00	
47110000	Aktivierete Eigenleistungen		-6.278,16	-1.000,00	-3.932,28	-1.000,00	-1.273,82	-1.000,00	-1.000,00	-50,00	-50,00	-50,00	-50,00	-50,00	-50,00	-50,00	-50,00	
50120000	Vergütung der tarifi. Beschäftigten		47.336,82	48.300,00	46.332,84	48.300,00	47.446,66	48.300,00	48.300,00	49.700,00	50.200,00	49.700,00	50.200,00	50.700,00	50.700,00	51.200,00	51.200,00	
50220000	Beitr. Versorg.kassen tarifi. Beschäftigten		3.651,17	3.750,00	3.573,40	3.750,00	3.659,68	3.750,00	3.750,00	3.850,00	3.900,00	3.850,00	3.900,00	3.950,00	3.950,00	4.000,00	4.000,00	
50320000	gesetzl. Soz.Vers. tarifi. Beschäftigten AGAnteil		7.265,15	9.400,00	7.425,73	9.400,00	7.906,71	9.400,00	9.400,00	9.650,00	9.750,00	9.650,00	9.750,00	9.850,00	9.850,00	9.950,00	9.950,00	
52114860	Punktuellte Maßnahme auf der Halde		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
52114800/ 52419600	Unterhaltung Grünflächen und Aufbauten		13.830,49	15.000,00	5.873,77	15.000,00	34.731,40	15.000,00	15.000,00	15.000,00	20.000,00	15.000,00	20.000,00	20.000,00	20.000,00	20.000,00	20.000,00	
52114830/ 52419630	Ausgleichsmaßn. VBPS - Am Loll		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
52114840/ 52419640	Ausgleichsmaßn. Streuobstwiesen		6.937,84	2.000,00	6.722,86	2.000,00	6.803,35	2.000,00	2.000,00	2.000,00	7.000,00	2.000,00	7.000,00	7.000,00	7.000,00	7.000,00	7.000,00	
52119650	Ausgleichsmaßnahmen		3.506,22	50,00	19.876,37	50,00	8.529,42	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	
52114900/ 52419670	Unterhaltung sonstige Grünflächen und Aufbauten		2.237,77	1.550,00	1.596,86	1.550,00	1.990,24	1.550,00	1.550,00	1.550,00	2.000,00	1.550,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	

Freiwillige Produkte

Sachkonto	Sachkontobezeichnung	Bezeichnung der freiwilligen Leistungen	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
			Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
52210170/ 52420170	Unterhaltung Reitwege	Ertragskonto 41420300	4.400,00	8.601,02	7.500,00	9.000,00	9.000,00	9.000,00	9.000,00	9.000,00
52810000	Aufwendungen für sonstige Sachleistungen		376,26	653,97	267,12	600,00	600,00	600,00	600,00	600,00
54313900	Geschäftsaufwand Allgemeine Umweltschutzmaßnahmen		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
57110000	Abschreibungen auf Sachanlagen		0,00	0,00	408,00	0,00	400,00	400,00	400,00	400,00
58110000	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen		0,00	842,62	822,01	900,00	900,00	900,00	900,00	900,00
15 571 01 01	Wirtschaftsförderung									
41470000	Zuweisungen von privaten Unternehmen		0,00	0,00	-173.407,85	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
44110100	Mieten und Pachten		-32.492,04	-34.997,82	-37.188,00	-37.000,00	-37.150,00	-37.150,00	-37.150,00	-37.150,00
45410000	Erträge aus der Veräußerung v. Grundst. u. Geb.		0,00	0,00	-8.664,33	-50,00	-50.000,00	-50.000,00	-50.000,00	-50.000,00
50110000	Beamten Bezüge		74.103,85	49.886,84	41.782,01	87.400,00	113.100,00	114.250,00	115.400,00	116.550,00
50120000	Vergütung der tarifl. Beschäftigten		9.913,15	10.235,09	13.717,20	62.300,00	15.550,00	15.700,00	15.850,00	16.000,00
50220000	Beitr. Versorg.kassen tarifl. Beschäftigten		763,92	791,32	1.055,02	4.850,00	1.200,00	1.200,00	1.200,00	1.200,00
50320000	gesetzl. Soz.Vers. tarifl. Beschäftigten AGAnteil		1.968,86	2.039,84	2.743,59	12.150,00	3.050,00	3.100,00	3.150,00	3.200,00
50410000	Beihilfen und Unterstützungsleistungen für Beschäf.		5.313,20	3.354,96	2.419,06	6.200,00	7.100,00	7.100,00	7.100,00	7.100,00
51210000	Beitr. zu Versorgungskassen f. Vers.empf. Beamte		21.519,67	23.942,15	19.177,98	37.250,00	64.500,00	64.500,00	64.500,00	64.500,00
51410000	Beihilfen, Unterstützungsleistungen für Versorgung		6.120,82	4.318,61	4.812,06	9.500,00	12.500,00	12.500,00	12.500,00	12.500,00
52830200	Aufwendungen für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit		0,00	0,00	0,00	2.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00
52911500	Verwaltungskostenanteil RZVK		711,39	862,91	729,46	1.500,00	1.500,00	2.150,00	2.150,00	2.150,00
52911600	Stadtmarketing		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54310000	Geschäftsaufwendungen		0,00	61,23	219,13	500,00	500,00	500,00	500,00	500,00
54990200	Mitgliedsbeiträge		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
57110000	Abschreibungen auf Sachanlagen		26,71	26,72	26,72	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00
15 573 01 01	Blaustein-See									
41620000	Erträge aus der Aufl. von SoPo aus ZW vom Land		-62.599,17	-62.599,15	-62.599,17	-62.600,00	-62.900,00	-62.900,00	-62.900,00	-62.900,00
41680000	E. a. d. Aufl. v. SoPo aus ZW v. privaten Untern.		-7.169,92	-7.191,62	-7.430,50	-7.200,00	-7.450,00	-7.450,00	-7.450,00	-7.450,00
42910000	Andere sonstige Transfererträge	2013: Förderung Bau Parkplatz durch Indeland Entwicklungs GmbH, siehe auch Kto 531150000	-212.370,36	-22.629,64	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
43110100	Verwaltungsgebühren		-94,00	-759,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Freiwillige Produkte

Sachkonto	Sachkontobezeichnung	Bezeichnung der freiwilligen Leistungen	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
			Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
43210100	Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte		-1.035,00	0,00	-937,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
44110100	Mieten und Pachten		-5.820,00	-9.515,50	-11.291,00	-11.500,00	-15.000,00	-15.000,00	-15.000,00	-15.000,00
46150000	Zinserträge von verbundenen Untern., Bet. Und SV		-7.336,28	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
44880000	Erstattungen von übrigen Bereichen		-866,01	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
50110000	Beamten Bezüge		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
50120000	Vergütung der tarifl. Beschäftigten		22.324,72	22.997,41	25.209,78	0,00	27.200,00	27.450,00	27.750,00	28.050,00
50120100	Zuführung Altersteilzeit Angest. Entgelt		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
50220000	Beitr. Versorg.kassen tarifl. Beschäftigten		1.717,83	1.775,17	1.944,17	0,00	2.100,00	2.100,00	2.150,00	2.150,00
50220100	Zuführung Altersteilzeit Vers.kassen		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
50320000	gesetzl. Soz.Vers. tarifl. Beschäftigten AGAnteil		4.466,53	4.618,85	5.020,31	0,00	5.300,00	5.350,00	5.400,00	5.450,00
50320100	Zuführung Altersteilzeit SV		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
50410000	Beihilfen und Unterstützungsleistungen für Beschäft		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
51210000	Beitr. zu Versorgungskassen f. Vers.empf. Beamte		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
51410000	Beihilfen, Unterstützungsleistungen für Versorgung		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52410100	Beleuchtung, Strom		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52410200	Heizung		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52410300	Wasserversorgung		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52416600	Grundbesitzabgaben Blaustein-See		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52419600	Unterhaltung Grünflächen und Aufbauten		0,00	25.513,73	6.777,06	25.000,00	20.000,00	20.000,00	20.000,00	20.000,00
52840300	Geräte, Ausstattung, Lizenzen unter 410 € netto		0,00	394,42	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52911500	Verwaltungskostenanteil RZVK		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52917000	Gutachten/ Beratungshonorare an extern. Unterneh.		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
53115000	Aufwendungen f. Zuweisungen an verb. Untern., Bet.	2013: Bau Parkplatz, Erträge siehe Kto 42910000	212.370,36	22.334,96	1.199,17	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
53118000	Zuw.u. Zuschüsse f. lfd. Zwecke an übrige Bereiche	Zuschussgewährung gem. Ratsbeschluss vom 11.12.2013 für 2014 und 2015	0,00	150.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
55110000	Zinsaufwendungen an das Land		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
57110000	Abschreibungen auf Sachanlagen		84.102,81	84.206,00	84.670,32	84.200,00	84.650,00	84.650,00	84.650,00	84.650,00
15 573 01 03	Indeland									
50120000	Vergütung der tarifl. Beschäftigten		0,00	0,00	0,00	26.450,00	0,00	0,00	0,00	0,00
50220000	Beitr. Versorg.kassen tarifl. Beschäftigten		0,00	0,00	0,00	2.050,00	0,00	0,00	0,00	0,00
50320000	gesetzl. Soz.Vers. tarifl. Beschäftigten		0,00	0,00	0,00	5.150,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Freiwillige Produkte

Sachkonto	Sachkontobezeichnung	Bezeichnung der freiwilligen Leistungen	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
			Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
52350000	Erst. f. Aufw. von verb. Untern., Bet. u. Sonderv.		37.937,40	35.182,62	36.132,65	50.700,00	50.700,00	56.000,00	56.000,00	56.000,00
15 575 01 01	Tourismus und Freizeit									
41410000	Zuweisungen u. Zuschüsse vom Land f. lfd. Zwecke		-1.050,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
50110000	Beamten Bezüge		7.118,29	7.378,15	10.445,52	8.650,00	15.000,00	15.150,00	15.300,00	15.450,00
50410000	Beihilfen und Unterstützungs- leistungen für Beschäft		510,38	496,19	604,77	600,00	950,00	950,00	950,00	950,00
51210000	Beitr. zu Versorgungskassen f. Vers.empf. Beamte		2.067,14	3.540,99	4.794,50	3.700,00	8.550,00	8.550,00	8.550,00	8.550,00
51410000	Beihilfen, Unterstützungs- leistungen für Versorgung		587,96	638,71	1.203,02	950,00	1.650,00	1.650,00	1.650,00	1.650,00
52830200	Aufwendungen für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit		3.656,35	1.017,45	0,00	4.000,00	3.000,00	4.000,00	4.000,00	4.000,00
52911500	Verwaltungskostenanteil RZVK		68,34	127,62	182,37	150,00	150,00	300,00	300,00	300,00
54990200	Mitgliedsbeiträge	Eifel Touristik Agentur NRW; Creditreform Aachen	3.073,07	3.076,67	3.088,59	3.500,00	3.500,00	3.500,00	3.500,00	3.500,00
58110000	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen		0,00	279,47	0,00	350,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe	Freiwillige Produkte		3.215.949,14	3.453.046,86	3.596.566,40	3.555.600,00	3.572.250,00	3.726.850,00	3.775.900,00	3.831.900,00



Anlage 2

zum
Haushaltssicherungskonzept
Personalwirtschaftskonzept



Personalwirtschaftskonzept für den Zeitraum 2017 – 2020

Unter Bezugnahme auf die erstmalig im Rahmen der Erstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes im Jahre 2009 aufgetretenen Grundsatzfragen werden zu den nachfolgenden Punkten Ausführungen getroffen:

1. *Kann auf eine Aufgabenerfüllung ganz oder teilweise verzichtet werden?*
2. *Sind Standardabsenkungen bei der Aufgabenerfüllung möglich?*
3. *Kann die Aufgabe durch organisatorische Maßnahmen mit weniger Personalaufwand bewältigt werden, z.B. durch Zusammenlegung und/oder Verlagerung von Arbeitsbereichen oder durch Technikeinsatz oder durch interkommunale Zusammenarbeit?*
4. *Kommt eine Besetzung mit einer niedrigeren Besoldungs- oder Entgeltgruppe in Betracht?*
5. *Wiederbesetzungssperre von mind. 12 Monaten auf allen Ebenen der Verwaltung, soweit nicht die Durchführung pflichtiger Aufgaben in ihrem Kernbestand gefährdet ist.*
6. *„Intern vor extern“: Im Hinblick auf den Stellenabbau ist - soweit möglich - eine interne vor einer externen Besetzung zu realisieren. Dabei ist auch eine Besetzung mit evtl. Berufsrückkehrern mit Anspruch auf Weiterbeschäftigung zu bedenken.*
7. *Sonstige Personalmaßnahmen: In welchen Bereichen kann der Personalaufwand durch sonstige Maßnahmen gesenkt werden, z.B. Überstundenregelung, Leistungsanreize?*

Im Rahmen der Dokumentationspflicht (§ 5 GemHVO) soll dem Haushaltssicherungskonzept eine Übersicht beigefügt werden, aus der sich die Entwicklung der Anzahl der Stellen laut Stellenplan, der Anzahl der Beschäftigten sowie die Stellenanteile ergeben, jeweils ab dem Haushaltsjahr rückwirkend für einen Zeitraum von bis zu 10 Jahren mit Angabe der „Aus- bzw. Eingliederungen“ bedingten Veränderungen. Die Anzahl der Beschäftigten sowie die Stellenanteile sind fortzuschreiben.

Eschweiler bietet als Mittelzentrum der StädteRegion Aachen eine Vielzahl von Dienstleistungen auch für Nachbarstädte und –gemeinden (z.B. Schule für Lernbehinderte, Schwimmbäder, Kulturveranstaltungen). Die soziale Infrastruktur wird von Schulen, Vereinen und Verbänden städteregionsübergreifend genutzt. Der Entscheidung, öffentliche Einrichtungen zu schließen und vor allem das Dienstleistungsangebot abzubauen, sind vor diesem Hintergrund vielschichtige Überlegungen voranzustellen.

Ziel der Haushaltskonsolidierung der vergangenen Jahre war daher die Überprüfung von Sparpotentialen in der Kernverwaltung, um den „Overhead“ für die Leistungserbringung auf niedrigerem Niveau zu halten.

Das Personalkostenbudget - bestehend aus den Aufwendungen für Beamtenbezüge, Entgelte, Beiträge zur Versorgungskasse, Zusatzversorgungskasse und Sozialversicherung sowie Beihilfen - beträgt zurzeit 27.471.000 € (Planansatz 2016). Für das Haushaltsjahr 2017 wurden Personalkosten von ca. 30.230.600 € geplant.

Bei einem Gesamtvolumen der Aufwendungen von ca. 160 Mio € (Ansatz 2016) stellt dieser Bereich eines der wesentlichen Handlungsfelder dar. Insbesondere die Tatsache, dass alleine die fast jährlichen Besoldungs- und Tariferhöhungen sowie die Stufensteigerungen nach den tarifrechtlichen bzw. beamtenrechtlichen Bestimmungen und Vorgaben entsprechend den individuellen Verhältnissen einer Kommune zwangsweise jährliche Steigerungsraten erfordern, zeigt das Spannungsfeld zwischen Haushaltskonsolidierung einerseits und Kostensteigerungen andererseits auf. Für das Jahr 2016 wurde im tariflichen Bereich auf Grund der anstehenden Tarifrunde 2016/2017 eine Tariferhöhung von 2 % ab 01.03.2016 kalkuliert. Bei den Haushaltsvoranschlägen 2017 konnte entsprechend dem Tarifabschluss 2016/2017 geplant werden. Ab 2018 ff. wurden abweichend von den Orientierungsdaten jeweils + 2,0 % eingerechnet (siehe hierzu Ausführungen und Darstellung der Personalkosten auf Seite 102/103).

Für die Beamten wurden bei den Planungen 2016 die Besoldungserhöhungen 2015/2016 eingeplant. Bei den Haushaltsvoranschlägen 2017 wurde eine fiktive Besoldungserhöhung von 2 % ab 01.07.2017 berücksichtigt. Ab 2018 ff. wurden auch hier abweichend von den Orientierungsdaten jeweils + 2,0 % eingerechnet. Ein Leis-

tungsentgelt für Beamte wurde auf Grund der angespannten Haushaltslage nicht einkalkuliert.

Zu den einzelnen eingangs aufgeführten Handlungsfeldern hat die Stadt bereits in der Vergangenheit konsequent hingearbeitet:

1. Kann auf die Aufgabenerfüllung ganz oder teilweise verzichtet werden?

und

2. Sind Standardabsenkungen bei der Aufgabenerfüllung möglich?

Als Anbieter kommunaler Dienstleistungen kommt der Stadt Eschweiler – wie auch bereits zuvor erwähnt – in dieser Region eine besondere Bedeutung zu. Aus diesem Grunde wurden und werden die Aufgabenerfüllung im ursprünglichen Umfang wie auch Standardabsenkungen bei der Aufgabenerfüllung auf dem Prüfstand gestellt. Dazu zählte insbesondere die wirtschaftliche Abwicklung von Vorgängen. Die Mitarbeiter der Stadtverwaltung sind zwar gehalten, Gesetze und andere Vorschriften anzuwenden, und trotzdem sind Vorgänge und Arbeitsabläufe regelmäßig auf den Prüfstand zu stellen. Dabei stand bzw. steht stets im Vordergrund dieser Überlegungen der einem HSK auch zugrunde liegende Vergleich des Kosten-/Leistungsverhältnisses. Optimierungsvorschläge aus der Belegschaft können seit Ende 2013 im Rahmen eines betrieblichen Vorschlagswesens finanziell honoriert werden.

Diese Form des intelligenten Sparens auch vor dem Hintergrund, dass selbst kleinere Beträge zum Sparen beitragen und überprüft wurde, ob mit relativ bescheidenem Aufwand und bescheidenen Mitteln die notwendige Aufgabenerfüllung gesichert würde, war insoweit nicht gezielt greifbar. Es tritt auf jeden Fall für den Bürger und auch für die Verwaltung im Hinblick auf den Arbeitsaufwand ein nachhaltiger Nutzen ein. Eine konkrete Einsparung (z.B. Personalkosten) lässt sich allerdings teilweise nur schwer beziffern. Angestrebte bzw. bereits umgesetzte Einzelmaßnahmen sind z.B.:

- Kooperation in der Wirtschaftsförderung
- Bündelung feuerwehrtechnischer Dienstleistungen
- Kooperation im Bereich „Vermessung“ mit der Stadt Aachen
- Kooperation im Bereich „Beforstung“ mit der Stadt Würselen inkl. Ausbildungsverbund
- Kooperation im Bereich „Interkommunales Industriegebiet Inden/Eschweiler – Am Grachtweg“ mit der Gemeinde Inden
- Durchführung gemeinsamer Schulungen mit anderen Kommunen
- Schließung der Gemeinschaftshauptschule Dürwiß
- Abwicklung von Schulungen innerhalb der StädteRegion Aachen über das Studieninstitut Aachen für alle städteregionsangehörigen Kommunen

3. Kann die Aufgabe durch organisatorische Maßnahmen mit weniger Personalaufwand bewältigt werden, z.B. durch Zusammenlegung und/oder Verlagerung von Arbeitsbereichen oder durch Technikeinsatz oder durch interkommunale Zusammenarbeit?

Die Zusammenlegung und/oder Verlagerung von Arbeitsbereichen wie auch der Technikeinsatz in der Stadtverwaltung Eschweiler stehen permanent auf dem Prüfstand. Mit diesem Thema befassen sich die Organisationsdienststellen der Verwaltung nahezu ständig. In den vergangenen Monaten gewann eine dienststellenübergreifende Zusammenarbeit insbesondere bei der Betreuung, Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen infolge der landesweiten „Flüchtlingswelle“ an Bedeutung. Durch eine enge Kooperation der am stärksten betroffenen Dienststellen Jugendamt, Amt für Soziales, Senioren und Integration und Ordnungsamt konnte und kann diese Aufgabe mit Erfolg bewältigt werden. Hierfür mussten die Dienststellen jedoch im auf das Notwendigste beschränkten Umfang um zusätzliche Mitarbeiter/-innen verstärkt werden. Dies betraf insbesondere die Einstellung von Hilfshausmeistern für die kurzfristig einzurichtende Erstaufnahmeeinrichtung in der Sporthalle Jahnstraße sowie die zusätzlichen Flüchtlings- und Asylunterkünfte „Stich 30“, „Gutenbergstraße“, „RWE-Baracken Weisweiler“ und „Monteurunterkunft RWE“. Darüber hinaus wurde ein Sozialarbeiter für die soziale Betreuung der Flüchtlinge eingestellt. Im Bereich des Jugendamtes waren

zur Betreuung der unbegleiteten, minderjährigen Ausländer/-innen Personalaufstockungen im Allgemeinen Sozialen Dienst und bei den Amtsvormundschaften erforderlich. Die zügige Versorgung und Unterbringung der zugewiesenen Flüchtlinge war im Wesentlichen jedoch auf die hohe Einsatz- und Leistungsbereitschaft vieler städt. Mitarbeiter/innen aus sämtlichen Dienststellen, die sich im Rahmen des Bereitschaftsdienstes unterstützend engagiert haben, zurückzuführen.

Interkommunale Zusammenarbeit

Interkommunale Zusammenarbeit als Instrument der Personalentwicklung

Vor dem Hintergrund einer sich immer weiter verschärfenden finanziellen Situation der Kommunen hat die interkommunale Zusammenarbeit über die Grenzen des eigenen Stadtgebietes hinaus große Bedeutung gewonnen.

Interkommunale Zusammenarbeit wird bereits von vielen Kommunen in verschiedenen Bereichen praktiziert. Ziel ist die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit, es folgen die Sicherstellung der Aufgabenerfüllung sowie die Verbesserung des Bürgerservices. Dabei versuchen die Kommunen eben aus ihrer verschärften finanziellen Situation heraus bei der Wahl der Organisations- und Rechtsformen das gesamte Spektrum der zur Verfügung stehenden Möglichkeiten auszuschöpfen.

So hat sich die Stadt Eschweiler im Rahmen weiterer interkommunaler Kooperationen an folgenden Maßnahmen beteiligt:

- Durchführung von gemeinsamen Brandmeisterlehrgängen zusammen mit den Feuerwehren der Städte Herzogenrath, Düren, Stolberg, Würselen sowie der NATO mit dem Ziel, gut geeignete Mitarbeiter/innen für alle Wehren zu erhalten.
- Zusammenarbeit der Jugendämter Stolberg und Eschweiler bei der Suchtvorbeugung und der Unterbringung obdachloser Jugendlicher

- Gemeinsame Unterhaltung der Donnerbergkaserne als Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge mit der Stadt Stolberg
- Gemeinsame Qualifikation von Prüfern für den Bachelorstudiengang und von Ausbildern/-innen sowie gemeinsame Durchführung von Verwaltungslehrgängen (Kurzlehrgang, Angestelltenlehrgang I, Angestelltenlehrgang II) über das Studieninstitut Aachen
- Kooperation der Vermessungsämter Aachen und Eschweiler
- Kommunale Zusammenarbeit mit der Gemeinde Inden bzgl. des Interkommunalen Industriegebiets „Inden/Eschweiler - Am Grachtweg“
- Gemeinsame Beforstung der Wälder Eschweiler und Würselen

Gemeinsame Ausbildungsbörse der Städte Eschweiler und Stolberg

„Ausbildung für alle“ ist und bleibt ein Hauptziel in der beruflichen Bildung. Angesichts hoher Arbeitslosenzahlen – insbesondere auch im Bereich der Jugendlichen – sollte es allen an Bildung und Ausbildung Beteiligten ein Anliegen sein, tatkräftig daran mitzuwirken, dass jeder Jugendliche nach Beendigung seiner Schullaufbahn die Möglichkeit hat, einen Beruf zu erlernen.

Festzustellen ist, dass häufig eine große Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Lehrstellenmarkt besteht. Einerseits verlassen viele Jugendliche die Schule, ohne eine Ausbildungsstelle gefunden zu haben. Andererseits kann eine Vielzahl von Ausbildungsplätzen mangels geeigneter Bewerber nicht besetzt werden. Oftmals ist dies lediglich auf einen Informationsmangel zwischen Schulabgängern und Ausbildungsbetrieben zurückzuführen.

Mit dem Ziel, diesen Informationsmangel zu beseitigen, haben die Städte Eschweiler und Stolberg bereits seit Jahren mit dem Berufskolleg Eschweiler bzw. Stolberg eine Ausbildungsbörse durchgeführt, die auf große Resonanz gestoßen ist.

Die Stadt Eschweiler selbst hat an dieser Ausbildungsbörse ständig teilgenommen, um auch interessierten Jugendlichen ihre Ausbildungsangebote darzulegen und damit gleichzeitig den Ausbildungsmarkt zu beleben. Durch verstärkte eigene Ausbildung soll dem Demografiewandel entgegengewirkt werden. Die letzte Ausbildungsbörse hat am 29.04.2016 im Berufskolleg Eschweiler mit großem Erfolg stattgefunden. Neben den klassischen Verwaltungsberufen wurde hierbei erstmalig auch die Ausbildung bei der Feuerwehr präsentiert.

Abschluss des Brandmeisterlehrgangs

Seit dem 01.04.2016 läuft an der Feuer- und Rettungswache Eschweiler bereits der elfte Ausbildungslehrgang für Brandmeister mit insgesamt 18 Teilnehmern, die von den Städten Herzogenrath, Düren, Eschweiler, Stolberg, Würselen sowie der NATO gemeldet worden sind.

Hierbei sollte nicht unerwähnt bleiben, dass dieser Grundausbildungslehrgang sowie diverse Sonderlehrgänge auch Externen gegen Bezahlung angeboten werden und so zusätzliche Einnahmen erzielt werden können.

Die Grundausbildung (B-I-Ausbildung) dauert insgesamt 18 Monate und beinhaltet u.a. eine feuerwehrtechnische Grundausbildung, einen Rettungssanitäterlehrgang, den Erwerb des Sport- und des silbernen Rettungsschwimmerabzeichens, den Erwerb des LKW-Führerscheins, Feuerwachen- und Krankenhauspraktika sowie theoretische Unterweisungen in diversen Fächern, u.a. Feuerwehrrecht, Beamtenrecht, Staatsbürgerkunde, Physik, Chemie und Einsatztaktik.

Der Lehrgang wird interkommunal durchgeführt, und zwar in der Weise, dass alle Kommunen der StädteRegion Aachen mit hauptamtlichen Feuerwachen sowie das RWE, die NATO, das Feuerschutztechnische Zentrum des Kreises Düren und die Stadt Düren Teile der Ausbildung in den Feuerwehren vor Ort durchführen und auch eigene Referenten einbringen. So ist gewährleistet, dass es sich um eine Ausbildung auf hohem Niveau handelt, jede Wehr ihre Stärken einbringt und sich die Kosten der Ausbildung in einem vertretbaren Rahmen halten.

Den Abschluss des Lehrgangs bildet eine Prüfung, die vor einem interkommunalen Prüfungsausschuss an der Feuerwache Eschweiler abgelegt wird und die bisher von allen Teilnehmern auch bestanden wurde. Mit Bestehen dieser Prüfung können die Lehrgangsteilnehmer mit einer Festanstellung im Beamtenverhältnis in der jeweiligen Kommune rechnen bzw. Externe gute Übernahmechancen für neue Beschäftigungsverhältnisse erzielen.

Im Rahmen von Feierstunden wurden die erfolgreichen Absolventen in der Feuer- und Rettungswache Eschweiler verabschiedet und einige Teilnehmer erhielten auch im Rahmen dieser Veranstaltungen ihre Beamtenernennungsurkunden von Vertretern ihrer Anstellungsbehörde interkommunal ausgehändigt.

Interkommunale Zusammenarbeit der Städte Aachen und Eschweiler zur Durchführung von Vermessungsarbeiten (Liegenschaftsvermessung)

Mit dem Ausscheiden des bisherigen Leiters der Abteilung für Vermessung und Bodenwirtschaft aus dem aktiven Dienst im Januar 2010 stand bei der Stadt Eschweiler kein Beamter des höheren vermessungstechnischen Dienstes mehr zur Verfügung, der für die Aufgabenwahrnehmung nach § 12 Nr. 2 VermKatG NRW zwingend erforderlich ist.

Da aus Gründen der Haushaltskonsolidierung die Stelle des höheren vermessungstechnischen Dienstes bei der Stadt Eschweiler nicht nachbesetzt werden sollte, wurde inzwischen eine entsprechende Vereinbarung mit der Stadt Aachen getroffen, die seit dem 01.02.2010 in Kraft ist. Durch diese Vereinbarung wird die Aufgabenübernahme der verantwortlichen Leitung durch eine Beamtin oder einen Beamten des höheren vermessungstechnischen Verwaltungsdienstes der Stadt Aachen gesichert und die Durchführung von Vermessungsarbeiten im Sinne des § 12 Nr. 2 VermKatG NRW gewährleistet.

Der Kostenaufwand wird nach erbrachter Leistung entsprechend der in der Vereinbarung getroffenen Regelungen von der Stadt Eschweiler erstattet. Die Neueinstellung eines Mitarbeiters mit der Qualifikation für den höheren vermessungs-

technischen Dienst zur Durchführung der Vermessungsarbeiten wäre auf Dauer wesentlich kostenintensiver gewesen.

Gemeinsame Wahrnehmung der forsttechnischen Betriebsleitung/ Beforstung der Stadtwälder Würselen und Eschweiler

Bei der Stadt hat bereits seit einiger Zeit die Erkenntnis an Bedeutung gewonnen, dass bestimmte Aufgaben und Probleme gemeinsam mit anderen Kommunen besser bewältigt werden können. Nicht zuletzt spielt dabei eine gemeinsame und ordnungsgemäße Aufgabenabwicklung eine Rolle, es hat aber auch finanzielle Gründe.

So werden die Stadtwälder Würselen und Eschweiler durch einen qualifizierten Mitarbeiter der Stadt Eschweiler zur dauerhaften Sicherung eines Qualitätsstandards in der Beforstung einerseits und der Reduzierung von Personal- und Sachkosten beider Städte andererseits betreut. Im Sommer 2016 hat ein Auszubildender der Stadt Eschweiler erfolgreich die Ausbildung zum Forstwirt abgeschlossen. Im Rahmen des Ausbildungsverbunds mit der Stadt Würselen kann eine vielfältige Ausbildung mit z.B. unterschiedlich verfügbaren Geräten gewährleistet werden.

Interkommunale Stellenbörse

Neun Kommunen des ehemaligen Kreises Aachen sowie die StädteRegion Aachen betreiben gemeinsam eine interkommunale Stellenbörse, um qualifiziertem Personal die Möglichkeit zu eröffnen, nach Abschluss einer Ausbildung oder Verlust des Arbeitsplatzes in anderen Kommunen der StädteRegion Aachen tätig zu werden. Durch dieses freiwillige Angebot für die Mitarbeiter findet ein Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Personalstrukturen der einzelnen Kommunen statt. Die Einwohnerzahl des Kooperationsraumes beträgt ca. 570.000 erhöht.

In Zeiten einer fortschreitenden Personalfuktuation wird bei diesem Projekt eine aktive Personalvermittlung in der Region betrieben. Qualifizierte Kräfte (z.B. ehemalige Auszubildende, Rückkehrer aus der Elternzeit, befristet Beschäftigte) können in benachbarte Kommunen vermittelt werden. In der Region qualifiziertes Personal kann durch kürzere Einarbeitungszeiten flexibel eingesetzt werden. Der Aufwand für Neueinstellungen reduziert sich, indem die Gemeinden auf zeit- und kostenintensive Einstellungsverfahren verzichten und stattdessen für die Mitarbeiter der Region dauerhaft eine wohnortnahe Beschäftigung sichern.

Derzeit kooperierende Kommunen zzgl. StädteRegion Aachen:

Alsdorf, Baesweiler, Eschweiler, Herzogenrath, Monschau, Simmerath, Stolberg, Roetgen, Würselen.

Kosten- und Leistungsrechnung (KLR)

In den vergangenen Jahren hat sich das Aufgabengebiet der Kosten- und Leistungsrechnung nach Art und Umfang dahingehend entwickelt, dass zur Bewältigung der Aufgaben das Sachgebiet im August 2011 um eine weitere Kraft verstärkt werden musste. Die zunächst auf Dauer angelegte Verstärkung konnte jedoch wegen eines Personalabgangs im Bereich Finanzbuchhaltung, der hinsichtlich reiner Aufgabenerledigung Priorität einzuräumen war, nicht realisiert werden. Diese Vakanz soll zeitnah, ggf. durch eine Ausbildungskraft mit Ablegung des Bachelor-Abschlusses „Bachelor of Arts“, geschlossen werden.

Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass die aus der KLR erlangten Informationen bei den Mitarbeitern das Kostenbewusstsein fördert und damit einen spürbaren Beitrag zu verbesserter Wirtschaftlichkeit des Handelns von Rat und Verwaltung leisten.

Die KLR bietet noch weitere Nutzungsmöglichkeiten, auch um die tägliche Arbeit der Mitarbeiter nicht nur zu vereinfachen, sondern auch wirtschaftlicher zu gestalten:

- Mit Hilfe der transparenten Darstellung und Auswertung der Rechnungsergebnisse und -größen (z.B. Ermittlung der Kostendeckungsgrade) können Kostenreduzierungen bzw. Entgelterhöhungen differenziert erkannt werden.
- Das betriebswirtschaftliche Gesamtergebnis und auch die Einzelergebnisse je Kostenträger können durch die KLR gesteuert, geplant und kontrolliert werden. Außerdem werden die Erkenntnisse und Plandaten der KLR für die Haushaltsplanung genutzt.
- Die KLR unterstützt und ergänzt die Entgeltkalkulation, das Finanzsystem, ein betriebswirtschaftliches Controlling, Wirtschaftlichkeitsberechnungen usw.

4. Kommt eine Besetzung mit einer niedrigeren Besoldungs- oder Entgeltgruppe in Betracht?

In diesem Zusammenhang ist vorrangig die Bewertung von entsprechend eingerichteten Stellen zu sehen.

Stellenbewertung

Stellenbewertung ist die Zuordnung der auf einer Stelle wahrzunehmenden Tätigkeiten zu Besoldungs- und Entgeltgruppen, je nachdem, ob es sich um beamtenrechtliche oder tarifliche Tätigkeiten handelt. Sie bestimmt damit wesentlich die Bezahlung der Mitarbeiter/-innen der Verwaltung; zugleich beeinflusst sie die Einstellung der Mitarbeiter/-innen zu ihrer gegenwärtigen oder künftigen Arbeit und die Kosten der Aufgabenerfüllung.

Maßstab der Stellenbewertung und damit Grundlage einer als gerecht empfundenen Differenzierung der Bezahlung sind in der Regel die unterschiedlichen mit der Wahrnehmung einer Arbeit verbundenen Anforderungen. An einen Mitarbeiter, der „schwere“ oder „schwierigere“ Arbeiten verrichtet, werden höhere Anforderungen gestellt.

Objekt der Stellenbewertung ist der Stelleninhalt, die Gesamtheit der einer Stelle übertragenen Tätigkeiten, Befugnisse und Verantwortlichkeiten. Angaben hierüber enthält die Stellenbeschreibung.

Objekt der Bewertung ist nicht der jeweilige Stelleninhaber. Die Einstufung des Stelleninhabers, seine besonderen persönlichen Qualitäten oder Verdienste oder der Wunsch, den Stelleninhaber auf einer Stelle zu halten, sind grundsätzlich unbeachtlich. Wird der Inhalt einer Stelle durch die Aktivitäten des Stelleninhabers oder auf Grund veränderter Rahmenbedingungen in zulässiger Weise verändert, kann das auf die Bewertung Einfluss haben. Die Veränderungen sollten in einer Stellenbeschreibung festgehalten werden.

Unter diesen Gesichtspunkten existiert eine Stellenbewertungskommission, die aus geschulten Verwaltungsmitarbeitern und der Personalvertretung besteht.

Die Bildung und die Arbeitsweise der Bewertungskommission sind geregelt im Rahmen einer zwischen Verwaltung und Personalvertretung abgeschlossenen Dienstvereinbarung, die zuletzt am 30.11.2015 aktualisiert wurde. Dabei wurden die ursprünglichen Grundsätze nicht geändert. Dies bezieht sich auch auf die Bestellung der Mitglieder der Bewertungskommission, die paritätisch von Verwaltungsmitarbeitern und Personalratsmitgliedern besetzt wurde (mit Stimmrecht). Verwaltungsseitig ist hierbei auch das Rechnungsprüfungsamt mit einbezogen worden. Die einzelnen Dezernate sind mit je einem Mitarbeiter, der die sachbezogenen Belange der Dezernate vertritt, berücksichtigt.

Bei alledem scheidet eine Besetzung von Stellen mit einer niedrigeren Besoldungs- oder Entgeltgruppe grundsätzlich aus (mit Ausnahme einer Zulagengewährung bei bestehender Ausbildungs-/Prüfungspflicht). Gerade im tariflichen Bereich besteht der rechtliche Anspruch auf eine tarifgerechte Eingruppierung. Im Beamtenbereich hingegen kann in einzelnen Fällen eine adäquate Besoldungsanpassung aus beamten- oder haushaltsrechtlichen Gründen nicht immer zeitnah durchgeführt werden. Das Beteiligungsverfahren nach dem Landespersonalvertretungsgesetz ist stets zwingend zu beachten.

Darstellung der Personalkosten

Grundlage für die Ermittlung der Personalkosten des Haushaltsjahres 2017 war der tatsächliche Personalstand der bei der Stadtverwaltung Eschweiler tätigen Mitarbeiter in April/Mai 2016.

Der Personalkostenansatz für das Haushaltsjahr 2017 beträgt	30.230.600 €
Hiervon entfallen auf die Mitarbeiter städt. Bäder (BgA)	<u>782.050 €</u>
so dass für den Bereich der allgemeinen Verwaltung insgesamt	29.448.550 €

zu bewirtschaften sind.

Die Personalkosten beinhalten die derzeit bestehenden gesetzlichen Vorgaben bzw. Vereinbarungen der Tarifvertragsparteien einschl. der Umstellung des Tarifvertrages für den Sozial- und Erziehungsdienst aus dem Frühjahr 2016. Demzufolge wurde - wie bereits auf Seite 91 erwähnt - für die tariflich Beschäftigten für das Jahr 2016 eine fiktive Tarifierhöhung zum 01.03.2016 von 2,0 % eingeplant. Für das Haushaltsjahr 2017 wurde der Tarifabschluss 2016/2017 zum 01.03.2016 in Höhe von 2,4 % bzw. zum 01.03.2017 von weiteren 2,35 % berücksichtigt, ab 2018 ff. ersatzweise 2 % Tarifierhöhung abweichend von den Orientierungsdaten.

Im Beamtenbereich konnten die Besoldungserhöhungen 2015/2016 von 2,1 % zum 01.06.2015 sowie 2,3 % zum 01.08.2016 bei der Kalkulation des Haushalts 2016 berücksichtigt werden. Da für die Folgejahre keine konkreten Erkenntnisse bzgl. etwaiger Besoldungserhöhungen für Kommunalbeamte vorliegen, wurde für das Haushaltsjahr 2017 eine fiktive Besoldungserhöhung von 2 % ab 01.07.2017 eingeplant. Ab 2018 ff. wurde auch hier ersatzweise 2 % Besoldungserhöhung abweichend von den Orientierungsdaten hinzugerechnet.

Bei alledem ist zu berücksichtigen, dass der Personalkostenansatz auch Ausgaben enthält, die die Stadt Eschweiler überhaupt nicht beeinflussen kann, weil sie an bestimmte gesetzliche Vorgaben gebunden ist. Dies bezieht sich insbesondere auf Aufwendungen für die Versorgung wie auch für die Gewährung von Beihilfen im Krankenversicherungsbereich. Diese Kosten belaufen sich beispielsweise für den Beamtenbereich im Haushaltsjahr 2017 im Ansatz auf

Beihilfen, Unterstützungen	940.000 €
Beiträge zu Versorgungskassen	3,1 Mio. €

Sie unterliegen in den Folgejahren entsprechenden Erhöhungen, die zum Teil mit Blick auf die mangelnde Beeinflussungsmöglichkeit durch die Stadt nicht konkretisiert werden können. Ein aktuelles Gutachten der Rheinischen Versorgungskassen aus Juli 2015 zeigt die voraussichtliche Entwicklung der Versorgungsaufwendungen bis zum Jahre 2045 auf. Innerhalb dieses Zeitraums werden sich die Ausgaben in Folge der anspruchsberechtigten Versorgungsempfänger bzw. deren Hinterbliebenen – unabhängig von der Anzahl der aktiven Beamten – verdoppeln. Zur Abfederung von zukünftigen Personallasten erfolgt eine jährliche Einmalzahlung in den Pensionsfonds der Rheinischen Versorgungskassen in Höhe von 450.000 €.

Zusätzlich werden Personalkosten ausgelöst durch neue gesetzliche Regelungen bzw. Aufgaben, z.B. durch die Bereitstellung zusätzlicher Kindergartenplätze, die zusätzliche Übertragung der Zuständigkeit für unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge auf das städtische Jugendamt sowie die enorme Zunahme von Flüchtlingen im Bereich der Asylbewerberbetreuung. Hierzu wird auf die Ausführungen auf den Seiten 4/5 verwiesen.

5. Einstellungs- und *Wiederbesetzungssperre auf allen Ebenen der Verwaltung, soweit nicht die Durchführung pflichtiger Aufgaben in ihrem Kernbestand gefährdet ist.*

Auf Grund der prekären Haushaltslage der Stadt Eschweiler (verstärkt durch die mit dem Tarifabschluss 2012 verbundenen Mehrkosten) wurde in der 448. Sitzung des Verwaltungsvorstandes am 03.04.2012 eine Einstellungs- und Wiederbesetzungssperre beschlossen. Ab diesem Zeitpunkt wird jede einzelne Stelle bezogen auf ihre Notwendigkeit hin sensibel betrachtet, ggf. verwaltungsinterne Verschiebungen geprüft. Über Ausnahmen von der Einstellungs- und Wiederbesetzungssperre entscheidet der Verwaltungsvorstand.

Vor diesem Hintergrund wurde im Jahr 2013 ein Einsparpotenzial für die Jahre 2014 bis 2016 in Höhe von insgesamt 1.034.700 € ermittelt, das erreicht wird, wenn Stellen in diesen Jahren nach Ausscheiden des derzeitigen Stelleninhabers nicht wiederbesetzt werden. Im Rahmen des Haushaltsaufstellungsverfahrens 2017 wurde das Einsparpotenzial für das Jahr 2017 auf 500.000 € festgelegt. Berücksichtigt wurde bei der Ermittlung des Einsparpotenzials, dass Nachbesetzungen in Teilbereichen zur Erfüllung von Pflichtaufgaben erforderlich sind (u.a. Feuerwehr, Jugendamt), wobei über Umstrukturierungsmaßnahmen, zeitversetzte Wiederbesetzungen bzw. Nachbesetzungen aus dem eigenen Personalbestand (z.B. durch Übernahme von Anwärtern und Auszubildenden) eine Kosteneinsparung insgesamt erzielt werden kann. In 2016 wurde dieses Einsparpotenzial aber beeinträchtigt durch zwingend erforderliche Personalmaßnahmen, wie u.a. Schaffung von zusätzlichen Stellen für die Unterbringung/Versorgung/Betreuung (unbegleiteter minderjähriger) Flüchtlinge, im Bereich der Amtsvormundschaften und im technischen Bereich (Stadtplanung, Baukontrolle) sowie Mehrkosten, die auf Besoldungs- und Tariferhöhungen und erhöhtem Bedarf im Bereich „Beamtenversorgung“ zurückzuführen sind.

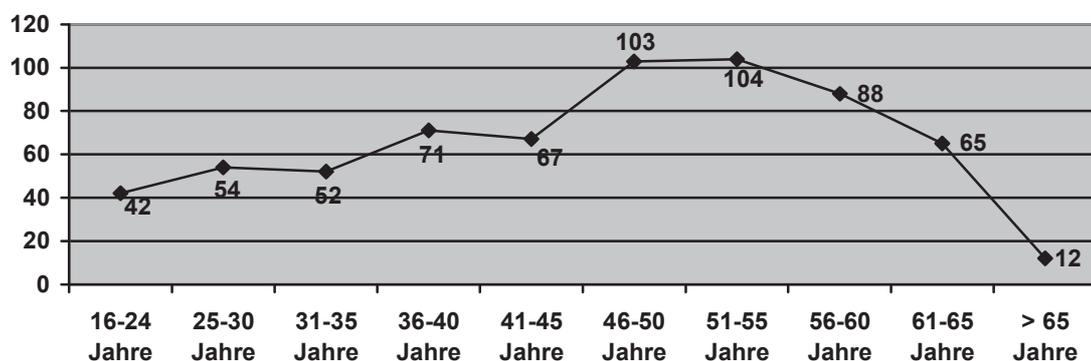
Es sollte bei alledem auch nicht unbeachtet bleiben, dass gerade der öffentliche Dienst vor immer neue Herausforderungen gestellt wird und auch hierfür die personellen Ressourcen sicherzustellen sind. Als ein Beispiel hierfür können die infolge des demografischen Wandels entstehenden Handlungsfelder, die sich bereits durch die Planung und den Bau altersgerechten Wohnraums sowie der Einrichtung einer Stelle im Quartiersmanagement abzeichnen, angeführt werden.

6. „Intern vor extern“: Im Hinblick auf den Stellenabbau ist - soweit möglich - eine interne vor einer externen Besetzung zu realisieren. Dabei ist auch eine Besetzung mit evtl. Berufsrückkehrern mit Anspruch auf Weiterbeschäftigung zu bedenken.

Personalstand innerhalb der nächsten Jahre

Die nächsten personellen Planungen der Stadt sind auf einen mittelfristigen Zeitraum von 4 Jahren ausgerichtet (2017 – 2020). Die spezifische Altersstruktur bei der Stadt Eschweiler wurde entsprechend berücksichtigt.

Altersstruktur der aktiven städt. Mitarbeiter/-innen
(Durchschnittsalter : 46 Jahre mit geringfügig beschäftigten Rentnern)
Stand: 05/2016



Hierbei ist zu berücksichtigen, dass in den angeführten Mitarbeiterzahlen ein nicht unerheblicher Anteil von geringfügig beschäftigten Rentnern (insbesondere Erwachsenenlotsen/-innen) enthalten ist, der sich in den höheren Jahrgängen und bezüglich des Durchschnittsalters auswirkt. Durch die erfolgte Verlängerung der Lebensarbeitszeit von 65 auf 67 Jahren ab dem Geburtsjahrgang 1947 ist bereits im Vergleich zu den Vorjahren ein Anstieg des Durchschnittsalters um ein Jahr zu verzeichnen. Es ist davon auszugehen, dass eine weitere Erhöhung auf Grund der hiesigen Altersstruktur in den künftigen Jahren nicht zu vermeiden sein wird. Demgegenüber wurde die abschlagsfreie Rente mit dem 63. Lebensjahr für besonders langjährig Versicherte bisher nur von vier Mitarbeitern in Anspruch ge-

nommen, zwei weitere Mitarbeiter werden zum Ende des Jahres 2016 mit dieser Rentenregelung aus dem Dienst ausscheiden.

Zusätzlich besteht seit 2009 bzw. 2010 die Möglichkeit, im Bereich der Beamten die Altersgrenze um bis zu drei Jahren hinauszuschieben bzw. im tariflichen Bereich das Angebot zur hälftigen Arbeitszeitreduzierung zwei Jahre vor Eintritt der Regelaltersgrenze mit Weiterarbeit über die Regelaltersgrenze hinaus bei gleichzeitigem Bezug einer Teilrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung (FALTER) in Anspruch zu nehmen. Bisher sind diese neuen Instrumentarien bei der Stadt Eschweiler noch nicht zum Einsatz gelangt.

In jedem Falle wird aber das Hauptaugenmerk weiterhin auf die Rekrutierung von jungen geeigneten Nachwuchskräften zu legen sein, um dem demografischen Wandel auch innerhalb der Belegschaft entgegenwirken zu können.

Vorab festzustellen ist, dass dabei die unterschiedlichsten Ausbildungsgänge je nach Bedarfslage berücksichtigt werden

- Stadtinspektoranwälter (allgemeiner Bereich)
- Stadtinspektoranwälter (betriebswirtschaftlicher Bereich)
- Brandmeisteranwälter
- Verwaltungsfachangestellter
- Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste
- Fachangestellte für Bäderbetrieb
- Fachangestellte für Systemintegration
- Bauzeichner
- Forstwirt
- Vermessungstechniker.

Dieses breite Spektrum bietet die Gelegenheit, auf nahezu alle nach zu besetzenden Stellen mit dem entsprechenden Potenzial zu reagieren, wobei selbstverständlich die Möglichkeit der Fort- und Weiterbildung zu späteren Zeitpunkten gegeben ist. Eine kontinuierliche Analyse der Personalstruktur stellt hierbei eine frühzeitige Gegensteuerung bei planmäßigen Personalabgängen durch eine vor-

gelagerte Ausbildung bzw. bei Fachkräften z.B. aus dem sozialen/technischen Bereich durch eine rechtzeitige Stellenausschreibung sicher.

In der Vergangenheit sind – bis auf berechnigte Ausnahmen – nahezu alle Auszubildenden in ein Arbeitsverhältnis bei der Stadt übernommen worden. Dieses Ergebnis lässt sicherlich auf eine gute Ausbildung bei der Stadt schließen. Übernahmechancen sind für die Ausbildungskräfte mit Blick auf die zuvor aufgezeigte Altersstruktur vorhanden. Hierbei sind ab dem Jahr 2012 durch Ergänzung des Tarifvertrages für Auszubildende des öffentlichen Dienstes – Allgemeiner Teil –, die im Rahmen der letzten Tarifverhandlungen zwischenzeitlich bis 28.02.2018 verlängert worden ist, die geänderten Rahmenbedingungen zu beachten. Es liegt auch im Interesse der Stadt, bei der künftigen Aufgabenerledigung eigenes, geschultes Personal einzusetzen, zumal eine dreijährige Ausbildung Kosten von rund 50.000 € auslöst und sich diese Kosten wieder amortisieren sollen.

Für das Jahr 2017 ist die Vergabe von zwei Ausbildungsplätzen im gehobenen Verwaltungsdienst und zwei als Verwaltungsfachangestellte/r vorgesehen, wobei eine endgültige Entscheidung hierzu zu gegebener Zeit – auch unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Auswahlverfahrens – zu treffen ist.

Mittelfristiges Ausscheiden von Führungskräften auf der Dienststellenleiter-ebene

Auf Grund der jetzt vielfältigen Regelungen zur Beendigung von Beamten- bzw. Arbeitsverhältnissen werden bis zum Jahre 2023 nach derzeitigen Erkenntnissen insgesamt 13 Führungskräfte auf der Dienststellenleiterebene (einschließlich Stellvertreter) aus dem aktiven Dienst bei der Stadt Eschweiler ausscheiden:

2017	1 Dienststellenleiter
2018	4 Dienststellenleiter
2019	1 Dienststellenleiter 1 stellvertretender Dienststellenleiter
2020	1 Dienststellenleiter 1 stellvertretender Dienststellenleiter

2021	1 Dienststellenleiter
2022	2 Dienststellenleiter
2023	1 stellvertretender Dienststellenleiter

Es handelt sich dabei um gesicherte Werte (Ausscheiden mit Erreichen der Altersgrenze, Vorliegen der Erklärung eines Mitarbeiters, Ende Altersteilzeit Arbeitsphase), wobei möglicherweise auch noch ein vorzeitigeres oder späteres Ausscheiden im Einzelfall nicht auszuschließen ist.

Das Stellenniveau orientiert sich an der Struktur dieser Verwaltung und deren Aufgabenwahrnehmung. Eine jüngst getroffene Entscheidung der Verwaltung gemeinsam mit dem Personalrat im Rahmen der letzten Vierteljahresgespräche zu möglichen Nachfolgeregelungen beim Ausscheiden von Führungskräften führte zu einer Erneuerung im Bereich des Personalmanagements: Durch eine frühzeitige Einarbeitung von Mitarbeitern, die als Nachfolger für Leitungspositionen ausgewählt wurden, vor dem tatsächlichen Austritt der bisherigen Führungskraft sollen Know-How bewahrt und ein gleitender Übergang gewährleistet werden. Diese anstehende Fluktuation im Führungsbereich wird allerdings auch zu weiteren Überlegungen der künftigen Organisationsstruktur sowie erhöhtem Schulungsbedarf führen.

Stellenplanentwicklung

Im Rahmen des Stellenplans 2005 wurden zunächst einmal im Vergleich zum Vorjahr insgesamt 20 Stellen eingespart. Dabei handelte es sich um Stellen, die einerseits nicht besetzt waren und deren Besetzung andererseits mittelfristig nicht vorgesehen war.

Danach ergeben sich zunächst die nachfolgenden Werte:

	2005	2013	2014	2015	2016	2017
Beamtenbereich	147	148	148	138	138	138
Tariflicher Bereich	387,75	349,05	351,55	362,50	368,15	379,35
Insgesamt	534,75	497,05	499,55	500,50	506,15	517,35

¹ **Erläuterungen siehe Seiten 111 bis 115**

Die abweichenden Werte gegenüber 2005 sind auf die Ausgliederung der Kindergarteneinrichtungen (Bildung der Betreuungseinrichtung für Kinder und Jugendliche -BKJ), aber auch auf zusätzliche Personalerfordernisse in verschiedenen Bereichen u.a. auf der Grundlage der Weisung von Aufsichtsbehörden (z.B. Feuerwehrbedienstete) und strukturelle Notwendigkeiten (Einführung von NKF) zurückzuführen. Weitere Einzelheiten erfolgen an späterer Stelle.

Insbesondere ergibt sich nach kritischer und organisatorischer Prüfung sowie auf Grund der Prioritäten der Aufgabenerfüllung und nach Beschluss des Verwaltungsvorstandes der dargelegte Stellenbedarf.

Hierbei ist zu beachten, dass die Ausweisung von Planstellen im Rahmen des Stellenplanes nicht gleichzeitig etwas zu den entstehenden Personalkosten aussagt. So führen beispielsweise eine Zurückhaltung in der Stellenbesetzung bzw. zeitlich verzögerte Stellenneubesetzungen sicherlich zu Einsparungen im Personalkostenbereich, ohne dass Auswirkungen im Stellenplan ersichtlich werden. Des Weiteren können z. B. durch Kooperationen mit anderen Kommunen Mehreinnahmen erzielt bzw. höhere Ausgaben durch die Einstellung von eigenem Personal vermieden werden.

Weitere stellenplantechnische Besonderheiten ergeben sich aus den getroffenen Vereinbarungen über die Gewährung von Altersteilzeit. Überwiegend wird – wie bereits gesagt - von den Mitarbeitern das so genannte Blockmodell gewählt. Dies hat zur Folge, dass sich Mitarbeiter teilweise über einen Zeitraum von bis zu 5 Jahren in der Freistellungsphase befinden. Während dieser Zeit müssen sie aber auf entsprechende Planstellen geführt werden.

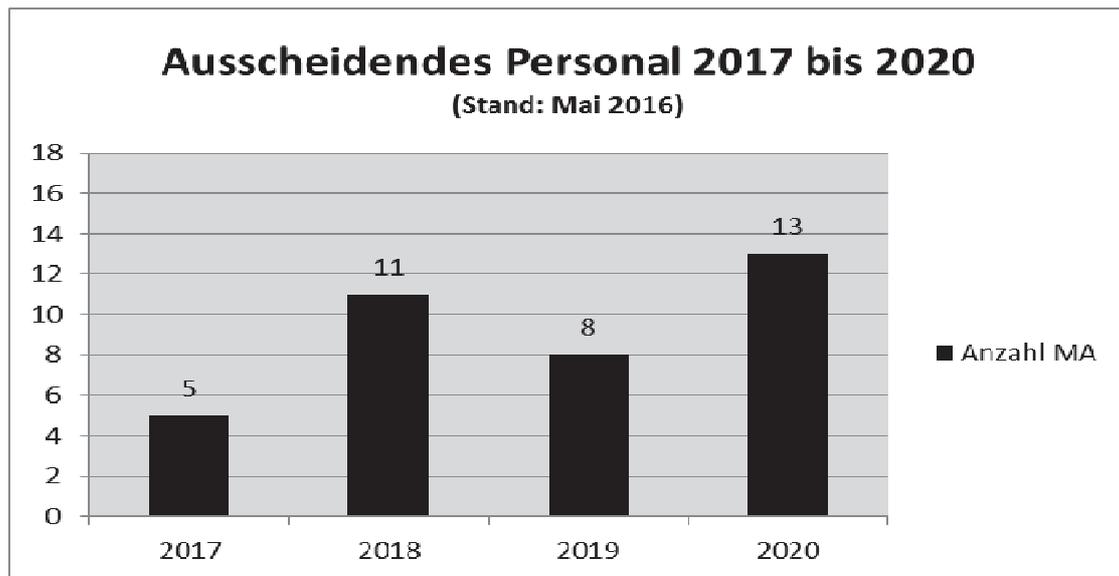
Die nächsten personellen Planungen der Stadt sind – wie bereits zuvor erwähnt - auf einen mittelfristigen Zeitraum von 4 Jahren (bis 2020) ausgerichtet.

Die Anzahl der aus dem aktiven Dienst ausscheidenden Mitarbeiter wird in der unten angeführten Grafik dargelegt, wobei die graphische Darstellung nur die Mitarbeiter beinhaltet, deren Ausscheiden als gesichert gelten kann (Ausscheiden mit Erreichen der Altersgrenze, Vorliegen der Erklärung eines Mitarbeiters) bzw. die bekannten Fälle der Inanspruchnahme von Altersteilzeit. Mögliche Nachfolgeregelungen erfolgen in erster Linie im Rahmen von Personalentwicklungsmaßnahmen, in die in den letzten Jahren verstärkt Ausbildungskräfte nach Beendigung ihrer Ausbildung einbezogen wurden/werden.

Für die Altersteilzeit gilt, dass der Mitarbeiter mit Beendigung der Arbeitsphase nicht mehr zur Verfügung steht, d. h. als Ausscheidungsdatum wird in der Personalplanung für evtl. Stellennachbesetzungen auf das Datum „Ende Arbeitsphase“ gesetzt.

Auf Grund erfolgter Anpassungen der Rechtsnormen im tariflichen Bereich mit einhergehenden finanziellen Einbußen wird das Altersteilzeitmodell kaum noch durch neue Fälle in Anspruch genommen. Von derzeit 31 laufenden Altersteilzeitregelungen befinden sich ausschließlich zwei Mitarbeiter in der Arbeitsphase, die Übrigen haben bereits die Freistellungsphase erreicht. Die Regelungen der Altersteilzeit wurden im Rahmen der Tarifrunde 2016/2017 bis 31.12.2018 verlängert.

Im Beamtenbereich wurde in den letzten zwei bis drei Jahren eine Altersteilzeitvereinbarung mit lediglich vier Mitarbeitern neu abgeschlossen, ein Mitarbeiter wird zum 01.10.2016 mit der Dienstleistungsphase beginnen. Die gesetzlichen Vorschriften für die Altersteilzeit wurden bei der letzten Änderung des Landesbeamtengesetzes NRW auf unbestimmte Zeit verlängert.

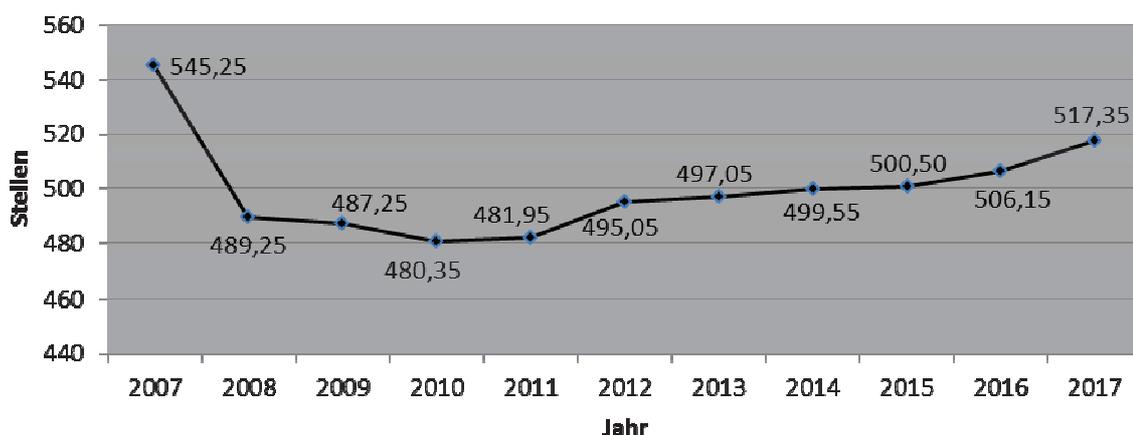


Die Entwicklung der Stellenpläne und damit der angeführten Stellen und ihrer Besetzung konnten aufgrund der getroffenen Aussagen weitestgehend konstant gehalten werden. Hier die Zahlen ab dem Haushaltsjahr 2007:

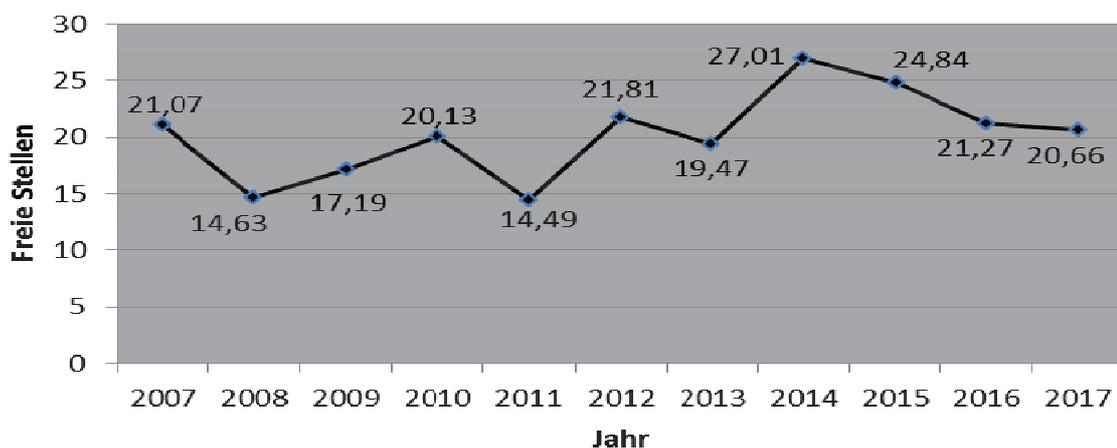
<u>Haushaltsjahr</u>	<u>Anzahl der Stellen</u>	<u>Freie Stellenanteile</u>	<u>Stellenauslastung</u>
2007	545,25	21,07	96,14 %
2008	489,25	14,63	97,01 %
2009	487,25	17,19	96,47 %
2010	480,35	20,13	95,81 %
2011	481,95	14,49	97,00 %
2012	495,05	21,81	95,60 %
2013	497,05	19,47	96,10 %
2014	499,55	27,01	94,60 %
2015	500,50	24,84	95,00 %
2016	506,15	21,27	95,80 %
2017	517,35	20,66	96,00 %

Der Anstieg der Stellen im tariflichen Bereich ergibt sich insbesondere wegen des Ersatzes zusätzlicher Mitarbeiter/-innen im Flüchtlings- sowie baulichen Bereich.

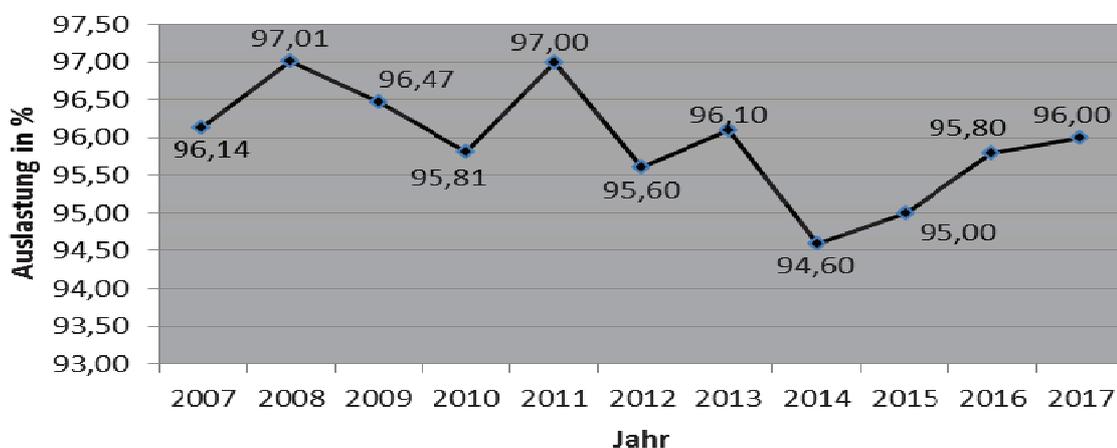
Stellen bei der Stadt Eschweiler



Freie Stellen bei der Stadt Eschweiler



Stellenauslastung in %



Ab dem Jahr 2006 wurden die bei der Stadt verbleibenden Stellen des ehemaligen Stadtbetriebes im Stellenplan eingegliedert und dort fortgeführt.

An Aus-/Eingliederungen ergaben sich in diesem Zeitrahmen:

31.12.2004 Auflösung des Stadtbetriebes Eschweiler StBE

Im Stellenplan 2005 wurden im Vergleich zum Stellenplan 2004 20 Stellen eingespart. Die Auflösung des StBE und der damit einhergehenden Rückführung von insgesamt 8,5 Stellen in den Stellenplan wurde erst im Stellenplan 2006 verwirklicht.

Die im Stellenplan 2007 ausgewiesene Erhöhung der Stellen ist im Wesentlichen zurückzuführen auf die Übernahme von insgesamt 4 kirchlichen Kindergärten inklusive Personal in städtische Regie, die einen Umfang von 13 Stellen ausmachte.

01.07.2007 Bildung der Betreuungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche der Stadt Eschweiler (BKJ)

Die mit Datum 01.07.2007 gebildete BKJ wirkte sich stellenplanmäßig erst im Stellenplan 2008 aus. Hierbei wurden insgesamt 57 Stellen ausgegliedert.

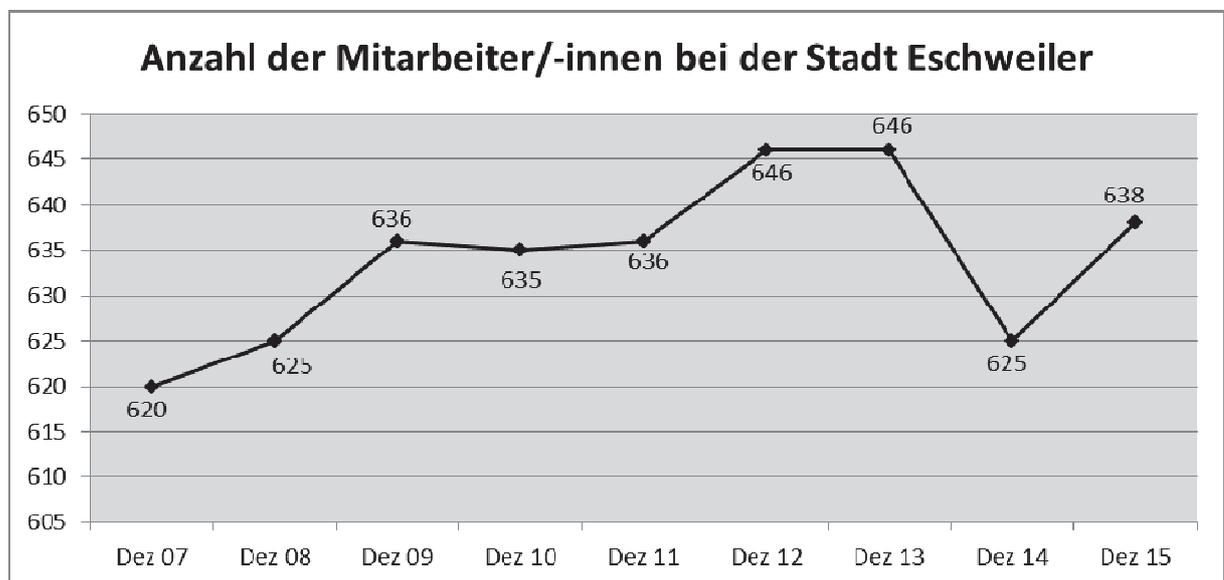
01.01.2011 Bildung der gemeinsamen Einrichtung "Jobcenter StädteRegion Aachen"

Die bisher im Bereich der ARGE eingesetzten Mitarbeiter sind überwiegend im Wege einer Abordnung zur StädteRegion Aachen gewechselt und werden dort seit 01.01.2011 in der gemeinsamen Einrichtung "Jobcenter StädteRegion Aachen" eingesetzt. Stellenplanmäßig wurden sie zunächst bei der Stadt Eschweiler geführt.

Seit Ende 2010 sind insgesamt 13 Beamte zum Jobcenter der StädteRegion Aachen gewechselt. Von den bis dahin noch verbliebenen 12 Planstellen wurden

im Stellenplan 2015 zwei in den Bereich der Feuerwehr verlagert und entsprechend angepasst. Die übrigen 10 Planstellen fielen ersatzlos weg. Die zu diesem Zeitpunkt noch zur StädteRegion Aachen abgeordneten Mitarbeiter (1 Beamter, 3 tariflich Beschäftigte) wurden bei der Ermittlung der gesamten Planstellen berücksichtigt, sodass für diese Mitarbeiter entsprechende Planstellen zur Verfügung standen. Durch die Rückkehr einer Mitarbeiterin in den Dienst der Stadt Eschweiler und den Wechsel von zwei Mitarbeitern zur StädteRegion Aachen befindet sich aktuell nur noch ein Mitarbeiter in der Abordnung, dem eine entsprechende Planstelle zugeteilt ist.

Die oben aufgeführten Ein-/Ausgliederungen wirkten sich ebenso auf die Anzahl der Mitarbeiter aus, wobei auch hier zu berücksichtigen ist, dass bis einschließlich 2005 die Mitarbeiterzahlen analog dem Stellenplan ohne StBE sind. Im Jahre 2006 sind demnach erstmalig die StBE-Mitarbeiter (9 Mitarbeiter) sowie die aus kirchlichen Kindergärten übernommenen Mitarbeiter (insgesamt 18 Mitarbeiter) enthalten. Ab 2008 werden die Mitarbeiter der BKJ nicht mehr in den Beschäftigtenzahlen ausgewiesen:



Zum Stand 30.06.2016 sind 663 Mitarbeiter (inkl. Saisonkräfte, Mitarbeiter in Altersteilzeitfreizeitphase, Elternzeit, Beurlaubung, etc.) beschäftigt. Der Anstieg der Mitarbeiterzahl von 12/2015 nach 06/2016 um insgesamt 25 Mitarbeiter/-innen ist im Wesentlichen zurückzuführen auf den Einsatz zusätzlicher Mitarbeiter/-innen (siehe auch Begründung zum Stellenplan) und den Ersatz von langzeiterkrankten

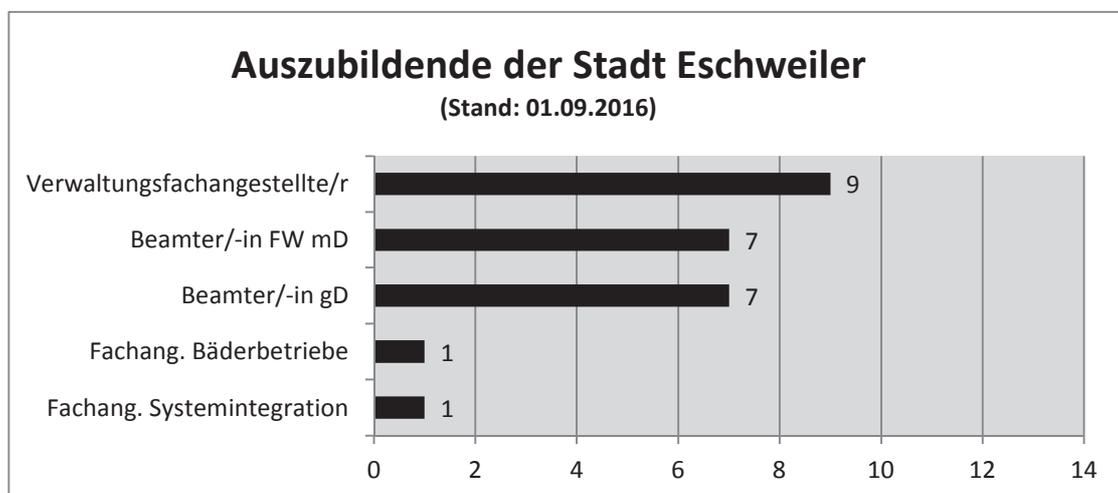
Mitarbeitern/-innen sowie Mitarbeitern/-innen in der Altersteilzeit-Freistellungsphase, da bei der Ermittlung der statistischen Zahlen sowohl der/die de facto abwesende Mitarbeiter/-in als auch die Ersatzgestaltung berücksichtigt werden.

Ausbildung im Hause – Fachkräfte von morgen selbst heranziehen

Die Stadt Eschweiler hat ihr Angebot an Ausbildungsplätzen nicht nur im Hinblick auf künftigen Personalbedarf gestaltet, sondern auch dazu, jungen Menschen eine Perspektive zu geben, damit sie über eine Ausbildung im Berufsleben Fuß fassen.

So bildet die Stadt neben den klassischen Verwaltungsberufen – gehobene Beamtenlaufbahn sowie Verwaltungsfachangestellte – ab 01.08.2016 der Bedarfslage entsprechend auch einen Fachangestellten für Bäderbetriebe und einen Fachinformatiker der Fachrichtung „Systemintegration“ aus. Zusätzlich befinden sich zurzeit 7 Brandmeisteranwärter in der Ausbildung.

Wie bereits auf Seite 18 erwähnt, ist für 2017 die Einstellung von zwei Beamtenanwärtern im gehobenen Dienst sowie zwei Verwaltungsfachangestellten vorgesehen. Darüber hinaus wird die Einstellung von Brandmeisteranwärtern nach Bedarfslage erfolgen.



Das Engagement für Ausbildung wird dadurch unterstrichen, dass das Angebot an Ausbildungsplätzen auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten für die Stadt Eschweiler aufrechterhalten wurde. Der Personalbedarf für die klassischen Verwaltungsberufe wird überdies nahezu ausschließlich aus der eigenen Ausbildungsaktivität rekrutiert. Je nach Bedarfs- und Bewerberlage werden pro Jahr bis zu 7 neue Ausbildungsverhältnisse begründet.

Auf Grund eines erweiterten Bedarfs in der städtischen Feuerwehr (Anhebung der Sollstärke auf insgesamt 61 Feuerwehrkräfte) bzw. erforderlicher Ersatzgestellungen für normale Fluktuation wurden und werden zusätzlich neue Brandmeisteranwärter eingestellt und ausgebildet.

Die Auszubildenden werden während ihrer Ausbildungszeit hausintern betreut und begleitet. Dabei werden praktische Einsätze der Auszubildenden in den verschiedenen Ämtern und Sachgebieten koordiniert, aber auch kombiniert mit den schulischen Phasen. Die fachspezifischen Ausbildungsberufe wie beispielsweise Fachangestellter für Forstbetriebe finden in einem zugeordneten Fachamt statt. In den einzelnen Ämtern sind verantwortliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Betreuung der Auszubildenden benannt. Es stehen vollwertig ausgestattete Arbeitsplätze zur Verfügung. Die Auszubildenden werden auf Basis ihres Ausbildungsstands in die Sachbearbeitung oder Dienstleistung mit eingebunden.

Den Auszubildenden wird je nach Bedarfslage auch Zeit für eigene Arbeitsgruppen gegeben. Darüber hinaus nehmen die Auszubildenden am städtischen Fortbildungsangebot – etwa EDV-Schulungen – teil.

Zudem werden die Auszubildenden situativ auch noch hausintern weitergeschult, z.B. über die Tätigkeit städt. Dienststellen, anderer ortsnahe Behörden, Vorschriften der Arbeitssicherheit und Unterrichtung zum Thema „Korruption“, „Sozialversicherungsrecht“ und „Neues Kommunales Finanzmanagement“.

Sämtliche Ausbildungsverhältnisse werden ohne eine Übernahmegarantie begründet, wobei ab 2012 die neuen Tarifbedingungen des TVAöD zu beachten sind. Im Bereich der klassischen Verwaltung hat es bisher nur wenige Auszubil-

dende gegeben, die mangels Planstellen oder Eignung nicht übernommen werden konnten.

Im Hinblick auf den demographischen Wandel und die zurückgehende Zahl von Schulabsolventen stehen die öffentlichen Arbeitgeber in einer deutlich schärferen Konkurrenz um qualifizierte Nachwuchskräfte.

Die Kommunen müssen zweifellos ihre Strategie überdenken. Man kann sich nicht mehr von kurzfristigen Blicken auf den Haushalt leiten lassen und damit die Herausforderungen, welche die Zukunft an die Kommunen stellt, ausblenden. Die Investition in den Nachwuchs heute wird sich auszahlen und der Punkt einer Wirtschaftlichkeit rasch erreicht sein.

In Zeiten, in denen es – auch vor dem Hintergrund des demographischen Wandels – zunehmend schwieriger wird, qualifizierte Fach- und Führungskräfte zu finden und langfristig zu halten, gewinnt ein Aspekt besonders an Bedeutung: Gutes Personal aus den eigenen Reihen gezielt zu fördern und ihnen attraktive Perspektiven zu bieten.

In Zukunft wird die Übernahme gut ausgebildeter Nachwuchskräfte weiterhin die Strategie sein, welche die Stadt Eschweiler in diesem Zusammenhang verfolgen muss. Sonst liefe man Gefahr, in den Folgejahren Stellen nicht mehr – oder nur noch mit erheblichen Qualitätseinbußen – besetzen zu können.

Fortbildungsprogramm 2017

Die Fortbildungsmaßnahmen, werden entsprechend dem vorhandenen Know-how der Mitarbeiter, den wachsenden oder sich verändernden Anforderungen und den unterschiedlichen Entwicklungsfeldern gestaltet. So vielseitig sind dann auch die Möglichkeiten für die Mitarbeiter: Sie reichen neben dem Fortbildungsprogramm von mehrtägigen Fortbildungsseminaren über Inhouse-Schulungen bis hin zu längerfristigen Aufstiegsfortbildungen.

Das vorhandene Potential wird somit gepflegt und in die Mitarbeiter investiert, so dass sie fit für neue fachliche Anforderungen oder vorbereitet auf Führungsaufgaben werden.

Im zweiten Halbjahr 2016 werden im Rahmen des in Kooperation mit der VHS angebotenen hausinternen Fortbildungsprogramms zahlreiche Kurse wie z.B. „Aktive Pause am Arbeitsplatz“, „Interkulturelle Kompetenz“ oder „Verwaltung kompakt“ angeboten, wobei der Schwerpunkt auf den Gesundheitsbereich gelegt wurde. Die aus dem zweiten Halbjahr gewonnenen Erfahrungen werden Einfluss auf das für 2017 zu entwickelnde Programm haben.

In Kooperation mit dem Studieninstitut Aachen werden den Mitarbeitern längerfristige Aufstiegsfortbildungen ermöglicht.

Derzeit befinden sich zwei Mitarbeiter/-innen im Angestelltenlehrgang I und fünf Mitarbeiter/-innen im Angestelltenlehrgang II. Für den nächsten Angestelltenlehrgang I, der voraussichtlich in 2018 beginnt, wurde bereits ein Mitarbeiter gemeldet, für den nächsten Angestelltenlehrgang II, der voraussichtlich in 2017 startet, wurden zwei Mitarbeiter/-innen gemeldet. Darüber hinaus ist die Teilnahme von zwei Mitarbeitern/-innen für den darauf folgenden Angestelltenlehrgang II vorgesehen, bedingt durch fehlende Dozenten und Räumlichkeiten können seitens des Studieninstitutes Aachen jedoch noch keine Termine bekanntgegeben werden. Weitere Bewerbungen liegen bereits vor.

Vier Mitarbeiter/-innen sind für den Minilehrgang angemeldet, der voraussichtlich im Herbst 2016 beginnt. Für 2017 folgen weitere Anmeldungen. In 2015/2016 wurde einer Führungskraft die Teilnahme am Ausbildereignungslehrgang ermöglicht. Zwei Mitarbeiter/-innen wurden für den nächsten Lehrgang angemeldet, dessen Beginn noch offen ist.

Je nach Bedarfslage werden weitere Aufstiegsfortbildungen in 2017 ermöglicht.

Schulung von Führungskräften bzw. Führungskräftenachwuchs

In den vergangenen Jahren hat eine Qualifizierung von Führungskräften bzw. Mitarbeitern, die auf eine mögliche Übernahme von Führungsaufgaben vorzubereiten sind, im Rahmen von Inhouse-Veranstaltungen stattgefunden. Seit dem Jahr 2006 wurden hier insgesamt 48 Mitarbeiter geschult.

Im Jahr 2015 nahmen zwei Mitarbeiter, die seit Kurzem in Führungspositionen tätig sind, an entsprechenden Seminaren des Rheinischen Studieninstituts Köln teil.

Entsprechend der Bedarfslage wird diese Strategie für die Zukunft weiterverfolgt. Zusätzlich wird - wie bereits auf Seite 20/21 geschildert - eine frühzeitige Einarbeitung des Führungskräftenachwuchses auf die jeweils zu besetzende Position in der Praxis umgesetzt.

Die Durchführung eines neuen Inhouse-Seminars in Zusammenarbeit mit dem Rheinischen Studieninstitut erfolgt im Herbst 2016. Schwerpunkt dieser Schulung liegt auf der stetigen Weiterentwicklung der Kompetenzen der Führungskräfte und des Führungskräftenachwuchses. Weitere Qualifizierungsmaßnahmen sind die Ausbildereignungsprüfung bzw. Bestellung zum/r Prüfer/-in für den Bachelorstudiengang.

Gezielte Fortbildung

Die Wirkung der Fortbildung ist dann am größten, wenn sie in eine systematische Personalentwicklung eingebunden ist. Systematisch bedeutet in diesem Zusammenhang: zielgruppenspezifische Angebote auf der Basis strategischer Ziele verbunden mit einem Bildungscontrolling (Evaluation von Fortbildungsmaßnahmen).

Bislang konzentriert sich die Mehrheit der Kommunen auf den Erfolgsfaktor „zielgruppenspezifische Angebote“. Der Bezug zu den strategischen Zielen der Kommune steht ebenso wie ein ausgefeiltes Bildungscontrolling erst am Anfang. Beide bislang noch vernachlässigten Erfolgsfaktoren können einen wesentlichen Bei-

trag zur Wirtschaftlichkeit leisten, indem sie der Beliebigkeit auf der Nachfrageseite entgegenwirken. Diese Beliebigkeit verursacht unnötige Kosten, die durch eine gezielte Fortbildung eingespart werden können. So gesehen ist gezielte Fortbildung auch ein Zielfeld intelligenten Sparens. Wo vermieden wird,

- die falschen Zielgruppen fortzubilden,
- praxisuntaugliche und theorieüberlastete Lehrinhalte zu vermitteln,
- unnötige Reisekosten zu verursachen,

nicht vorhandene Transferbedingungen zu übersehen, findet effizientes Sparen bei der Fortbildung statt.

Vor diesem Hintergrund erfolgt eine ständige kritische Überprüfung des bisherigen Fortbildungsangebots mit dem Ergebnis, dass Neuausrichtungen einzelner Maßnahmen oder des kompletten VHS-Mitarbeiterprogramms im Bedarfsfall getroffen werden.

Neben einer Professionalisierung der Angebotsstruktur können Führungskräfte im Rahmen ihrer Personalentwicklungsfunktion maßgeblichen Einfluss auf eine gezielte Fortbildung ausüben, indem sie

- die internen Fortbildungsbedarfe abklären,
- im Rahmen des Mitarbeitergesprächs besprechen, wer aus welchem Grund an welcher Fortbildungsmaßnahme teilnimmt,
- nach Beendigung einer Fortbildungsmaßnahme den betreffenden Mitarbeiter bitten, im Kollegenkreis über die Inhalte zu berichten (Multiplikatoren),
- nach den Konsequenzen zu fragen, die sich daraus für den betreffenden Mitarbeiter und möglicherweise für die Organisationseinheit daraus ergeben,
- die Erfahrungen bei der nächsten Bedarfsermittlung einbringen und an die zentrale Fortbildung weiterleiten.

7. Sonstige Personalmaßnahmen: In welchen Bereichen kann der Personalaufwand durch sonstige Maßnahmen gesenkt werden, z.B. Überstundenregelung, Leistungsanreize?

Arbeitsrechtliche Gestaltungsmöglichkeiten zur Personalkostensenkung

a) Personalkostenreduzierung ohne Kündigung

- Anpassung von Arbeitsverträgen an geänderte Rahmenbedingungen.
- Einführung von Arbeitszeitkonten, Überstundenabbau und Mehrarbeit nutzen.

Gerade diese Instrumente sind derzeit stark in der Erörterung, bieten sie doch Möglichkeiten der indirekten Steuerung von Personalkosten.

- Anordnung von (Zwangs-)Urlaub aus dringenden betrieblichen Gründen (z.B. Betriebsferien).
- Beschäftigungssicherung durch flexible Arbeitszeitgestaltung.

Hier hat die Stadt Eschweiler ihren Mitarbeitern zahlreiche Arbeitszeitangebote unterbreitet. Mit Anteil von ca. 39 % Teilzeitbeschäftigung an den Gesamtbeschäftigten ist eine erhebliche Anpassung an das Arbeitszeitbedürfnis vorgenommen worden, wobei im allgemeinen Verwaltungsbereich der Anteil der Teilzeitbeschäftigten wesentlich höher liegt. So bestehen für die Gesamtverwaltung auch insgesamt ca. 80 Arbeitszeitmodelle.

b) Personalkostenreduzierung durch Personalabbau

- Personalabbau durch betriebsbedingte Kündigung.

Bei allen angestellten Bemühungen wurde dieses Instrument nicht weiter forciert. So müssten nämlich bei den zu erwartenden Kündigungsschutzprozessen erhebliche Unsicherheiten in Kauf genommen werden. Voraussichtlich würden auch Wiedereinstellungsansprüche geltend gemacht.

- Einvernehmliche Beendigung von Arbeitsverhältnissen.

In den Fällen, in denen arbeitnehmerseitig um einen Auflösungsvertrag gebeten wurde, ist dem Wunsch zeitnah entsprochen worden.

- Befristung von Arbeitsverhältnissen als Möglichkeit der Personal- und Kostensteuerung wird zwischenzeitlich im städtischen Bereich im Bedarfsfall angewandt.
- Angebot von Zeitarbeit im Rahmen der Arbeitnehmerüberlassung.
Auf Grund des erheblichen Verwaltungs- und Kostenaufwands (beachte Richtlinie 2008/104/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. November 2008) wurde von dieser Möglichkeit bisher kein Gebrauch gemacht.

c) Personalkostenreduzierung durch Reduzierung von Krankheitszeiten

- Neuorganisation des betriebsärztlichen Dienstes mit Ausweitung von Vorsorgemaßnahmen;
- Beschaffung von Arbeitsmitteln zur Arbeitserleichterung;
- Durchführung eines Betrieblichen Eingliederungsmanagements (von 2014 bis jetzt wurden 40 BEM-Gespräche geführt, die zu unterschiedlichsten Maßnahmen (z.B. Wiedereingliederung in das Arbeitsleben, Anpassung oder Wechsel des Arbeitsplatzes etc.) führten)
- Ausweitung des in Kooperation mit der VHS aufgestellten Fortbildungsprogramms auf den Bereich „Gesundheitsförderung“

Weitere Einsparmöglichkeiten, die geprüft wurden:

- Neubesetzung von freiwerdenden Planstellen durch Aufgabeneinschränkungen oder Wegfall in anderen Verwaltungsbereichen und Umsetzung von Mitarbeitern in die freigewordenen Planstellen.
- Keine Verlängerung von Zeitverträgen.
- Reduzierung externer Einstellungen.
- Ausnutzung der „sonstigen“ Fluktuation (z.B. durch Schwangerschaft, Wechsel zu einer anderen Behörde pp.).

- Reduzierung von Überstunden.
- Stundenreduzierung (Umwandlung der Stellen von Vollzeit auf Teilzeit).
- Organisatorische Umverteilung.
- Zeitliche Streckung der Neubesetzung von Planstellen, was nicht selten erfolgte
- befristete Beförderungssperre
- Optimierungsvorschläge aus der Belegschaft im Rahmen des Betrieblichen Vorschlagswesens

Unabhängig von den bisherigen Ausführungen wird die Stadt Eschweiler mögliche Einsparpotentiale prüfen, aber auch die aufgezeigten Anhaltspunkte einer näheren Betrachtung unterziehen. Dazu wird dann auch das Leistungsangebot gegenüber dem Bürger mit einzubeziehen sein.



Anlagen

zum
Haushaltsplan



AKTIVA		PASSIVA
1. Anlagevermögen		52.410.245,48 €
1.1	Immaterielle Vermögensgegenstände	143.744,42 €
1.2	Sachanlagen	364.150.655,51 €
1.2.1	Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	48.486.765,89 €
1.2.2	Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	88.970.440,43 €
1.2.3	Infrastrukturvermögen	208.660.525,46 €
1.2.4	Bauten auf fremdem Grund und Boden	174.919,73 €
1.2.5	Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	36.993,78 €
1.2.6	Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	1.915.511,93 €
1.2.7	Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.988.591,65 €
1.2.8	Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	13.916.906,04 €
1.3	Finanzanlagen	55.522.868,93 €
1.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen	9.409.687,30 €
1.3.2	Beteiligungen	31.738.318,00 €
1.3.3	Sondervermögen	- €
1.3.4	Wertpapiere des Anlagevermögens	12.134.245,67 €
1.3.5	Ausleihungen	2.240.617,96 €
2.	Umlaufvermögen	9.858.877,36 €
2.1	Vorräte	1.192.906,51 €
2.1.1	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren	1.192.906,51 €
2.1.2	Geleistete Anzahlungen	- €
2.2	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.540.753,02 €
2.2.1	Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	5.212.009,55 €
2.2.2	Privatrechtliche Forderungen	244.637,94 €
2.2.3	Sonstige Vermögensgegenstände	84.105,53 €
2.3	Wertpapiere des Umlaufvermögens	- €
2.4	Liquide Mittel	3.125.217,83 €
3.	Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	4.521.950,06 €
419.817.268,86 €		419.817.268,86 €
1. Eigenkapital		55.602.413,15 €
1.1	Allgemeine Rücklage	- €
1.2	Sonderrücklage	- €
1.3	Ausgleichsrücklage	3.192.167,67 €
1.4	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-
2.	Sonderposten	113.790.152,51 €
2.1	für Zuwendungen	86.779.664,76 €
2.2	für Beiträge	21.031.015,52 €
2.3	für den Gebührenaussgleich	1.393.739,39 €
2.4	Sonstige Sonderposten	4.585.732,84 €
3.	Rückstellungen	77.281.996,93 €
3.1	Pensionsrückstellungen	60.873.020,00 €
3.2	Rückstellungen für Deponien und Altlasten	- €
3.3	Instandhaltungsrückstellungen	8.384.002,27 €
3.4	Sonstige Rückstellungen nach § 36 Abs. 4 und 5 GemHVO NRW	8.024.974,66 €
4.	Verbindlichkeiten	179.902.484,86 €
4.1	Anleihen	- €
4.2	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	77.377.467,08 €
4.2.1	von verbundenen Unternehmen	- €
4.2.2	von Beteiligungen	- €
4.2.3	von Sondervermögen	- €
4.2.4	vom öffentlichen Bereich	64.822.443,78 €
4.2.5	vom privaten Kreditmarkt	12.555.023,30 €
4.3	Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	85.964.000,00 €
4.4	Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleich kommen	497.475,73 €
4.5	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.204.483,97 €
4.6	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	4.551.004,21 €
4.7	Sonstige Verbindlichkeiten	7.308.053,87 €
5.	Passive Rechnungsabgrenzung	10.813.216,50 €
434.198.096,28 €		434.198.096,28 €

AKTIVA		PASSIVA	
1. Anlagevermögen		413.200.450,22 €	32.539.523,60 €
1.1	Immaterielle Vermögensgegenstände	104.848,72 €	47.683.151,84 €
1.2	Sachanlagen	361.662.682,26 €	-
1.2.1	Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	47.197.565,36 €	-
1.2.2	Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	95.651.011,26 €	15.143.628,24 €
1.2.3	Infrastrukturvermögen	208.290.597,81 €	117.985.911,51 €
1.2.4	Bauten auf fremdem Grund und Boden	169.299,17 €	90.516.428,49 €
1.2.5	Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	36.993,78 €	20.281.266,32 €
1.2.6	Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	2.045.064,58 €	1.176.394,52 €
1.2.7	Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.074.194,31 €	6.011.822,18 €
1.2.8	Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	6.197.955,99 €	94.898.079,31 €
1.3	Finanzanlagen	51.432.919,24 €	62.797.055,00 €
1.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen	9.409.687,30 €	-
1.3.2	Beteiligungen	31.738.318,00 €	5.367.847,56 €
1.3.3	Sondervermögen	-	26.733.176,75 €
1.3.4	Wertpapiere des Anlagevermögens	8.041.239,67 €	170.043.977,93 €
1.3.5	Ausleihungen	2.243.674,27 €	-
2. Umlaufvermögen		7.676.533,08 €	80.982.637,57 €
2.1	Vorräte	725.687,13 €	-
2.1.1	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren	725.687,13 €	-
2.1.2	Geleistete Anzahlungen	-	-
2.2	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.765.052,38 €	69.259.339,75 €
2.2.1	Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	5.333.144,90 €	11.723.297,82 €
2.2.2	Privatrechtliche Forderungen	217.879,32 €	78.151.000,00 €
2.2.3	Sonstige Vermögensgegenstände	214.028,16 €	503.800,72 €
2.3	Wertpapiere des Umlaufvermögens	-	1.919.437,34 €
2.4	Liquide Mittel	1.185.793,57 €	5.014.470,81 €
3. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten		4.955.015,67 €	1.316.930,99 €
		425.831.998,97 €	10.364.506,62 €
		425.831.998,97 €	425.831.998,97 €

STELLENPLAN 2017

- A: Beamte
- B: Tariflich Beschäftigte

STELLENÜBERSICHT

- A: Aufteilung nach der Gliederung
- B: Dienstkräfte in der Probe- und Ausbildungszeit

Stellenplan 2017 Teil A: Beamte

Wahlbeamte und Laufbahngruppen / Amtsbezeichnungen	Besoldungsgruppe	Zahl der Stellen 2017		Zahl der Stellen 2016	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2016	Erläuterungen
		insgesamt	davon ausgesondert			
Wahlbeamte						
Bürgermeister	B 6	1	-	1	1	
Beigeordneter	B 3	1	-	1	1	
Beigeordneter	B 2	1	-	1	1	
Höherer Dienst						
Leit. Rechtsdirektor	A 16	1	-	1	1	
Städt. Verwaltungsdirektor	A 15	2	-	2	2	
Städt. Volkshochschuldirektor	A 15	1	1	1	-	
Städt. Baudirektor	A 15	1	-	1	1	
Städt. Rechtsdirektor	A 15	1	-	1	1	
Städt. Oberverwaltungsrat	A 14	1	-	2	1	
Städt. Obervermessungsrat	A 14	1	-	1	-	
Städt. Volkshochschuloberrat	A 14	-	-	-	-	
Städt. Obersozialrat	A 14	2	-	2	2	
Städt. Oberrechtsrat	A 14	1	-	1	-	
Städt. Verwaltungsrat	A 13	1	-	1	1	
Übertrag:		15	1	16	12	

Stellenplan 2017 Teil A: Beamte

Laufbahnguppen und Amtsbezeichnungen	Besoldungs- gruppe	Zahl der Stellen 2017		Zahl der Stellen 2016	Zahl der tatsächlich besetzten Stel- len am 30.06.2016	Erläuterungen
		insgesamt	davon aus- gesondert			
Übertrag:		16	1	16	12	
Gehobener Dienst						
Stadtoberamtsrat	A 13	4	-	4	3	
Brandoberamtsrat	A 13	1	1	1	1	
Stadtsamtsrat	A 12	7	-	7	6	
Stadtbrandamtsrat	A 12	-	-	-	-	
Stadtamtmann u. a.	A 11	18	-	18	16	
Stadtbrandamtmann	A 11	1	1	1	1	
Stadtoberinspektor	A 10	15	-	15	11	
Stadtbrandoberinspektor	A 10	4	4	3	4	
Stadtinspektor	A 9	10	-	9	8	
Stadtbrandinspektor	A 9	2	2	3	2	
Mittlerer Dienst						
Stadtsamtsinspektor	A 9	3	-	4	3	
Hauptbrandmeister	A 9	14	14	14	10	
Stadthauptsekretär	A 8	3	-	2	3	
Oberbrandmeister	A 8	24	24	24	24	
Stadtobersekretär	A 7	1	-	2	1	
Brandmeister	A 7	16	16	15	14	
Oberfeuerwehrmann	A 6	-	-	-	-	
Stadtsekretär	A 6	-	-	-	-	
Insgesamt:		138	63	138	119	

Stellenplan 2017

Teil B: Tariflich Beschäftigte

Entgeltgruppe / Sondertarif	Zahl der Stellen 2017		Zahl der Stellen 2016		Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2016	Erläuterungen
	Tariflich Beschäftigte		Tariflich Beschäftigte			
EG 15 Ü	1		0		1	
15	3		4		3	
14	2		2		2	
13	5,8		5,8		5,8	
12	15,95		17,15		15,95	
11 / S 17	31,95		27,05		30,45	
10 / S 15	18,3		14,5		17,84	
9 / S 11 / S12 / S 14	77,4		83,45		75,67	
8 / S 8	49,55		45,15		49,21	
7	2		2		2	
6	60,4		56		59,4	
5 / S 4	32,2		34,85		28,95	
4	8		8		8	
3	12,8		9,2		12,7	
2	59		59		52,19	
Insgesamt:	379,35		368,15		364,06	

Bemerkung:
Außerdem: Aushilfen (Urlaub und Krankheit von Raumpflegerinnen pp.), einige geringfügige Beschäftigte.

Stellenübersicht 2017
Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung
- Beamte -

Produkt	Bezeichnung	Wahlbeamte				höherer Dienst				gehobener Dienst				mittlerer Dienst			Gesamt	
		B 6	B 3	B 2	A 16	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9	A 8		A 7
01 111 01 02	Verwaltungsführung	1	1	1	-	0,4	-	-	-	-	0,7	-	-	-	-	-	-	4,1
01 111 01 04	Beschäftigtenvertretung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,5
01 111 05 01	Rechnungsprüfung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	1
01 111 06 01	Zentrale Servicedienste	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,8
01 111 06 02	Zentrale Beschaffungen/Vergaben	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	1
01 111 07 01	Öffentlichkeitsarbeit	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,3	-	-	-	-	-	-	0,3
01 111 08 01	Personaldienste	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	1	2 ^{a)}	1	1	1	-	7
01 111 09 01	Finanzmanagement	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	2
01 111 09 03	Zahlungsabwicklung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,5	-	0,5
01 111 09 05	Vollstreckung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,5	-	0,5
01 111 09 06	Steuern und sonstige Abgaben	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	3	-	-	1	-	5
01 111 10 01	Organisationsangelegenheiten	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	1,2
01 111 10 02	EDV-Dienste und Datentechnik	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1
01 111 11 01	Rechts- und Versicherungsang.	-	-	-	-	-	1	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2
01 111 12 01	Infrastr./kfm. Gebäudemanagement	-	-	-	-	-	-	0,4	-	-	-	-	-	1	-	-	1	2,4
01 111 12 02	Grundst.- und Gebäudeverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,8	-	-	1	-	-	-	1,8
01 111 12 03	Technisches Gebäudemanagement	-	-	-	-	-	-	0,6	-	-	-	-	1	-	-	-	-	1,6
02 122 01 01	Allg. Sicherheit und Ordnung	-	-	-	-	-	-	1	-	-	1	-	-	-	-	-	-	3,5
02 122 07 01	Verkehrsang. u. Parkraumbewirt.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	1,5
02 122 10 01	Einwohnerangelegenheiten	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	2
02 126 15 01	Brandschutz/Brandbekämpfung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	1	3	1	7	13	11	37
02 126 15 02	Abw. von Großschadensereignissen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	1
02 127 17 01	Kranken- und Rettungsdienst	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	1	1	7	11	25
03 242 01 01	Fördermaßnahmen für Schüler	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	1
03 243 01 01	Sonstige schulische Aufgaben	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,5	-	-	1,5
Übertrag:		1	1	1	1	0,4	3	2	1	4,8	3,5	8,5	13	5	17	27	17	105,2

Stellenübersicht 2017
Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung
- Beamte -

Produkt	Bezeichnung	Wahlbeamte				höherer Dienst				gehobener Dienst					mittlerer Dienst			Gesamt
		B 6	B 3	B 2	A 16	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9	A 8	A 7	
Übertrag:		1	1	1	-	0,4	3	2	1	4,8	3,5	8,5	13	5	17	27	17	105,2
04 271 01 01	VHS	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1
05 311 01 02	Hilfe bei Einkommst. u. Unterst.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	1	-	-	-	-	2
05 313 01 01	Integration v. Menschen m. Zuwand.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,5	1	-	3,5	-	-	-	5
05 341 01 01	Unterhaltungsvorschussleistungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,2	0,2	-	1	-	-	-	1,4
06 361 01 01	Förd. v. Kind. in Tageseinr. u.-pflege	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	1,3 ^{c)}	0,5	-	-	-	-	2,8
06 362 01 01	Kinder- und Jugendarbeit	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,2 ^{d)}	0,5	-	-	-	-	0,7
06 363 01 01	Hilfe f. jun. Menschen u. in Familien	-	-	-	-	-	-	1	-	-	0,8	2,8	2	-	-	-	-	6,6
08 421 01 01	Förderung des Sports	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	1
09 511 01 01	Räumliche Planung u. Entwicklung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	1
09 511 02 01	Vermessung u. Erfassung v. Geo.	-	-	-	-	-	-	0,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,8
10 521 01 02	Grundstücksordng- u. wertermittlung	-	-	-	-	-	-	0,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,2
10 521 04 01	Maßnahmen der Bauaufsicht	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	2	-	-	-	-	-	3
10 522 01 03	Hilfen bei Wohnproblemen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,5	-	-	0,5	-	-	-	1
11 538 02 01	Entwässerung und Abwasserbeseitig.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,2	-	-	-	-	-	0,2
12 541 01 01	Gemeindestraßen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,5	1,8	1	-	-	-	-	3,3
15 571 01 01	Wirtschaftsförderung	-	-	-	-	-	0,6	-	-	0,2	-	0,8	-	0,8	-	-	-	2,4
15 575 01 01	Tourismus und Freizeit	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,2	-	0,2	-	-	-	0,4
Summe:		1	1	1	-	1	5	5	1	5	7	19	19	12	17	27	17	138

Stellenübersicht 2017
Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung
 - Tariflich Beschäftigte -

Produkt	Bezeichnung	15 Ü	15	14	13	12	11 S 17	10 S 15	9 S 11 S 12 S 14	8 S 8	7	6	5	4	3	2	Gesamt
01 111 01 01	Politische Gremien	-	-	-	-	0,8	-	0,8	2	1	-	-	-	-	-	-	4,6
01 111 01 02	Verwaltungsführung	0,3	-	-	-	-	-	-	4,5	-	-	-	-	-	-	-	4,8
01 111 01 03	Gleichstellung von Frau und Mann	-	-	-	-	-	-	0,5	-	0,1	-	-	-	-	-	-	0,6
01 111 01 04	Beschäftigtenvertretung	-	-	-	-	1	-	-	1	1,7	-	-	-	-	-	-	3,7
01 111 05 01	Rechnungsprüfung	-	-	1	1	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3
01 111 06 01	Zentrale Servicedienste	-	-	-	-	-	-	-	0,8 ^{e)}	1	-	3 ^{f)}	2	-	-	-	6,8
01 111 06 02	Zentrale Beschaffungen/Vergaben	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	1
01 111 08 01	Personaldienste	-	-	-	-	-	0,9	-	3 ^{g)}	2,8	-	-	0,45	-	-	-	7,15
01 111 08 02	Betriebliche Gesundheitsberatung	-	-	-	-	-	0,1	-	-	0,1	-	-	-	-	-	-	0,2
01 111 09 01	Finanzmanagement	-	1	-	-	-	-	2	0,5	1	-	-	-	-	-	-	4,5
01 111 09 03	Zahlungsabwicklung	-	-	-	-	-	0,5	-	-	2,85	-	5,75	0,8	-	-	-	9,9
01 111 09 05	Vollstreckung	-	-	-	-	-	0,5	-	-	2,5	-	4	-	-	-	-	7
01 111 09 06	Steuern und sonstige Abgaben	-	-	-	-	1	-	-	1,8	2	-	0,5	1,5	-	-	-	6,8
01 111 10 01	Organisationsangelegenheiten	0,7	-	-	0,2	-	-	0,2	0,2 ^{h)}	1,1	-	-	-	-	-	-	2,4
01 111 10 02	EDV-Dienste und Datentechnik	-	-	-	0,8	-	2	-	1	2	-	-	1	-	-	-	6,8
01 111 11 01	Rechts- und Versicherungsang.	-	-	-	1	-	-	-	0,5	-	-	-	-	-	-	-	1,5
01 111 12 01	Infrastr./kfm. Gebäudemanagement	-	-	-	-	-	-	-	1,5	2	1 ⁱ⁾	11	1	-	3	51,3	70,8
01 111 12 02	Grundst.- und Gebäudeverwaltung	-	-	-	-	1	1	-	1	1,5	-	-	-	-	-	-	4,5
01 111 12 03	Technisches Gebäudemanagement	-	-	-	-	1	7,85	1	1,5	1	1	3,25	-	-	2	-	18,6
02 121 14 01	Wahlen	-	-	-	-	0,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,2
02 122 01 01	Allg. Sicherheit und Ordnung	-	-	-	-	-	-	-	1,5	0,75	-	3,5	-	-	-	-	5,75
02 122 02 01	Gewerbeangelegenheiten	-	-	-	-	-	-	-	2	-	-	1	-	-	-	-	3
02 122 07 01	Verkehrsang. u. Parkraumbewirt.	-	-	-	-	-	-	-	-	2,05	-	5,5 ^{j)}	-	-	-	-	7,55
02 122 10 01	Einwohnerangelegenheiten	-	-	-	-	-	-	-	-	8	-	-	2	-	-	-	10
02 122 10 02	Personenstandswesen	-	-	-	-	-	-	1	2 ^{k)}	1	-	-	-	-	-	-	4
Übertrag:		1	1	1	3	6	12,85	5,5	24,8	35,45	2	37,5	8,75	0	5	51,3	195,15

Stellenübersicht 2017
Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung
 - Tariflich Beschäftigte -

Produkt	Bezeichnung	15 Ü	15	14	13	12	11 S 17	10 S 15	9 S 11 S 12 S 14	8 S 8	7	6	5	4	3	2	Gesamt
Übertrag:		1	1	1	3	6	12,85	5,5	24,8	35,45	2	37,5	8,75	0	5	51,3	195,15
02 127 17 01	Kranken- und Rettungsdienst	-	-	-	-	-	-	1 ^{b)}	-	-	-	-	2	-	-	-	3
03 211 01 01	Grundschulen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5,1	-	-	4,7	9,8
03 212 01 01	Hauptschulen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	1
03 215 01 01	Realschule	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	1,5	-	-	-	-	2,5
03 217 01 01	Gymnasium	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	1,3	0,2	-	-	-	2,5
03 218 01 01	Gesamtschule	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,5	-	-	-	-	1,5
03 221 01 01	Schule für Lernbehinderte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,8	-	-	-	0,8
03 242 01 01	Fördermaßnahmen für Schüler	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	1
03 243 01 01	Sonstige schulische Aufgaben	-	-	-	-	-	-	-	1	1	-	0,5	0,3	-	-	0,5	3,3
04 263 01 01	Musikschule	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,4	0,45	-	-	-	0,85
04 271 01 01	VHS	-	1	1	0,8	-	-	-	1	-	-	-	3	-	1,8	-	8,6
04 272 01 01	Bibliothek	-	-	-	-	-	-	1	1	-	-	2	1	-	-	-	5
04 281 01 01	Kulturveranstaltungen u. -förderun.	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	1	-	-	-	-	2
05 311 01 02	Hilfe bei Einkommsd. u. Unterstütz.	-	-	-	-	-	-	-	4,15	0,3	-	0,8	-	-	-	-	5,25
05 311 01 02 JC	Hilfe bei Einkommsd. u. Unterstütz.	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	1
05 313 01 01	Integration v. Menschen m. Zuwand.	-	-	-	0,8	-	-	0,5	1,6	1,7	-	0,05	-	-	0,5	-	5,15
05 341 01 01	Unterhaltungsvorschussleistungen	-	-	-	-	-	-	-	2,65	-	-	-	-	-	-	-	2,65
05 351 01 01	Sonstige soziale Angelegenheiten	-	-	-	-	-	-	-	1,65 ^{m)}	-	-	-	-	-	0,5	-	2,15
05 351 01 02	Unterstützende Seniorenarbeit	-	-	-	-	-	-	-	0,75	0,9	-	-	-	1	-	2	4,65
06 361 01 01	Förd. v. Kind. in Tagesein. u. -pflege	-	-	-	-	-	0,5	-	1,5	0,5 ⁿ⁾	-	3,2 ^{o)}	-	-	-	-	5,7
06 362 01 01	Kinder- und Jugendförderung	-	-	-	-	-	0,5	0,5	3	1	-	0,8 ^{p)}	-	-	-	-	5,8
06 363 01 01	Hilfe f. jun. Menschen u. ihre Fam.	-	-	-	-	-	1	6,8 ^{q)}	20,4	-	-	-	1,2	-	-	-	29,4
08 421 01 01	Förderung des Sports	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,5	-	-	-	-	0,5
08 424 01 01	Sportstätten	-	-	-	-	-	-	0,1	-	-	-	1	-	-	-	-	1,1
Summe:		1	2	2	4,6	6	14,85	15,4	68,5	40,85	2	53,05	22,8	1	7,8	58,5	300,35

Stellenübersicht 2017
Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung
 - Tariflich Beschäftigte -

Produkt	Bezeichnung	15 Ü	15	14	13	12	11 S 17	10 S 15	9 S 11 S 12 S 14	8 S 8	7	6	5	4	3	2	Gesamt
Übertrag:		1	2	2	4,6	6	14,85	15,4	68,5	40,85	2	53,05	22,8	1	7,8	58,5	300,35
08 424 01 02	Öffentliche Bäder	-	-	-	-	-	-	-	2	-	-	-	6	7	-	-	15
09 511 01 01	Räumliche Planung und Entwickl.g.	-	0,5	-	1	2,4	2,7	-	-	1,2 ¹⁾	-	-	-	-	-	-	7,8
09 511 02 01	Vermess. u. Erf. v. Geobasisdaten	-	-	-	-	0,7	0,8	1,5	-	-	-	1	-	-	-	-	4,4
10 521 01 01	Grundstücksbezog. Basisinform.	-	-	-	-	-	0,2	0,5	1 ⁹⁾	-	-	-	1	-	-	-	3,2
10 521 01 02	Grundstücksordn. u. -wertermittl.	-	-	-	-	0,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,3
10 521 04 01	Maßnahmen der Bauaufsicht	-	-	-	-	2	5,7	-	-	1,8	-	0,5	-	-	-	-	10
10 522 01 01	Subjektbez. Förder. v. Wohnraum	-	-	-	-	-	-	-	1	3,3	-	-	0,5 ⁴⁾	-	-	-	4,8
10 522 01 02	Wohnraumsicherung u. -versorg.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,6	-	-	-	-	0,6
10 522 01 03	Hilfen bei Wohnproblemen	-	-	-	0,2	-	-	-	0,4	-	-	-	-	-	5	-	5,6
10 523 01 01	Denkmalschutz u. Denkmalpflege	-	-	-	-	-	1,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,2
11 537 01 01	Abfallwirtschaft	-	-	-	-	1	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	2
11 538 02 01	Entwässerung u. Abwasserbeseit.	-	-	-	-	-	2	-	0,5	-	-	-	-	-	-	-	2,5
12 541 01 01	Gemeindestraßen	-	0,5	-	-	1,85	3,5	-	2,5	0,5	-	0,25	1	-	-	-	10,1
12 541 01 03	Verkehrsanlagen	-	-	-	-	0,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,1
12 545 01 01	Straßenreinigung u. Winterdienst	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,5	0,5
12 546 01 01	Parkplätze / Parkhäuser	-	-	-	-	0,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,1
13 551 01 01	Öffentliches Grün	-	-	-	-	-	-	0,9	0,5	0,5	-	-	-	-	-	-	1,9
13 553 01 01	Friedhöfe	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	1	-	-	-	-	2
13 554 01 01	Natur und Landschaft	-	-	-	-	0,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,7
13 555 01 01	Wald, Forstwirtschaft	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	4	-	-	-	-	5
14 561 01 01	Umweltschutz	-	-	-	-	0,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,3
15 571 01 01	Wirtschaftsförderung	-	-	-	-	-	-	-	-	0,4	-	-	-	-	-	-	0,4
15 573 01 03	Indeland	-	-	-	-	0,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,5
Übertrag:		1	3	2	5,8	15,95	31,95	18,3	77,4	49,55	2	60,4	32,2	8	12,8	59	379,35

Stellenübersicht 2017
Teil B: Dienstkräfte in der Probe- oder Ausbildungszeit
 – Beamte zur Probe –

Amtsbezeichnung	Besoldungsgruppe	Zahl der Beamten zur Probe 2017	Zahl der Beamten zur Probe 2016	Zahl der Beamten zur Probe am 30.06.2016	Erläuterungen
Räte zur Probe	A 13	-	-	-	
Inspektoren zur Probe	A 9	5	4	3	
Sekretäre zur Probe	A 6	1	-	1	
Brandmeister zur Probe	A 7	13	13	11	
Insgesamt:		19	17	15	

Stellenübersicht 2017
Teil B: Dienstkräfte in der Probe- und Ausbildungszeit
 – Nachwuchskräfte und informatorisch beschäftigte Dienstkräfte –

Bezeichnung	Art der Vergütung	vorgesehen für 2017	beschäftigt am 01.10.2016	Erläuterungen
Inspektorenanwärter	Unterhaltszuschuss	10	7	
Brandmeisteranwärter	Unterhaltszuschuss	5	3	
Azubi Verwaltungsfachangestellte	Ausbildungsvergütung	12	9	
Azubi Fachinformatiker Systemintegration	Ausbildungsvergütung	1	1	
Azubi Fachangestellter für Bäderbetriebe	Ausbildungsvergütung	1	1	
Insgesamt:		27	21	

Anmerkungen:

- | | | |
|----|-------------------------|--|
| a) | 1 Stelle „kw“ – A 10 | Die Stelle wird nach dem Ausscheiden des jetzigen Stelleninhabers wegfallen. |
| b) | 1 Stelle „ku“ – A 11 | Die Stelle soll nach dem Ausscheiden der jetzigen Stelleninhaberin nach A 9 g.D. zurückgeführt werden. |
| c) | 0,8 Stelle „ku“ – A 11 | Die Stelle soll nach dem Ausscheiden der jetzigen Stelleninhaberin nach A 10 zurückgeführt werden. |
| d) | 0,2 Stelle „ku“ – A 11 | Die Stelle soll nach dem Ausscheiden der jetzigen Stelleninhaberin nach A 10 zurückgeführt werden. |
| e) | 0,8 Stelle „ku“ – EG 9 | Die Stelle soll nach dem Ausscheiden des jetzigen Stelleninhabers nach EG 6 zurückgeführt werden. |
| f) | 1 Stelle „ku“ – EG 6 | Die Stelle soll nach dem Ausscheiden des jetzigen Stelleninhabers nach EG 3 zurückgeführt werden. |
| g) | 1 Stelle „ku“ – EG 9 | Die Stelle soll nach dem Ausscheiden der jetzigen Stelleninhaberin nach EG 8 zurückgeführt werden. |
| h) | 0,2 Stelle „ku“ – EG 9 | Die Stelle soll nach dem Ausscheiden der jetzigen Stelleninhaberin nach EG 6 zurückgeführt werden. |
| i) | 1 Stelle „ku“ – EG 7 | Die Stelle soll nach dem Ausscheiden des jetzigen Stelleninhabers nach EG 6 zurückgeführt werden. |
| j) | 1 Stelle „ku“ – EG 6 | Die Stelle soll nach dem Ausscheiden des jetzigen Stelleninhabers nach EG 5 zurückgeführt werden. |
| k) | 1 Stelle „ku“ – EG 9 | Die Stelle soll nach dem Ausscheiden der jetzigen Stelleninhaberin nach EG 8 zurückgeführt werden. |
| l) | 1 Stelle „ku“ – EG 10 | Die Stelle soll nach dem Ausscheiden der jetzigen Stelleninhaberin nach EG 9 zurückgeführt werden. |
| m) | 1 Stelle „ku“ – EG 9 | Die Stelle soll nach dem Ausscheiden der jetzigen Stelleninhaberin nach EG 8 zurückgeführt werden. |
| n) | 0,5 Stelle „ku“ – EG 8 | Die Stelle soll nach dem Ausscheiden der jetzigen Stelleninhaberin nach EG 6 zurückgeführt werden. |
| o) | 0,2 Stelle „ku“ – EG 6 | Die Stelle soll nach dem Ausscheiden der jetzigen Stelleninhaberin nach EG 5 zurückgeführt werden. |
| p) | 0,8 Stelle „ku“ – EG 6 | Die Stelle soll nach dem Ausscheiden der jetzigen Stelleninhaberin nach EG 5 zurückgeführt werden. |
| q) | 0,8 Stelle „ku“ – EG 10 | Die Stelle soll nach dem Ausscheiden der jetzigen Stelleninhaberin nach EG 9 zurückgeführt werden. |
| r) | 0,65 Stelle „ku“ – EG 8 | Die Stelle soll nach dem Ausscheiden der jetzigen Stelleninhaberin nach EG 6 zurückgeführt werden. |
| s) | 1 Stelle „ku“ – EG 9 | Die Stelle soll nach dem Ausscheiden des jetzigen Stelleninhabers nach EG 8 zurückgeführt werden. |
| t) | 0,5 Stelle „ku“ – EG 5 | Die Stelle soll nach dem Ausscheiden der jetzigen Stelleninhaberin nach EG 3 zurückgeführt werden. |

**Übersicht
über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten**

Art der Verbindlichkeit	Stand am Ende des Vorvorjahres 31.12.2015 TEUR 1	Voraussichtlicher Stand zu Beginn des Haushaltsjahres 2017 TEUR 2	Voraussichtlicher Stand zum Ende des Haushaltsjahres 2017 TEUR 3
1. Anleihen			
2. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	80.983	85.499	82.249
2.1 von verbundenen Unternehmen			
2.2 von Beteiligungen			
2.3 von Sondervermögen			
2.4 vom öffentlichen Bereich	69.259	74.691	71.785
2.4.1 vom Bund			
2.4.2 vom Land			
2.4.3 von Gemeinden (GV)			
2.4.4 von Zweckverbänden			
2.4.5 vom sonstigen öffentlichen Bereich	69.259	74.691	71.785
2.4.6 von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen			
2.5 vom privaten Kreditmarkt	11.724	10.808	10.464
2.5.1 von Banken und Kreditinstituten	11.724	10.808	10.464
2.5.2 von übrigen Kreditgebern			
3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	78.151	78.107	65.590
3.1 vom öffentlichen Bereich			
3.2 vom privaten Kreditmarkt	78.151	78.107	65.590
4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	504	504	505
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.919	3.062	3.062
6. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	5.014	4.783	4.783
7. Sonstige Verbindlichkeiten	1.317	4.313	4.313
8. Erhaltene Anzahlungen	2.156	4.567	4.140
9. Summe aller Verbindlichkeiten	170.044	180.835	164.642
Nachrichtlich anzugeben:			
Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten:	28.500	28.000	27.000

Zu Ziffer 5, 6, 7, 8:

Die eingetragenen Werte zum voraussichtlichen Stand zu Beginn und Ende 2017 sind hochgerechnet bzw. geschätzt.

Übersicht
über die aus Verpflichtungsermächtigungen
voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen

Verpflichtungs- ermächtigungen im Haushaltsplan des Jahres 2017	Voraussichtlich fällige Auszahlungen			
	2017 TEUR	2018 TEUR	2019 TEUR	2020 TEUR
1	2	3	4	5
Aus Vorjahren:	4.480	0	0	0
Aus Planung 2017:*	0	983	0	0
Summe	4.480	983	0	0
<u>Nachrichtlich:</u> In der Finanzplanung vorge- sehene Kreditaufnahmen	5.856	7.291	15.673	9.084

* Einzeldarstellung siehe Teilfinanzpläne und Investitionsübersicht

**Zuwendungen an Fraktionen
Teil B: Geldwerte Leistungen**

Nr.	Fraktion, Gruppe, einzelnes Ratsmitglied	Im Haushaltsplan enthalten		Ergebnis aus Jahresabschluss 2015 €	Erläuterungen
		2017 €	2016 €		
1	2	3	4	5	6
1	SPD-Fraktion	4.884,03	4.884,03	4.797,60	RM Dr. C. Herzog wechselte am 22.06.2015 seine Fraktionsangehörigkeit von der CDU- zur SPD-Fraktion.
2	CDU-Fraktion	2.532,46	2.532,46	2.618,88	RM Dr. C. Herzog wechselte am 22.06.2015 seine Fraktionsangehörigkeit von der CDU- zur SPD-Fraktion.
3	FDP-Fraktion	361,78	361,78	361,78	
4	B 90/Die GRÜNEN	361,78	361,78	361,78	
5	UWG-Fraktion	361,78	361,78	361,78	
6	LINKE-Fraktion	361,78	361,78	361,78	
7	Einzelvertreter RM Lennartz	960,00	960,00	960,00	

**Zuwendungen an Fraktionen
Teil B: Geldwerte Leistungen**

Fraktion: SPD				
Zweckbestimmung	Geldwert			Erläuterungen
	Haushaltsjahr 2017 EUR	Vorjahr 2016 EUR	mehr (+) weniger (-) EUR	
1	2	3	4	5
1. Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit				
1.1 für die Sicherung des Informationsaustauschs, organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb)	0,00	0,00	0,00	
1.2 für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten)	42.680,00	41.026,58	1.653,42	Zu Ziff. 1.2: Auf die beim Produkt 01 1110101, Politische Gremien, Kto-Nr. 50120000, Vergütung der tariflich Beschäftigten, ausgewiesenen Personalausgaben entfallen 107.800,00 € auf die Fraktionsangestellten.
1.3 für Fahrer von Dienstfahrzeugen	0,00	0,00	0,00	
2. Bereitstellung von Fahrzeugen	0,00	0,00	0,00	
3. Bereitstellung von Räumen				Zu Ziff. 3: Mietwerte einschl. Neben- und Reinigungskosten.
3.1 für die Fraktionsgeschäftsstelle	18.119,32	18.119,32	0,00	
3.2 dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen	6.927,66	6.927,66	0,00	
4. Bereitstellung einer Büroausstattung				
4.1 Büromöbel und -maschinen	0,00	0,00	0,00	
4.2 sonstiges Büromaterial	0,00	0,00	0,00	
5. Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für				
5.1 bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung)	0,00	0,00	0,00	zu Ziff. 5.1: Im Mietwert sind auch die Neben- und Reinigungskosten enthalten, sodass hier keine Kosten mehr anfallen.
5.2 Fachliteratur und -zeitschriften	0,00	0,00	0,00	
5.3 Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen	109,80	109,80	0,00	zu Ziff. 5.3: Eine Auswertung war nur für den Zeitraum 01.01.2016 - 30.06.2016 möglich, sodass die Werte hochgerechnet wurden.
5.4 Rechnerzeiten auf zentraler ADV-Anlage	0,00	0,00	0,00	
6. Sonstiges				
6.1 ADV-Leasingraten (PC)	220,77	220,77	0,00	
6.2 Beschaffungskosten Notebook	0,00	997,68	-997,68	zu Ziff. 6.2: In 2016 wurden für alle Fraktionen Notebooks beschafft.
7. Produktkosten regio iT (Gesamt)	1.438,10	1.453,50	-15,40	Zu Ziff. 7: Produktkosten der regio iT für die Nutzung von 2 PC's .
7.1 Serverbetrieb	245,80	245,80	0,00	
7.2 Client Service	217,62	217,62	0,00	
7.3 Email-Service	216,68	216,68	0,00	
7.4 Netzwerkdienste	210,20	210,20	0,00	
7.5 Internet-Nutzung	193,56	208,96	-15,40	
7.6 Spam-Filter	4,66	4,66	0,00	
7.7 TESTA-Zugang	19,32	19,32	0,00	
7.8 WAN-Kosten	148,04	148,04	0,00	
7.9 Novell-Maintenance	182,22	182,22	0,00	

**Zuwendungen an Fraktionen
Teil B: Geldwerte Leistungen**

Einzelvertreter: Ratsmitglied Lennartz				
Zweckbestimmung	Geldwert			Erläuterungen
	Haushaltsjahr 2017 EUR	Vorjahr 2016 EUR	mehr (+) weniger (-) EUR	
1	2	3	4	5
1. Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit				
1.1 für die Sicherung des Informationsaustauschs, organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb)	0,00	0,00	0,00	
1.2 für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten)	0,00	0,00	0,00	
1.3 für Fahrer von Dienstfahrzeugen	0,00	0,00	0,00	
2. Bereitstellung von Fahrzeugen	0,00	0,00	0,00	
3. Bereitstellung von Räumen				
3.1 für die Fraktionsgeschäftsstelle	0,00	0,00	0,00	
3.2 dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen	0,00	0,00	0,00	
4. Bereitstellung einer Büroausstattung				
4.1 Büromöbel und -maschinen	0,00	0,00	0,00	
4.2 sonstiges Büromaterial	0,00	0,00	0,00	
5. Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für				
5.1 bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung)	0,00	0,00	0,00	
5.2 Fachliteratur und -zeitschriften	0,00	0,00	0,00	
5.3 Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen	0,00	0,00	0,00	
5.4 Rechnerzeiten auf zentraler ADV-Anlage	0,00	0,00	0,00	
6. Sonstiges	0,00	0,00		
6.1 ADV-Leasingraten (PC)	0,00	0,00	0,00	
7. Produktkosten regio iT (Gesamt)	0,00	0,00	0,00	
7.1 Serverbetrieb	0,00	0,00	0,00	
7.2 Client Service	0,00	0,00	0,00	
7.3 Email-Service	0,00	0,00	0,00	
7.4 Netzwerkdienste	0,00	0,00	0,00	
7.5 Internet-Nutzung	0,00	0,00	0,00	
7.6 Spam-Filter	0,00	0,00	0,00	
7.7 TESTA-Zugang	0,00	0,00	0,00	
7.8 WAN-Kosten	0,00	0,00	0,00	

**Zuwendungen an Fraktionen
Teil B: Geldwerte Leistungen**

Fraktion: CDU				
Zweckbestimmung	Geldwert			Erläuterungen
	Haushaltsjahr 2017 EUR	Vorjahr 2016 EUR	mehr (+) weniger (-) EUR	
1	2	3	4	5
1. Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit				
1.1 für die Sicherung des Informationsaustauschs, organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb)	0,00	0,00	0,00	
1.2 für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten)	22.902,00	20.780,39	2.121,61	Zu Ziff. 1.2: Auf die beim Produkt 01 1110101, Politische Gremien, Kto-Nr. 50120000, Vergütung der tariflich Beschäftigten, ausgewiesenen Personalausgaben entfallen 107.800,00 € auf die Fraktionsangestellten.
1.3 für Fahrer von Dienstfahrzeugen	0,00	0,00	0,00	
2. Bereitstellung von Fahrzeugen	0,00	0,00	0,00	
3. Bereitstellung von Räumen				Zu Ziff. 3: Mietwerte einschl. Neben- und Reinigungskosten.
3.1 für die Fraktionsgeschäftsstelle	14.954,33	14.954,33	0,00	
3.2 dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen	2.289,55	2.289,55	0,00	
4. Bereitstellung einer Büroausstattung				
4.1 Büromöbel und -maschinen	0,00	0,00	0,00	
4.2 sonstiges Büromaterial	0,00	0,00	0,00	
5. Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für				
5.1 bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung)	0,00	0,00	0,00	zu Ziff. 5.1: Im Mietwert sind auch die Neben- und Reinigungskosten enthalten, sodass hier keine Kosten mehr anfallen.
5.2 Fachliteratur und -zeitschriften	0,00	0,00	0,00	
5.3 Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen	129,00	129,00	0,00	zu Ziff. 5.3: Eine Auswertung war nur für den Zeitraum 01.01.2016 - 30.06.2016 möglich, sodass die Werte hochgerechnet wurden.
5.4 Rechnerzeiten auf zentraler ADV-Anlage	0,00	0,00	0,00	
6. Sonstiges				
6.1 ADV-Leasingraten (PC)	0,00	0,00	0,00	zu Ziff. 6.1: Der Leasingvertrag der PC's, die von den Fraktionen genutzt werden, ist ausgelaufen.
6.2 Beschaffungskosten Notebook	0,00	997,68	-997,68	zu Ziff. 6.2: In 2016 wurden für alle Fraktionen Notebooks beschafft.
7. Produktkosten regio iT (Gesamt)	719,05	726,75	-7,70	
7.1 Serverbetrieb	122,90	122,90	0,00	
7.2 Client Service	108,81	108,81	0,00	
7.3 Email-Service	108,34	108,34	0,00	
7.4 Netzwerkdienste	105,10	105,10	0,00	
7.5 Internet-Nutzung	96,78	104,48	-7,70	
7.6 Spam-Filter	2,33	2,33	0,00	
7.7 TESTA-Zugang	9,66	9,66	0,00	
7.8 WAN-Kosten	74,02	74,02	0,00	
7.9 Novell-Maintenance	91,11	91,11	0,00	

**Zuwendungen an Fraktionen
Teil B: Geldwerte Leistungen**

Fraktion: FDP				
Zweckbestimmung	Geldwert			Erläuterungen
	Haushaltsjahr 2017 EUR	Vorjahr 2016 EUR	mehr (+) weniger (-) EUR	
1	2	3	4	5
1. Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit				
1.1 für die Sicherung des Informationsaustauschs, organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb)	0,00	0,00	0,00	
1.2 für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten)	12.665,00	9.279,95	3.385,05	Zu Ziff. 1.2: Auf die beim Produkt 01 1110101, Politische Gremien, Kto-Nr. 50120000, Vergütung der tariflich Beschäftigten, ausgewiesenen Personalausgaben entfallen 107.800,00 € auf die Fraktionsangestellten.
1.3 für Fahrer von Dienstfahrzeugen	0,00	0,00	0,00	
2. Bereitstellung von Fahrzeugen	0,00	0,00	0,00	
3. Bereitstellung von Räumen				Zu Ziff. 3: Mietwerte einschl. Neben- und Reinigungskosten.
3.1 für die Fraktionsgeschäftsstelle	6.300,22	6.300,22	0,00	
3.2 dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen	828,42	828,42	0,00	
4. Bereitstellung einer Büroausstattung				
4.1 Büromöbel und -maschinen	0,00	0,00	0,00	
4.2 sonstiges Büromaterial	0,00	0,00	0,00	
5. Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für				
5.1 bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung)	0,00	0,00	0,00	zu Ziff. 5.1: Im Mietwert sind auch die Neben- und Reinigungskosten enthalten, sodass hier keine Kosten mehr anfallen.
5.2 Fachliteratur und -zeitschriften	0,00	0,00	0,00	
5.3 Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen	171,72	171,72	0,00	zu Ziff. 5.3: Eine Auswertung war nur für den Zeitraum 01.01.2016 - 30.06.2016 möglich, sodass die Werte hochgerechnet wurden.
5.4 Rechnerzeiten auf zentraler ADV-Anlage	0,00	0,00	0,00	
6. Sonstiges				
6.1 ADV-Leasingraten (PC)	0,00	0,00	0,00	zu Ziff. 6.1: Der Leasingvertrag der PC's, die von den Fraktionen genutzt werden, ist ausgelaufen.
6.2 Beschaffungskosten Notebook	0,00	997,68	-997,68	zu Ziff. 6.2: In 2016 wurden für alle Fraktionen Notebooks beschafft.
7. Produktkosten regio iT (Gesamt)	719,05	726,75	-7,70	
7.1 Serverbetrieb	122,90	122,90	0,00	
7.2 Client Service	108,81	108,81	0,00	
7.3 Email-Service	108,34	108,34	0,00	
7.4 Netzwerkdienste	105,10	105,10	0,00	
7.5 Internet-Nutzung	96,78	104,48	-7,70	
7.6 Spam-Filter	2,33	2,33	0,00	
7.7 TESTA-Zugang	9,66	9,66	0,00	
7.8 WAN-Kosten	74,02	74,02	0,00	
7.9 Novell-Maintenance	91,11	91,11	0,00	

**Zuwendungen an Fraktionen
Teil B: Geldwerte Leistungen**

Fraktion: Bündnis 90 / Die Grünen				
Zweckbestimmung	Geldwert			Erläuterungen
	Haushaltsjahr 2017 EUR	Vorjahr 2016 EUR	mehr (+) weniger (-) EUR	
1	2	3	4	5
1. Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit				
1.1 für die Sicherung des Informationsaustauschs, organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb)	0,00	0,00	0,00	
1.2 für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten)	11.607,00	11.019,13	587,87	Zu Ziff. 1.2: Auf die beim Produkt 01 1110101, Politische Gremien, Kto-Nr. 50120000, Vergütung der tariflich Beschäftigten, ausgewiesenen Personalausgaben entfallen 107.800,00 € auf die Fraktionsangestellten.
1.3 für Fahrer von Dienstfahrzeugen	0,00	0,00	0,00	
2. Bereitstellung von Fahrzeugen	0,00	0,00	0,00	
3. Bereitstellung von Räumen				Zu Ziff. 3: Mietwerte einschl. Neben- und Reinigungskosten.
3.1 für die Fraktionsgeschäftsstelle	5.990,17	5.990,17	0,00	
3.2 dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen	1.876,10	1.876,10	0,00	
4. Bereitstellung einer Büroausstattung				
4.1 Büromöbel und -maschinen	0,00	0,00	0,00	
4.2 sonstiges Büromaterial	0,00	0,00	0,00	
5. Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für				
5.1 bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung)	0,00	0,00	0,00	zu Ziff. 5.1: Im Mietwert sind auch die Neben- und Reinigungskosten enthalten, sodass hier keine Kosten mehr anfallen.
5.2 Fachliteratur und -zeitschriften	0,00	0,00	0,00	
5.3 Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen	3,60	3,60	0,00	zu Ziff. 5.3: Eine Auswertung war nur für den Zeitraum 01.01.2016 - 30.06.2016 möglich, sodass die Werte hochgerechnet wurden.
5.4 Rechnerzeiten auf zentraler ADV-Anlage	0,00	0,00	0,00	
6. Sonstiges				
6.1 ADV-Leasingraten (PC)	0,00	0,00	0,00	zu Ziff. 6.1: Der Leasingvertrag der PC's, die von den Fraktionen genutzt werden, ist ausgelaufen.
6.2 Beschaffungskosten Notebook	0,00	997,68	-997,68	zu Ziff. 6.2: In 2016 wurden für alle Fraktionen Notebooks beschafft.
7. Produktkosten regio iT (Gesamt)	719,05	726,75	-7,70	
7.1 Serverbetrieb	122,90	122,90	0,00	
7.2 Client Service	108,81	108,81	0,00	
7.3 Email-Service	108,34	108,34	0,00	
7.4 Netzwerkdienste	105,10	105,10	0,00	
7.5 Internet-Nutzung	96,78	104,48	-7,70	
7.6 Spam-Filter	2,33	2,33	0,00	
7.7 TESTA-Zugang	9,66	9,66	0,00	
7.8 WAN-Kosten	74,02	74,02	0,00	
7.9 Novell-Maintenance	91,11	91,11	0,00	

**Zuwendungen an Fraktionen
Teil B: Geldwerte Leistungen**

Fraktion: UWG				
Zweckbestimmung	Geldwert			Erläuterungen
	Haushaltsjahr 2017 EUR	Vorjahr 2016 EUR	mehr (+) weniger (-) EUR	
1	2	3	4	5
1. Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit				
1.1 für die Sicherung des Informationsaustauschs, organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb)	0,00	0,00	0,00	
1.2 für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten)	9.802,00	12.005,71	-2.203,71	Zu Ziff. 1.2: Auf die beim Produkt 01 1110101, Politische Gremien, Kto-Nr. 50120000, Vergütung der tariflich Beschäftigten, ausgewiesenen Personalausgaben entfallen 107.800,00 € auf die Fraktionsangestellten.
1.3 für Fahrer von Dienstfahrzeugen	0,00	0,00	0,00	
2. Bereitstellung von Fahrzeugen	0,00	0,00	0,00	
3. Bereitstellung von Räumen				Zu Ziff. 3: Mietwerte einschl. Neben- und Reinigungskosten.
3.1 für die Fraktionsgeschäftsstelle	8.505,29	8.505,29	0,00	
3.2 dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen				
4. Bereitstellung einer Büroausstattung				
4.1 Büromöbel und -maschinen	0,00	0,00	0,00	
4.2 sonstiges Büromaterial	0,00	0,00	0,00	
5. Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für				
5.1 bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung)	0,00	0,00	0,00	zu Ziff. 5.1: Im Mietwert sind auch die Neben- und Reinigungskosten enthalten, sodass hier keine Kosten mehr anfallen.
5.2 Fachliteratur und -zeitschriften	0,00	0,00	0,00	
5.3 Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen	55,92	55,92	0,00	zu Ziff. 5.3: Eine Auswertung war nur für den Zeitraum 01.01.2016 - 30.06.2016 möglich, sodass die Werte hochgerechnet wurden.
5.4 Rechnerzeiten auf zentraler ADV-Anlage	0,00	0,00	0,00	
6. Sonstiges			0,00	
6.1 ADV-Leasingraten (PC)	0,00	0,00	0,00	zu Ziff. 6.1: Der Leasingvertrag der PC's, die von den Fraktionen genutzt werden, ist ausgelaufen.
6.2 Beschaffungskosten Notebook	0,00	997,68	-997,68	zu Ziff. 6.2: In 2016 wurden für alle Fraktionen Notebooks beschafft.
7. Produktkosten regio iT (Gesamt)	719,05	726,75	-7,70	
7.1 Serverbetrieb	122,90	122,90	0,00	
7.2 Client Service	108,81	108,81	0,00	
7.3 Email-Service	108,34	108,34	0,00	
7.4 Netzwerkdienste	105,10	105,10	0,00	
7.5 Internet-Nutzung	96,78	104,48	-7,70	
7.6 Spam-Filter	2,33	2,33	0,00	
7.7 TESTA-Zugang	9,66	9,66	0,00	
7.8 WAN-Kosten	74,02	74,02	0,00	
7.9 Novell-Maintenance	91,11	91,11	0,00	

**Zuwendungen an Fraktionen
Teil B: Geldwerte Leistungen**

Fraktion: LINKE				
Zweckbestimmung	Geldwert			Erläuterungen
	Haushaltsjahr 2017 EUR	Vorjahr 2016 EUR	mehr (+) weniger (-) EUR	
1	2	3	4	5
1. Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit				
1.1 für die Sicherung des Informationsaustauschs, organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb)	0,00	0,00	0,00	
1.2 für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten)	8.144,00	7.672,08	471,92	Zu Ziff. 1.2: Auf die beim Produkt 01 1110101, Politische Gremien, Kto-Nr. 50120000, Vergütung der tariflich Beschäftigten, ausgewiesenen Personalausgaben entfallen 107.800,00 € auf die Fraktionsangestellten.
1.3 für Fahrer von Dienstfahrzeugen	0,00	0,00	0,00	
2. Bereitstellung von Fahrzeugen	0,00	0,00	0,00	
3. Bereitstellung von Räumen				Zu Ziff. 3: Mietwerte einschl. Neben- und Reinigungskosten.
3.1 für die Fraktionsgeschäftsstelle	4.499,45	4.499,45	0,00	
3.2 dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen	0,00	0,00	0,00	
4. Bereitstellung einer Büroausstattung				
4.1 Büromöbel und -maschinen	0,00	350,09	-350,09	
4.2 sonstiges Büromaterial	0,00	0,00	0,00	
5. Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für				
5.1 bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung)	0,00	0,00	0,00	zu Ziff. 5.1: Ab 2014 findet ein neu ermittelter Mietwert Anwendung. In diesem sind auch die Neben- und Reinigungskosten enthalten, sodass hier keine Kosten mehr anfallen.
5.2 Fachliteratur und -zeitschriften	0,00	0,00	0,00	
5.3 Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen	62,76	62,76	0,00	zu Ziff. 5.3: Eine Auswertung war nur für den Zeitraum 01.01.2016 - 30.06.2016 möglich, sodass die Werte hochgerechnet wurden.
5.4 Rechnerzeiten auf zentraler ADV-Anlage	0,00	0,00	0,00	
6. Sonstiges				
6.1 ADV-Leasingraten (PC)	0,00	0,00	0,00	zu Ziff. 6.1: Der Leasingvertrag der PC's, die von den Fraktionen genutzt werden, ist ausgelaufen.
6.2 Beschaffungskosten Notebook	0,00	997,68	-997,68	zu Ziff. 6.2: In 2016 wurden für alle Fraktionen Notebooks beschafft.
7. Produktkosten regio iT (Gesamt)	719,05	726,75	-7,70	
7.1 Serverbetrieb	122,90	122,90	0,00	
7.2 Client Service	108,81	108,81	0,00	
7.3 Email-Service	108,34	108,34	0,00	
7.4 Netzwerkdienste	105,10	105,10	0,00	
7.5 Internet-Nutzung	96,78	104,48	-7,70	
7.6 Spam-Filter	2,33	2,33	0,00	
7.7 TESTA-Zugang	9,66	9,66	0,00	
7.8 WAN-Kosten	74,02	74,02	0,00	
7.9 Novell-Maintenance	91,11	91,11	0,00	

NKF - Nutzungsdauertabelle für Vermögensgegenstände der Stadt Eschweiler

Nr.	Vermögensgegenstand	Festlegung für Eschweiler
1	Gebäude und bauliche Anlagen	
1.01	Abwasserkanäle	60
1.02	Bahnhofsanlagen (ehemalige)	50
1.03	Baracken, Behelfsbauten	25
1.04	Buswartehäuschen	25
1.05	Feuerwehrrätehäuser (massiv)	50
1.06	Freibäder (bauliche Anlagen)	40
1.07	Garagen (massiv)	40
1.08	Gartenhäuser - Gartenhaus - Holzhaus	20
1.09	Gemeindezentren, Bürgerhäuser, Saalbauten, Vereins-, Jugendheime - Rathaus - Volkshochschule	60
1.10	Grabkammer	100
1.11	Grillhütte	30
1.12	Hallenbäder	50
1.13	Heime, Personal- und Schwestern-, Alten-, Kinder-	60
1.14	Industriegebäude, Werkstätten (mit und ohne Sozialtrakt)	50
1.15	Jugendverkehrsgarten	30
1.16	Kassenhäuschen auf Sportanlagen Fertigarage	25
1.17	Kindergärten, Kindertagesstätten	60
1.18	Leichenhallen, Trauerhallen	80
1.19	Rettungswachen (massiv)	50
1.20	Schießstand	50
1.21	Schulgebäude (massiv)	60
1.22	Sportanlagen (nur Sozialgebäude u.a. Funktionsgebäude)	60
1.23	Verwaltungsgebäude (massiv)	60
1.24	Wohnhäuser (auch Mehrfamilienhäuser)	80
2	Straßen, Wege, Plätze (Grundstückseinrichtungen)	
2.01	Brücken (Holzkonstruktion)	25
2.02	Brücken (Mauerwerk, Stahlbetonkonstruktion, Verbundsystem)	70
2.03	Brücken (Stahlkonstruktion)	80
2.04	Straßen- und Stadtmobiliar	10
2.05	Spielplätze, Bolzplätze	15
2.06	Sportplätze (Rasen- und Hartplätze)	25
2.07	Sportplätze (Kunstrasenplätze)	20
2.08	Straßen (Anlieger-, Hauptverkehrsstraßen) Wege, Plätze, Parkflächen	35
3	Technische Anlagen (Betriebsanlagen)	
3.01	Alarmgeber, Alarmanlagen - Pausensignalanlage - Videoüberwachungsanlage	15
3.02	Baucontainer, Bürocontainer, Transportcontainer - Abrollbehälter (Einsatzleitung) - Abrollbehälter (Mulde) - Abrollbehälter (Schlauch)	10
3.03	Beleuchtungsanlagen - Lichtanlage	20
3.04	Beschallungsanlagen - Bassbox (Lautsprecher) - Combibox M100CD (Musikanlage) - Equalizer (Verstärker) - HiFi-Anlage (Musikanlage) - Lautsprecher - Mischpult (Verstärker) - Musikanlage - Stereoanlage (Musikanlage)	8

NKF - Nutzungsdauertabelle für Vermögensgegenstände der Stadt Eschweiler

Nr.	Vermögensgegenstand	Festlegung für Eschweiler
	- Verstärker	
3.05	Bühne, Bühnenelemente	12
3.06	Heiß- und Kaltluftanlagen, Abzugsvorrichtungen, Ventilatoren, Klimaanlage - Brennofen - Elektroheizgebläse - Emaillofen - Steuerungsgerät für Luftheizung	10
3.07	Lichtsignalanlagen (Straßenverkehr)	25
3.08	Litfaßsäule, Werbetafeln	12
3.09	Wegweisersysteme, Anzeigetafeln	8
3.10	Mess- und Prüfgeräte - Dosimeter, Personendosimeter - Dosisleistungsmessgerät - Dosisleistungswarner - Gasmessgerät - Kontaminationsnachweisgerät - Mehrgasmessgerät - Multimeter - Ozillograph	10
3.11	Notstromaggregate, Stromgeneratoren, -umformer, Gleichrichter - Stromaggregat - Stromerzeuger	15
3.12	Stromverteileranlagen - Verteilerkasten 220 Volt/ Ex-Schutz	10
3.13	Telekommunikationseinrichtungen, Betriebsfunkanlagen, Antennenmasten	10
3.14	Straßenbeleuchtung	25
4	Maschinen und Geräte	
4.01	Arbeitsgerüst	11
4.02	Atemschutzgerät, Maskendichtprüfgerät - Atemluftkompressor - Atemschutzgerät - Prüfgerät für Anzugdichte - Prüfgerät für Atemschutzgerät und Maske	8
4.03	Bohrhammer, Bohrmaschine und ähnliche Maschinen - Beregnerwagen - Bohnermaschine - Bohrhammer - Bohrmaschine - Digitalzähler - Dosisleistungswarner - Egge - Einscheibemaschine - Elektroeisensäge - Elektrowerkeug (evtl. inkl. Aufbewahrungskasten) - Extraktionsmaschine - Heißdrahtschneidemaschine - Hochdruckreiniger - Hochleistungslüfter - Hydraulikaggregat - Hydraulikwagenheber - Kettensäge (evtl. inkl. Blechbehälter) - Kompressor - Lüftungsgerät - Markierwagen - Matrizenabzugsgerät - Motorsäge - Nebelfluidmaschine - Nebelmaschine	8

NKF - Nutzungsdauertabelle für Vermögensgegenstände der Stadt Eschweiler

Nr.	Vermögensgegenstand	Festlegung für Eschweiler
	<ul style="list-style-type: none"> - Pumpe (Tauchpumpe) - Pflegegerät Kunstrasenplätze - Rasenmäher - Reinigungsmaschine - Reinigungs- und Trockengerät - Rettungsgerät - Rettungssäge - Saugmaschine - Scheuersaugmaschine - Schneidgerät - Schneidgerät (Ersatzmesser-) - Schutzgasschweißgerät - Schwimmbeckenreiniger - Späneabsaugung - Spreizer - Standbohrmaschine - Tischkreissäge - Trennschleifer - Trennschneider - Überdrucklüfter - Walze 	
4.04	<p>Elektrische Geräte (Schulausstattung)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Balistisches Pendel - Braunschies Rohr - Cobra Interface - Drehspindelinstrument - Elektronrohre - Fadenstrahlrohr - Funktionsgenerator - Geräteblock - Gerät zur Überprüfung einer Wasseranomalie - Hochspannungsgerät - Koordinatenschreiber (XY-Schreiber) - Luftkissenfahrbahn (inkl. Zubehör) - Luftpumpenteller - Mikrowellensystem - Motor (Experimentier-) - Netzgerät - Neurosimulator - Oszilloskop (zum messen von Stromspannung) - Parabolspiegel - Resonanzgerät - Sauerstoffelektrode - Stirlingmotor nach Prof. Wilke - Testameter - Trafo - Transfrequenzgenerator - Vergrößerungsgerät - Wasserentsalzungsgerät - Wasserwellengerät - Wechselstromwandler - Wellenmaschine - Windkanal - Zählgerät 	10
4.05	<p>Elektrische Geräte (Feuerwehr, Rettungsdienst)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Hobelbank (elektrisch angetrieben, mit Hobelrad) - Nachtsichtgerät 	10
4.06	Fahrradabstellbox	15

NKF - Nutzungsdauertabelle für Vermögensgegenstände der Stadt Eschweiler

Nr.	Vermögensgegenstand	Festlegung für Eschweiler
4.07	medizinisch-technische Geräte - Absaugpumpe - Accuvac Rescue (Dosierbehälter) - Beatmungsgerät - Beatmungsgerät (Sauerstoffmodul) - Dosierautomat, -gerät - Dosimeter (Personen-) - EKG/ Defibrillator (wird immer einzeln abgeschrieben) - Fahrtrage - Perfusor - Pulsoxymeter - Rettungststuhl - Vakuumschienenstet	8
4.08	Rohre, Schläuche und Wasserspritzen - Ansaugrohr (Ölbeständig) - Druckschlauch - Hohlstrahlrohr - S-Druckschlauch - Schaumrohr (Kombi-) - Schaumstrahlrohr - Schlauch (Formstabil) - Schlauchüberführung - Wasserwerfer - Wasserwerfer (inklusive Stativ)	12
4.09	Sonnenschutzanlage	6
4.10	Spielgeräte (Wippe, Rutsche, Schaukel, Klettergeräte usw.) - Balancierbalken - Holzhaus zum Klettern - Klettergerüst - Kletterwand (außerhalb) - Kriech- und Kletterraupe - Rutsche - Rutschkombination - Sandkasten - Schiff (Holz) - Spielanlage (Multifunktional) - Spiellandschaft - Trampolin - Turn- und Bewegungsanlage - Vogelnechtschaukel	10
4.11	Werkzeuge - Ablaufrinne (Gefahrgut) - Abziehmattte - Brechwerkzeug - Brechwerkzeugtasche - Büffelwinde - Destillationsanlagen - Dichtmanschette - Dietrichtasche - Dreibock - Druckbegrenzer - Druckbegrenzungsventil - Einreißhacken - Ex-Pem Koffer - Ex-OX Meter (AC - 2575) - Faltbehälter - Fass (Edelstahl) - First Responder Koffer	9

NKF - Nutzungsdauertabelle für Vermögensgegenstände der Stadt Eschweiler

Nr.	Vermögensgegenstand	Festlegung für Eschweiler
	<ul style="list-style-type: none"> - Fließbecher Spritzpistole - Formhölzer - Greifzug - Gullydichtkissen - Handwerkkasten - Handwerkzeug - Hebekissen - Hebesatz - Kabeltrommel 220 Volt - Kabeltrommel 400 Volt - Kaminkehrgerät - Kombigerät Abrichte-Dicke - Kontrolldruckmesser (Komplett mit T-Stück und Übergangsstück) - Leckdichtkissen - Leiter - Multiwarn - Ölsperre - Pumpenrohransatz - Rettungsplattform - Rettungszylinder - Sackkarre (Transportwagen) - Schornsteinfegerwerkzeugsatz - Türöffnungssatz - Übergangsstücke Tank und Kesselw. - Umlenkrolle - Universalfräskopf - Wassersauger - Werkzeugausstattung - Werkzeugkasten - Winde - Zählrohr 	
4.12	Zahlautomaten <ul style="list-style-type: none"> - Bankkasse - Banknotenprüfer - Ein- und Ausgangsautomat (evtl. inkl. Drehkreuz) - Kassenautomat - Nachzahlautomat - Parkscheinautomat 	8
4.13	Zeitanlage	8
5	Büro- und Geschäftsausstattung	
5.01	Bücher, Literatur <ul style="list-style-type: none"> - Handbuch der gefährlichen Güter 	2
5.02	Bürodrehstuhl	5
5.03	Büromöbel <ul style="list-style-type: none"> - Besprechungstisch - Materialwagen - Musikrollcontainer - Papiertrockenwagen - Papierwagen - Projektionswand - Regal - Regalschrank - Regalwand - Regal (Papiertrocken-) - Regal (mit Schubkästen) - Schrank - Schrankkombination - Schrankwand 	20

NKF - Nutzungsdauertabelle für Vermögensgegenstände der Stadt Eschweiler

Nr.	Vermögensgegenstand	Festlegung für Eschweiler
	<ul style="list-style-type: none"> - Schrank (Akten-) - Schrank (Fächer-) - Schrank (Hängeregister-) - Schrank (Hoch-) - Schrank (Metall-) - Schrank (Papier-) - Schrank (Plakatkarten-) - Schrank (Roll-) - Schrank (Rollkasten-) - Schrank (Schließfach-) - Schrank (Server-) ohne Hardware - Schrank (Unter-) - Schreibtisch - Sitzecke mit Tisch - Trennwand - Tresor - Vitrinenschrank - Vitrinenschrank mit Unterregal - Vitrinenschrank mit Unterschrank - Winkelkombination (Schreibtisch, Schrank und Aufsatzregal) 	
5.04	Büromöbel Rettungsdienst	10
5.05	Computer und Zubehör <ul style="list-style-type: none"> - Computer - Drucker - Laptop - Matrizendrucker - Monitor - Notebook - Scanner - Server - Serverschrank inklusive Hardware 	3
5.06	Elektrogeräte <ul style="list-style-type: none"> - Unfallauslesegerät inkl. Betriebssystem zum Auslesen von Verkehrsunfällen - Batterieladegerät - Beamer - Dekupiermaschine - Epidiaskop - Fernsehgeräte - Filmprojektor - Kamera, Digitalkamera - Kopierer - Mikroskop - Papiertrockenvorrichtung (-gebläse) - Präzisionswaage - Touchscreen - Trockenpresse - Videokamera - Videorecorder 	7
5.07	Feuerwehr Allgemeine Ausstattung <ul style="list-style-type: none"> - Abrollbehälter - Handsprechfunkgerät - Lifepac 12 (Simulations- und Testgerät) - Moderatorenkoffer - Rettungszelt - Rettungsplattform - Schutzanzug - Sprungpolster - Übungspuppe 	10

NKF - Nutzungsdauertabelle für Vermögensgegenstände der Stadt Eschweiler

Nr.	Vermögensgegenstand	Festlegung für Eschweiler
	<ul style="list-style-type: none"> - Ulmer Koffer-Baby - Wasserbehälter - Wasserrettungsanzug 	
5.08	Geschäftsausstattung Kindergarten <ul style="list-style-type: none"> - Bällebad - Bauwagen - Heuboden (Holzspielanlage zum Klettern und Spielen) - Kinderbezug (Holz) (Holzspielanlage zum Klettern und Spielen) - Kuschelecke - Podest (Brücken-) - Podest (Eisenbahn-) - Rollenrutschbahn - Spracherziehungsmaterialien 	20
5.09	Geschäftsausstattung Schule <ul style="list-style-type: none"> - Aktivboxen - Atellierwagen - Bücherturm - Eigentumskiste - Experimenteschrank - Geräteschrank - Großbaustein (Leder) - Kantenmodelle (Satz) - Leinwand - Medienwagen - Schrank (Chemie-) - Schrank (Physik-) - Verkleidungsecke 	20
5.10	Geschäftsausstattung Sportstätten <ul style="list-style-type: none"> - Barren - Basketballkorb - Bauelemente - Deckenlaufschiene - Fußballtor - Gliederschleppnetz - Hochsprungständer - Kletterwand (innerhalb) - Kletterwand (Aufhängesystem) - Kletterwand (Mattensatz) - Schleppmatte - Sprungkasten - Tischtennisplatte - Turnbock - Turnwagen - Viertelkreisplatte - Weichbodenmatte 	15
5.11	Hochkreuz	22
5.12	Küchengeräte und Haushaltsgeräte <ul style="list-style-type: none"> - Backofen - Bierbarbuffet - Bierdruckanlage - Einbauherd - Anbauküche (nur wenn elektr. Geräte inbegriffen sind) - Gefrierschrank - Geschirrspüler - Herd (Gas-) - Herd (elektrisch) - Herd mit Kochplatten - Herdschrank 	10

NKF - Nutzungsdauertabelle für Vermögensgegenstände der Stadt Eschweiler

Nr.	Vermögensgegenstand	Festlegung für Eschweiler
	<ul style="list-style-type: none"> - Kaffeeautomat - Kakaowärmeschrank - Kippbratpfanne (elektrisch) - Kochfeld - Kondenstrockner - Kühlmaschine - Külschrank - Kühltheke - Kühlzelle - Mikrowelle - Salamander - Spülmaschine - Standspüler - Trockner - Umluftherd - Wäschetrockner - Warmhalter - Warmwasserspeicher - Waschmaschine - Zapfanlage 	
5.13	Musikinstrumente <ul style="list-style-type: none"> - Akkordeon - E-Gitarre - Keyboard - Klavier - Klavinova - Orgel - Schlagwerkbox - Schlagzeug - Xylophon 	20
5.14	Fahrradständer Papierkorb Schaukasten	10
5.15	Schulausstattung Allgemein/ Biologie/ Chemie/ Physik <ul style="list-style-type: none"> - Analysebox - Baukasten für Schülerversuche - Ebene mit Rollkörper - Experimentierbox - Foliensammlung - Materialbox - Modelle - Skelett - Versuchssatz 	20
5.16	Softwareausstattung	5
5.17	Sonstige Möbel <ul style="list-style-type: none"> - Aquarium - Arbeitsplatte - Bank (für Außenbereich) - Billardtisch - Bühnenaufgang - Anbauküche (nur, wenn keine elektr. Küchengeräte inbegriffen sind) - Flaschenwagen - Garderobe - Garderobenbank - Gardine - Küchenschrank - Küchenzeile - Kunstgegenstände (z.B. Bilder) 	20

NKF - Nutzungsdauertabelle für Vermögensgegenstände der Stadt Eschweiler

Nr.	Vermögensgegenstand	Festlegung für Eschweiler
	<ul style="list-style-type: none"> - Laufstall - Materialkiste - Multi-Klapp-Türwand - Ölfassregal - Raumteiler - Schrank (Buffet-) - Schrank (Eigentums-) - Schrank (Garderoben-) - Schrank (Gymnastik-Geräte-) - Schrank (Instrumenten-) - Schrank (Kleider-) - Schrank (Panzer-) - Schrank (Personal-) - Schrank (Schubladen- fahrbar) - Schrank (Schuhstiefel-) - Schrank (Spind-) - Schrank (Sportgeräte-) - Schrank (Stahl) - Schrank (Trocken-) - Schrank (Werkzeug-) - Schwerlastregal - Sofaecke - Spiegel - Spindregal - Spülschrank - Spültisch (Edelstahl) - Theke - Tisch (Bistro-) - Tischwagen - Trainerbank - Traverse - Vorhang - Wanne (Edelstahl) - Waschtischanlage (Sideboard inkl. Hochbadewanne) - Werkbank - Werkzeugwagen - Werkzeugwand 	
5.18	<p>Spielzeugausstattung</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bücherauto - Großbausteine - Grundpackung (Banfer Steine) - Grundpackung (Lego Soft) - Holzfigur - Holzschiff - Kasperletheater - Kaufladen - Lernspiele - Puppenecke - Puppenhaus mit Einrichtung - Spiegelgestell (Holz) - Spielhaus - Spiellandschaft - Spielteppich - Wasserbahnen - Wesco Bausatz 	5
5.19	Fahrbare Tafel	20
6	Fahrzeuge	
6.01	Anhänger, Auflieger	10

NKF - Nutzungsdauertabelle für Vermögensgegenstände der Stadt Eschweiler

Nr.	Vermögensgegenstand	Festlegung für Eschweiler
	<ul style="list-style-type: none"> - Lichtmastanhänger - Traktoranhänger 	
6.02	Fahrräder, Mofas	8
6.03	Feuerwehrfahrzeuge, Feuerlöschfahrzeuge, Kraftfahrdrehleiter, Löschboot <ul style="list-style-type: none"> - Drehleiter - Drehleiter (mit Korb) - Einsatzleitfahrzeug - Einsatzlöschwagen - Einsatzwagen - Gerätewagen-Gefahrgut - GW Messfahrzeug - Löschfahrzeug - Tanklöschfahrzeug - Wechselladerfahrzeug 	15
6.04	Hubwagen, Gerätewagen <ul style="list-style-type: none"> - Elektrostapler 	6
6.05	Kleintransporter, Mannschaftstransportfahrzeuge	6
6.06	Krankentransportwagen, -fahrzeuge, Notarzteinsatzwagen, Rettungstransportwagen <ul style="list-style-type: none"> - Krankentransportwagen - Rettungswagen (RTW) 	6
6.07	Lastkraftwagen	8
6.08	Personenkraftwagen, Wohnwagen	8
6.09	Rettungsboot	8
6.10	Traktoren	12

Mehrheitsbeteiligungen

An den nachstehend aufgeführten Unternehmen ist die Stadt Eschweiler zu mehr als 50 % beteiligt:

- ✓ Betreuungseinrichtung für Kinder & Jugendliche der Stadt Eschweiler, AöR - BKJ
- ✓ Strukturförderungsgesellschaft Eschweiler mbH & Co. KG
- ✓ Strukturförderung Eschweiler Verwaltungs-GmbH
- ✓ Städt. Wasserwerk Eschweiler GmbH, Stolberg
- ✓ Gewerbe-Technologie-Center GmbH
- ✓ Wirtschaftsbetriebe Eschweiler GmbH

Zur Übersicht über die Wirtschaftslage sind die zum Zeitpunkt der Aufstellung aktuell hier vorliegenden Jahresabschlüsse der Unternehmen als Anlage beigefügt.

Bilanz zum 31. Dezember 2015
Betreuungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche der Stadt Eschweiler, Anstalt öffentlichen Rechts - BKJ,
Eschweiler

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014
	€	€	€	€
AKTIVA			PASSIVA	
A. Anlagevermögen			I. Stammkapital	
I. Sachanlagen			I. Stammkapital	500.000,00
1. Grundstücke und Bauten	8.564.116,37	8.649.444,11	II. Kapitalrücklage	82.001,55
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	267.021,75	310.534,13	III. Gewinnvortrag	688.163,66
3. Anlagen im Bau	0,00	0,00	IV. Jahresbeiträge/-Überschuss	421.972,27
II. Wertpapiere	8.831.138,12	8.529.976,24		296.181,36
- Wertbare Anlagevermögen	20.786,27	17.217,00		1.270.165,21
	6.857.874,39	8.077.196,14		1.333.575,42
B. Umlaufvermögen			B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	1.169.828,45
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	60.571,62	56.957,74	1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	101.040,00
2. Forderungen gegen den Träger	234.691,00	284.465,00	2. Sonstige Rückstellungen	117.477,00
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	234.691,00	284.465,00		1.116.517,00
- davon mit einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr				1.377.895,88
II. Guthaben bei Kreditinstituten				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	462,91	670,75	D. Verbindlichkeiten	
2. Sonstige Vermögensgegenstände	295.745,53	447.053,49	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6.187.521,97
- davon mit einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr	1.430.316,01	1.413.740,06	- davon mit einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr	203.842,64
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	1.726.261,54	1.855.833,55	- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren	304.115,21
3. Sonstige Vermögensgegenstände	4.280,97	3.890,78	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.947.841,26
III. Rechnungsabgrenzungsposten			- davon mit einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr	5.194.330,20
			- davon mit einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr	83.103,80
			- davon mit einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr	165.366,35
			3. Verbindlichkeiten gegenüber dem Träger	59.010,83
			- davon mit einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr	67.480,23
			4. Sonstige Verbindlichkeiten	121.033,43
			- davon mit einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr	121.033,43
			- davon aus Steuern	77.806,99
			- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	25.163,26
			- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	23.334,09
			E. Rechnungsabgrenzungsposten	
				6.151.970,13
				186.385,26
				10.582.416,00
				10.838.920,47

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015**

**Betreuungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche der Stadt Eschweiler,
Anstalt öffentlichen Rechts - BKJ,
Eschweiler**

	€	€	2015 €	2014 €
1. Umsatzerlöse			6.168.170,04	5.066.174,76
2. Sonstige betriebliche Erträge			1.165.442,73	2.051.207,01
3. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		/J. 306.789,51		
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		/J. 262.566,17	/J. 569.355,68	/J. 686.529,62
4. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter		/J. 4.470.622,58		
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		/J. 1.163.965,43	/J. 5.634.588,01	/J. 5.139.864,70
– davon für Altersversorgung (Vj. 249.472,07)	322.134,91			
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegen- stände des Anlagevermögens und Sachanlagen			/J. 402.482,42	/J. 298.771,91
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen			/J. 879.820,17	/J. 571.926,58
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge			507,48	58.962,83
– davon von dem Träger (Vj. 57.503,00)	0,00			
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen			/J. 225.446,21	/J. 212.936,40
– davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen (Vj. 47.474,14)	44.390,50			
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			/J. 377.572,24	266.315,39
10. Sonstige Steuern			/J. 124,00	/J. 124,00
11. Jahresfehlbetrag/ -überschuss			/J. 377.696,24	266.191,39

Betreuungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche der Stadt Eschweiler, Anstalt öffentlichen Rechts - BKJ, Eschweiler

Lagebericht zum Wirtschaftsjahr 2015

1. Darstellung des Geschäftsverlauf

Gegenstand der Tätigkeit der BKJ in 2015 war, wie auch in den Vorjahren, die Organisation, Verwaltung und der Betrieb des Kindergartenwesens der Stadt Eschweiler auf Grundlage der Satzung und der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften.

Insgesamt werden von der BKJ 11 Kindergärten und -tagesstätten auf dem Eschweiler Stadtgebiet vorgehalten.

In 2015 nahm das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland mit 1,7 % zu. Damit entwickelte sich die deutsche Wirtschaft etwa im europäischen Durchschnitt. Auf der Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts war der Konsum wichtigster Wachstumsmotor der deutschen Wirtschaft. Die privaten Konsumausgaben stiegen preisbereinigt um 1,9 % und die Konsumausgaben des Staates sogar um 2,8 %. Im Inland investierten Unternehmen und Staat zusammen 3,6 % mehr in Ausrüstungen. Die Wirtschaftsleistung wurde im Jahresdurchschnitt dabei erstmals von mehr als 43 Millionen Erwerbstätigen erbracht. Die Arbeitslosenzahl lag bei rd. 2,8 Mio. und der Preisanstieg bei rd. 0,3 %.

Gemäß dem statistischen Bundesamt konnte der deutsche Staatssektor (Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen) in 2015 einen positiven Finanzierungssaldo von rd. 16,4 Mrd. € erzielen.

Die Tätigkeit der BKJ stand in 2015 bis in den Herbst hinein ganz im Lichte der Streiks der Beschäftigten in den Kindertagesstätten. Aufgrund der Aufkündigung der Eingruppierungsmerkmale im Tarifvertrag für die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst durch die Gewerkschaften kam es im Rahmen der Tarifauseinandersetzungen in den Monaten März bis Juni 2015 zu einem insgesamt knapp fünfwöchigen Streik. Dabei wurde im Zeitraum von Ende März bis Mitte April 2015 an 4 Einzeltagen und vom 11. Mai bis 5. Juni 2015 durchgängig gestreikt. Da etliche Beschäftigte nicht gewerkschaftlich organisiert sind bzw. sich zugunsten der bestehenden Betreuungsbedarfe bei den Eltern gegen eine Streikteilnahme entschieden hatten, konnten durchschnittlich 1/3 der in den BKJ-Einrichtungen aufgenommen Kinder in Notgruppen betreut werden. Es waren während der Streikzeit durchschnittlich mindestens 5 bis 6 Notgruppen aktiv und ca. 2 bis 3 Einrichtungen komplett geöffnet. Durch diese Tatsache konnten insofern die aus Sicht der Eltern berechtigten Beschwerden oftmals abgefedert werden.

Der zumindest teilweise Fortbetrieb der Kindertagesstätten in den Streikzeiten band aufgrund des hierfür notwendigen Organisationsaufwands jedoch verstärkt die Verwaltungskapazitäten, die damit für andere Aufgaben nicht zur Verfügung standen. Erst Ende Oktober 2015 konnte zwischen den Tarifparteien eine Einigung erzielt werden.

Die Tätigkeit der BKJ war in 2015 daneben, wie auch in den Vorjahren weiter stark geprägt durch das zum 1. August 2008 in Nordrhein-Westfalen (NRW) in Kraft getretene Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz (KiBiz)) und den dort formulierten Anforderungen zur Neugestaltung der Struktur und der Finanzierung der Kindertagesstätten und dem hierzu ergangenen ersten und zweiten Änderungsgesetz.

Die zweite Stufe der Revision des KiBiz, die am 1. August 2014 in Kraft trat, zielt vor allem auf mehr Bildungschancen und mehr Bildungsgerechtigkeit ab. Die Schwerpunkte dieser Gesetzesrevision sind im Einzelnen:

- die Stärkung des Bildungsauftrages

Danach sollen die Stärken der Kinder der Ausgangspunkt ihrer alltagsintegrierten, ganzheitlichen Förderung sein. Die gemeinsame Bildung und Erziehung aller Kinder soll mit individueller Förderung und Hilfe verbunden werden, damit die Persönlichkeitsentwicklung der Kinder bestmöglich gefördert wird.

- Stärkung der Sprachbildung

Die Sprachförderung soll landesweit alltagsintegriert und kontinuierlich von Beginn an erfolgen. Die Neuausrichtung soll eine entwicklungsbegleitende Beobachtung und Erfassung der Sprachentwicklung umfassen. Kitas, die einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Kindern mit besonderem Unterstützungsbedarf in ihrer Sprachentwicklung betreuen, sollen für Personal zur Sprachförderung hierfür zusätzliche Mittel erhalten.

- Stärkung der Bildungschancen

Kitas, die in ihrem sozialen Umfeld viele Kinder besonders intensiv bei ihrer Entwicklung unterstützen müssen, sollen mit zusätzlichem Personal gestärkt werden. Zur Schaffung von mehr Bildungsgerechtigkeit und für bessere Bildungschancen sollen diese danach für mindestens fünf Jahre für pädagogisches Personal einen jährlichen Festbetrag von mindestens 25 T€ erhalten.

- Stärkung des Angebots

Zur Entlastung des Personals zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Einrichtungen sollen danach jährlich rund 55 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden.

Bei der BKJ hat sich die Bedarfslage in den einzelnen Einrichtungen seit dem zum 1. August 2014 in Kraft getretenen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für Kinder ab einem Jahr erwartungsgemäß weiter verändert. Die Nachfrage nach Betreuung von U3-Kindern ist weiter gestiegen, wobei im Stadtgebiet Eschweiler nach wie vor aber auch noch ein hoher Bedarf an Plätzen für Kinder über 3 Jahre festzustellen ist. In der Konsequenz mussten in erster Linie die Konzeptionen sowie der Personalbestand in qualitativer und quantitativer Hinsicht weiter angepasst werden.

Die Bautätigkeit der BKJ ging in 2015 erstmals seit Jahren zurück. Die einzige wesentliche Baumaßnahme in 2015 war die bereits in 2014 beschlossene Baumaßnahme betreffend das Bestandsgebäude der Kindertagesstätte Alte Rodung.

Zu Beginn des Kindergartenjahres 2015/2016 wurden im Rahmen der Belegungen auch in der 5. und somit letzten Gruppe der Kindertagesstätte Hastenrather Weg U3-Kinder aufgenommen, so dass hier nunmehr die maximal mögliche Anzahl an U3-Plätzen (34) eingerichtet ist. Auch in der integrativen Einrichtung Quellstraße wurden in der dritten integrativen Gruppe U3-Kinder aufgenommen, so dass auch hier gleichfalls die Maximalanzahl an U3-Plätzen (17) erreicht wurde.

Mit diesen Maßnahmen konnte das Angebot an U3-Plätzen insgesamt weiter verbessert werden.

Ansonsten sind die Einrichtungen der BKJ und hier insbesondere das Familienzentrum Jahnstr. seit ca. August 2015 in die Betreuung der in der benachbarten Flüchtlingserstaufnahmestelle untergebrachten Flüchtlingskinder involviert. Hier wurde mit personeller Unterstützung der Einrichtung Helene Weber Haus, Stolberg, eine an mehreren Tagen wöchentlich stattfindende Spielgruppe installiert.

Die Organisationsstrukturen, Prozesse und Abläufe in der Verwaltung und in den Kindertagesstätten wurden in 2015 weiter an die gestellten Anforderungen angepasst und optimiert. Durch die Geschäftsordnung und die Satzung der BKJ wird der Rahmen für die Geschäftstätigkeit abgesteckt. Hiernach wesentliche Entscheidungen bedürfen in der Regel der Zustimmung des Verwaltungsrates. Die Betriebssteuerung erfolgt auf der Gesamtbetriebsebene anhand von monatlichen Soll-/Ist-Vergleichen auf Grundlage des Wirtschaftsplans und den tatsächlichen Istzahlen sowie zudem anhand quartalsmäßiger statistischer Auswertungen mit Erlös- und Kostenauswertungen sowie Belegungs- und Personalzahlen. Daneben werden die Liquidität und die Kredite anhand von Konten und Kreditstatistiken laufend überwacht.

Der durchschnittliche Personalstand in 2015 stellte sich gegenüber dem Vorjahr, insbesondere aufgrund des höheren Betreuungsaufwands für U3-Kinder von 159 auf 166 Mitarbeiter erhöht dar.

Die in den Vorjahren vorgenommenen Anstrengungen und Maßnahmen zur fachlichen Weiterqualifizierung und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden auch in 2015 beibehalten. Auch wurden in 2015 verstärkt Praktikanten in die Tagesarbeit eingebunden, dieses auch vor dem Hintergrund diese zukünftig vielleicht als feste Mitarbeiter zu gewinnen.

Alle Kindertagesstätten der BKJ erfreuten sich in 2015, wie auch in den Vorjahren, eines sehr hohen Zuspruchs. Im Durchschnitt hat die BKJ in 2015 in ihren 11 Kindertagesstätten 657 (Vorjahr: 662) Kinder betreut, davon 153 auf U3-Plätzen (Vorjahr 145). Die Kindertagesstätten der BKJ waren damit in 2015 wieder fast durchgängig vollständig ausgelastet.

Unsere Tätigkeit und die Erreichung der gesteckten Arbeitsziele sind für 2015 als grundsätzlich positiv zu bewerten. Jedoch konnte das zunächst für 2015 angestrebte ausgeglichene Ergebnis nicht erreicht werden. Das Wirtschaftsjahr 2015 wurde mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 378 T€ abgeschlossen und damit aus finanzwirtschaftlicher Sicht mit einem nicht zufriedenstellenden Ergebnis.

2. Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage stellte sich in 2015 wie folgt dar.

Die BKJ beendete das Wirtschaftsjahr 2015 mit einem Jahresfehlbetrag von 378 T€ (Vorjahr: Jahresüberschuss von 266 T€).

Dem Jahresergebnis 2015 liegt ein Betriebsergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT) von -153 T€ (Vorjahr: 420 T€) und ein Finanzergebnis von -225 T€ (Vorjahr: -154 T€) zugrunde. Das Betriebsergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (EBITDA) für 2015 belief sich auf 249 T€ (Vorjahr: 719 T€). In das Finanzergebnis sind in 2015 die Zinsen aus der Aufzinsung von Rückstellungen in Höhe von 44 T€ (Vorjahr: 47 T€) eingeflossen.

Die Umsatzerlöse der BKJ von 6.168 T€ (Vorjahr: 5.066 T€) resultieren mit 5.799 T€ (Vorjahr: 4.588 T€) insbesondere aus den erhaltenen Kindpauschalen, aus gesonderten Zuweisungen des Landes in Höhe von 203 T€ (Vorjahr: 330 T€) sowie aus Erlösen aus der Abgabe der Verpflegung in Höhe von 166 T€ (Vorjahr: 148 T€).

Unter den sonstigen betrieblichen Erträgen werden insbesondere in Höhe 830 T€ (Vorjahr: 1.866 T€) Erträge aus Zuweisungen der Stadt Eschweiler zur Fehlbetragsabdeckung für 2015 ausgewiesen. Ohne diese Zuweisungen wäre das Jahresergebnis der BKJ mit -1.208 T€ (Vorjahr: -1.600 T€) entsprechend schlechter ausgefallen. Dieses verdeutlicht, dass die BKJ auch in den Folgejahren weiter auf die Unterstützung der Stadt Eschweiler angewiesen sein wird. In 2015 wurden die

städtischen Zuweisungen im Zusammenhang mit der unerwarteten nachträglichen Bewilligung eines Zuschusses in Höhe von 222 T€ des Bundes und des Landes NRW für die bereits abgeschlossene U3-Baumaßnahme in der Kita Johanna-Neuman-Straße im Vergleich zur ursprünglichen Planung gleichfalls um 222 T€ vermindert.

Daneben werden unter den sonstigen betrieblichen Erträgen u.a. auch die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse in Höhe von rd. 58 T€ ausgewiesen.

Größter Aufwandsposten der BKJ war im Wirtschaftsjahr 2015 mit 5.635 T€ (Vorjahr: 5.140 T€) der Personalaufwand. Von den durchschnittlich im Wirtschaftsjahr 2015 von der BKJ beschäftigten 166 (Vorjahr: 159) Mitarbeitern waren 4 (Vorjahr: 4) in der Verwaltung und 162 (Vorjahr: 155) im Bereich der Kinderbetreuung und hierfür benötigter Dienstleistungen tätig. Mit dem Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst 2014 mit einer Laufzeit vom 1. März 2014 bis zum 29. Februar 2016 wurden Tarifanpassungen in zwei Stufen vereinbart. Hiernach wurde zunächst zum 1. März 2014 eine Tarifierhöhung von 3,0 %, mindestens aber um 90 €, vorgenommen. In 2015 erfolgte dann in der zweiten Stufe zum 1. März 2015 eine Tarifierhöhung um 2,4 %. Der zwischen den öffentlichen Arbeitgebern und den Gewerkschaften seit Anfang 2015 schwelende Streit bezüglich der Eingruppierungen der Mitarbeiter konnte letztlich Ende Oktober 2015 beigelegt werden. Durch die entschiedenen Änderungen in der Stufenzugehörigkeit im TVöD im Sozial- und Erziehungsdienst sollen vor allem Erzieher in den unteren Stufen und Sozialarbeiter in der Entgeltgruppe S 14 profitieren. Je nach Stufenzugehörigkeit erhalten Erzieher pro Monat zwischen 93 € und 138 € mehr Geld. Sozialarbeiter in der Entgeltgruppe S 14 erhalten zwischen 30 € und 80 € pro Monat zusätzlich. Für die BKJ resultierte aus der Einigung für 2015 ein höherer Personalaufwand von rd. 130 T€. Demgegenüber standen andererseits in 2015 aber auch in ähnlicher Höhe streikbedingte Personalkostenminderungen. Zum Stichtag 31. Dezember 2015 bestanden mit 4 (Vorjahr: 6) Personen Altersteilzeitvereinbarungen, davon waren 3 Personen bereits in der Freistellungsphase.

Im Weiteren wurde das Ergebnis der BKJ in 2015 u.a. auch durch unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesenen einmaligen Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen in Höhe von insgesamt rd. 166 T€ beeinflusst.

Zum 31.12.2015 weist die BKJ bei einem Eigenkapital von 892 T€ (Vorjahr: 1.270 T€) eine Bilanzsumme von 10.582 T€ (Vorjahr: 10.837 T€) aus. Die Eigenkapitalquote liegt damit bei 8,4 % (Vorjahr: 11,8 %). Das Eigenkapital und das langfristige Fremdkapital von 7.480 T€ (Vorjahr: 7.504 T€) haben insgesamt einen Anteil an der Bilanzsumme von 79,1 % (Vorjahr: 81,0 %). Das Anlagevermögen von 8.852 T€ (Vorjahr: 8.977 T€) wird durch das Eigenkapital und das langfristige Fremdkapital abgedeckt. Der Anlagendeckungsgrad II beträgt 94,6 % (Vorjahr: 97,8 %).

Die Investitionen beliefen sich in 2015 auf rd. 277 T€ (Vorjahr: 2.178 T€) und entfielen mit 245 T€ auf Grundstücke und Bauten, mit 29 T€ auf Betriebs- und Geschäftsausstattung und mit 3 T€ auf Finanzanlagen. Die Zugänge bei den Grundstücken und Bauten entfallen vor Allem auf die Baumaßnahmen an den Kindertagesstätten Alte Rodung, Johanna-Neuman-Straße und Jahnstraße Die übrigen Gebäude wurden in 2015 im notwendigen Rahmen angemessen instandgehalten.

Die Liquiditätslage der BKJ war in 2015 jederzeit gesichert. Der Bestand der liquiden Mittel belief sich zum 31. Dezember 2015 auf insgesamt 1.431 T€ gegenüber 1.414 T€ zum Vorjahresstichtag und erhöhte sich damit um 17 T€. Die liquiden Mittel wurden in 2015 teilweise als Fest- und Tagesgeld angelegt. In 2015 wurden zur anteiligen Gegenfinanzierung der Pensionsverpflichtungen weitere KVR-Fondsanteile in Höhe von 3 T€ erworben, die unter den Wertpapieren des Anlagevermögens bilanziert werden. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben überwiegend langfristigen Charakter. Im Zusammenhang mit den Investitionen wurden in 2015 weitere langfristige Darlehen über insgesamt 200 T€ neu aufgenommen. Sonstige Finanzinstrumente, Termingeschäfte, Optionen oder Derivate werden von der BKJ nicht eingesetzt. Die Guthaben bei Kreditinstituten, die Entwicklung der Fondsanteile und die Kreditverbindlichkeiten werden laufend überwacht.

3. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die Aufgabenstellung der BKJ wird auch in den nächsten Jahren weiter durch den laufenden Betrieb der 11 Kindertagesstätten im Eschweiler Stadtgebiet geprägt sein. Durch die Fortschreibung des KiBiz in der 2. Revision wurde die Bedeutung der Punkte pädagogische Konzeption, Partizipation, Inklusion, Elternarbeit, Qualität, Bildungsgrundsätze, Fortbildung und Supervision für den laufenden Betrieb nochmals besonders herausgestellt. In der sachgerechten Umsetzung dieser Punkte sind aus unserer Sicht auch Chancen zu sehen den hohen Anspruch zu unseren Kindertagesstätten weiter aufrechtzuerhalten und die Qualität unserer Betreuungsleistungen weiter zu verbessern.

Weitere mögliche Chancen sind u.a. in der Verbesserung von Serviceleistungen, einer Verlängerung von Öffnungszeiten, der Kinderbetreuung in Notsituationen, in einer verbesserten Integration von Behinderten und der Sicherung einer Notversorgung zu sehen.

Für die BKJ gilt es im Rahmen der rechtlichen Vorgaben weiter, ein am quantitativen wie am qualitativen Bedarf ausgerichtetes Angebot zu generieren. Dieses soll insbesondere auch durch die bereits durchgeführten Sanierungs- und Baumaßnahmen gewährleistet werden. Durch Investitionen in die vorhandenen Gebäude wird neben den durch das KiBiz gestellten Anforderungen angestrebt, die beste-

hende Bausubstanz zu erhalten und darüber hinaus im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten die Attraktivität der Räumlichkeiten zu erhöhen. Insbesondere kommt dabei auch dem behindertengerechten Ausbau ein hoher Stellenwert zu.

Auch in den Jahren 2016 ff. wird angestrebt dabei gleichzeitig die Kosten, insbesondere im Personalbereich trotz des erhöhten Aufwands für die Betreuung von Kinder unter drei Jahren, im moderaten Rahmen zu halten. Durch die Kündigung der Gehaltstabelle für den Sozial- und Erziehungsdienst, die an den TVöD angehängt ist, zum Ende Februar 2016, bleibt für die BKJ die Erhöhung der Personalkosten für 2016 und auch die Möglichkeit von Streiks auf dem Weg bis zu einer Tarifeinigung weiterhin ein wichtiges Thema. Das Ergebnis der weiteren Verhandlungen und dessen Auswirkungen bleiben abzuwarten. Unklar und mit Kostenrisiken verbunden bleibt auch die voraussichtlich zunehmende Anzahl von zu betreuenden Flüchtlingskindern und die damit verbundenen notwendigen Förderungs- und Integrationsanstrengungen. Weitere Kostenrisiken bestehen aufgrund des fortgeschrittenen durchschnittlichen Alters der Bausubstanz der Bestandsbauten in den nur schwer zu prognostizierenden zukünftigen Aufwendungen für Instandhaltungsmaßnahmen.

Mittel- bis langfristig können sich zudem weitere Risiken aus der demographischen Entwicklung aufgrund der schwankenden Geburtenzahlen ergeben. Die regionale Entwicklung hierzu wird regelmäßig von der BKJ verfolgt, um ggf. zeitgerecht entsprechende Anpassungsmaßnahmen einleiten zu können. Risiken können im Weiteren auch aus Änderungen der gesetzlichen Vorgaben zu den Rahmenbedingungen für Kindergärten und -tagesstätten entstehen. Der Vorstand sieht derzeit jedoch keine bestandsgefährdenden Risiken und auch keine sonstigen nicht kalkulierbaren Risiken für die BKJ und geht insoweit von dem weiteren Betrieb der Kindertagesstätten in den nächsten Jahren aus. Mögliche Risiken werden trotzdem regelmäßig durch die BKJ erfasst, beobachtet und analysiert. Die BKJ strebt an, den eingeschlagenen Weg der Kostenoptimierung ohne spürbare Leistungseinschnitte wie in den Vorjahren im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben weiter zu gehen.

4. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Ende des Wirtschaftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Wirtschaftsjahres eingetreten sind, liegen nicht vor.

5. Voraussichtliche Entwicklung

Der von uns aufgestellte Wirtschaftsplan bis 2021 sieht für die BKJ ausgeglichene Jahresergebnisse für die in dem Zeitraum 2016-2021 endenden Wirtschaftsjahre

vor. Dabei wurde die Gewährung von Zuweisungen der Stadt Eschweiler zur Fehlbetragsabdeckung berücksichtigt. Die in der Budgetierung berücksichtigten Zuweisungen der Stadt Eschweiler bewegen sich in dem Zeitraum 2016-2021 p.a. in einer Spannweite zwischen 699 T€ und 843 T€. Bei den Personalkosten wird dabei für 2016 von einer Steigerung um ca. 4 % ausgegangen.

Die Prognose basiert auf den bisherigen Budgetierungen und bekannten Ereignissen sowie den vorliegenden Erfahrungswerten. Unerwartete einmalige Aufwendungen und/oder Erträge sind in dem Prognosezeitraum nicht berücksichtigt. Insgesamt wird ab 2016ff. seitens der Stadt Eschweiler auch eine ratierte Abschmelzung der Fehlbetragsabdeckung gegenüber den ursprünglichen Planansätzen angestrebt.

Im Personalbereich sind in 2016 und in den Folgejahren zunehmend Engpässe zu erwarten.

Planungsüberlegungen bestehen für einen Neubau der Kindertagesstätte Merzbrücker Straße. Hierfür und für andere U3-Maßnahmen sind Förderanträge zur Bewilligung von Mitteln aus dem U3-Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung 2015-2018“ an das Land vorgesehen. Des Weiteren ist bei der Stadt Eschweiler aufgrund gestiegener Bedarfszahlen die Errichtung einer 5-gruppigen Kindertagesstätte mit 95 Plätzen in Planung, die nach Fertigstellung im ersten Halbjahr 2017 von der BKJ im Rahmen eines Mietverhältnisses betrieben werden soll.

Für das Kindergartenjahr 2016/2017 wird davon ausgegangen, dass wiederum alle Plätze in den Einrichtungen der BKJ vergeben werden können. Die Anforderungen des KiBiz unter Berücksichtigung der Revisionen werden weiter umgesetzt werden. Die Prozessabläufe und Kostenstrukturen sollen dabei kontinuierlich und unter Berücksichtigung der sich ändernden Anforderungen und im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben ständig weiter verbessert und fortentwickelt werden. Vorrangig bleibt hier aber, wie auch in der Vergangenheit, immer die optimale Betreuung der anvertrauten Kinder.

Ich weise daraufhin, dass bei den o.a. zukunftsbezogenen Aussagen die tatsächlichen Ergebnisse wesentlich von den Erwartungen über die voraussichtliche Entwicklung abweichen können.

Eschweiler, den 31. März 2016

gez. Vera Joußen
Vorstand der BKJ - Betreuungseinrichtungen für
Kinder und Jugendliche der Stadt Eschweiler - AÖR

**Sirukturförderungsgesellschaft Eschweiler
mbH & Co. KG
Eschweiler**

Bilanz zum 31. Dezember 2015

AKTIVA		PASSIVA	
	EUR	EUR	Vorjahr EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Eigentlich erworbene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte sowie Lizenzen an solchen Rechten	4,00	873,00	
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	14.441.179,75	12.786.117,56	3.800.000,00
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	86.687,00	94.012,00	1.361.876,11
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	266.030,47	0,00	-340.425,32
	14.793.897,22	12.880.129,56	-33.411,07
	14.793.871,22	12.884.002,56	4.768.999,90
B. UMLAUFVERMÖGEN			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	16.667,06	21.892,16	11.997,64
2. Zur Weiterveräußerung bestimmter Grundbesitz	12.181.382,20	11.550.449,45	111.504,65
	12.198.049,26	11.551.341,61	123.502,29
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.464,79	0,00	19.040.169,65
2. Forderungen gegen Gesellschafter	19.227,40	0,00	63.289,48
3. Sonstige Vermögensgegenstände	52.523,62	112.987,32	46.775,67
	73.236,01	112.987,32	4.493,65
III. Guthaben bei Kreditinstituten			
	263.461,90	26.038,26	
	12.514.747,17	11.722.367,19	22.469.871,53
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN			
- davon Disagio	19.410,19	60.334,71	444,00
- davon Disagio			
EUR 27.679,05 (i.V. EUR 46.970,00)			
	27.368.028,58	24.666.704,46	27.368.028,28
			24.666.704,46
A. EIGENKAPITAL			
I. Kapitalanteil beschränkt haftend für Gesellschafter			
1. Festkapital	3.800.000,00	3.800.000,00	3.800.000,00
2. Rücklagen	1.361.876,11	1.361.876,11	1.361.876,11
3. Verlustvortrag	-373.836,39	-340.425,32	-340.425,32
4. Jahresfehlbetrag	-19.039,82	-33.411,07	-33.411,07
	4.768.999,90	4.788.039,72	4.788.039,72
B. RÜCKSTELLUNGEN			
1. Steuerrückstellungen	14.064,22	11.997,64	11.997,64
2. Sonstige Rückstellungen	110.581,95	111.504,65	111.504,65
	124.647,17	123.502,29	123.502,29
C. VERBINDLICHKEITEN			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	21.983.081,81	19.040.169,65	19.040.169,65
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	391.124,33	63.289,48	63.289,48
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	33.963,14	46.775,67	46.775,67
4. Sonstige Verbindlichkeiten	61.702,36	4.493,65	4.493,65
- davon aus Steuern			
EUR 312,09 (i.V. EUR 843,37)			
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit			
EUR 51,49 (i.V. EUR 60,36)			
	22.469.871,53	19.764.718,46	19.764.718,46
D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN			
	4.509,58	444,00	
	4.509,58	444,00	444,00
	27.368.028,58	24.666.704,46	27.368.028,28
			24.666.704,46

**Strukturförderungsgesellschaft Eschweiler
mbH & Co. KG
Eschweiler**

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom
1. Januar bis 31. Dezember 2015**

	EUR	EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse		467.758,00	169.951,98
2. Erhöhung / Verminderung des Bestands des zur Weiterveräußerung bestimmten Grundbesitzes		621.932,75	-169.508,32
4. Sonstige betriebliche Erträge		2.049.704,99	1.949.263,72
5. Materialaufwand			
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		-961.962,76	0,00
6. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-17.330,92		-11.587,19
b) Soziale Abgaben	-4.330,42		-2.987,63
		-21.661,34	-14.574,82
7. Abschreibungen			
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-256.210,07	-247.360,00
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-1.367.430,50	-1.159.941,02
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		374,25	388,75
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-535.952,43	-547.236,52
14. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-3.447,11	-19.016,23
18. Steuern vom Ertrag		-1.290,73	-341,21
19. Sonstige Steuern		-14.301,98	-14.053,63
20. Jahresfehlbetrag		-19.039,82	-33.411,07

Strukturförderungsgesellschaft Eschweiler mbH & Co. KG Eschweiler

Lagebericht zum Geschäftsjahr 2015

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Entsprechend der Gesamtkonzeption der Strukturförderungsgesellschaft Eschweiler mbH & Co. KG wurden auf der Grundlage des verabschiedeten Wirtschaftsplanes im Geschäftsjahr 2015 die Entwicklung der durch die Gesellschaft erworbenen bzw. übernommenen Grundstücke fortgesetzt und weitere Vermarktungen sowie die Instandsetzung und Modernisierung von Wohnungsbestand vorgenommen.

Im Bereich des Mietwohnungsbestandes ist weiterhin eine konstant hohe Vermietungsquote festzustellen. Allerdings geht diese einher mit einer (nutzerbedingt) hohen Zahl an Mietrückständen und –ausfällen, die regelmäßige Abschreibungen auf Mietforderungen bedingen. Gemeinsam mit der Wohnungsverwalterin wird hierzu ein konsequentes Forderungsmanagement betrieben.

Erfreulich entwickelte sich das Bauvorhaben „Stich 30“, welches plangemäß im Oktober 2015 der Stadt Eschweiler als Mieterin zur Unterbringung von Flüchtlingen übergeben werden konnte. Nicht zuletzt die intensive Begleitung in der Errichtungsphase sowie die enge Betreuung der Bewohner führte sowohl bei den Nutzern als auch in der weiteren Nachbarschaft zu einer breiten Akzeptanz dieses Standortes.

Ein weiteres größeres Bauvorhaben – die Errichtung einer Kindertagesstätte im Ringofen – wurde beschlussmäßig vorangetrieben und kann voraussichtlich im Januar 2017 an den zukünftigen Nutzer übergeben werden. Ein langfristiger Mietvertrag hierzu wurde abgeschlossen.

Ebenso erfolgreich verläuft das Projekt „Ackerstraße“. Wie angekündigt konnte im Herbst 2015 gemeinsam mit einem Kooperationspartner mit der Erschließung und Vermarktung des Baugebietes „Ackerstraße“ in Kinzweiler begonnen werden. Die Prognose, dass das Baugebiet zügig und mit Erfolg vermarktet werden kann, hat sich bestätigt. Mittlerweile sind bis auf 2 sämtliche Baugrundstücke veräußert worden. Mit der Errichtung der Bauvorhaben wurde in einer Vielzahl von Fällen schon begonnen, wobei die ersten Häuser noch in 2016 bezogen werden sollen.

Die aus dem Gesellschaftsvertrag resultierende Verpflichtung zur Einhaltung des öffentlichen Zweckes der Gesellschaft sowie die Erreichung dieses Zweckes wurden auch im Berichtsjahr wiederum erfüllt.

B. Darstellung der Lage der Gesellschaft

I. Analyse der Vermögenslage

Die Bilanzstruktur hat im Geschäftsjahr 2015 größere Veränderungen erfahren. Die Erhöhung der Bilanzsumme resultiert auf der Vermögensseite von den Investitionen in das Anlagevermögen und dem zur Veräußerung bestimmten Grundbesitz des Umlaufvermögens sowie der Steigerung der liquiden Mittel. Die Kapitalstruktur weist demzufolge eine entsprechende Zunahme bei den Bankdarlehen im Langfristbereich auf und die Erhöhung von Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

	2015 <u>TEUR</u>	2014 <u>TEUR</u>	Veränderung <u>TEUR</u>
Anlagevermögen	14.794	12.884	1.910
Umlaufvermögen und RAP	12.574	11.783	791
Aktiva	27.368	24.667	2.701
Eigenkapital	4.769	4.788	-19
Langfristiges Fremdkapital	20.633	17.925	2.708
Kurzfristiges Fremdkapital	1.966	1.954	12
Passiva	27.368	24.667	2.701

Die Eigenkapitalquote der Gesellschaft hat sich insbesondere durch den Rückgang der Bilanzsumme im Berichtsjahr auf 17,4 % gegenüber dem Niveau des Vorjahres (19,4%) gemindert. Der Anteil des langfristig verfügbaren Fremdkapitals liegt mit 75,4 % auf Grund der kreditfinanzierten Investitionen über Vorjahresniveau (i.V. 72,7 %). Betrachtet man das insgesamt langfristig zur Verfügung stehende Kapital (Eigenkapital + langfristiges Fremdkapital) so ergibt sich mit TEUR 25.402 eine Quote von 92,8 %, die um TEUR 2.689 über dem Vorjahreswert (i.V. TEUR 22.713, 92,0 %) liegt.

II. Analyse der Finanzlage

Die Veränderung in der Bilanzstruktur spiegelt sich wie folgt in der Kapitalflussrechnung wider:

	2015 <u>TEUR</u>	2014 <u>TEUR</u>
Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	175	365
Cash-Flow aus Investitionstätigkeit	-2.166	0
Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit	<u>2.226</u>	<u>-683</u>
Veränderung der liquiden Mittel	<u>235</u>	<u>-318</u>

Die laufende Geschäftstätigkeit erwirtschaftete einen positiven Cash-Flow. Die enorme Investitionstätigkeit im Jahre 2015 musste durch einen kreditfinanzierten Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit getätigt werden. Die liquiden Mittel erhöhten sich um TEUR 235 auf TEUR 263 (Vorjahresbestand = TEUR 28).

III. Analyse der Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2015 schließt mit einem Jahresfehlbetrag ab.

	2015 <u>TEUR</u>	2014 <u>TEUR</u>	Veränderung <u>TEUR</u>
Gesamtleistung	3.139	1.949	1.190
Rohergebnis	2.177	1.949	228
Betriebsergebnis	518	513	5
Finanzergebnis	-536	-547	11
Ertragsteuern	-1	0	-1
Jahresergebnis	-19	-34	15

Die Gesamtleistung ist gegenüber dem Vorjahr um TEUR 1.190 gestiegen. Die Umsatzerlöse erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 298 auf TEUR 468. Die Investition in das Anlagevermögen führten dennoch zu einer Bestandserhöhung von TEUR 622 (i.V. Minderung TEUR 170).

Das Rohergebnis konnte somit gegenüber dem Vorjahr um TEUR 228 auf TEUR 2.177 gesteigert werden.

Unter Berücksichtigung von um TEUR 223 höheren Sonstigen betrieblichen Aufwendungen, schließt das Betriebsergebnis im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 5 besser ab.

Das weiterhin negative Finanzergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 11 als Folge planmäßiger Tilgung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verbessert. Die im Berichtsjahr neu aufgenommenen Darlehen wurden erst gegen Ende des Jahres aufgenommen und wirkten sich im Ergebnis noch nicht aus.

Als Ergebnis ist ein Jahresfehlbetrag i.H.v. TEUR 19 zu verzeichnen.

C. Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

Wie in den Vorjahren wird die weitere Entwicklung der Gesellschaft im Wesentlichen maßgeblich davon geprägt sein,

- die Vermietungsquote auf hohem Niveau zu erhalten und weiter auszubauen, sowie
- die Strukturierung und Entwicklung des erworbenen und zur Veräußerung bestimmten Grundbesitzes kurz- bzw. mittelfristig bis zur Vermarktung voranzutreiben und
- eine wirtschaftliche und sozialverträgliche Bewirtschaftung, Modernisierung und Teilvermarktung bebauten Immobilienbestandes der Gesellschaft fortzuführen.

Die aktuelle Wirtschaftslage wirkt sich weiterhin auf die Nachfrage nach Einzelbaugrundstücken sowie nach vermarktungsfähigen Flächen oder dem Erwerb von Geschosswohnungsbau durch Investoren aus, wobei eine verstärkte Nachfrage gegenüber den Vorjahren zu verzeichnen ist. Dieses lässt die Erwartungen zu, dass – wie bei dem Projekt Ackerstraße erfahren – ähnliche Projekte wirtschaftlich erfolgreich am Markt platziert werden können.

In Abhängigkeit der Zielerreichung stehen die Ergebniserwartungen für die Jahre 2016 ff.

D. Sonstige Angaben

I. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach dem Ende des Geschäftsjahres nicht ergeben.

II. Preisänderungs-, Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungstromschwankungen

Auf Grund des besonderen Geschäftsfeldes der Gesellschaft und der bestehenden Überwachungsstrukturen bestehen keine Anhaltspunkte für eine Gefährdung der Gesellschaft aus den benannten Risikobereichen.

E. Wesentliche Aussagen

Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten, sind derzeit nicht bekannt.

Eschweiler, den 18. November 2016

gez.: Hermann Gödde
(Geschäftsführer)

gez.: Dieter Kamp
(Geschäftsführer)

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 01.01.2015 bis 31.12.2015

 Strukturförd.Eschweiler Verw. GmbH
 Geschäftsführung / Vertretung der Strukt.förd.
 Eschweiler

	Euro	Geschäftsjahr Euro	%	Vorjahr Euro
1. sonstige betriebliche Erträge		29.221,47	0,00	7.764,38
2. Personalaufwand soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		48,64	0,00	48,65
3. sonstige betriebliche Aufwendungen		28.400,88	0,00	7.850,54
4. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		<u>333,90</u>	0,00	<u>121,23</u>
5. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		1.105,85	0,00	13,58-
6. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00			73,00-
7. sonstige Steuern	<u>0,04-</u>	0,04-	0,00	<u>0,02-</u> 73,02-
8. Jahresüberschuss		<u>1.105,89</u>	0,00	<u>59,44</u>

Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH
Eschweiler

Bilanz
zum
31. Dezember 2015

	EUR	EUR	EUR	Vorjahr EUR	PASSIVSEITE	EUR	Vorjahr EUR
AKTIVSEITE					A. Eigenkapital		
I. Anlagevermögen					I. Gezeichnetes Kapital	1.000.000,00	1.000.000,00
Immaterielle Vermögensgegenstände Engelisch erworbene Konzessionen und ähnliche Rechte		53.403,18		57.411,00	II. Kapitalrücklage	750.000,00	750.000,00
II. Sachanlagen					III. Gewinnrücklagen		
1. Technische Anlagen und Maschinen	10.498.500,24			10.649.286,00	Anderm Gewinnrücklagen	1.675.000,00	1.675.000,00
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	788.905,65			363.311,50	IV. Verlust-/Gewinnvortrag	-587.742,74	2.193,62
		11.285.405,89		11.212.597,50	V. Jahresfehlbetrag	-1.310.991,96	-589.936,36
III. Finanzanlagen						1.528.365,30	2.837.257,26
1. Beteiligungen	1.364.137,31			1.364.137,31	B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	928.385,18	931.718,00
2. Wertpapiere des Anlagevermögens	1.613.555,00			1.630.500,00			
		2.977.693,31		4.994.638,23			
IV. Umlaufvermögen			14.316.502,38	15.254.646,73	C. Rückstellungen		
I. Vorräte					1. Steuerrückstellungen	26.900,00	21.000,00
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		23.787,70		40.352,67	2. Sonstige Rückstellungen	163.993,04	221.036,09
II. Forderungen und sonstige Vermögens- gegenstände					D. Verbindlichkeiten		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.042.060,18			1.637.550,49	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 3.946.029,14 (Vorjahr EUR 4.473.746,01)	12.035.626,43	13.433.659,31
2. Forderungen gegen Geschäftspartner	0,00			153.234,77	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	28.303,76	12.813,43
3. Sonstige Vermögensgegenstände	394.111,95			389.393,41	3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaften	650.719,26	859.605,72
		1.436.183,13		2.180.178,58	4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	175.670,10	180.927,27
III. Guthaben bei Kreditinstituten					5. Sonstige Verbindlichkeiten	177.453,75	66.627,95
		133.729,61		82.667,05		11.267.455,30	14.540.833,68
		1.569.700,44		2.303.198,30		15.910.202,82	18.561.845,03

Gewinn- und Verlustrechnung
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015

	EUR	EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse		7.495.991,01	7.498.018,46
2. Sonstige betriebliche Erträge		28.054,07	36.086,89
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-2.734.729,45		-2.760.585,37
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-567.533,83		-631.038,54
		-3.302.263,28	-3.391.623,91
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-7.659,07		-1.216,92
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-4.190,52		-4.533,24
		-11.849,59	-5.750,16
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-909.144,45	-918.967,00
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-2.239.996,49	-2.312.385,75
7. Erträge aus Beteiligungen		171.167,57	171.167,57
8. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		134.463,00	134.463,00
9. Abschreibungen auf Finanzanlagen		-2.016.944,92	-1.075.704,00
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-344.129,06	-487.464,92
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-994.652,14	-352.159,82
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-314.821,49	-236.291,91
13. Sonstige Steuern		-1.418,33	-1.484,63
14. Jahresfehlbetrag		-1.310.891,96	-589.936,36

Lagebericht der Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH für das Geschäftsjahr 2015

1. Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell, Geschäftsfelder und Versorgungsgebiet der Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH

Die Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH (nachfolgend StWE) versorgt ihre Kunden, bestehend aus Privathaushalten, Handel, Gewerbe, Industrie und Institutionen der Stadt Eschweiler, mit Wasser und Wärme.

Der mit der Stadt Eschweiler bestehende Wasserkonzessionsvertrag trat zum 1. Mai 2000 in Kraft und kann erstmals zum 30. April 2020 gekündigt werden. Durch diesen Konzessionsvertrag wird die Versorgungstätigkeit der mehrheitlich im Besitz der Stadt Eschweiler befindlichen Gesellschaft langfristig abgesichert.

Die Beteiligung an der Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH (nachfolgend VWA) mit Sitz in Aldenhoven beträgt im Jahr 2015 unverändert 24,14 %. Die Beteiligung an der enwor - energie & wasser vor ort GmbH, Herzogenrath (nachfolgend enwor), zeigt sich auch im Geschäftsjahr 2015 gleichbleibend ihv 1,52 % auf. Die Beteiligung an der GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energien mbH (nachfolgend GREEN) mit Sitz in Stolberg beträgt im Jahr 2015 ebenfalls unverändert 15%.

Seit dem 1. Januar 2005 ist die EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH, Stolberg (nachfolgend EWV), die auch die Betriebsführung der Gesellschaft seit dem 1. Januar 1994 wahrnimmt, neben der Stadt Eschweiler an der Gesellschaft beteiligt. Die Stadt Eschweiler hält 751 T€ bzw. 75,1 % und die EWV 249 T€ bzw. 24,9 % der Geschäftsanteile der Gesellschaft.

1. Wirtschaftsbericht

1.1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen – Entwicklungen in der Wasserwirtschaft

Bundesweit ist sowohl im Kundenbereich Haushalte und Kleingewerbe als auch bei den Industriekunden eine historische niedrigere Abgabeentwicklung zu verzeichnen. So wird wie im Vorjahr 2013 der personenbezogene Wasserverbrauch laut den letzten Statistiken des BDEW für das Jahr 2014 in Litern pro Einwohner und Tag bei 122 weiterhin auf einem niedrigen Niveau prognostiziert (Quelle: BDEW (Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V.)). Von weiteren Wasserverbrauchseinsparungen oder sogar steigenden Wasserverbräuchen in der Zukunft ist nicht auszugehen.

Demografische Änderungen, technische Entwicklungen zum Wassersparen, Konjunkturschwankungen, Strukturwandel und Umweltschutz sind nur einige Aspekte aufgrund dessen sich der Nachfragerückgang fortsetzen könnte. Damit steigt der Druck auf die Wasserversorger, die ihre hohen Fixkostenanteile von nahe 80 % für die Systemvorhaltung der Wasser- netze und Aufbereitungsanlagen mit rückläufigen Erlösen decken müssen. Die Tarifstruktur der Wasserversorger ist noch überwiegend von variablen Erlösen (Verbrauchsabhängig) ge- trieben und nur von einem geringen Teil durch fixe Erlöse des Grundpreises gedeckt.

Daher wird eine Anpassung der Tarifstruktur bei dem sich fortsetzenden Trend unerlässlich. Die Verbraucher erkennen, dass das Lebensmittel Nummer Eins Wasser in Deutschland zu- verlässlich und hygienisch einwandfrei seinen Preis wert ist. Dafür ist eine Entgeltssystematik erforderlich, die den hohen Fixkosten sowie den gesellschaftlichen und strukturellen Verän- derungen des Wasserbezuges gerecht wird.

2.2. Geschäftsverlauf

a. Umsatz und Absatz in den wichtigsten Geschäftsfeldern

Insgesamt betrugen die Umsatzerlöse im Geschäftsjahr 2015 7,50 Mio. € (Vj.: 7,50 Mio. €); sie liegen demnach auf Vorjahresniveau. Neben der Erlössteigerung von 0,17 Mio. € in der Wasserversorgungssparte bei einer um erhöhten Wassermengenabgabe iHv 82.721 m³ sank der Erlös in der Wärmeversorgungssparte preislich bedingt um 0,13 Mio. €.

Rund 18,5 % der gesamten Umsatzerlöse entfielen auf die Wärmebelieferung der städti- schen Heizungsanlagen in Eschweiler. Die Wärmeverkaufserlöse des Geschäftsjahres 2015 liegen mit 1,39 Mio. € um 8,6 % unter dem Vorjahresniveau (1,52 Mio. €).

Rund 79,6 % der gesamten Umsatzerlöse entfielen auf den Trinkwasserverkauf. Die Was- serverkaufserlöse des Geschäftsjahres 2015 liegen mit 5,97 Mio. € um 0,17 Mio. € über dem Vorjahresniveau (5,80 Mio. €). Die restlichen wesentlichen Umsatzerlöse resultierten aus aufgelösten Ertrags- und Investitionszuschüssen (83 T€) und aus dem Geschäftsfeld Photovoltaik (55 T€).

Die periodengerechte Wasserabgabe beträgt im Geschäftsjahr 2015 insgesamt 2,25 Mio. m³ und lag um 3,8% über dem Vorjahresniveau (2,17 Mio. m³).

Die Trinkwasserbezugskosten stiegen um 0,5 % auf 1,84 Mio. €. Die Trinkwasserverluste sanken im Geschäftsjahr 2015 gegenüber dem Vorjahr von 8,8 % auf 4,3 %.

b. Jahresergebnis

Die Konzessionsabgabe für die Wassersparte in Höhe von 612 T€ (Vorjahr 607 T€) wurde in voller Höhe erwirtschaftet.

Die Beteiligungsergebnis beträgt in 2015 wie im Vorjahr 171 T€.

Die Erträge aus den RWE-Aktien zeigen sich auch in 2015 iHv 134 T€ auf.

Im Berichtsjahr wurden Abschreibungen auf Finanzanlagen in Höhe von 2.017 T€ (Vorjahr 1.076 T€) erfasst. Das Jahresergebnis ist daher im Wesentlichen durch diese außerplanmäßige Abschreibung des RWE-Aktienbestands geprägt. Die Entwicklung der RWE-Aktie zeigt eine dauernde Wertminderung auf, sodass die im Bestand befindlichen 134.463 Aktien von 27,00 Euro zum Bilanzstichtag 31.12.2014 auf nunmehr 12,00 Euro zum Bilanzstichtag 31.12.2015 bzw. im Geschäftsjahr um 15,00 Euro abgewertet wurden.

Es wird ein Ergebnis vor Ertragssteuern von - 996 T€ (Vorjahr - 354 T€) ausgewiesen.

Im Geschäftsjahr 2015 ergibt sich nach Abzug der Ertragssteuern ein Jahresfehlbetrag von 1.311 T€. Das Jahresergebnis liegt damit um 721 T€ unter dem Vorjahresniveau (Vorjahresergebnis -590 T€).

c. Investitionen

Die Investitionen in das Sachanlagevermögen von 1.02 Mio. € betreffen im Wesentlichen Investitionen in maschinelle Anlagen in Höhe von 0,05 Mio. €, Erneuerungen und Erweiterung des Leitungsnetzes und der Hausanschlüsse iHv 0,38 Mio. € sowie den Anlagen im Bau iHv 0,59 Mio. €.

d. Finanzierung

Die kurzfristige bankenseitige Kreditlinie beläuft sich weiterhin auf 4,2 Mio. €, welche im Verlauf des aktuellen Geschäftsjahres mindestens iHv 2,25 Mio. € und höchstens iHv 4,0 Mio. € in Anspruch genommen wurde. Zum Bilanzstichtag beträgt die Inanspruchnahme 3,20 Mio. € (Vj.: 3,75 Mio.€). Im Berichtsjahr erfolgte keine Aufnahme langfristiger Darlehen. Es wurde lediglich planmäßig in Höhe von 720 T€ und außerplanmäßig iHv 30 T€ getilgt sowie abgegrenzte Zinsen iHv 103 T€ zum 31. Dezember 2014 im Geschäftsjahr 2015 beglichen.

e. Personalbereich

Außer dem nebenamtlichen Geschäftsführer beschäftigt die Gesellschaft kein eigenes Personal.

2.3. Vermögenslage

Zusammengefasst stellt sich die Vermögenslage wie folgt dar:

Finanzlage	31.12.2015		31.12.2014		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva						
Anlagevermögen	14.317	90,0%	16.265	87,6%	-1.948	-12,0%
Umlaufvermögen	1.593	10,0%	2.303	12,4%	-710	-30,8%
	15.910	100,0%	18.568	100,0%	-2.658	-14,3%
Passiva						
Eigenkapital	1.526	9,6%	2.837	15,3%	-1.311	-46,2%
Sonderposten für Investitionszuschüsse	926	5,8%	932	5,0%	-6	-0,6%
Rückstellungen	190	1,2%	249	1,3%	-59	-23,7%
Verbindlichkeiten	13.268	83,4%	14.550	78,4%	-1.282	-8,8%
	15.910	100,0%	18.568	100,0%	-2.658	-14,3%

Die Bilanzsumme nahm weit überwiegend aufgrund der vorgenommenen Abwertung der Aktien in Höhe von 2.658 T€ auf 15.910 T€ ab.

Die Bilanz zeigt die für Versorgungsunternehmen typische, vergleichsweise hohe Anlagenintensität von 90,0 % (Vorjahr 87,6%). Bedingt durch die Reduzierung der Bilanzsumme steigt die Sachanlagenquote auf 70,9 % (Vorjahr 60,4 %). Zugängen in Höhe von 1.015 T€ stehen Abschreibungen in Höhe von 909 T€ gegenüber.

Der Deckungsgrad des Anlagevermögens durch Eigenkapital – unter Einbeziehung weiterer Bilanzposten mit Eigenkapitalcharakter – beträgt 15,2% (Vorjahr: 21,5%).

Das Umlaufvermögen nahm um 710 T€ ab. Dies ist im Wesentlichen durch die Abnahme der Forderungen aus LuL und hier durch höhere erhaltene Abschläge iHv 435 T€ bedingt. Grund hierfür ist, dass die Dezemberabschläge im Gegensatz zum Vorjahr noch vor dem Bilanzstichtag vereinnahmt wurden.

Das Eigenkapital nahm ausschließlich aufgrund des Jahresfehlbetrags iHv 1.311 T€ ab.

Unter Berücksichtigung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse in Höhe von 70% ergibt sich zum Bilanzstichtag eine Eigenkapitalquote – bezogen auf das Gesamtkapital – in Höhe von 13,7% (Vorjahr: 18,8%).

Das Fremdkapital beträgt demnach 86,3% (Vorjahr: 81,2%). Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten zeigen sich in der kurzfristigen Kreditaufnahme um 550 T€ und im langfristigen Bereich um 853 T€ reduziert auf.

2.4. Finanzlage

Die nachstehende, verkürzte Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme nach Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit:

Angaben in T€	2015	2014
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	2.372	1.153
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-995	-861
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-776	-1.277
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands	601	-985
Finanzmittelfonds zum 31.12.2014	-3.667	-2.682
Finanzmittelfonds zum 31.12.2015	-3.066	-3.667

Die Liquidität der Gesellschaft war im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund der bestehenden Kreditlinien bei den Kreditinstituten zu jeder Zeit gesichert. Zur Finanzierung der Investitionstätigkeit wurde im Berichtsjahr 2015 kein neues Darlehen aufgenommen. Die Investitionen wurden auf Grund der günstigeren Zinssätze über die kurzfristige Tagesgeldkreditlinie finanziert.

2.5. Ertragslage

Die auf die wesentlichen Posten reduzierte Gewinn- und Verlustrechnung stellt sich wie folgt dar:

	2015		2014		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
Umsatzerlöse	7.496	99,6	7.498	98,2	-2	0,0%
Andere betriebliche Erträge	28	0,4	36	1,8	-8	-22,2%
Gesamtleistung	7.524	100	7.534	100	-10	-0,1%
Materialaufwand	-3.302	-43,9	-3.392	-45	90	-2,7%
Rohergebnis	4.222	56,1	4.142	55	80	1,9%
Andere betriebliche Aufwendungen	-3.163	-42	-3.237	-43	74	-2,3%
Betriebsergebnis	1.059	14,1	904	12	155	17,1%
Finanzergebnis	-2.055	-27,3	-1.258	-16,7	-797	63,4%
Ertragssteueraufwand	-315	-4,4	-237	-3,1	-78	32,9%
Jahresfehlbetrag	-1.311	-17,7	-590	-7,8	-721	122,2%

Die Umsatzerlöse setzen sich aus den Bereichen Trinkwasser iHv 5.968 T€, Wärme iHv 1.385 T€, Photovoltaikanlagen iHv 55 T€ und sonstigen Umsatzerlösen iHv 88 T€ zusammen.

Die Umsatzerlöse aus dem Trinkwasserverkauf stiegen gegenüber dem Vorjahr um 168 T€ bzw. 2,9% auf 5.968 T€. Bei unveränderten Wasserverkaufspreisen stieg die periodengerechte Trinkwasserverkaufsmenge gegenüber dem Vorjahr um 3,8% auf 2,254 Mio. m³. Die Wasserversorgungsanschlüsse stiegen im Geschäftsjahr um 1,1%. Mit größeren Zuwächsen in der Anschlussanzahl ist in der Zukunft nicht zu rechnen.

In der Wärmesparte sanken die Umsatzerlöse bei witterungsbedingten Mengenzunahmen aufgrund geringerer Endkundenpreise um 131 T€ bzw. 8,6% auf 1.385 T€. Die Wärmeversorgungsanlagen blieben konstant bei 76 Anlagen.

Die Aufwendungen für den Wasserbezug stiegen um 11 T€ auf 1.843 T€.

Die Bezugskosten der Wärmesparte in Höhe von 890T€ nahm um 36 T€ ab. Bei höheren Bezugsmengen iHv 12,5% ergaben sich geminderte Preise iHv 4,0%, welche die Bezugskosten um T€ 36 abnehmen lies.

Die Erträge aus den Beteiligungen und Wertpapieren betragen in 2015 wie im Vorjahr insgesamt 306 T€. Für das im Jahr 2005 von der Stadt Eschweiler erworbene RWE-Aktienpaket erhielt die Gesellschaft in 2015 Dividende in Höhe von 1,00 Euro je Aktie, in Summe sodann 134 T€ (Vorjahr 134 T€).

Unter Abzug der Ertragssteuern in Höhe von 315 T€ zeigt sich im Geschäftsjahr ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.311 T€ (Vorjahr: Jahresfehlbetrag 590 T€).

Ohne die Abschreibung auf den Aktienbestand würde sich ein Jahresüberschuss in Höhe von 706 T€ aufzeigen.

Die wirtschaftliche Geschäftslage hat sich zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses nicht wesentlich verändert.

2.6. Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Als nicht finanzieller Leistungsindikator steht die Kundenzufriedenheit bezüglich der Qualität des zu liefernden Trinkwassers und der hiermit verbundenen Umweltbelange an oberster Stelle. Ferner ist ein Ziel der Öffentlichkeit die Trinkwasserhygiene transparenter darzustellen und die Wassernutzung als Nützlichkeit aufzuzeigen

3. Nachtragsbericht

Bis auf den nachfolgenden Sachverhalt sind keine weiteren Ereignisse nach dem Stichtag eingetreten, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Seitens der RWE AG wurde für die am 20. April 2016 stattfindende Jahreshauptversammlung vorgeschlagen, die Dividende von vormals 1,00 € je Aktie auf nunmehr 0,00 € je Aktie abzusenken. Hiermit einher geht die Tatsache, dass die Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2016 erstmals keine Dividendeneinnahmen mehr erzielen wird. Im Geschäftsjahr 2015 betragen diese 134 T€.

4. Prognose-, Chancen und Risikobericht

4.1. Chancen und Risiken

Risikomanagementsystem

Die Gesellschaft ist in das Risikomanagement ihrer Betriebsführerin, der EWW Energie- und Wasser-Versorgung GmbH, eingebunden. Ziel dieses Systems ist es, durch geeignete Regelungen betriebliche Risiken möglichst rasch identifizieren, bewerten, überwachen und bewältigen zu können. Risiken, die einer kontinuierlichen Geschäftsentwicklung entgegenstehen, sind nicht erkennbar.

Beschaffungsmarktrisiken

Da die Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH keine eigene Wassergewinnung und -aufbereitung betreibt, wurde zum 1. Januar 2004 ein langfristiger Wasserbezugsvertrag mit der enwor abgeschlossen. Dieser Vertrag beinhaltet eine Preisgleitklausel, die auch an den Lieferpreis des Vorlieferanten der enwor, der Wassergewinnung und -aufbereitung Nordeifel GmbH, anknüpft. Risiken im Bereich der Trinkwasserqualität liegen nicht vor.

Beteiligungen

Die STWE ist zu 15% an der Gesellschaft „GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energie mbH“ beteiligt. Hiermit wird eine der Marktlage - bezüglich der Investitionen in Erneuerbare-Energien-Projekte - entsprechende Rendite erwartet. Daneben tragen wir hiermit zu den erforderlichen Umweltbelangen bei, beispielsweise durch die hiermit verbundene Minderung der Emissionswerte.

Betriebsrisiken

Generell schützt die StWE sich gegen Risiken, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken sind durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt. Durch u. a. laufende Instandhaltungen und Ersatzinvestitionen werden die Risiken im Hinblick auf potentielle Wasserverluste und einen potentiellen Versorgungsausfall minimiert.

Finanzrisiken

Finanzrisiken beinhalten Liquiditäts-, Preis- und Adressausfallrisiken. Sie können aus Finanztransaktionen im operativen Geschäft, der Finanzierungstätigkeit der StWE und Wertveränderung von Bilanzposten resultieren. Die Risiken werden durch den kaufmännischen Bereich der EWW und dessen interne Sicherungssysteme laufend überwacht.

Das finanzielle Gleichgewicht war aufgrund der bankenseitig vorliegenden Kreditlinien im Berichtsjahr gewährleistet. Der Wirtschaftsplan zeigt für die Jahre 2016ff. ebenfalls ein finanzielles Gleichgewicht auf.

Die Gesellschaft hält im Finanzanlagevermögen unter der Position „Wertpapiere des Anlagevermögens“ 134.463 Stückaktien der RWE AG, Essen, die aktuell mit 12,00 Euro je Aktie bewertet werden und damit einen Buchwert iHv 1,6 T€ aufzeigen. Ein weiterer Kursverfall kann eine nochmalige außerplanmäßige Abschreibung zur Folge haben und die Ergebnisse in der Zukunft belasten. Davon wird aufgrund der gegenwärtigen Erkenntnisse nicht ausgegangen.

Gesamtrisiko

Die Überprüfung des gegenwärtigen Risikoszenarios führt zu der Erkenntnis, dass im Geschäftsjahr keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Entwicklungen bestanden haben und aus heutiger Sicht auch in absehbarer Zukunft nicht erkennbar sind.

4.2 Prognosebericht

Ergebnisentwicklung

Die mittelfristige Planungsrechnung weist für das Geschäftsjahr 2016 einen positiven Jahresüberschuss von 476 T€ aus. Für die Geschäftsjahre 2017 und 2018 wird mit leicht fallenden Jahresüberschüssen gerechnet.

Die Wasser- und Wärmeumsatzerlöse stagnieren dabei in allen Jahren auf dem Niveau des Berichtsjahres 2015. Daneben laufen Zinsbindungen für langfristige Kredite aus, bei denen sich aufgrund des aktuellen niedrigeren Zinsniveaus auch in den folgenden Jahren Zinsersparnisse aufzeigen werden. Ferner wird in den Folgejahren mit leicht erhöhten sonstigen betrieblichen Aufwendungen gerechnet, welche den Betriebsführungsentgelten geschuldet sind. Schließlich ist noch der Wegfall der RWE-Dividende aufzuführen, welcher im Geschäftsjahr 2015 noch zu Einnahmen iHv 134 T€ führte.

Darüber hinaus wird die Investitionsrechnung der nächsten Jahre mit Blick auf die bestehende Innenfinanzierungskraft weiter optimiert und es werden Verhandlungen zur Reduzierung der Betriebsführungspauschale mit der Betriebsführerin aufgenommen.

Die tatsächlichen Ergebnisse können wesentlich von den Erwartungen über die voraussichtliche Entwicklung abweichen, wenn sich die der Aussagen zugrunde liegenden Annahmen als unzutreffend erweisen. Anhaltspunkte für wesentliche Abweichungen liegen zum Zeitpunkt der Lageberichterstattung nicht vor.

Investitionen/Finanzierung

Im Geschäftsjahr 2016 sind Investitionen von ca. 1,090 Mio. € geplant, wovon 0,981 Mio. € im Wasserbereich für Leitungsnetze und Transportleitungen geplant sind.

Im Bereich der Wärmeversorgung sind 0,109 Mio. € und für Photovoltaikanlagen sind keine Investitionen im Geschäftsjahr 2016 geplant.

Aus dem jeweiligen Finanzplan für die Jahre 2016 bis 2020 zeigen sich höhere Kapitalbedarfe für Investitionen, Darlehenstilgungen und potentielle Ausschüttungen auf, als an operativen Cashflow zur Verfügung steht. Die sich ab dem Jahre 2017 aufzeigenden höheren Kapitalbedarfe werden zum einen aus der zur Verfügung stehenden Kreditlinie iHv 4,2 Mio. € und zum anderen aus langfristigen Darlehensaufnahmen bedient. De facto bleiben dadurch die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in den Jahren 2016 – 2020 konstant bei ca. 12,3 Mio. €. Die Geschäftsführung geht mit hoher Wahrscheinlichkeit gegenwärtig davon aus, dass diese Kreditaufnahmen insbesondere aufgrund der Profitabilität der Gesellschaft und dem werthaltigen Anlagevermögen sichergestellt sein wird.

Auf Grund dessen wird das finanzielle Gleichgewicht für die Zukunft als gewahrt angesehen.

5. Stellungnahme zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung (§ 108 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 GO NRW)

Aufgabe der StWE ist die Sicherstellung der Versorgung mit Wasser im Versorgungsgebiet. Darüber hinaus trägt die StWE Verantwortung als Auftraggeber in der Region. Die StWE hat sich im Geschäftsjahr 2015 erfolgreich den Aufgaben gestellt. Die öffentliche Zwecksetzung und die Zweckerreichung sind damit erfüllt.

Eschweiler, den 22. April 2016

Die Geschäftsführung

gez. Dieter Kamp

**Gründerzentrum GeTeCe Eschweiler
- Gewerbe-Technologie-Center Eschweiler GmbH -**

Bilanz zum 31. Dezember 2015

AKTIVA	EUR	EUR	Vorjahr EUR	EUR	Vorjahr EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.443,00	1.443,00	2.883,00		25.850,00
			2.883,00		
II. Sachanlagen					
1. Bauten auf fremden Grundstücken	3,00		3,00		
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	9.228,00	9.237,00	11.100,00		-55.494,81
		10.671,00	11.103,00		13.118,78
			13.986,00		-16.520,02
B. UMLAUFVERMÖGEN					
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	6.328,87		8.659,52		
2. Sonstige Vermögensgegenstände	887,85	7.716,72	1.489,38		
			10.178,90		
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten					
		83.884,42	112.207,03		
		91.607,14	122.385,93		
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		2.126,48	2.014,08		
D. NICHT DURCH EIGENKAPITAL GEDECKTER FEHLBETRAG		29.386,16	16.526,02		
		<u>133.787,78</u>	<u>154.912,03</u>		
A. EIGENKAPITAL					
I. Gezeichnetes Kapital		25.850,00			
II. Verlustvortrag		-42.376,02			
III. Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss		-12.860,14			
		-29.386,16			
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag		29.386,16			
		0,00			0,00
B. RÜCKSTELLUNGEN					
1. Sonstige Rückstellungen		16.150,00			
C. VERBINDLICHKEITEN					
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		10.145,58			
2. Verbindlichkeiten gegenüber einem Gesellschafter		93.700,66			
3. Sonstige Verbindlichkeiten		12.546,04			
- davon aus Steuern			8.624,03		
EUR 442,65 (i.V. EUR 106,39)					
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit					
EUR 281,02 (i.V. EUR 91,43)					
D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		116.392,28	137.327,24		
		1.245,50	2.084,79		
		<u>133.787,78</u>	<u>154.912,03</u>		

**Gründerzentrum GeTeCe Eschweiler
- Gewerbe-Technologie-Center Eschweiler GmbH -**

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom
1. Januar bis 31. Dezember 2015**

	EUR	EUR	EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse		205.508,90		231.586,97
4. Sonstige betriebliche Erträge		11.380,47		16.710,63
6. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	-52.916,94		-51.629,69	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-11.631,19		-11.146,24	
- davon für Altersversorgung: EUR 0,00 (i.V. EUR 0,00)				
		<u>-64.548,13</u>		<u>-62.775,93</u>
7. Abschreibungen				
a) auf immaterielle Vermögens- gegenstände des Anlage- vermögens und Sachanlagen		-3.312,00		-4.435,66
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-161.905,66		-168.051,45
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		20,94		84,23
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>-4,66</u>		<u>0,00</u>
14. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-12.860,14		13.118,79
20. Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss		<u>-12.860,14</u>		<u>13.118,79</u>

LAGEBERICHT

zum Geschäftsjahr 2015

I. Grundlagen des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung von Unternehmen, die in der Stadt Eschweiler Sitz oder Betriebsstätte haben bzw. zu nehmen beabsichtigen, insbesondere das Ermöglichen von Existenzgründungen sowie die Förderung von Innovation und Technologietransfer durch das Betreiben eines Technologie-Centers. Dazu gehört auch das Angebot von Beratungs- und anderen Dienstleistungen. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen und/oder an ihnen beteiligen. Die Gesellschaft bietet interessierten Unternehmen im GeTeCe preis- und anforderungsgerechte Betriebsräume sowie Service-Einrichtungen mietweise an. Der gemeinsame Standort soll die Absatzchancen verbessern sowie wirtschaftliche Beziehungen innerhalb des GeTeCe und darüber hinaus fördern.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Marktsituation ist in den letzten Jahren durch eine konstante Nachfrage nach vergleichsweise kleinen Büroeinheiten durch Existenzgründer bzw. Jungunternehmen gekennzeichnet.

Bundesweit ist die Anzahl von Existenzgründungen seit 2005 rückläufig, rund 78,5% der Existenzgründungen erfolgt in Form eines Einzelunternehmens.

Durch ein flexibles Raumangebot, kurze Vertragslaufzeiten und umfangreiche Serviceangebote wie Sekretariatsleistungen, das Vorhalten von Konferenz- und Besprechungsräumen kann die Nachfrage entsprechend bedient werden.

2. Geschäftsverlauf

Entsprechend des Gesellschaftszweckes waren im Geschäftsjahr 2015 die Räumlichkeiten im Gewerbe-Technologie-Center, Gartenstraße, Eschweiler, insbesondere an Existenzgründer und junge Unternehmen zu vermieten, die ansässigen Unternehmen durch Bereitstellung von Gemeinschaftsräumen sowie Serviceleistungen zu unterstützen und Wirtschaftsförderungs- und Strukturleistungen für Eschweiler zu erbringen.

Die wirtschaftliche Situation der Gewerbe-Technologie-Center Eschweiler GmbH ist nach wie vor maßgeblich von dem zuvor genannten Gesellschaftszweck sowie der vertraglichen Beziehung zur Stadt Eschweiler als Hauptgesellschafter geprägt.

Die Vermietungsquote betrug zum Stichtag 31. Dezember 2015 rd. 86,3 %.

Im Geschäftsjahr 2015 konnten drei neue Unternehmen angesiedelt werden. Zwei Unternehmen haben das Mietverhältnis beendet, wovon ein Unternehmen die Geschäftstätigkeit eingestellt hat. Ein Unternehmen hat neue Mieträume angemietet. Drei ansässige Unternehmen haben sich innerhalb des Hauses vergrößert.

Die Nutzungsintensivität im Hause verursacht weiterhin ständig entsprechende Aufwendungen für die Gebäudeunterhaltung und die Vorhaltung entsprechender Infrastruktureinrichtungen.

Die Vermarktung freier Mietflächen wird weiterhin einen wesentlichen Geschäftsumfang ausmachen. Insgesamt wird daher wie in der Vergangenheit ein erhöhter Akquisitions- und Vermarktungsaufwand zu betreiben sein bzw. ein entsprechender Aufwand für die Herrichtung der Räumlichkeiten nach Nutzerwechsel.

Eine annähernde Vollauslastung wird weiterhin seitens der Geschäftsleitung angestrebt.

Eine größere Büro- und Halleneinheit mit rd. 485 m² Fläche konnte Ende 2015 vermarktet werden. 2016 stehen Wechsel in vergleichsweise kleinen Mieteinheiten bevor, die durch interne Vergrößerungen oder Neuansiedlungen ausgeglichen werden.

Die aus dem Gesellschaftsvertrag resultierende Verpflichtung zur Einhaltung des öffentlichen Zweckes der Gesellschaft und die Erreichung dieses Zweckes wurden im Berichtsjahr erfüllt.

3. Lage

a) Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2015 musste ein negatives Ergebnis hingenommen werden.

	<u>2015</u> <u>TEUR</u>	<u>2014</u> <u>TEUR</u>	<u>Veränderung</u> <u>TEUR</u>
Gesamtleistung	205	231	-26
Rohergebnis	214	244	-30
Betriebsergebnis	-13	9	-22
Finanzergebnis	0	0	0
Neutrales Ergebnis	0	4	-4
Jahresergebnis	-13	13	-26

b) Finanzlage

Die Veränderung in der Bilanzstruktur spiegelt sich wie folgt in der Kapitalflussrechnung wider:

	<u>2015</u> <u>EUR</u>
Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	-18
Cash-Flow aus Investitionstätigkeit	0
Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit	-10
Veränderung der liquiden Mittel	-28

Dabei spiegelt der negative Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit den Mittelfluss aus der Vermietungssituation wider. Der Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit ist mangels Auszahlungen im Bereich des Anlagevermögens Null. Der negative Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit ergibt sich aus der Tilgung der Gesellschafterdarlehen.

Eine ausreichende Liquidität der Gesellschaft war im Berichtsjahr gegeben und ist auch weiterhin vorhanden.

c) Vermögenslage

Die Bilanzstruktur hat sich im Geschäftsjahr 2015 wie folgt verändert: Das Gesamtvermögen und -kapital ist per Saldo gegenüber dem Vorjahr um TEUR 34 gesunken. Innerhalb des Gesamtvermögens ist ein Rückgang des Umlaufvermögens, insbesondere der liquiden Mittel um TEUR 28 zu verzeichnen. Auf der Passivseite konnte das langfristige Fremdkapital aufgrund Tilgung um TEUR 10 weiter zurückgeführt werden. Auch das kurzfristige Fremdkapital hat einen Rückgang um TEUR 11 erfahren; ursächlich hierfür ist vor allem der Abbau der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen. Jedoch erhöhte sich das negative Eigenkapital im Berichtsjahr bedingt durch den Jahresfehlbetrag. Die Eigenkapitalquote bleibt weiterhin negativ.

	<u>2015</u> <u>TEUR</u>	<u>2014</u> <u>TEUR</u>	<u>Veränderung</u> <u>TEUR</u>
Anlagevermögen	11	14	-3
Umlaufvermögen	94	125	-31
Aktiva	105	139	-34
Eigenkapital	-29	-16	-13
Langfristiges Fremdkapital	82	92	-10
Kurzfristiges Fremdkapital	52	63	-11
Passiva	105	139	-34

4. Finanzielle Leistungsindikatoren

Wir ziehen für unsere interne Unternehmenssteuerung u.a. die Kennzahlen Cash-Flow, Working Capital und Umsatzrentabilität heran.

Der Cash-Flow wird näher unter dem Punkt „Finanzlage“ erläutert.

Die Kennzahl der Gesamtkapitalrentabilität als Verhältnis aus Ergebnis vor Ertragsteuern und vor Zinsaufwand im Verhältnis zum durchschnittlichen Eigenkapital ist weiterhin negativ.

Kennzahlen	<u>31.12.2015</u>	<u>31.12.2014</u>	<u>31.12.2013</u>	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>
Working Capital in TEUR					
= kurzfr. Umlaufvermögen - kurzfr. Fremdkapital	40	60	54	38	31
Umsatzrentabilität (in %)					
Ergebnis vor Ertragsteuern und vor Zinsaufwand					
= $\frac{\text{Ergebnis vor Ertragsteuern und vor Zinsaufwand}}{\text{Umsatzerlöse}}$	-6,3	5,6	11,0	6,7	8,2

Das Working Capital spiegelt die wirtschaftliche Gesamtlage der Gesellschaft wider; im 5-Jahres-Verlauf ist die stete Verbesserung der Jahre 2011 bis 2014 erkennbar während im Jahr 2015 ein Rückgang hinzunehmen ist. Dahingegen indiziert die Umsatzrentabilität sowohl den Jahresfehlbetrag als auch die gesunkenen Umsatzerlöse im Berichtsjahr. Unsere wirtschaftliche Lage kann insgesamt als verbesserungswürdig bezeichnet werden.

III. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben.

IV. Prognosebericht

Um die positive Entwicklung des GeTeCe zu unterstützen, werden wir weiterhin in Zukunft die Kundenakquise forcieren.

Darüber hinaus sind keine wesentlichen Änderungen in der Geschäftspolitik geplant.

Wir beurteilen die voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens positiv.

In unserer Finanz- und Liquiditätsplanung sowohl für 2016 als auch in der mittelfristigen Planung der Gewinn- und Verlustrechnung bis 2018 gehen wir von jeweils einem positiven Ergebnis aus.

Demnach werden wir auch zukünftig immer in der Lage sein, unseren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

V. Chancen- und Risikobericht

1. Risikobericht

Aufgrund des besonderen Geschäftsfeldes der Gesellschaft bestehen keine Anhaltspunkte für eine Gefährdung der Gesellschaft aus Preisänderungs-, Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungsstromschwankungen.

Im Bereich der finanzwirtschaftlichen Risiken lässt sich festhalten, dass die Liquiditätslage zum Bilanzstichtag zufriedenstellend ist; es sind keine Engpässe zu erwarten.

Branchenspezifische Risiken:

Veränderungen der Rahmenbedingungen für Gewerbetreibende und Existenzgründer können zu einem Einbruch der Nachfrage nach Mieträumlichkeiten führen. Ebenso können im reinen Vermietungssektor Angebote nicht- oder mindergenutzter Flächen bei privaten Gewerbeimmobilien zu einer deutlich veränderten Angebots- und damit Konkurrenzsituation führen.

Ertragsorientierte Risiken:

Wettbewerbsrisiken haben sich in den letzten Jahren verstärkt durch das Angebot kostengünstiger gewerblicher Mietangebote im Bereich frei werdender privater Gewerbeimmobilien ergeben. Diesen Risiken wird durch ein ergänzendes Serviceangebot, im Verbund mit Partnern im Bereich der Wirtschaftsförderung, begegnet.

2. Chancenbericht

Die weitere Entwicklung der Gesellschaft wird im Wesentlichen wie in den Vorjahren maßgeblich davon geprägt sein,

- die Vermietungsquote auf hohem Niveau zu erhalten und weiter auszubauen sowie
- Nutzer für die Durchführung von Einzelveranstaltungen im Hause zu gewinnen,
- die Unternehmen im Hause durch Kooperationsmaßnahmen zu vernetzen und zu fördern sowie regelmäßige Informationsveranstaltungen für die Nutzer im Hause fortzuführen,
- weitere Akquisitionen und kontinuierliche Maßnahmen zur zusätzlichen Steigerung des Bekanntheitsgrades des Hauses durchzuführen.

In Abhängigkeit von diesen Zielsetzungen und von den Vorgaben des Gesellschaftszweckes steht die Ergebniserwartung für die Folgejahre.

3. Gesamtaussage

Risiken der künftigen Entwicklung ergeben sich aus dem äußerst bedingt beeinflussbaren Nachfragemarkt bezüglich Existenzgründungen bzw. gewerblicher Mietflächen. Dem wird jedoch durch ein flexibles und kostengünstiges Angebot verbunden mit einem umfangreichen Servicepaket begegnet. Das Miet- und Betreuungsangebot der Gesellschaft ist entsprechend attraktiv, so dass auch bei einer gesamt wirtschaftlich oder regional rückläufigen Gesamtnachfrage ein entsprechendes Nachfragepotential für das Gewerbe-Technologie-Center vorhanden sein wird.

Eschweiler, den 7. September 2016

gez.: René Schulz
(Geschäftsführer)

**WBE Wirtschaftsbetriebe Eschweiler GmbH
Eschweiler**

Bilanz zum 31. Dezember 2015

	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
AKTIVA		
A. ANLAGEVERMOGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Immaterielle Vermögensgegenstände Patentrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	77.571,00	129.445,57
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten 2. Technische Anlagen und Maschinen 3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung 4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.803.083,66 644.827,96 1.343.781,90 0,00 3.791.693,22 3.869.231,22	1.799.636,10 751.991,27 1.282.119,54 53.105,86 3.856.852,77 4.016.298,34
B. UMLAUFVERMOGEN		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe 2. Unfrühe Leistungen 3. Erhaltene Anzahlungen	156.083,55 3.424.351,08 -3.119.381,34 484.053,29	165.017,27 4.166.011,55 -3.906.706,73 814.322,09
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen 2. Forderungen gegen Gesellschafter 3. Sonstige Vermögensgegenstände	12.027,66 135.156,12 124.325,63 271.511,63	3.634,08 371.149,05 45.021,89 419.804,02
III. Kassenbestand	917,01	1.148,24
	736.488,53	1.235.275,16
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	14.085,23	12.080,47
D. NICHT DURCH EIGENKAPITAL GEDECKTER FEHLBETRAG	3.842.550,38	3.949.400,52
	8.492.363,36	9.213.054,48
PASSIVA		
A. EIGENKAPITAL		
I. Gezeichnetes Kapital	250.000,00	250.000,00
II. Kapitalrücklage	1.100.000,00	1.100.000,00
III. Verlustvortrag	-5.299.400,02	-4.612.047,09
IV. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	106.850,14	687.353,43
V. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	3.842.550,38	3.949.400,52
	0,00	0,00
B. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Sonstige Rückstellungen	394.670,39	450.783,00
	394.670,39	450.783,00
C. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5.083.381,04	4.738.172,70
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	773.807,84	1.485.462,08
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	1.477.928,19	2.375.830,80
4. Sonstige Verbindlichkeiten	302.313,16	162.805,90
- davon aus Steuern:		
EUR 301.832,68 (i.V. EUR 158.813,62)		
	7.637.430,23	8.622.271,48
D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	430.262,74	0,00

**WBE Wirtschaftsbetriebe Eschweiler GmbH
Eschweiler**

Anlage 2

**Gewinn- und Verlustrechnung
für das Geschäftsjahr vom
1. Januar bis 31. Dezember 2015**

	EUR	EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse		10.230.919,11	5.761.903,52
2. Veränderung des Bestands an unfertigen Leistungen		-741.653,87	3.997.167,49
3. Andere aktivierte Eigenleistungen		567,81	32.028,05
4. Sonstige betriebliche Erträge		<u>1.028.242,04</u>	<u>1.029.179,71</u>
Gesamtleistung		10.518.075,09	10.820.278,77
5. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-162.612,84		-228.889,88
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>-3.700.320,09</u>		<u>-5.239.707,58</u>
		-3.862.932,93	-5.468.597,46
6. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-3.756.637,63		-3.261.465,80
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>-1.089.886,85</u>		<u>-946.086,75</u>
- davon für Altersversorgung: EUR 302.361,91 (i.V. EUR 256.508,85)		-4.846.524,48	-4.207.552,55
7. Abschreibungen			
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-618.453,83	-540.420,39
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-836.030,27	-1.019.875,80
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		48,27	167,33
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-232.156,57	-272.755,78
- davon an Gesellschafter: EUR 102.097,39 (i.V. EUR 145.438,80)			
- davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen: EUR 0,00 (i.V. EUR 2.702,00)			
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		122.025,28	-688.755,88
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		0,00	10.231,39
13. Sonstige Steuern		<u>-15.175,14</u>	<u>-8.828,94</u>
14. Jahresüberschuss/-fehlbetrag		106.850,14	-687.353,43

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2015
der
WBE Wirtschaftsbetriebe Eschweiler GmbH (WBE GmbH), Eschweiler

A. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche , branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die WBE GmbH ist eine 100 % ige Tochtergesellschaft der Stadt Eschweiler.

Sie erledigt fast ausschließlich Aufgaben der Daseinsvorsorge in den Bereichen Entwässerung, Abfallbeseitigung, Bestattungswesen, Straßenreinigung und Straßenunterhaltung, Grünflächenpflege und diverse handwerkliche Leistungen, wie z.B. Maler- u. Schlosserarbeiten.

Die Übertragung der Aufgaben erfolgte durch zwei Leistungsverträge, wobei für die einzelnen Bereiche umfangreiche und detaillierte Leistungsverzeichnisse zwischen der Stadt Eschweiler und der WBE GmbH vereinbart wurden.

Aufgrund des Gesellschaftszweckes, der nachhaltigen Erfüllung des öffentlichen Zweckes für die Stadt Eschweiler, und aufgrund der bestehenden Leistungsverträge ist die WBE GmbH nahezu unabhängig von einer gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bzw. von einer Branchenentwicklung.

Im Rahmen der Rekommunalisierung der WBE GmbH hat die Firma Schönackers Umweltdienste GmbH & Co. KG, Kempen, ihren seit 2001 im Besitz befindlichen Geschäftsanteil an der WBE GmbH wieder zurückübertragen. Seit dem Geschäftsjahr 2013 ist die Stadt Eschweiler alleinige Gesellschafterin der WBE GmbH.

Damit ein reibungsloser Übergang derjenigen Aufgabengebiete, die bis zum 31.12.2012 der private Partner erledigte, nicht gefährdet wurde, vereinbarten die WBE GmbH und die Firma Schönackers Umweltdienste GmbH & Co. KG im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages für das Geschäftsjahr 2013 eine Fortsetzung der bisherigen Aufgabenerledigung (insbesondere der Bereiche Finanzbuchhaltung, Personalwesen sowie EDV-Konzeptionen). Mit Beginn des Geschäftsjahres 2014 wurde dann die endgültige Trennung von der Firma Schönackers Umweltdienste GmbH & Co. KG vollzogen. Während bis zum Ende des Geschäftsjahres 2013 die „Verwaltung“ der WBE GmbH einschl. Geschäftsführer für das operative Geschäft nur aus 3 Mitarbeitern bestand, musste nunmehr eine eigene Verwaltung aufgebaut werden.

Wenngleich die Verwaltungsstruktur in 2013 bereits konzipiert wurde, gestaltete sich der Umstrukturierungsprozess sehr arbeitsaufwendig und zeitintensiv. Des Weiteren zeigte eine aufgrund einer anonymen Eingabe veranlasste Sonderprüfung bei der WBE GmbH erhebliche Mängel in der Verwaltungsorganisation und im Rechnungswesen.

Obwohl diese Mängel unter Inanspruchnahme externer fachlicher Unterstützung im Wesentlichen behoben wurden, ist die Geschäftsführung weiterhin mit Umstrukturierungsaufgaben, insbesondere in der betrieblichen Organisation und in den Arbeitsabläufen befasst.

2. Geschäftsverlauf

Wie bereits in den Vorjahren stand die Steigerung der Produktivität auch im Geschäftsjahr 2015 im Vordergrund.

Zur Erhöhung der wirtschaftlichen Effizienz wurde in 2015 begonnen, die Leistungsverzeichnisse in Abstimmung mit der Stadt Eschweiler dem tatsächlichen Leistungsvolumen anzupassen.

Die Umsatz- und Auftragsentwicklung ist seit Gründung der WBE GmbH durch langfristige Leistungsverträge mit der Stadt Eschweiler geprägt. Hierdurch ergibt sich für den gesamten Tätigkeitsbereich der WBE GmbH eine konjunkturunabhängige Marktsituation.

Die vertraglich vorgesehene Anpassung der Entgelte aufgrund der öffentlichen Preisindizes in den Leistungsverträgen mit der Stadt Eschweiler konnte im Berichtszeitraum mangels nicht vorhandener Steigerungsraten in keinem Fachbereich realisiert werden.

Die Winterperiode 2015/2016 gestaltete sich wie die Vorjahresperioden weitgehend mild, so dass monetär lediglich geringe Abweichungen zur Winterperiode 2014/2015 zu verzeichnen waren.

Im Vergleich zum Geschäftsjahr 2014 erhöhten sich augenscheinlich die Umsatzerlöse um ca. 4.470 T€, während sich die Bestandsveränderungen um ca. 4.740 T€ verringern. Diese Entwicklung ist dem Umstand geschuldet, dass im Vorjahr erstmals noch nicht endgültig abgenommene Kanalbauwerke unter den unfertigen Leistungen (mit korrespondierendem Ausweis in der Gewinn- und -Verlustrechnung als Bestandsveränderung) erfasst wurden. Dieses Verfahren führt zu einer Verlagerung der Umsatzrealisation vom Zeitpunkt der Leistungsdurchführung zum Zeitpunkt der endgültigen Abrechnung.

Kumuliert betrachtet, verringerte sich final die Gesamtleistung in 2015 im Vergleich zum Vorjahr somit um 301 T€.

Investitionen

In 2015 wurden insgesamt 495 T€ investiert.

Hierbei handelte es sich im Wesentlichen um die Beschaffung von Fahrzeugen und Gerätschaften. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Reduzierung um 596 T€.

Finanzierungsmaßnahmen

Zur Finanzierung der Investitionen nahm die WBE einen Kredit von 600 T€ auf. Gesichert war die Kreditaufnahme durch eine 100 % ige Ausfallbürgschaft der Gesellschafterin Stadt Eschweiler.

Personal- und Sozialbereich

Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich die im Personalaufwand enthaltenen Löhne und Gehälter um ca. 553 T€. Von dieser Steigerung entfallen TEUR 160 (29%) auf Umgruppierungen, TEUR 253 (46%) auf unterjährige Ein- und Austritte (im Wesentlichen Mitarbeiter, die aufgrund der organisatorischen Neuregelungen im Laufe des Geschäftsjahres 2014 eingestellt wurden, so dass die Lohnkosten erst in 2015 in vollem Umfang anfielen) und TEUR 140 (25%) auf sonstige Steigerungen (tarifl. Erhöhungen, variable Zuschläge etc.) Die Gesamtzahl der Arbeitnehmer belief sich im Jahresdurchschnitt auf 97 Mitarbeiter (im Vorjahr 98 Mitarbeiter).

Letztlich bemisst sich die Zahl der Mitarbeiter nach Abschluss der Leistungsverzeichnisoptimierung bzw. der Leistungsentgeltanpassung anhand der dann vorliegenden Personalbedarfsplanung.

Umweltschutz

Die Fortschreibung der Zertifizierung nach der Entsorgungsfachbetriebsverordnung wurde auch in 2015 wieder erfolgreich, nämlich ohne Einschränkung durchgeführt.

3. Lage

a. Ertragslage

Während die Gesamtleistung im Vergleich zum Vorjahreswert nahezu identisch war, zeigte sich beim Rohergebnis gegenüber 2014 eine Steigerung von rd. 1.300 T€.

Ursächlich hierfür war u.a. auch ein Rückgang der Aufwendungen für bezogene Leistungen gegenüber dem Geschäftsjahr 2014.

Allerdings ist auch wiederum -wie im Vorjahr- ein sonstiger betrieblicher Ertrag von 1.000 T€ aus Zins- und Darlehensverzichten seitens der Gesellschafterin Stadt Eschweiler zu berücksichtigen.

Der Aufwand für Löhne und Gehälter sowie sozialer Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung betrug in 2015 4.847 T€. Dies bedeutet eine Erhöhung gegenüber 2014 um 640 T€ (vgl. auch Ziff. 2 - Personal- und Sozialbereich).

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit vor Steuern verbesserte sich mit 107 T€ um 804 T€ gegenüber dem Vorjahr (-689 T€).

b. Vermögens- und Finanzlage

Vermögenslage

Neben einem bilanziellen Ausgleichsposten zum negativen Eigenkapital in Höhe von 3.843 T€ (Vorjahr 3.949 T€) stellt das Anlage- und Umlaufvermögen im Wesentlichen die Parameter für die Vermögenslage dar.

Das Anlagevermögen verringert sich gegenüber dem Geschäftsjahr 2014 um 147 T€. Die Investitionen lagen dabei mit TEUR 495 rd. 20 % unter den planmäßigen Abschreibungen.

Das Umlaufvermögen hat sich stichtagsbedingt um TEUR 498 reduziert.

Finanzlage

Durch den Jahresüberschuss im Berichtszeitraum 2015 reduziert sich der Verlustvortrag um 107 T€ auf 5.193 T€.

Die aktuellen Kredite wurden planmäßig getilgt.

Die benötigte Liquidität stellte die WBE GmbH hauptsächlich durch Kontokorrentkredite sowie durch zusätzliche Entgeltzahlungen der Stadt Eschweiler sicher, die für Mehr- bzw. Zusatzleistungen der WBE GmbH vereinbart wurden.

Die Gesellschafterdarlehen der Stadt Eschweiler bestehen am Bilanzstichtag in einer Höhe von 1.478 T€. Sie verringern sich damit zum Vorjahreswert um 898 T€.

In 2015 hat die Stadt Eschweiler erneut auf einen Teilbetrag in Höhe von 1.000 T € verzichtet.

Der Cash-Flow für das Jahr 2015 errechnet sich wie folgt:

	2015 <u>T€</u>
Aus der laufenden Geschäftstätigkeit	+239
Aus der Investitionstätigkeit	-455
Aus der Finanzierungstätigkeit	<u>-76</u>
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-292
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	<u>-789</u>
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	<u>-1.081</u>

Der Finanzmittelfonds umfasst den Kassenbestand und die Kontokorrentkonten.

c. Bilanzielle Überschuldung

Die bilanzielle Überschuldung in Höhe von 3.843 T€ zum 31.12.2015 wird durch folgende Maßnahmen beseitigt.

- Die Gesellschafterin Stadt Eschweiler hat für die der WBE GmbH gewährten Darlehen, die zum Stichtag mit insgesamt 1.478 T€ valutieren, den Rangrücktritt erklärt.
- Der danach verbleibende Kapitalfehlbetrag ist durch eine harte Patronatserklärung mit einem Höchstbetrag von 1.600 T€ der Gesellschafterin Stadt Eschweiler weitgehend abgedeckt.

Der Jahresabschluss ist aufgrund dessen sowie der bereits durchgeführten und der durch die Gesellschafterin zugesagten Anpassung der Leistungsentgelte mit der daraus resultierenden positiven Ergebniserwartung, unter Annahme der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, aufgestellt worden.

B. Prognose-, Risiko- und Chancenbericht

1. Risikobericht

In Zusammenarbeit mit einem externen Berater wurde das Risikomanagement zum Anfang des Geschäftsjahres 2005 aufgebaut. In der Risikoklasse 1 (akuter Handlungsbedarf) wurden Risiken zugeordnet, die eine mögliche Schadenshöhe größer als 50 T€ beinhalteten sowie deren Eintrittswahrscheinlichkeit in den nächsten Jahren vorliegen könnte.

Im Rahmen des Risikomanagements wurde die Risikosituation Anfang 2009 nochmals überprüft. Ein wesentliches Risiko liegt im Bereich der Sanierungsprojekte für Entwässerung, wobei mit einem Rückgang bzw. einer Nichtbeauftragung von Projekten seitens der Stadt ggf. ein korrelierender Instandhaltungsaufwand für die WBE verbunden wäre. Eine erneute Überprüfung ist für 2017 vorgesehen.

Die Überarbeitung des Risikomanagementsystems wird sinnvollerweise nach Abschluss dieser Überprüfung erfolgen.

2. Prognose- und Chancenbericht

Die langfristigen Leistungsverträge zwischen der WBE GmbH und der Stadt Eschweiler sind hinsichtlich ihrer Umsatz- und Auftragssituation auch für die Zukunft der WBE GmbH als sicher einzustufen. Allerdings setzt diese Feststellung voraus, dass die Neustrukturierung der noch abschließend zu verhandelnden Leistungsverzeichnisse und die Anpassung der Leistungsentgelte zwischen den beiden Vertragspartnern zeitnah erfolgt. Entsprechend dem aktuellen Sachstand soll der Neustrukturierungsprozess spätestens Ende 2016 abgeschlossen sein.

Die Unternehmensplanung für die Jahre 2015 bis 2020 sieht ab dem lfd. Geschäftsjahr eine deutliche Verbesserung der Ertragslage mit positiven Jahresergebnissen von durchschnittlich rd. 350 T€ (ohne Ertragssteuern) vor. Diese Planung basiert auf der vollständigen Anpassung der Entgelte ab dem lfd. Geschäftsjahr.

Abschließend ist festzustellen, dass die WBE GmbH dauerhaft ohne zusätzliche Unterstützung der Stadt Eschweiler wirtschaftlich existent ist, wenn die Leistungsentgelte in allen Bereichen den tatsächlich seitens der WBE GmbH zu erbringenden Leistungen entsprechen.

Eschweiler, im August 2016

WBE Wirtschaftsbetriebe Eschweiler GmbH

gez.
(Manfred Knollmann)
Geschäftsführer